



Landkreis Vorpommern-Rügen

- Beteiligungen -

Wirtschaftspläne 2018

Inhaltsverzeichnis

1. Beteiligungsbericht 2018
2. Eigenbetrieb Abfallwirtschaft
3. Eigenbetrieb Jobcenter Vorpommern-Rügen
4. Eigenbetrieb Rettungsdienst
5. Eigenbetrieb Infrastrukturverwaltungsbetrieb (IVB)
6. Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Rügen mbH
7. Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH
8. Bodden-Kliniken MVZ GmbH
9. Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (VVR)
10. Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH
11. Wirtschaftsförderung Vorpommern mbH

Übersicht lt. § 1 (2) Nr. 11 GemHVO-Doppik über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen, an denen der Landkreis Vorpommern-Rügen nicht mit beherrschendem Einfluss beteiligt ist:

Nr.	Unternehmen	Stammkapital - EUR -	Anteil des Landkreises - EUR -	Anteil des Landkreises - % -
1	Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft mbH Stralsund	70.000,00	1.603,00	2,29
2	Theater Vorpommern GmbH	109.200,00	5.197,92	4,76

Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft mbH Stralsund

Die Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH (REWA GmbH) hat sich, wie in den vergangenen Jahren, die Durchsetzung der kommunalen Pflichtaufgaben zur qualitätsgerechten Trinkwasserversorgung sowie Abwasserreinigung und -ableitung auch für das Geschäftsjahr 2018 zur Hauptaufgabe gemacht.

Die Gesellschaft führt die regionale Wasserversorgung sowie Abwasserreinigung und -ableitung für die Kundengruppen der Privathaushalte, Wohnungsbaugenossenschaften inklusive Mietwohnungen, der Gewerbeunternehmen, Industrie, Landwirtschaft, Kleingärten sowie für die öffentlichen Einrichtungen eines Teils des Landkreises Vorpommern-Rügen durch.

Vor Inkrafttreten der neuen Klärschlammverordnung wurde die neue Düngemittelverordnung in Kraft gesetzt, die viele Abwasserbetriebe vor große Probleme stellt. Nach Vorgabe der Düngemittelverordnung müssen 80 % der Klärschlämme in Mecklenburg-Vorpommern in die Verbrennung.

Auch für das Geschäftsjahr 2018 kann eingeschätzt werden, dass eine stabile Trinkwasserversorgung sowie Abwasserreinigung und -ableitung erfolgen wird. Für das Wirtschaftsjahr 2018 wird von einem Gewinn nach Steuern von 1.966,0 TEUR ausgegangen. Dieses Jahresergebnis wird entsprechend des Gewinnabführungsvertrages an die Stralsunder Stadtwerke GmbH abgeführt und entsprechend der Geschäftsanteile an die Gesellschafter ausgeschüttet. Die Ausschüttung wird um die beabsichtigten Kapitalerhöhung i. H. v. 800 TEUR reduziert.

Der Landkreis Vorpommern-Rügen hat für das Haushaltsjahr 2018 wie in Vorjahren 15 TEUR eingeplant. Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt 3.319,8 TEUR. Im Bereich der Investitions- und Finanzierungstätigkeit kommt es zu einem geplanten Mittelabfluss von 3.225,7 TEUR. Das Eigenkapital wird sich 2018 voraussichtlich um 1.200 TEUR erhöhen.

Derzeit bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft. Mit Änderung des Gesellschaftsvertrages 2017 beteiligt sich die REWA GmbH mit 13% an der Klärschlammkooperation M-V GmbH. Mit der Beteiligung wird dem gesetzlichen Erfordernis Rechnung getragen, den Klärschlamm zukünftig thermisch entsorgen zu müssen. Hierzu ist die Errichtung einer Monoverbrennungsanlage mit Phosphorrecycling vorgesehen.

Theater Vorpommern GmbH

Das Wirtschaftsjahr 2018 ist geprägt von der angestrebten Theaterfusion. Zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung des Landkreises Vorpommern-Rügen lag lediglich der Wirtschaftsplantwurf der Theater Vorpommern GmbH mit Stand 13.11.2017 vor. Der Planentwurf sieht einen Verlust von 697,6 TEUR vor. Zum heutigen Zeitpunkt kann noch nicht abgesehen werden, wie sich das fusionierte Staatstheater Nordost wirtschaftlich aufstellt. Der Landkreis Vorpommern-Rügen geht davon aus, dass sich die Zuschüsse an das fusionierte Theater im Vergleich zu den Vorjahren erhöhen wird. Da der genaue Betrag noch nicht bekannt ist, wurde vorsichtshalber eine Erhöhung um 82.100 EUR auf nunmehr 400.000 EUR ab dem Haushaltsjahr 2018 eingeplant.

Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2018

Der Landkreis Vorpommern-Rügen ist als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger entsprechend Abfallwirtschafts- und Altlastengesetz für Mecklenburg-Vorpommern gemäß § 17 Kreislaufwirtschaftsgesetz verantwortlich für die Entsorgung der in seinem Gebiet anfallenden Abfälle aus privaten Haushalten sowie die Beseitigung von Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen (gewerbliche und sonstige Einrichtungen und Betriebe), wenn diese gemeinsam mit den Abfällen aus Haushalten entsorgt werden können. Der Landkreis wird in drei Entsorgungsgebiete gegliedert - Hansestadt Stralsund, Nordvorpommern und Rügen.

Mit der Erfüllung der durch Gesetz übertragenen Pflichtaufgaben beauftragt der Landkreis den kommunalen Eigenbetrieb Abfallwirtschaft.

Im Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises vom 5. Mai 2014 werden Aufgaben und Umfang der Abfallbewirtschaftung für den Zeitraum ab 2016 dargestellt.

Für die Erbringung abfallwirtschaftlicher Leistungen sind im Landkreis vertraglich beauftragte Dritte gebunden.

Bei der Erarbeitung des Wirtschaftsplanes 2018 für den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft wurde von den für das Planungsjahr vereinbarten vertraglichen Bedingungen sowie vom Ergebnis des Jahres 2016 und dem bisherigen Verlauf des Wirtschaftsjahres 2017 ausgegangen.

Im Erfolgsplan 2018 sind Umsatzerlöse - Abfallgebühren und Verwertungserlöse - in Höhe von 20.761,9 TEUR vorgesehen. Die geplanten sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 49,5 TEUR resultieren aus Mahngebühren und Säumniszuschlägen sowie sonstigen Erträgen. Zinserträge in Höhe von 15,0 TEUR werden aus den in Festgeldern und Sparbriefen angelegten liquiden Mitteln erwartet.

Der Umfang der dargestellten Umsatzerlöse wird durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz BilRUG erweitert. Gegenüber den Vorjahren werden die DSD-Nebentgelte, Erträge aus Mieten und Pachten und aus Kostenerstattungen in Höhe von 551,9 TEUR in den Umsatzerlösen dargestellt. Der Jahresabschluss 2016 wurde unter Berücksichtigung dieses Gesetzes erstellt. Für die Vergleichbarkeit in der folgenden Übersicht wurden die Planansätze der einzelnen Konten für das Jahr 2017 ebenfalls nach dem BilRUG den Positionen des Erfolgsplanes zugeordnet.

Erträge	Jahr in TEUR	2016 Ist	2017 Plan	2018 Plan
insgesamt		21.795,9	20.838,9	21.378,3
<u>davon:</u>				
Gebühren- und Verwertungserlöse		20.922,6	20.347,5	20.761,9
weitere Umsatzerlöse (nach BilRUG)		539,2	217,2	551,9
sonstige betriebliche Erträge		240,6	204,2	49,5
Zinserträge		93,5	70,0	15,0

Die Aufwendungen für das Einsammeln und Transportieren, für die Behandlung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen sowie das Bewirtschaften und Betreiben der Abfallentsorgungsanlagen werden im Jahr 2018 insgesamt 18.854,6 TEUR betragen.

Landkreis Vorpommern-Rügen
Eigenbetrieb Abfallwirtschaft

Materialaufwand	Jahr in TEUR	2016 Ist	2017 Plan	2018 Plan
insgesamt		19.126,5	18.407,8	18.854,6
<u>davon:</u>				
Einsammlung und Transport Hausmüll		4.360,9	4.345,9	4.294,0
Einsammlung und Transport Bioabfälle		3.133,9	2.545,5	2.736,0
Abfallbehandlung incl. Verwertung Bioabfälle		8.535,9	8.900,7	8.414,0
Schadstoffentsorgung		220,2	197,0	260,0
Betreiben der Wertstoffhöfe durch Dritte		320,2	297,2	320,0
Weitere Aufwendungen		2.555,4	2.121,5	2.830,6

Für die Übersicht wurden die Planansätze für das Jahr 2017 ebenfalls nach BilRUG zugeordnet.

Die größten Aufwendungen in der Entsorgung entstehen für die Behandlung der eingesammelten und angelieferten Restabfälle und für die Verwertung der Bioabfälle. Die zunehmende Nutzung der Biotonne in allen drei Entsorgungsgebieten des Landkreises führt dazu, dass der Anteil des eingesammelten Restmülls an der Gesamtmenge der eingesammelten Abfälle, trotz einer steigenden Menge eingesammelten und angelieferten Restmülls zurückgeht.

Die Personalaufwendungen für das Jahr 2018 belaufen sich unter Berücksichtigung von Tarifierhöhung/-erhöhung auf 1.474,50 TEUR.

Insgesamt sind 2018 im Eigenbetrieb 29 Personen beschäftigt. Ein Mitarbeiter hat einen Vertrag zur Altersteilzeit abgeschlossen und befindet sich bis zum 31. März 2018 in der Freizeitphase.

Die Personalaufwendungen steigen auf Grund der tariflichen Erhöhungen sowie der Neubewertung von Stellen.

Personalaufwendungen	Jahr in TEUR	2016 Ist	2017 Plan	2018 Plan
insgesamt		1.411,7	1.454,8	1.474,5
<u>davon:</u>				
Löhne und Gehälter		1.145,6	1.150,2	1.180,1
soziale Abgaben und Aufwendungen		266,1	304,6	294,4
<i>davon für Altersversorgung</i>		<i>37,0</i>	<i>42,3</i>	<i>43,4</i>

Für sonstige betriebliche Aufwendungen - Instandhaltungs-, Raum- und Fahrzeugkosten, Öffentlichkeitsarbeit/Abfallberatung und weitere Kosten der Verwaltung wie Porto, Telefon und Büromaterial werden für das Jahr 2018 insgesamt 761,0 TEUR geplant.

Landkreis Vorpommern-Rügen
Eigenbetrieb Abfallwirtschaft

sonst. betriebliche Aufwendungen	Jahr in TEUR	2016 Ist	2017 Plan	2018 Plan
insgesamt *		1.881,0	669,4	761,0
ohne *		839,0	669,4	761,0
<u>darunter:</u>				
Raumkosten		94,2	99,6	106,1
Fahrzeugkosten		20,6	24,1	19,3
Reparatur und Instandhaltung		55,7	70,5	59,6
Versicherungen und sonstige Abgaben		12,4	13,3	15,7
Öffentlichkeitsarbeit		44,0	41,0	60,6
verschiedene betriebliche Kosten		466,4	420,9	499,7

* incl. Zuführung zu zweckgebundenen Rückstellungen in Höhe von 1.042,0 TEUR im Jahre 2016

Im Investitionsplan sind im Jahre 2018 Ausgaben in Höhe von 315,0 TEUR vorgesehen. Insgesamt 60,0 TEUR sind geplant für Ersatzbeschaffungen, Erneuerungen und Ergänzungen der Ausstattung des Eigenbetriebes, insbesondere der Datenverarbeitungs- und Kommunikationstechnik und der Software, sowohl in der Verwaltung als auch auf den Abfallentsorgungsanlagen. Für den Umbau und die Erweiterung des Wertstoffhofes Camitz und der Containerstellplätze auf der Abfallwirtschaftsstation Camitz werden 255,0 TEUR veranschlagt. Die erforderlichen Betriebskosten sind in den Aufwendungen enthalten, zusätzliche Personalkosten entstehen nicht. Zur Realisierung der im Jahr 2018 vorgesehenen Investitionen werden eigene Mittel als Finanzierungsmittel genutzt, es werden keine Fremdmittel erforderlich.

Verpflichtungsermächtigungen sind nicht vorgesehen.

Kreditverpflichtungen, über die nachstehend erläuterten Leasingverträge hinaus, hat der Eigenbetrieb nicht.

Der Eigenbetrieb hat Leasingverträge mit jährlichen Aufwendungen von 4,5 TEUR abgeschlossen für einen PKW und ein Multifunktionsgerät (Kopierer/Fax/Drucker).

Das Anlagevermögen, mit einem Restbuchwert von 2.980,1 TEUR (Stand 1. Januar 2017), ist betriebsnotwendig zur Erfüllung der Pflichtaufgabe Abfallbewirtschaftung im Landkreis Vorpommern-Rügen. Es setzt sich zusammen aus immateriellen Vermögensgegenständen (Lizenzen) mit einem Wert von 37,4 TEUR, Sachanlagen mit einem Restbuchwert von 2.306,9 TEUR sowie Finanzanlagen - Beteiligung des Landkreises an der OVVD GmbH - in Höhe von 635,8 TEUR. Nicht betriebsnotwendiges Vermögen ist nicht vorhanden.

Als Betreiber der geschlossenen Deponien des Landkreises Camitz, Rönkendorf, Garz, Sabitz und Sassnitz-Lancken verwaltet der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft die während des Betriebes dieser Abfallentsorgungsanlagen gebildeten Rückstellungen für Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Die Summe dieser Rückstellungen belief sich zum 1. Januar 2017 auf 12.618,6 TEUR.

Für die Absicherung der abgeschlossenen Verträge zur Altersteilzeit belaufen sich die entsprechenden Rückstellungen per 1. Januar 2017 auf insgesamt 79,4 TEUR.

Landkreis Vorpommern-Rügen Eigenbetrieb Abfallwirtschaft

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 werden insgesamt 15.871,6 TEUR Rückstellungen ausgewiesen. Die hierfür erforderlichen liquiden Mittel sind in Festgeldern und Sparbriefen angelegt.

Die Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2017 weist ein Eigenkapital in Höhe von 6.514,9 TEUR aus.

Die Eigenkapitalquote beträgt 27,2%. Eine weitere Erhöhung der Eigenkapitalquote auf 30 %, wie in der Verwaltungsvorschrift zur Eigenbetriebsverordnung angeregt, ist nicht notwendig, da aufgrund des Geschäftsfeldes des Eigenbetriebes bestandsgefährdende Risiken innerhalb eines Wirtschaftsjahres, die durch eine höhere Eigenkapitalausstattung abzufangen wären, nicht auftreten können.

Die Bankbestände beliefen sich zu diesem Stichtag auf 20.354,6 TEUR.

Nach § 10 Abs. 4 der Eigenbetriebsverordnung soll ein Eigenbetrieb aus den Abschreibungen und dem Jahresüberschuss Rücklagen für die technische und wirtschaftliche Fortentwicklung und für Erneuerungen bilden. Der Jahresüberschuss (Gewinn) soll nach § 10 Abs. 6 der Eigenbetriebsverordnung mindestens so hoch sein, dass eine marktübliche Verzinsung des Stammkapitals sowie eine Rücklage für Erneuerungen erwirtschaftet werden. Dementsprechend hat der Eigenbetrieb für das Wirtschaftsjahr 2018 einen Gewinn von 47,6 TEUR geplant. Aus dem Jahresgewinn werden 32,5 TEUR als Verzinsung des Stammkapitals an den Landkreis Vorpommern-Rügen abgeführt. Durch den Landkreis werden Leistungen für den Eigenbetrieb in Höhe von 52,0 TEUR in Rechnung gestellt.

Landkreis Vorpommern-Rügen
Zusammenstellung für das Jahr 2018

Name: Eigenbetrieb Abfallwirtschaft

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung hat der Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen²

durch Beschluss vom _____ den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr 2018 festgestellt:

Es betragen

	in TEUR
1. im Erfolgsplan	
- die Erträge	21.378,3
- die Aufwendungen	-21.330,7
- der Jahresgewinn	47,6
- der Jahresverlust	0,0
2. im Finanzplan	
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit ³⁾	-22,4
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit ⁴⁾	-315,0
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit ⁵⁾	-32,5
- der Saldo aus der Änderung des Finanzmittelbestandes ⁶⁾	-369,9
3. Es werden festgesetzt	
- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	0,0
- davon für Umschuldungen	
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0,0
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung	0,0
4. Die Stellenübersicht weist 29 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus	
5. Der Stand des Eigenkapitals	
- betrug zum 31.12. des Vorvorjahres (2016)	6.515,0
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich (2017)	6.616,2
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres (V) voraussichtlich	6.717,4
6. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am ⁷⁾ :	

Stralsund,

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

1) Nichtzutreffendes streichen
 2) beschließendes Organ
 3) Nummer 10 des Finanzplans
 4) Nummer 19 des Finanzplans
 5) Nummer 24 des Finanzplans
 6) Nummer 25 des Finanzplans
 7) nur, wenn Genehmigung erforderlich

Erfolgsplan 2017

-in TEUR-

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1. Umsatzerlöse	22.327,8	20.347,5	21.313,8	21.300,0	21.300,0	21.300,0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen						
3. Andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	240,6	421,4	49,5	50,0	50,0	50,0
5. Materialaufwand	-19.126,5	-18.269,4	-18.854,6	-18.920,0	-18.920,0	-18.890,0
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-13,5	-16,6	-16,6	-20,0	-20,0	-20,0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-19.113,0	-18.252,8	-18.838,0	-18.900,0	-18.900,0	-18.870,0
6. Personalaufwand	-1.411,7	-1.454,8	-1.474,5	-1.450,1	-1.479,1	-1.508,7
a) Löhne und Gehälter	-1.145,6	-1.150,2	-1.180,1	-1.151,3	-1.174,3	-1.197,8
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-266,1	-304,6	-294,4	-298,8	-304,8	-310,9
- davon für Altersversorgung	-37,0	-42,3	-43,4	-42,4	-43,2	-44,1
7. Abschreibungen auf	-209,6	-203,0	-230,0	-230,0	-230,0	-230,0
a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-209,6	-203,0	-230,0	-230,0	-230,0	-230,0
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
- davon nach § 254 HGB						
b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten						
8. Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO						
9. Konzessionsabgabe						
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.881,0	-807,8	-761,0	-711,0	-680,0	-680,0
11. Erträge aus Beteiligungen						
- davon aus verbundenen Unternehmen						
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
- davon aus verbundenen Unternehmen						
13. Zinsen und ähnliche Erträge	93,5	70,0	15,0	15,0	15,0	15,0
- davon aus verbundenen Unternehmen						
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
- davon an verbundene Unternehmen						

15. Steuern vom Einkommen und Ertrag	10,9	-2,0	-10,0	-10,0	-10,0	-10,0
16. Ergebnis nach Steuern	44,0	101,9	48,2	43,9	45,9	46,3
17. Sonstige Steuern	-0,5	-0,7	-0,6	-0,7	-0,7	-0,7
24. Jahresgewinn / Jahresverlust	43,5	101,2	47,6	43,2	45,2	45,6

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns ^{1, 2)}

oder

Behandlung des Jahresverlustes ^{1, 2)}

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages		a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
b) zur Einstellung in Rücklagen		b) aus dem Haushalt der Kommune auszugleichen	
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde	32,5	c) auf neue Rechnung vorzutragen	
d) auf neue Rechnung vorzutragen	15,1		

¹⁾ § 11 Abs. 5 GemHVO Doppik: Bei Sondervermögen mit Sonderrechnungen sind die voraussichtlichen Jahresergebnisse im Ergebnishaushalt der Gemeinde zu veranschlagen.

²⁾ Mit Zahlungswirksamkeit des Verlustausgleiches bzw. der Gewinnausschüttung ist eine Veranschlagung im Finanzaushalt der Gemeinde im Folgejahr vorzunehmen.

Finanzplan 2017

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016	2017	2018	2019	2020	2021
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	43,5	101,2	47,6	43,2	45,6	45,6
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	209,6	203,0	230,0	230,0	230,0	230,0
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen						
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens						
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)	4,5					
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind						
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	799,3	-465,3	-300,0	-300,0	-300,0	-300,0
	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind						
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten						
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	1.056,9	-161,1	-22,4	-26,8	-24,4	-24,4
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	93,0					
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-867,6	-125,0	-315,0	-280,0	30,0	-30,0
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens						
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen, davon						
	a) empfangene Ertragszuschüsse						
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter						
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen						
19	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-774,6	-125,0	-315,0	-280,0	30,0	-30,0
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen						
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	-32,3	-32,5	-32,5	-32,5	-32,5	-32,5
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen						
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten						
24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-32,3	-32,5	-32,5	-32,5	-32,5	-32,5
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	250,0	-318,6	-369,9	-339,3	-26,9	-86,9
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands						
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	20.104,6	20.354,6	20.036,0	19.666,1	19.326,8	19.299,9
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	20.354,6	20.036,0	19.666,1	19.326,8	19.299,9	19.212,9

Name: Landkreis Vorpommern-Rügen, Eigenbetrieb Abfallwirtschaft

Investitionsübersicht 2018

Beschreibung der Maßnahme I: Ergänzung und Ersatz der Betriebs- und Geschäftsausstattung des Eigenbetriebes							
	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
			2017 Vorjahr	2018 Planjahr	2019 1. Folgejahr	2020 2. Folgejahr	
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen							
davon empfangene Ertragszuschüsse							
davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter							
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen AV							
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens							
Sonstige Investitionseinzahlungen (Eigenmittel)			125,0	0,0	30,0	30,0	
Summe Einzahlungen			125,0	60,0	30,0	30,0	
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle AV				60,0	30,0	30,0	
davon Grundstücke							
davon Gebäude							
davon Maschinen				30,0			
davon Büro- und Geschäftsausstattung				30,0	30,0	30,0	
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen							
Sonstige Investitionsauszahlungen							
Summe Auszahlungen			125,0	60,0	30,0	30,0	
Nachrichtlich: veranschlagte VE							
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit							

Name: Landkreis Vorpommern-Rügen, Eigenbetrieb Abfallwirtschaft

Investitionsübersicht 2018							
Beschreibung der Maßnahme II: Ergänzung/Modernisierung/Umbau von Wertstoffhöfen und Abfallentsorgungsanlagen							
	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
			2017 Vorjahr	2018 Planjahr	2019 1. Folgejahr	2020 2. Folgejahr	
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen							
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>							
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>							
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen AV							
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens							
Sonstige Investitionseinzahlungen (Eigenmittel)				255,0	250,0		
Summe Einzahlungen				255,0	250,0		
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle AV				255,0	250,0		
<i>davon Grundstücke</i>				170,0			
<i>davon Gebäude</i>				85,0			
<i>davon Maschinen</i>							
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>							
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen							
Sonstige Investitionsauszahlungen							
Summe Auszahlungen			125,0	255,0	250,0		
Nachrichtlich: veranschlagte VE							
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit							

Name: Eigenbetrieb Abfallwirtschaft

Investitionsmaßnahmen 2018 zur Übersicht

	in EUR	in TEUR
<u>I. Ergänzung und Ersatz der Betriebs- und Geschäftsausstattung</u>		
Ergänzung/Modernisierung/Ersatz von Hard- und Software	15.000,00	15,0
Ergänzung/Modernisierung/Ersatz von BGA	15.000,00	15,0
Ergänzung/Modernisierung/Ersatz von Fahrzeugen und Maschinen	30.000,00	30,0
	<u>60.000,00</u>	<u>60,0</u>
<u>II. Ergänzung/Modernisierung/Umbau von Wertstoffhöfen und Abfallentsorgungsanlagen</u>		
<u>Ergänzung/Modernisierung/Umbau des Wertstoffhofes und der Umschlaganlage Camitz</u>		
- Containerstellplätze Wertstoffhof Camitz	60.000,00	60,0
- Containerstellplätze Umschlaganlage Camitz	110.000,00	110,0
- Annahme - und Lagercontainer	75.000,00	75,0
- Lagercontainer	10.000,00	10,0
	<u>255.000,00</u>	<u>255,0</u>
Maßnahmen I - II insgesamt	<u><u>315.000,00</u></u>	<u><u>315,0</u></u>

Name des Betriebes/Unternehmens:

Übersicht über Leistungsbeziehungen zwischen den Betriebsbereichen

Die Übersicht kann je nach Umfang des Betriebes bzw. der Anzahl der Bereiche in verbaler oder grafischer Form dargestellt werden. Auf die Pflichtausführungen im Vorbericht wird hingewiesen. Erfolgen dort umfängliche Ausführungen, kann auf eine separate Darstellung hier verzichtet werden.

Die Leistungsbeziehungen der Bereiche untereinander können wie folgt abgebildet werden:

Beispiel:

	an Bereich 1	an Bereich 2	an Bereich 3	an Bereich 4	gesamt:
von Bereich 1					
von Bereich 2					
von Bereich 3					
von Bereich 4					
gesamt:					

Stellenübersicht 2017

Ifd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr		Tatsächliche Besetzung am 30.06.2017	Anzahl und Bewertung im Jahr 2018		Bemerkungen	
		1	14		1	14		1
1	Betriebsleiter	1	14	1	14	1	14	
2	Stellv. Betriebslstr./techn. Leiter	1	11	0		0		
3	Stellv. Betriebslstr./Kaufmännische Leitung	1	10	1	10	1	10	
4	Deponieleiter	1	10	1	10	1	10	
5	Assistentin der Betriebsleitung	1	8	1	8	1	8	
6	VA Abfallberatung	1	8	1	8	1	8	
7	VA Abfallberatung	1	8	0		1	8	
8	VA Gebührenverwaltung/IT	1	9	1	9	1	9	
9	VA Gebührenverwaltung/IT	1	9	1	9	1	9	
10	VA Gebührenverwaltung	1	8	0		0		Freizeitphase bis 31.01.2017
11	VA Gebührenverwaltung	1	8	1	8	1	8	
12	VA Gebührenverwaltung/ Deponienachsorge	1	9	1	9	1	9	
13	VA Gebührenverwaltung	1	8	1	8	1	8	
14	VA kaufmännischer Bereich	1	9	1	9	1	9	
15	VA kaufmännischer Bereich	1	9	1	9	1	9	
16	VA kaufmännischer Bereich	1	8	1	8	1	8	
17	VA kaufmännischer Bereich	1	6	1	6	1	6	
18	VA kaufmännischer Bereich	1	5	1	5	1	5	
19	VA Technik	1	9	1	9	1	9	
20	VA Eingangskontrolle	1	3	1	3	1	3	
21	VA Eingangskontrolle/ Deponienachsorge	1	5	1	5	1	5	
22	VA Eingangskontrolle	1	4	1	4	1	4	
23	VA Eingangskontrolle	1	4	1	4	1	4	35 Std./Woche
24	VA Eingangskontrolle	1	4	1	4	1	4	35 Std./Woche
25	VA Eingangskontrolle	1	4	1	4	1	4	35 Std./Woche
26	VA Eingangskontrolle	1	4	1	4	1	4	35 Std./Woche
27	VA Eingangskontrolle/ Deponienachsorge	1	5	1	5	1	5	Freizeitphase bis 31.03.2018
28	VA Eingangskontrolle/ Deponienachsorge	1	5	1	5	1	5	
29	VA Eingangskontrolle	1	4	1	4	1	4	35 Std./Woche
30	VA Eingangskontrolle	1	4	1	4	1	4	35 Std./Woche
31	VA Verwaltung	1	5	1	5	1	5	
	Insgesamt	31		28		29		

Name: Landkreis Vorpommern-Rügen, Eigenbetrieb Abfallwirtschaft

Stellenplanquerschnitt für das Jahr 2018

	Angestellte														Gesamt
	TVÖD														
Entgeltgruppe	14	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2				
Anzahl	1	0	2	8	4	0	1	5	7	1				29	
Summe 2018	1	0	2	8	4	0	1	5	7	1				29	

Name: Landkreis Vorpommern-Rügen, Eigenbetrieb Abfallwirtschaft

Veränderungsmeldung zum Stellenplan für das Jahr 2018

lfid.	Bezeichnung	Zahl der Stellen	Höher-, Herabstufungen und Umwandlungen		Zugänge	Abgänge	Bemerkungen
			Von	Nach			
Nr.	der Stelle		Bes./Verg./Lohn-Gruppe	Bes./Verg./Lohn-Gruppe	Bes./Verg./Lohn-Gruppe	Bes./Verg./Lohn-Gruppe	
6	VA Abfallberatung	1	8	9a			
7	VA Abfallberatung	1	8	9a			
10	VA Gebührenverwaltung	1				8	Freizeitphase bis 31.01.2017
Insgesamt		3					

Name des Betriebes/Unternehmens:

Übersicht

über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre ²⁾ und Planjahr	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren

	in TEUR				
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
veranschlagt im Planjahr 20..					
Summe					
nachrichtlich: Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr					
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen					

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Finanzrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft des Landkreises Vorpommern-Rügen, Stralsund, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016 geprüft. Durch § 13 KPG M-V wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes i. S. v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes liegen in der Verantwortung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 KPG M-V unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Betriebsleitung des Eigenbetriebes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgelegten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

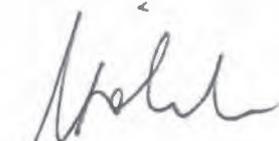
Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

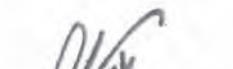
Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes geben nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.

Ribnitz-Damgarten, den 23. August 2017

Hanseatische Prüfungs- und
Beratungsgesellschaft mbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft




Dietmar Hölscher
Wirtschaftsprüfer


Eberhard Krutzsch
Wirtschaftsprüfer

Bilanz 2016

<u>A K T I V A</u>		<u>P A S S I V A</u>	
31.12.2016 in EUR		31.12.2016 in EUR	
Immaterielle Vermögensgegenstände	37.399,49	Stammkapital	1.290.950,80
Sachanlagen	2.306.883,87	Rücklagen	596.007,37
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschl. der fremden Grundstücken	1.882.001,32	1. Allgemeine Rücklagen	32.512,60
2. Maschinen und maschinelle Anlagen	296.560,31	2. Zweckgebundene Rücklagen	563.494,77
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	128.322,24	Verlust/Gewinn	4.628.032,65
4. geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	0	1. Gewinn- / Verlustvortrag	4.584.514,28
Finanzanlagen	635.813,00	2. Jahresgewinn/ -verlust	43.518,37
Umlaufvermögen	20.926.411,94	Sonderposten	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	571.802,60	Rückstellungen	15.871.563,06
1. Forderungen	560.765,26	Sonstige Rückstellungen	15.871.563,06
2. Sonstige Vermögensgegenstände	11.037,34	Verbindlichkeiten	1.528.829,74
Schecks, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	20.354.609,34	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.521.647,91
Rechnungsabgrenzungsposten	8.875,32	Verbindlichkeiten gegenüber Landkreis	0
		Sonstige Verbindlichkeiten	7.181,83
		Rechnungsabgrenzungsposten	0
Summe AKTIVA	23.915.383,62	Summe PASSIVA	23.915.383,62

Eigenbetrieb Abfallwirtschaft des Landkreises Vorpommern-Rügen
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016

	2016	2015
	€	€
1. Umsatzerlöse	22.327.819,05	17.006.609,26
2. Sonstige betriebliche Erträge	324.558,93	1.179.585,16
Gesamtleistung	<u>22.652.377,98</u>	<u>18.186.194,42</u>
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	13.463,88	46.336,87
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	19.113.044,45	15.606.391,79
	<u>19.126.508,33</u>	<u>15.652.728,66</u>
Rohertrag	<u>3.525.869,65</u>	<u>2.533.465,76</u>
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.145.583,05	1.091.900,49
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	266.087,35	276.150,06
	<u>1.411.670,40</u>	<u>1.368.050,55</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	<u>209.589,07</u>	<u>208.957,72</u>
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>1.964.995,10</u>	<u>788.694,68</u>
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>93.464,73</u>	<u>141.690,09</u>
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>33.079,81</u>	<u>309.452,90</u>
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-10.944,56	-14.472,21
10. Sonstige Steuern	<u>506,00</u>	<u>1.577,50</u>
11. Jahresgewinn	<u><u>43.518,37</u></u>	<u><u>322.347,61</u></u>

Name: Landkreis Vorpommern-Rügen, Eigenbetrieb Abfallwirtschaft

Anlagenübersicht 2016

Bezeichnung	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Abschreibungen, Wertberichtigungen						Restbuchwerte		Wertminderung durch unterlassene Instandhaltung, Altlasten, sonstiges
	Stand zum 31.12.	Umgliederung zum 01.01.	Zugänge im Jahr	Um-buchungen im Jahr	Abgänge im Jahr	Stand zum 31.12.	Aufgelauene Abschreibungen zum 31.12.	Umgliederung 01.01.	Abschreibungen im Jahr	Umbuchungen im Jahr	Aufgelauene Abschreibungen auf Abgänge	Abschreibungen zum 31.12.	Rest-buchwerte Ende des Jahres	Rest-buchwerte Ende des Jahres	
	2015	2016	2016	2016	2016	2016	2015	2016	2016	2016	2016	2016	2016	2015	
in EUR															
I Immaterielle Vermögensgegenstände															
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.406.064,24	0,00	25.161,96	0,00	0,00	1.431.226,20	1.370.760,58	0,00	23.066,13	0,00	0,00	1.393.826,71	37.399,49	35.303,66	
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe immaterielle Vermögensgegenstände	1.406.064,24	0,00	25.161,96	0,00	0,00	1.431.226,20	1.370.760,58	0,00	23.066,13	0,00	0,00	1.393.826,71	37.399,49	35.303,66	
II Sachanlagen															
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	9.931.129,74	277.703,39	20.121,91	928.704,27	0,00	11.157.659,31	8.891.880,66	277.700,39	106.076,94	0,00	0,00	9.275.657,99	1.882.001,32	1.039.249,08	
9. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu den Nummern 5 bis 8 gehören	1.368.856,86	-670.122,40	0,00	283.690,97	340.530,40	641.895,03	1.222.693,84	-665.099,45	54.214,58	0,00	266.474,25	345.334,72	296.560,31	146.163,02	
10. Betriebs- und Geschäftsausstattung	261.788,53	392.419,01	28.602,35	46.918,01	260.082,56	469.645,34	187.727,68	387.399,06	26.231,42	0,00	260.035,06	341.323,10	128.322,24	74.060,85	
11. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	465.557,75	0,00	793.755,50	-1.259.313,25	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	465.557,75	
Summe Sachanlagen	12.027.332,88	0,00	842.479,76	0,00	600.612,96	12.269.199,68	10.302.302,18	0,00	186.522,94	0,00	526.509,31	9.962.315,81	2.306.883,87	1.725.030,70	
III Finanzanlagen	635.813,00	0,00	0,00	0,00	0,00	635.813,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	635.813,00	635.813,00	
Summe Finanzanlagen	635.813,00	0,00	0,00	0,00	0,00	635.813,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	635.813,00	635.813,00	
Summe Anlagevermögen	14.069.210,12	0,00	867.641,72	0,00	600.612,96	14.336.238,88	11.673.062,76	0,00	209.589,07	0,00	526.509,31	11.356.142,52	2.980.096,36	2.396.147,36	
Summe Sonderposten ¹⁾	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	

¹⁾ Einschließlich aufgelaufener Zu- und Abgänge sowie Umbuchungen.

²⁾ Anlagen der Energie- und Wasserversorgung

³⁾ Korrespondierend zur Entwicklung des Anlagevermögens ist die Entwicklung der Sonderposten mit in die Anlagenübersicht aufzunehmen. Umgliederungen auf Grund des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BIRUG)

Lagebericht

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016

1. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

a) Geschäftsverlauf und Entwicklung des Eigenbetriebes 2016

Der Landkreis Vorpommern-Rügen ist als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger verantwortlich für die Entsorgung der in seinem Gebiet anfallenden Abfälle aus privaten Haushaltungen sowie aus anderen Herkunftsbereichen, wenn diese gemeinsam mit den Abfällen aus Haushalten entsorgt werden können. Er hat mit der Erfüllung dieser Aufgabe den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft beauftragt.

Daneben ist der Eigenbetrieb für die Durchführung, Kontrolle und Überwachung der Stilllegungs- und Nachsorgemaßnahmen für die Deponien des Landkreises zuständig.

Der Landkreis ist innerhalb der Abfallbewirtschaftung in drei Entsorgungsgebiete (EG) - Hansestadt Stralsund, Nordvorpommern und Rügen - gegliedert.

Das vom Kreistag Vorpommern-Rügen am 5. Mai 2014 beschlossene Abfallwirtschaftskonzept legt fest, bis zum 1. Januar 2016 die noch vorhandenen Unterschiede bei den angebotenen Entsorgungsleistungen abzubauen und ein einheitliches Entsorgungssystem zu schaffen.

Zum Eigenbetrieb Abfallwirtschaft gehören im Jahr 2016 neben der Verwaltung der Betrieb der Wertstoffhöfe Barth, Camitz, Ribnitz-Damgarten, Sagard und Samtens sowie der Umschlaganlagen Camitz und Samtens.

Der Eigenbetrieb wird finanzwirtschaftlich als Sondervermögen des Landkreises geführt.

Der Sitz des Eigenbetriebes befindet sich seit dem 2. Mai 2012 in der Rostocker Chaussee 46 a in 18437 Stralsund.

Der Eigenbetrieb ist zuständig für die Abfallentsorgung in 71.574 Objekten (Grundstücken und Einrichtungen) und für 224.820 Einwohner (Stand 1. Januar 2016).

Im Jahr 2016 wurden folgende Abfallmengen entsorgt:

Abfälle in t	Abfallmengen			2016	2015
	NVP	Rügen	Stralsund	insgesamt	insgesamt
Einwohner per 31.12.2015	102.859	63.920	58.041		224.820
gemischte Siedlungsabfälle	21.207,00	16.136,69	13.111,75	50.455,44	58.452,65
Sperrmüll	3.843,78	3.440,04	3.035,76	10.319,58	9.858,16
Bioabfall	6.387,74	8.433,16	3.274,45	18.095,35	7.615,76

Der Eigenbetrieb bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben überwiegend beauftragter Dritter.

Der Betrieb der Wertstoffhöfe in Barth, Camitz, Ribnitz-Damgarten im Entsorgungsgebiet Nordvorpommern sowie in Samtens und Sagard im Entsorgungsgebiet Rügen erfolgt mit eigenem Personal, während diese Dienstleistung in Stralsund und Grimmen an beauftragte Dritte übertragen wurde.

Der Geschäftsverlauf des Eigenbetriebes ist im Wirtschaftsjahr 2016 positiv verlaufen. Es konnte ein Jahresgewinn in Höhe von EUR 43.518,37 erwirtschaftet werden.

Die übertragenen Aufgaben hat der Eigenbetrieb im Wirtschaftsjahr 2016 in guter Qualität erfüllt und die Entsorgungssicherheit im Landkreis gewährleistet.

b) Personal- und Sozialbereich

Der Stellenplan des Eigenbetriebes für 2016 enthält 31 Stellen, diese waren zum 31. Dezember 2016 alle besetzt. Von den Stellen entfallen 18 auf die Verwaltung, vier auf die Abfallentsorgungsanlage Camitz sowie sieben auf die Wertstoffhöfe in Barth, Ribnitz-Damgarten, Sagard und Samtens. Zwei Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter befinden sich in der Freizeitphase der Altersteilzeit.

Unterschieden nach der jeweiligen wöchentlichen Arbeitszeit besetzt der Eigenbetrieb im Jahr 2016 folgende Stellen:

- 22 Mitarbeiter Vollzeit (40 Std./Woche), davon zwei in der Freizeitphase
- 1 Mitarbeiterin zu 95 % der Vollzeit (38 Std./Woche)
- 7 Mitarbeiter zu 87,5 % der Vollzeit (35 Std./Woche)
- 1 Mitarbeiterin zu 85 % der Vollzeit (34 Std./Woche).

Für den Zeitraum November 2015 bis August 2016 wurden befristet zwei Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter zusätzlich eingestellt, um den Service gegenüber den Bürgern in Zusammenhang mit der Umstellung und Neuanschaffung mit Abfallbehältern zum 1. Januar 2016 zu gewährleisten. Für eine Elternzeitvertretung wurde befristet bis zum 6. September 2016 eine weitere Mitarbeiterin beschäftigt.

Die Vergütung erfolgt nach dem TVÖD.

Für Fortbildungsmaßnahmen wurden im Jahr 2016 EUR 8.532,68 verausgabt, für Arbeitsschutz EUR 12.564,88.

Die Personalaufwendungen im Jahre 2016 betragen EUR 1.411.670,40 davon wurden EUR 266.087,35 für soziale Abgaben und Alterssicherung ausgegeben.

c) Sonstiges

Zum 1. Januar 2013 wurde der Landkreis Vorpommern-Rügen gemäß Kreistagsbeschluss vom 29. Oktober 2012 Gesellschafter der Ostmecklenburgisch-Vorpommerschen Verwertungs- und Deponiegesellschaft GmbH (OVVD GmbH), so dass die Entsorgungssicherheit gegeben ist. Über die Entsendung von jeweils drei Mitgliedern in den Aufsichtsrat der OVVD GmbH und der Tochtergesellschaft, der ABG mbH, ist die Einflussnahme des Landkreises gesichert.

Das am 5. Mai 2014 beschlossene Abfallwirtschaftskonzept führt den Nachweis der Entsorgungssicherheit für die nächsten zehn Jahre. Es bildete gleichzeitig die Grundlage für die Vergabe der abfallwirtschaftlichen Leistungen im Landkreis Vorpommern-Rügen ab 2016 sowie für die Entscheidung über die angestrebte Vereinheitlichung der angebotenen Einrichtungen der Abfallbewirtschaftung.

Die Entsorgungsleistungen für die Entsorgungsgebiete Hansestadt Stralsund, Nordvorpommern und Rügen wurden zum 1. Januar 2016 neu vergeben, da die bis dahin bestehenden Verträge zum 31. Dezember 2015 endeten. Im Dezember 2014 wurden die europaweiten Vergaben für die Entsorgungsdienstleistungen veröffentlicht. Die Vergabe der Leistungen erfolgte am 11. Mai 2015 für die EG Hansestadt Stralsund und Rügen an die Nehlsen GmbH & Co. KG sowie, nach einem Vergaberechtsverfahren, am 5. August 2015 für das EG Nordvorpommern an das Unternehmen ALBA Nord GmbH.

In Realisierung des Abfallwirtschaftskonzeptes hat der Kreistag Vorpommern-Rügen in seiner Sitzung am 14. Dezember 2015 die Abfallsatzung und die Abfallgebührensatzung für den Landkreis Vorpommern-Rügen, gültig ab 1. Januar 2016, beschlossen.

Satzungsgemäß werden damit im Landkreis in allen drei Entsorgungsgebieten die gleichen Leistungen zu einheitlichen Abfallgebühren angeboten.

Zur weiteren Sicherung der Entsorgungsleistungen begann der Landkreis gemäß der Vorgaben im Abfallwirtschaftskonzept an den Standorten Barth und Ribnitz-Damgarten im Jahr 2015 mit der Errichtung von Wertstoffhöfen. Der Wertstoffhof in Ribnitz-Damgarten hat am 18. Januar 2016 den Betrieb aufgenommen. Bei der Errichtung des Wertstoffhofes in Barth konnten nach Verzögerungen die letzten Bauarbeiten im April 2016 abgeschlossen werden und der Wertstoffhof öffnete erstmals am 2. Mai 2016. Beide Abfallentsorgungsanlagen werden durch den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft selbst bewirtschaftet.

Die im Wirtschaftsplan 2015 geplante Errichtung von Wertstoffhöfen auch in den Städten Grimmen und Stralsund wurde nach einer entsprechenden Entscheidung des Landkreises zurückgenommen.

Im Ergebnis eines Vergabeverfahrens wurden mit der Einrichtung, Vorhaltung und dem Betrieb eines Wertstoffhofes im Gebiet der Stadt Grimmen die Döring Bauschutttaufbereitung & Abbruch GmbH & Co. KG und im Gebiet der Hansestadt Stralsund die Stralsunder EntsorgungsgmbH beauftragt.

2. Entwicklung der Finanz-, Ertrags- und Vermögenslage des Eigenbetriebes

a) <u>Ertragslage</u>	Stand	Stand	Entwicklung
	31.12.2016	31.12.2015	EUR
	EUR	EUR	EUR
Umsatzerlöse insgesamt	22.327.819,05	16.473.008,00	5.854.811,05
Sonstige betriebliche Erträge	324.558,93	1.713.186,42	-1.388.627,49
	22.652.377,98	18.186.194,42	4.466.183,56
Zinserträge	93.464,73	141.690,09	-48.225,36
Insgesamt:	22.745.842,71	18.327.884,51	4.417.958,20

Die Umsatzerlöse resultieren aus der Erhebung von Gebühren für die Abfallbewirtschaftung nach den Vorschriften der geltenden Abfallgebührensatzung im Landkreis Vorpommern-Rügen sowie aus Erlösen für die Elektroschrott- und Schrottentsorgung, Kostenerstattungen sowie Miet- und Pächterträgen.

Die im Rahmen der Vergaben fixierten Kriterien und der größere Umfang der Entsorgungsdienstleistungen im gesamten Landkreis Vorpommern-Rügen führten zu insgesamt

höheren Kosten der Abfallbewirtschaftung und damit zu einer Gebührenerhöhung. Das ergibt eine Ertragssteigerung von insgesamt EUR 4.417.958,20.

Die Ertragslage des Eigenbetriebes ist stabil. Die Gebühren für die Abfallbewirtschaftung und die Abfallanlieferungen an die vom Eigenbetrieb betriebenen Abfallentsorgungsanlagen wurden kostendeckend kalkuliert.

Bei der Berechnung der Abfallgebühren in der Kalkulation zu der ab 1. Januar 2016 geltenden Gebührensatzung wurden sowohl die Verwaltungs- und Vorhaltekosten als auch die Ergebnisse der durchgeführten Vergaben der abfallwirtschaftlichen Leistungen sowie die Kosten für die Betreuung der Wertstoffhöfe und die Abfallbehandlung und Abfallentsorgung in den Anlagen der OVVD GmbH und der Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH Rostock (EVG mbH) berücksichtigt.

Der Landkreis Vorpommern-Rügen vermarktet die im Rahmen der Sperrmüllentsorgung und auf den Wertstoffhöfen gesammelten Elektro- und Elektronikschrottabfälle selbst und erzielte im Wirtschaftsjahr 2016 Erlöse in Höhe von EUR 110.815,31. Dem gegenüber stehen Handlingskosten für die Sortierung und Verwertung der eingesammelten Abfälle in Höhe von EUR 88.152,44.

Aus der Auflösung von Rückstellungen resultieren Erträge in Höhe von EUR 166.824,51.

Der Materialaufwand in Höhe von EUR 19.126.508,33 ist gegenüber dem Vorjahr (EUR 15.573.803,04) durch die höheren Aufwendungen auf Grund der umfangreicheren, flächendeckenden Entsorgungsdienstleistungen um EUR 3.552.705,29 gestiegen.

Die Abschreibungen wurden 2016 nach Maßgabe der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer ermittelt und betragen EUR 209.589,07 (Vorjahr: EUR 208.957,72).

Die im Jahr 2009 für die Sammlung im Entsorgungsgebiet Nordvorpommern angeschafften Entsorgungsfahrzeuge wurden im Jahre 2016 nicht mehr benötigt. Aus dem Verkauf dieser Fahrzeuge konnten Erlöse in Höhe von EUR 93.000,00 erzielt werden. Der Restbuchwert der Fahrzeuge betrug EUR 74.056,15.

b) Finanzlage

Die Eigenkapitalquote beträgt 27,6 %.

Sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsverkehr kommt der Eigenbetrieb termingerecht nach.

Langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen nicht.

Die Verbindlichkeiten bestehen ausschließlich in EUR, Währungsrisiken bestehen deshalb nicht. Die Fälligkeiten der Verbindlichkeiten ergeben sich aus dem Verbindlichkeitsspiegel des Anhangs.

Das Eigenkapital entwickelte sich im Wirtschaftsjahr 2016 wie folgt:

	Stand 01.01.2016 EUR	Zugänge/Umbuchung EUR	Stand 31.12.2016 EUR
Stammkapital	1.290.950,80		1.290.950,80
Rücklagen	596.007,37		596.007,37
Gewinne	4.668.514,28	43.518,37	4.712.032,65
Eigenkapital	6.555.472,45	43.518,37	6.598.990,82
Insgesamt:	6.555.472,45	43.518,37	6.598.990,82

c) Entwicklung der Rückstellungen

Die Entwicklung der Rückstellungen stellt sich im Wirtschaftsjahr 2016 wie folgt dar:

	Vortrag 01.01.2016 EUR	Verbrauch EUR	Auflösung EUR	Zuführung EUR	Stand 31.12.2016 EUR
Rekultivierung und Nachsorge Deponien Nordvorpommern	8.865.306,55	108.201,56	32.060,68	14.201,60	8.739.245,91
Rekultivierung und Nachsorge Deponien Rügen	4.041.059,03	112.143,71	49.536,33	0,00	3.879.378,99
Gebührenaussgleich/ Gebührenschwankung	1.987.100,00	0,00	84.000,00	865.994,24	2.769.094,24
Urlaubsver- pflichtungen	16.200,00	16.200,00	0,00	14.200,00	14.200,00
Abschluss- und Prüfungskosten	20.000,00	18.772,50	1.227,50	20.000,00	20.000,00
Altersteilzeit	129.958,22	50.214,30	0,00	0,00	79.743,92
Archivierungskosten	12.600,00	0,00	0,00	0,00	12.600,00
ausstehende Rechnungen	0,00	0,00	0,00	13.300,00	13.300,00
Rechtstreit Satzungen 2016	0,00	0,00	0,00	210.000,00	210.000,00
Rechtstreit Normen- kontrollverfahren	0,00	0,00	0,00	50.000,00	50.000,00
Insgesamt	15.072.223,80	305.532,07	166.824,51	1.187.695,84	15.787.563,06

Die Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge der Deponien Camitz, Rönkendorf, Garz, Sabitz und Sassnitz wurden während der Betriebslaufzeit der Anlagen auf Grundlage entsprechender Gutachten gebildet und sind in Festgeldern und Sparbriefen angelegt. Entsprechend der Restlaufzeiten wurden in Übereinstimmung mit § 253 Abs. 2 Satz 4 HGB Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr abgezinst.

Künftigen Preissteigerungen wurde durch Berücksichtigung von Preisindizes der Bauwirtschaft (Statistisches Bundesamt, Fachserie 17 Reihe 4) Rechnung getragen.

Die Schließung der Deponien erfolgte im Zeitraum von 1995 bis zum Jahr 2014. Als letzte Anlage wurde die Deponie Camitz im Rahmen ihrer Stilllegung mit einer Oberflächenabdichtung versehen. Insgesamt hat diese Maßnahme, die in Teilabschnitten in den Zeiträumen 2006 bis 2008 und 2014 bis 2016 durchgeführt wurde, TEUR 3.755,5 gekostet.

Die Deponien Rönkendorf im Entsorgungsgebiet Nordvorpommern sowie Sabitz im Entsorgungsgebiet Rügen befinden sich in der Nachsorgephase. Die Deponie Camitz im Entsorgungsgebiet Nordvorpommern sowie Garz und Sassnitz im Entsorgungsgebiet Rügen befinden sich in der Stilllegungsphase. Für die Überwachung und Nachsorge dieser Anlagen wurden im Jahr 2016 insgesamt EUR 220.345,27 aus den entsprechenden Rückstellungen verbraucht sowie EUR 81.597,01 aufgelöst.

Planmäßig wurden im Jahr 2016 Schwachgasfackelanlagen auf den Deponien Garz und Sassnitz errichtet. Insgesamt wurden hierfür EUR 283.765,11 investiert. Im Rahmen der Rekultivierung der Deponie Rönkendorf wurde mit dem Rückbau des Betriebsgebäudes begonnen. Die Kosten belaufen sich bislang auf EUR 41.650,71. Der Abschluss der Rückbaumaßnahmen ist 2017 erfolgt.

Bedingt durch eine offene Entsorgerabrechnung aus Vorjahren entstand ein periodenfremder Aufwand in Höhe von 84.000 EUR. Demgegenüber wurden in gleicher Höhe Rückstellungen ertragswirksam aufgelöst.

Im Ergebnis der Nachkalkulation für das Jahr 2016 wurden EUR 865.994,24 der Rückstellung für Gebührenschwankungen zugeführt. Der aktuelle Kalkulationszeitraum endet im Jahr 2018. Diese Kostenüberdeckung ist dann gemäß Kommunalabgabengesetz (KAG M-V) § 6 Absatz 2 d innerhalb von drei Jahren nach abgeschlossenem Kalkulationszeitraum auszugleichen.

d) Vermögenslage und Vermögensstruktur

Im Wirtschaftsjahr 2016 wurde durch den Eigenbetrieb die Errichtung der gemäß Abfallwirtschaftskonzept zu schaffenden Wertstoffhöfe in Ribnitz-Damgarten und Barth abgeschlossen. Der Wertstoffhof in Ribnitz-Damgarten wurde am 18. Januar 2016, der Wertstoffhof in Barth am 2. Mai 2016 eröffnet. Die Investitionskosten für die zwei Wertstoffhöfe in Barth und Ribnitz-Damgarten belaufen sich auf insgesamt EUR 1.099.336,77, davon entfielen EUR 526.600,76 auf die Abschlussarbeiten und Lieferungen im Jahr 2016. Planmäßig wurden 2016 weitere EUR 57.209,11 in die Ergänzung und Erneuerung der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie für Software und Lizenzen investiert. Die im Geschäftsjahr getätigten Investitionen wurden vollständig aus eigenen Mitteln finanziert.

Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzzahlen der Aktivseite dem langfristig bzw. dem mittel- und kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet.

Das Anlagevermögen des Eigenbetriebes als langfristig gebundenes Vermögen hatte am 31. Dezember 2016 einen Restbuchwert von TEUR 2.980,1.

AKTIVA	Stand 31.12.2016		Stand 01.01.2016	
	TEUR	%	TEUR	%
LANGFRISTIG GEBUNDENES VERMÖGEN				
<u>Anlagevermögen</u>				
Immaterielle Vermögensgegenstände	37,4	0,1	35,3	0,1
Sachanlagen	2.306,9	9,7	1.725,0	7,5
Beteiligungen	635,8	2,6	635,8	2,8
	2.980,1	12,4	2.396,1	10,4
KURZFRISTIG GEBUNDENES VERMÖGEN				
<u>Umlaufvermögen</u>				
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögensgegenstände	571,8	2,4	415,9	1,8
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	20.354,6	85,1	20.104,6	87,7
	20.926,4	87,5	20.520,5	89,5
Rechnungsabgrenzungsposten	8,9	0,1	5,2	0,1
Bilanzsumme	23.915,4	100	22.921,8	100

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind ausstehende Gebührensahlungen der Jahre 1999 bis 2016.

Der Eigenbetrieb verfügt zum Jahresabschluss am 31. Dezember 2016 über liquide Mittel in Höhe von TEUR 20.354,6.

Die Kapitalstruktur wird durch das langfristig bzw. mittel- und kurzfristig verfügbare Eigen- und Fremdkapital dargestellt und durch die Bilanzzahlen der Passivseite dargestellt.

P A S S I V A	Stand 31.12.2016		Stand 01.01.2016	
	TEUR	%	TEUR	%
<u>Eigenkapital</u>	6.599,0	27,6	6.555,5	28,6
<u>Sonstige Rückstellungen</u>	15.787,6	66,0	15.072,2	65,8
<u>Verbindlichkeiten</u>				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.521,6	6,3	1.238,4	5,4
Verbindlichkeit gegenüber Landkreis	0,0	0,0	32,4	0,1
Sonstige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	7,2	0,1	23,3	0,1
<u>Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten</u>	1.528,8	6,4	1.294,1	5,6
Bilanzsumme	23.915,4	100	22.921,8	100

Die Eigenkapitalquote liegt im Jahr 2016 bei 27,6 %. Eine weitere Erhöhung der Eigenkapitalquote auf 30 %, wie in der Verwaltungsvorschrift zur Eigenbetriebsverordnung geregelt, ist nicht notwendig, da aufgrund des Geschäftsfeldes des Eigenbetriebes bestandsgefährdende Risiken innerhalb eines Wirtschaftsjahres, die durch eine höhere Eigenkapitalausstattung abzufangen wären, nicht auftreten können.

3. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

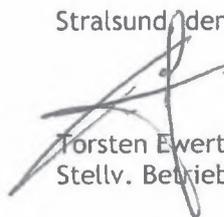
- Die personelle und materielle Ausstattung des Eigenbetriebes sichert auch künftig die Erfüllung der anstehenden Entsorgungsaufgaben. Für unvorhersehbare finanzielle Belastungen verfügt der Eigenbetrieb über ausreichend Eigenkapital.
- Mit dem Beitritt zur OVVD GmbH hat der Landkreis einen Geschäftsanteil von ca. 2,5 % an der Gesellschaft übernommen, das sind TEUR 635,8. Als Gesellschafter der GmbH profitiert der Landkreis vom Solidarpreis der OVVD GmbH für die Abfallbehandlung, der auch für das Jahr 2017 Bestand haben wird.
- Gemäß den Festlegungen im Abfallwirtschaftskonzept wird ab 1. Januar 2016 im gesamten Landkreis Vorpommern-Rügen die Abfallbewirtschaftung in allen drei Entsorgungsgebieten in gleichem Umfang zu einheitlichen Gebühren durchgeführt. D.h., im gesamten Landkreis werden Hausmüll, Sperrmüll, Bioabfall und Schadstoffe durch beauftragte Dritte eingesammelt. Die hierfür anfallenden Kosten werden von allen Gebührenzahlern des Landkreises Vorpommern-Rügen gemeinsam getragen.

- Die eingesammelten Abfälle werden über die Umschlaganlagen des Eigenbetriebes in Camitz und Samtens zu den Behandlungsanlagen der OVVD GmbH in Stralsund und Reinberg bzw. zur Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH in Rostock transportiert.
- In den Entsorgungsgebieten Hansestadt Stralsund und Nordvorpommern wurde satzungsgemäß zum 1. Januar 2016 verpflichtend die Biotonne eingeführt, d.h. nur bei Nachweis einer Eigenkompostierung kann von der Aufstellung einer Biotonne abgesehen werden. Damit erfolgt flächendeckend im gesamten Landkreis Vorpommern-Rügen eine Entsorgung von Bioabfällen. Nach anfänglichen Problemen, insbesondere bei der Aufstellung der Abfallbehälter, wird diese Entsorgungsmöglichkeit auch in diesen Entsorgungsgebieten sehr gut genutzt. Insgesamt wurden im Jahr 2016 bereits die für das Jahr 2017 prognostizierten Sammelmengen erreicht.
- Die Öffnungszeiten der fünf durch den Eigenbetrieb und der zwei durch beauftragte Dritte betriebenen Wertstoffhöfe wurden angepasst und der Annahmekatalog vereinheitlicht. Insbesondere die Wertstoffhöfe in Ribnitz-Damgarten und Stralsund sowie auf der Insel Rügen werden intensiv genutzt, in erster Linie für Sperrmüllanlieferungen und die Entsorgung von Grüngut.
- Die Schadstoffsammlung wird zweimal jährlich im gesamten Landkreis Vorpommern-Rügen durchgeführt. Zusätzlich steht in den Monaten Mai bis August ein Schadstoffmobil an einem Tag monatlich auf den Wertstoffhöfen bereit.
- Die besonders für die Entsorgungsgebiete Hansestadt Stralsund und Nordvorpommern im Vergleich zu den Vorjahren erhöhten Gebühren - entsprechend der ab 1. Januar 2016 geltenden Abfallgebührensatzung - führten zu einer Vielzahl von Widersprüchen gegen die ergangenen Gebührenbescheide für 2016, v. a. durch Großvermieter.
- Gemeinsam mit dem Rechtsamt des Landkreises und externer Unterstützung wurde eine Vielzahl der Widersprüche abgearbeitet und entsprechend der Aktenlage beschieden. Bis zum Jahresende 2016 wurden durch Anschlusspflichtige sechs Klagen gegen die Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallwirtschaft im Landkreis Vorpommern-Rügen (Abfallgebührensatzung - AGS) beim Verwaltungsgericht Greifswald eingereicht. Davon ist ein Klageverfahren mit einem Normenkontrollantrag eingereicht worden. Aus diesem Grund sind bis zum Abschluss dieses Verfahrens die weiteren fünf Klageverfahren ausgesetzt und sämtliche Widerspruchsverfahren 2016 und 2017 bis zum Ausgang des Verfahrens ruhend gestellt worden.
- Beim Verwaltungsgericht Greifswald wurde ebenfalls ein Normenkontrollverfahren gegen die Satzung über die Abfallwirtschaft im Landkreis Vorpommern-Rügen (Abfallsatzung - AbfS) beantragt. Da sich dieses Verfahren jedoch speziell gegen die in den §§ 4 Abs. 1 nebst Anlage, § 5 Abs. 3, § 6 und § 18 Abs. 2 Nr. 1 AbfS festgeschriebenen Regelungen zum Anschluss- und Benutzungszwang richtet, hat es zunächst keinen Einfluss auf den o. g. Normenkontrollantrag bzw. die Klage- und Widerspruchsverfahren.
- Für die Begleichung der aus diesen Verfahren entstehenden Kosten werden mit dem Jahresabschluss 2016 entsprechende Rückstellungen gebildet.
- Der Betriebsleiter des Eigenbetriebes war seit März 2016 erkrankt. Die Betriebsleitung wurde in Übereinstimmung mit der Betriebsatzung durch den stellvertretenden Betriebsleiter/technischen Leiter wahrgenommen. Ein weiterer Mitarbeiter, der für den Einsatz auf einem Wertstoffhof vorgesehen war, ist bereits seit Dezember 2015 erkrankt. In diesem Fall wurde befristet für die Dauer des krankheitsbedingten Ausfalls ein zusätzlicher Mitarbeiter eingestellt.

- Risiken von besonderer Bedeutung, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes haben, bestanden im Jahr 2016 nicht und werden auch für 2017 nicht erwartet. Risiken, die sich ggf. aus Umweltauflagen und neuen Anforderungen an die Entsorgungswirtschaft ergeben, sowie Marktrisiken wird durch das o. a. Abfallwirtschaftskonzept entsprochen.
- Die Betriebsleitung beobachtet permanent die regionale und überregionale Entwicklung der Abfall- und Entsorgungswirtschaft bei Einbeziehung der komplexen Reaktionsmöglichkeiten des Eigenbetriebes und wirkt so möglichen Risikopotentialen entgegen.
- Für das Wirtschaftsjahr 2017 wird ebenfalls ein positives Ergebnis erwartet.

Der Jahresabschluss 2016 wurde entsprechend der Eigenbetriebsverordnung im März 2017 aufgestellt.

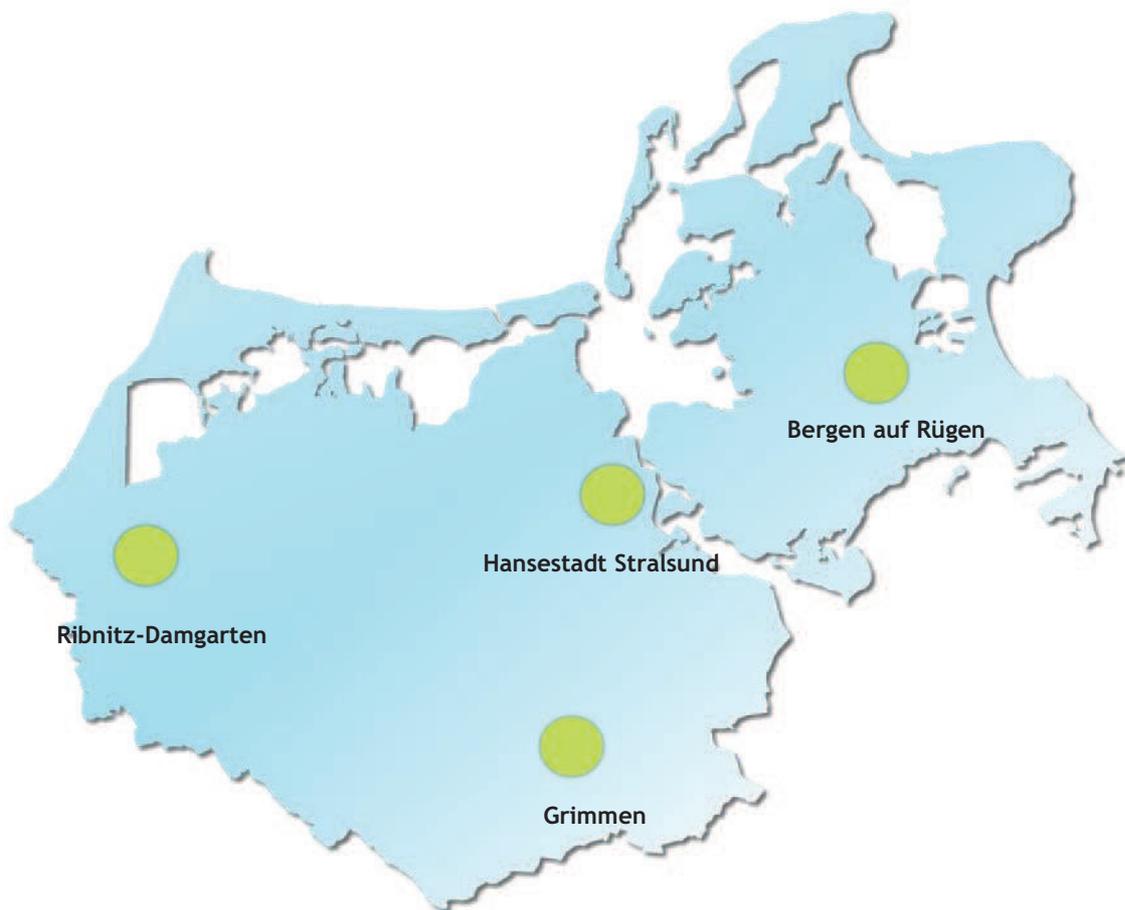
Stralsund, den 31. März 2017



Torsten Ewert
Stellv. Betriebsleiter

Wirtschaftsplan 2018

Eigenbetrieb Jobcenter Vorpommern-Rügen



Inhaltsverzeichnis

- I. Vorbericht
- II. Zusammenstellung
- III. Erfolgsplan
- IV. Finanzplan
- V. Investitionsübersichten
- VI. Übersicht über Leistungsbeziehungen zwischen den Betriebsbereichen
- VII. Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen
- VIII. Stellenübersicht

I. Vorbericht

1.1. Allgemeines

Der ehemalige Landkreis Nordvorpommern ist seit dem 01.01.2012 zugelassener kommunaler Träger für die Erfüllung der Aufgaben aus § 6 Abs. 1 i. V. m. § 6a Abs. 2 und § 6b Abs. 1 Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Der Landkreis Nordvorpommern wurde gemäß § 5 Landkreisneuordnungsgesetz M-V ab dem 04.09.2011 mit dem Landkreis Rügen und der Hansestadt Stralsund zum neuen Landkreis Vorpommern-Rügen zusammengeführt.

Im Zuge dieser Landkreisneuordnung ist der Landkreis Vorpommern-Rügen seit dem 01.01.2013 für das gesamte Kreisgebiet zugelassener kommunaler Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Das kommunale Jobcenter Vorpommern-Rügen wurde bis zum 31.12.2014 als Fachbereich der Kreisverwaltung geführt. Mit Beschluss des Kreistages vom 06.10.2014 wurde der Betriebsrat zugestimmt und der Eigenbetrieb Jobcenter Vorpommern-Rügen zum 01.01.2015 entsprechend der Eigenbetriebsverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern gegründet.

1.2. Gegenstand des Eigenbetriebes

Gegenstand des Betriebes ist die Erfüllung der Aufgaben aus § 6 Abs. 1 i. V. m. § 6a Abs. 2 und § 6b Abs. 1 Sozialgesetzbuch(SGB) Zweites Buch (II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende - vom 24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2954) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 (BGBl. I S. 850, S. 2094), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 31. Juli 2016 (BGBl. I S. 1939) geändert worden ist, auf dem Gebiet des Landkreises Vorpommern Rügen.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende umfasst Leistungen

1. zur Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit insbesondere durch Eingliederung in Arbeit und
2. zur Sicherung des Lebensunterhalts der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten.

Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden erbracht in Form von

- Dienstleistungen, insbesondere durch Information, Beratung und umfassende Unterstützung durch einen persönlichen Ansprechpartner mit dem Ziel der Eingliederung in Arbeit
- Geldleistungen, insbesondere zur Eingliederung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in Arbeit und zur Sicherung des Lebensunterhalts der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und der mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen und
- Sachleistungen.

Die Aufgaben werden dezentral an den vier Standorten Stralsund, Grimmen, Bergen auf Rügen und Ribnitz-Damgarten wahrgenommen.

1.3. Finanzierung

Der Bund finanziert den Eigenbetrieb im Bereich Arbeitslosengeld II, Eingliederung in Arbeit sowie den daraus resultierenden Veraltungskosten. Der Landkreis finanziert die Kosten der

Unterkunft, einmalige Beihilfen nach § 22 und § 24 Abs. 3 SGB II, Leistungen nach § 16a SGB II sowie die für die Durchführung dieser Aufgaben entstehenden Verwaltungskosten.

Die Finanzierungsanteile an den Verwaltungskosten setzen sich derzeit nach § 46 Abs. 3 SGB II zu 84,8 % aus Bundes- und zu 15,2 % aus Mitteln des Landkreises zusammen.

Für die Gewährung der Leistungen Arbeitslosengeld II, Kosten der Unterkunft sowie Bildung und Teilhabe besteht ein individueller Rechtsanspruch und insofern bei Vorliegen der rechtlichen Bewilligungsvoraussetzungen eine Finanzierungsverpflichtung aus Bundes- und Kreismitteln, unabhängig von der jeweiligen Haushaltslage des Bundes oder des Landkreises.

Die Höhe der Aufwendungen wird dabei durch die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in Verbindung mit den gesetzlich normierten Leistungsverpflichtungen und den seitens des Bundes budgetierten Zuwendungen bestimmt.

Der Bundesanteil für den Verwaltungshaushalt sowie die Eingliederungsleistungen sind zwar grundsätzlich ebenfalls gesetzlich definiert, werden hinsichtlich ihrer Höhe jedoch auf Grund einer entsprechenden Verordnung (Eingliederungsmittelverordnung) des Bundes budgetiert.

1.4. Eckpunkte des Wirtschaftsplanes

Bei der Erarbeitung des Wirtschaftsplanes 2018 für den Eigenbetrieb Jobcenter wurde von dem Rechnungsergebnis 2016, dem Verlauf des Wirtschaftsjahres 2017 und den gegenwärtigen sowie für die Planjahre vereinbarten vertraglichen Bedingungen ausgegangen.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Wirtschaftsplanes war lediglich der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2018 bekannt.

Für die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende sind im Regierungsentwurf des Bundeshaushaltes 2018 insgesamt 36,954 Mrd. € veranschlagt (Soll 2017: 36,401 Mrd. €). Das Globalbudget umfasst laut Regierungsentwurf insgesamt 8,740 Mrd. €. Dabei entfallen 4,555 Mrd. € auf den Bundesanteil für die Verwaltungskosten und 4,185 Mrd. € auf die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit.

	Regierungsentwurf 2018	Bundeshaushalt 2017
Bundesanteil zu den Verwaltungskosten	4,555 Mrd. Euro	4,436 Mrd. Euro
Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	4,185 Mrd. Euro	4,443 Mrd. Euro

Laut Haushaltsvermerk können auch im Haushaltsjahr 2018 Ausgabereste bis zu 350 Mio. € zusätzlich in Anspruch genommen werden.

Da die Eingliederungsverordnung für das Jahr 2018 erst Ende dieses Jahres erwartet wird, basieren die Planwerte auf den Verteilquoten gemäß der Eingliederungsverordnung 2017.

	Anteil gemäß EinglMV 2017	fiktiver Anteil 2018/ lt. Regierungsentwurf zum Haushalt 2018
Bundesanteil VWK	0,4691	21.367 T€
EGL	0,4653	19.473 T€

Somit wurde bei der Planung von folgendem Budget ausgegangen:

Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (EGL) 19.473.000 Euro

Bundesanteil zu den Verwaltungskosten (84,8 %)	21.367.000 Euro
Kommunaler Finanzierungsanteil des Landkreises (15,2 %)	3.829.934 Euro
Verwaltungskostenbudget	25.196.934 Euro

Etwaige Ausgabereste sind nicht berücksichtigt, da ihre Höhe derzeit nicht beziffert werden kann. Im Haushaltsjahr 2017 wurden Ausgabereste i.H.v. 350 Mio. € als Bundesanteil an den Verwaltungskosten zur Verfügung gestellt.

Im Erfolgsplan sind für den Eigenbetrieb Erträge in Höhe von 180.580,1 TEUR vorgesehen. Diese setzen sich zum Großteil aus den Leistungsbeteiligungen des Bundes und des Landkreises Vorpommern-Rügen zusammen.

Ertragsart	in TEUR
Leistungsbeteiligung Bund	120.854,8
an den Eingliederungsleistungen	18.955,0
an der Grundsicherung für Arbeitsuchende	80.948,7
an den Verwaltungskosten	20.951,1
Leistungsbeteiligung Landkreis	51.696,2
an den Kosten Unterkunft und Heizung und den einmaligen Leistungen (§ 22 und § 24 Abs. 3 SGB II)	47.660,2
an den Kosten für Bildung und Teilhabe (nur Schulgeld)	290,6
an den Verwaltungskosten (KfA)	3.715,4
an den Projekt Bürgerarbeit	30,0
Leistungsbeteiligung Land	75,0
an den Projekt Bürgerarbeit	75,0
Leistungen Dritter (Rückerstattung von Leistungsbeziehern)	7.662,0
für Arbeitslosengeld II	4.656,5
für kommunale Leistungen (KdU)	2.706,0
Für Bildung und Teilhabe (BUT)	0,4
für Eingliederungsleistungen	299,1
Sonstige betriebliche Erträge	99,1
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	193,0
Erträge insgesamt	180.580,1

Die Höhe der Leistungsbeteiligung an den Verwaltungskosten (Bundesanteil + KfA) weicht um die Höhe der Investitionen über 277,8 T€ von der geplanten Mittelzuteilung ab. Investitionen werden nicht im Erfolgsplan dargestellt. Da die Finanzierung gemäß KoA-VV allerdings wie Aufwand erfolgt, wird dieser Anteil als Sonderposten (235,6 T€ Bund + 42,2 T€ LK) eingestellt.

Für den Verwaltungshaushalt sind somit für das Jahr 2018 folgende Beteiligungen geplant:

Bundesbeteiligung an den Verwaltungskosten (84,8 %)	21.186,7 T€
Kommunaler Finanzierungsanteil (15,2 %)	3.757,6 T€

Die für das Haushaltsjahr 2018 geplanten Ausgaben i.H.v. 24.944,3 T€ liegen unterhalb des voraussichtlichen Verwaltungskostenbudgets. Die Höhe des kommunale Finanzierungsanteils richtet sich gemäß § 46 Abs. 3 SGB II nach den tatsächlichen Ausgaben im Haushaltsjahr.

Zur Weiteren Ertragsentwicklung über das Planungsjahr hinaus können derzeit keine Aussagen getroffen werden. Daher wurden die Annahmen für 2018 auch für die Folgejahre fortgeschrieben.

Im Erfolgsplan sind Aufwendungen i.H.v. 180.587,1 T€ vorgesehen. Diese setzen sich zum Großteil aus den Aufwendungen für bezogene Leistungen und den Verwaltungskosten zusammen.

Die Höhe der Aufwendungen für die passiven Leistungen und die Kosten der Unterkunft und Heizung sowie einmalige Beihilfen ist maßgeblich von der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften (BG) abhängig. Im Jahresdurchschnitt ist bis zu diesem Zeitpunkt ein Rückgang im Vergleich zum Vorjahr von 8 % zu verzeichnen. Für das Haushaltsjahr 2018 wird mit ein Rückgang der Bedarfsgemeinschaften um 5 % kalkuliert.

Bei der Planung der Leistungen für die Grundsicherung (ALG II) wurde eine jährliche Regelsatzerhöhung von 1 % pro Jahr angenommen. Bei den kommunalen Leistungen wurden Mehrausgaben i.H.v. 500 T€ aufgrund der Nachzahlungen aus anhängigen Klageverfahren eingeplant.

Bei den Eingliederungsleistungen sind ab dem Jahr 2017 das Bundesprojekt „Soziale Teilhabe“ und das Bundesprojekt „Bürgerarbeit“ enthalten.

Aufwandsart	in TEUR
Aufwendungen für bezogene Leistungen	155.621,5
davon Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (EGT)	19.359,1
davon Leistungen im Rahmen der Grundsicherung (ALG II)	85.605,2
davon Leistungen für Kosten der Unterkunft und einmalige Leistungen nach § 22 und 24 Abs. 3 SGB II	50.366,2
davon Leistungen für Bildung und Teilhabe (nur Schulgeld)	291,0

Die Planung der Personalaufwendungen für das Haushaltsjahr 2018 basiert auf der beigefügten Stellenübersicht und der aktuellen Tariftabelle. Für die Folgejahre wurde mit einer jährlichen Lohnsteigerung von 1,5 % kalkuliert. Des Weiteren wurde eine auf Erfahrungen basierende Teilzeitquote in Abzug gebracht.

Die Personalaufwendungen belaufen sich unter Berücksichtigung von Tarifierhöhungen auf 20.870,4 TEUR. Insgesamt sind im Eigenbetrieb 365,85 Stellen vorgesehen. Darin enthalten ist eine fremdfinanzierte Stelle (im Stellenplan als nachrichtlich ausgewiesen).

Aufwandsart	in TEUR
Löhne und Gehälter	16.128,0
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	4.742,4
davon für Altersversorgung	1.915,7
davon Rückstellungen für Altersversorgung	535,6
Personalkosten gesamt	20.870,4

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen handelt es sich um die Verwaltungskosten ohne Personalaufwendungen. Bei der Planung wurden alle Vertragsbindungen und bis zum Zeitpunkt der Erstellung des Wirtschaftsplanes bekannt gewordene Tatsachen einbezogen.

Der Eigenbetrieb wird außerdem Dienstleistungen des Landkreises in Anspruch nehmen. Diese sind insbesondere die Vollstreckung von öffentlich-rechtlichen Forderungen des Eigenbetrie-

bes, das Gebäudemanagement, das Rechnungsprüfungsamt sowie IT-Dienstleistungen. Für diese Dienstleistungen wurden im Wirtschaftsplan 387,6 TEUR eingeplant.

Des Weiteren wurden 470 TEUR für die Bearbeitung von Anträgen auf Leistungen für Bildung und Teilhabe von SGB II-Leistungsempfängern im Fachdienst Bürgerservice berücksichtigt.

Aufwandsart	in TEUR
Betriebskosten	76,0
Kosten für die Unterhaltung und Bewirtschaftung	194,0
Dienstleistungen Dritter	377,1
Sonstige Personalaufwendungen	136,7
Auszahlungen für Inanspruchnahme von Rechten	1.711,1
Verbrauchsgüter	542,2
Dienstleistungen des Landkreises	857,6
betriebliche Aufwendungen gesamt	3.894,7

Für das Jahr 2017 sind Ausgaben i. H. v. 277,8 TEUR für Investitionen vorgesehen.

Im IT-Bereich wird die Beschaffung neuer Server und anderer Netzwerkkomponenten geplant.

Des Weiteren ist die Erneuerung der Büroeinrichtung innerhalb der nächsten 4 Jahre für alle Standorte geplant. Ziel ist der Abschluss eines Rahmenvertrages. Ebenfalls soll die Ausstattung in den Besprechungsräumen erneuert werden.

Investition	2018 in TEUR	2019 in TEUR	2020 in TEUR	2021 in TEUR
Erneuerung der IT-Technik	67,0	10,0	10,0	10,0
Erneuerung der Büroeinrichtung	138,0	113,0	113,0	78,0
Erneuerung der Ausstattung in den Besprechungsräumen	50,0			
Lizenzaufwendungen	16,3	0,0	0,0	12,0
Sonstige Investitionen	6,5	6,5	6,5	6,5
Investitionen gesamt	277,8	119,5	119,5	94,5

Die Investitionen in das Anlagevermögen werden zu 100 % durch den Bund bzw. Landkreis finanziert. Daher werden in gleicher Höhe Sonderposten gebildet.

Für die bei Gründung des Eigenbetriebes übernommenen Vermögensgegenstände wurde der beim Landkreis gebildete Sonderposten übernommen. Der Finanzierungsanteil des Landkreises (15,2 %) wurde in eine zweckgebundene Kapitalrücklage eingestellt und jährlich in Höhe der Abschreibungen reduziert.

Gemäß der vorläufigen Eröffnungsbilanz des Eigenbetriebes sind folgende Anfangsbestände vorhanden:

Anlagevermögen zum 01.01.2015	Sonderposten zum 01.01.2015	zweckgebundene Kapitalrücklage zum 01.01.2015
394.240 €	335.333 €	58.907 €

Aufgrund der jährlichen Abschreibungen wird im Erfolgsplan ein jährlicher Verlustbetrag in Höhe der Differenzen zwischen Abschreibungen und Auflösung der Sonderposten ausgewiesen. Mit Beschluss vom 27.06.2016 hat der Betriebsausschuss der jährlichen Auflösung der zweck-

gebundenen Rücklage zur Finanzierung der Abschreibungen des vom Landkreis zum 01.01.2015 übernommenen Anlagevermögens in Höhe dieses Verlustbetrags zugestimmt.

Der Eigenbetrieb hat in der Vergangenheit Leasingverträge für Rechner, Monitore und Drucker/Kopierer abgeschlossen. Der Gesamtaufwand für Leasingverträge beträgt 67,6 TEUR.

Zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit ist die Einrichtung eines Liquiditätskredites in Höhe von 15.000 TEUR notwendig. Die Inanspruchnahme soll nur in Ausnahmefällen und für einen kurzen Zeitraum erfolgen. Die Kreditlinie besteht seit 09/2015 bei der Sparkasse Vorpommern.

Für die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (EGL) wurden Zahlungsverpflichtungen für die Folgejahre eingegangen.

Im Finanzplan erfolgt eine Korrektur des Jahresüberschusses durch Hinzufügen der zahlungsunwirksamen Aufwendungen und Erträge.

Landkreis Vorpommern-Rügen

I. Zusammenstellung für das Jahr 2018

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Jobcenter Vorpommern-Rügen

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung hat der Kreistag des Landkreises Vorpommern Rügen

durch Beschluss vom _____ den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr 2018 festgestellt:

Es betragen

1. im Erfolgsplan

- die Erträge
- die Aufwendungen
- der Jahresgewinn
- der Jahresverlust

in TEUR

180.580,1

-180.587,1

0,0

-7,0

2. im Finanzplan

- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit
- der Saldo aus der Änderung des Finanzmittelbestandes

0,0

0,0

0,0

0,0

3. Es werden festgesetzt

- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf
- davon für Umschuldungen
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung

0,0

0,0

0,0

15.000,0

4. Die Stellenübersicht weist 365,85 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus.

5. Der Stand des Eigenkapitals

- betrug zum 31.12. des Vorjahres
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich

26,1

12,0

5,0

6. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am :

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

K. Weses P. L.

III. Erfolgsplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Jobcenter Vorpommern-Rügen

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016	2017	2018	2019	2020	2021
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	185.033,3	191.827,1	180.288,0	177.047,5	174.482,1	172.058,7
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen						
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen						
4.	Sonstige betriebliche Erträge	180,1	125,0	99,1	85,3	85,3	85,3
5.	Materialaufwand	161.535,6	166.938,4	155.621,5	152.745,0	150.072,5	147.694,5
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	161.535,6	166.938,4	155.621,5	152.745,0	150.072,5	147.694,5
6.	Personalaufwand	19.659,1	20.914,2	20.870,4	20.635,5	20.709,3	20.669,1
	a) Löhne und Gehälter	15.127,6	16.075,6	16.128,0	15.899,9	15.963,2	15.936,0
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	4.531,5	4.838,6	4.742,4	4.735,6	4.746,1	4.733,1
	- davon für Altersversorgung	1.852,1	1.981,2	1.915,7	1.915,5	1.918,0	1.916,1
7.	Abschreibungen auf	153,4	81,3	200,0	130,8	134,0	120,0
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	153,4	81,3	200,0	130,8	134,0	120,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
	- davon nach § 254 HGB						
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten						
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
	- davon nach § 254 HGB						
8.	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO	136,8	67,2	193,0	128,0	132,4	119,4
9.	Konzessionsabgabe						
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.006,7	4.099,1	3.894,7	3.751,7	3.785,0	3.779,8
11.	Erträge aus Beteiligungen						
	- davon aus verbundenen Unternehmen						

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016	2017	2018	2019	2020	2021
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
	- davon aus verbundenen Unternehmen						
13.	Zinsen und ähnliche Erträge						
	- davon aus verbundenen Unternehmen						
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens						
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6,0	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
	- davon an verbundene Unternehmen						
16.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-10,6	-14,1	-7,0	-2,8	-1,6	-0,6
17.	Erträge aus Gewinggemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen						
18.	Aufwendungen aus Verlustübernahme						
19.	Außerordentliche Erträge						
20.	Außerordentliche Aufwendungen						
21.	Außerordentliches Ergebnis						
	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
23.	Sonstige Steuern						
24.	Jahresgewinn / Jahresverlust	-10,6	-14,1	-7,0	-2,8	-1,6	-0,6

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns

oder

Behandlung des Jahresverlustes

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages		a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
b) zur Einstellung in Rücklagen		b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)		c) Reduzierung der zweckgebundenen Rücklage für Finanzierungsanteil des LK im Anlagevermögen	-7,0
d) auf neue Rechnung vorzutragen			

IV. Finanzplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Jobcenter Vorpommern-Rügen

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016	2017	2018	2019	2020	2021
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	- 10,6	- 14,1	- 7,0	- 2,8	- 1,6	- 0,6
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	153,4	81,3	200,0	130,8	134,0	120,0
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	- 136,8	- 67,2	- 193,0	- 128,0	- 132,4	- 119,4
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-	-	-	-	-	-
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)	-	-	-	-	-	-
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.622,0					
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen						
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 2.289,7					
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten	-	-	-	-	-	-
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	- 661,7	0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	-	-	-	-	-	-
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	- 156,7	- 284,1	- 223,1	- 277,8	- 129,5	- 141,5
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	-	-	-	-	-	-
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	-	-	-	-	-	-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016	2017	2018	2019	2020	2021
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	156,7	284,1	223,1	277,8	129,5	141,5
	davon						
	a) empfangene Ertragszuschüsse	156,7	284,1	223,1	277,8	129,5	141,5
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	-	-	-	-	-	-
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-
19	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-	-	-	-	-	-
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	661,7	- 0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	-	-	-	-	-	-
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen	-	-	-	-	-	-
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	-	-	-	-	-	-
24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	661,7	- 0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	-	-	-	-	-	-
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands						
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	2.388,0	1.726,3	1.726,3	1.726,3	1.726,3	1.726,3
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	1.726,3	1.726,3	1.726,3	1.726,3	1.726,3	1.726,3

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Jobcenter Vorpommern-Rügen

V. Investitionsübersicht 2018

Beschreibung der Maßnahme: **Erweiterung und Erneuerung der IT-Technik**

Beschreibung der Maßnahme	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres 2018	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres			Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres 2021	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluss der Maßnahme
				2019	2020	2021		
in TEUR								
Einzahlungen und Auszahlungen								
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	97,0		67,0	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0
davon empfangene Ertragszuschüsse	97,0		67,0	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0
davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0,0							
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe Einzahlungen	97,0		67,0	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	97,0		67,0	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0
davon Grundstücke	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon Gebäude	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon Maschinen	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon Büro- und Geschäftsausstattung	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,0							
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,0							
Summe Auszahlungen	97,0		67,0	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0
Nachrichtlich								
veranschlagte VE								
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Es wird eine 100 % Finanzierung der Investitionen unterstellt, so dass die Auflösung der Sonderposten den Abschreibungen entspricht.

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Jobcenter Vorpommern-Rügen

V. Investitionsübersicht 2018

Beschreibung der Maßnahme: **Lizenzkosten für die Nutzung von Software (u.a. Komboss, Sage, Citrix)**

	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres 2018	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres 2019	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres 2020	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres 2021	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	28,3		16,3	0,0	12,0	0,0	0,0
davon empfangene Ertragszuschüsse	28,3		16,3	0,0	12,0	0,0	0,0
davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0,0						
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe Einzahlungen	28,3		16,3	0,0	12,0	0,0	0,0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	28,3		16,3	0,0	12,0	0,0	0,0
davon Grundstücke	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon Gebäude	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon Maschinen	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon Büro- und Geschäftsausstattung	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,0						
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,0						
Summe Auszahlungen	28,3		16,3	0,0	12,0	0,0	0,0
Nachrichtlich							
veranschlagte VE							
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Es wird eine 100 % Finanzierung der Investitionen unterstellt, so dass die Auflösung der Sonderposten den Abschreibungen entspricht.

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Jobcenter Vorpommern-Rügen

V. Investitionsübersicht 2018

Beschreibung der Maßnahme: **Erneuerung der Büroeinrichtung und Ersatzbeschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung**

	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres 2018	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres 2019	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres 2020	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres 2021	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluss der Maßnahme
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	518,0		194,5	119,5	119,5	84,5	0,0
davon empfangene Ertragszuschüsse	518,0		194,5	119,5	119,5	84,5	0,0
davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0,0						
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe Einzahlungen	518,0		194,5	119,5	119,5	84,5	0,0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	518,0		194,5	119,5	119,5	84,5	0,0
davon Grundstücke	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon Gebäude	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon Maschinen	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon Büro- und Geschäftsausstattung	518,0		194,5	119,5	119,5	84,5	0,0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,0						
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,0						
Summe Auszahlungen	518,0		194,5	119,5	119,5	84,5	0,0
Nachrichtlich							
veranschlagte VE							
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Es wird eine 100 % Finanzierung der Investitionen unterstellt, so dass die Auflösung der Sonderposten den Abschreibungen entspricht.

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Vorpommern-Rügen

VI. Übersicht über Leistungsbeziehungen zwischen den Betriebsbereichen

Die Leistungsbeziehungen der Bereiche untereinander können wie folgt abgebildet werden:

	an Bereich 1	an Bereich 2	an Bereich 3	an Bereich 4	gesamt:
von Bereich 1					
von Bereich 2					
von Bereich 3					
von Bereich 4					
gesamt:					

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Vorpommern-Rügen

IX. Ü b e r s i c h t

über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre ²⁾ und Planjahr	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren
	2018	2019	2020	2021	
in TEUR					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2017	2.686,7	294,5	40,7	4,5	
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
veranschlagt im Planjahr 20..					
Summe	3.088,5	201,1	41,4	12,4	
nachrichtlich: Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr					
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen					

Die Verpflichtungsermächtigungen betreffen die im Rahmen des Eingliederungstitels eingegangenen Zahlungsverpflichtungen.

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen.

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6

91 - Betriebsleitung Interne Dienste

00000 Eigenbetrieb Jobcenter

00001	Betriebsleiter/in Interne Dienste	1,000	E 14	1,000	E 14	1,000	E 14	
00002	Juristische/r Sachbearbeiter/in	0,750	E 12	0,750	E 12	0,750	E 12	Tz 30,00 h
00003	Sachbearbeiter/in Verwaltung	1,000	E 5	1,000	E 5	1,000	E 5	
Summe	00000	2,750	3	2,750	3	2,750	3	

91.1 FG Recht

00000 Eigenbetrieb Jobcenter

00004	Sachbearbeiter/in Widersprüche/Klagen, Kreisverwaltungsobersinspektorin/ -inspektor	1,000	A10	0,000		1,000	A10	
00005	Fachgebietsleiter/in	1,000	E 13	0,800	E 13	1,000	E 13	Tz = 32 h bis 28.2.2018 verlagert zu 91.21
00006	Sachbearbeiter/in Widersprüche/Klagen	1,000	E 10	0,000		0,000		
00007	Sachbearbeiter/in Widersprüche/Klagen	1,000	E 10	0,800	E 9c	1,000	E 9c	Tz = 32 h bis 31.12.2018
00008	Sachbearbeiter/in Widersprüche/Klagen	1,000	E 10	0,875	E 9c	1,000	E 9c	Tz = 35 h bis 31.12.2018
00009	Sachbearbeiter/in Widersprüche/Klagen	1,000	E 10	0,875	E 9c	1,000	E 9c	Tz = 35 h bis 31.12.2018
00010	Sachbearbeiter/in Widersprüche/Klagen	1,000	E 10	0,875	E 9c	1,000	E 9c	Tz = 35 h bis 31.12.2018
00011	Sachbearbeiter/in Widersprüche/Klagen	1,000	E 10	1,000	E 9c	1,000	E 9c	
00012	Sachbearbeiter/in Widersprüche/Klagen	1,000	E 10	1,000	E 9c	1,000	E 9c	
00013	Sachbearbeiter/in Widersprüche/Klagen	1,000	E 10	1,000	E 9c	1,000	E 9c	
00014	Sachbearbeiter/in Widersprüche/Klagen	1,000	E 10	1,000	E 9c	1,000	E 9c	
00015	Sachbearbeiter/in Widersprüche/Klagen	1,000	E 10	1,000	E 9c	1,000	E 9c	
00016	Teamassistent/in Recht	0,375	E 5	0,375	E 5	0,375	E 5	Tz 15,00 h speist sich aus Stellenanteilen aus dem FG

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung	
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung		
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6	
00000	Eigenbetrieb Jobcenter							Fortsetzung...	
00017	Teamassistent/in Recht	0,7500	E 5	0,7500	E 5	0,7500	E 5	Tz 30,00 h	
00018	Teamassistent/in Recht	1,0000	E 5	1,0000	E 5	1,0000	E 5		
00019	Teamassistent/in Recht	1,0000	E 5	1,0000	E 5	1,0000	E 5		
Summe 00000	16	15,1250		12,3500		14,1250			
91.2 - FG Interner Service									
00000	Eigenbetrieb Jobcenter								
00020	Fachgebietsleiter/in, Kreisverwaltungsoberrat/rätin/ -rat	1,0000	A13S	1,0000	A13S	1,0000	A13S		
Summe 00000	1	1,0000		1,0000		1,0000			
91.21 - Team Personal/Organisation									
00000	Eigenbetrieb Jobcenter								
00021	Teamleiter/in	1,0000	E 11	1,0000	E 11	1,0000	E 11		
00022	SB Personal/Vergütung	0,0000		0,0000		1,0000	E 9c	Übernahme Aufgabe und Personal aus KV	
00023	SB Personal/Vergütung	1,0000	E 9	1,0000	E 9c	1,0000	E 9c	neue Aufgaben/neue Bezeichnung	
00024	SB Personal/Vergütung	1,0000	E 9	1,0000	E 9c	1,0000	E 9c	neue Aufgaben/neue Bezeichnung	
00025	FA Personal/Organisation	1,0000	E 6	0,0000		1,0000	E 7		
00026	FA Personal/Vergütung	0,0000		0,0000		0,8750	E 7	Tz 35,00 h Stelle verlagert von 91.1	
00027	Teamassistent/in Poststelle	1,0000	E 5	1,0000	E 5	0,0000		kw am 01.01.2018	
00028	Teamassistent/in Poststelle	1,0000	E 5	1,0000	E 5	1,0000	E 5		
00029	Teamassistent/in Poststelle	1,0000	E 5	1,0000	E 5	1,0000	E 5		
00030	Teamassistent/in Poststelle	1,0000	E 5	1,0000	E 6	1,0000	E 5	übertarifliche Zahlung	
Summe 00000	10	8,0000		7,0000		8,8750			
91.22 - Team Finanzen/Infrastruktur									
00000	Eigenbetrieb Jobcenter								
00031	Teamleiter/in, Kreisverwaltungsamtsrätin/ -rat	1,0000	A11	1,0000	A11	1,0000	A12	neue Bewertung	
00032	SB HH/Controlling	1,0000	E 10	0,9500	E 10	1,0000	E 10	TZ = 38 h bis 30.6.2018	
00033	SB Sonderkasse/Infrastruktur	1,0000	E 9	1,0000	E 9c	1,0000	E 9c		

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung	
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung		
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6	
00000	Eigenbetrieb Jobcenter	Fortsetzung...							
00034	SB GBH/Anlagenbuchhaltung/Mahnwesen	1,0000	E 9	1,0000	E 6	1,0000	E 9c		
00035	FA Sonderkasse/Infrastruktur	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8		
00036	FA GBH/Anlagenbuchhaltung/Mahnwesen	1,0000	E 8	0,0000		1,0000	E 8		
00037	FA GBH/Anlagenbuchhaltung/Mahnwesen	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8		
00038	FA HH/Controlling	1,0000	E 6	1,0000	E 7	1,0000	E 8	neue Bewertung	
00039	FA Sonderkasse/Infrastruktur	1,0000	E 6	1,0000	E 7	1,0000	E 7		
00040	FA Sonderkasse/Infrastruktur	1,0000	E 6	1,0000	E 7	1,0000	E 7		
00041	FA Sonderkasse/Infrastruktur	1,0000	E 8	0,9250	E 8	1,0000	E 7	ku zum 1.1.2018 in E 7	
00042	FA GBH/Mahnwesen	1,0000	E 6	1,0000	E 6	1,0000	E 7		
00043	FA GBH/Mahnwesen	1,0000	E 6	1,0000	E 6	1,0000	E 7		
00044	FA HH/Controlling	1,0000	E 6	0,8250	E 7	1,0000	E 7	TZ = 33h = bis 30.04.2018	
00045	FA GBH/Zahlungsstörungen	0,0000		1,0000	E 7	1,0000	E 7	rekrutiert sich aus freien Zeitanteilen des BT 91 - befristet bis zum 30.6.2018	
Summe	00000 15	14,0000		13,7000		15,0000			
91.23 - Team IT									
00000	Eigenbetrieb Jobcenter								
00046	Teamleiter/in, Kreisverwaltungsamtfrau/ -mann	1,0000	A11	1,0000	A11	1,0000	A11		
00047	IT-Anwenderbetreuer/in, Kreisverwaltungsobersinspektorin/ -inspektor	1,0000	A10	1,0000	A10	1,0000	A10		
00048	IT-Anwenderbetreuer/in	1,0000	E 10	1,0000	E 10	1,0000	E 10		
00049	IT-Anwenderbetreuer/in	1,0000	E 10	1,0000	E 10	1,0000	E 10		
00050	IT-Anwenderbetreuer/in	1,0000	E 10	1,0000	E 10	1,0000	E 10		
Summe	00000 5	5,0000		5,0000		5,0000			
92 - BL Integration und Leistungsgewährung									
00000	Eigenbetrieb Jobcenter								

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6

00000 Eigenbetrieb Jobcenter

00051	Betriebsleiter/in Integration und Leistung, Kreisverwaltungsoberrätin/-rat	1,0000	A14	1,0000	A14	1,0000	A14	ku nach E 13/A 13 zum 1.4.2020
00052	BCA/Alleinerziehende/Koordinatorin für FBW, Kreisverwaltungsamtfrau/-mann	1,0000	A11	0,8000	A11	1,0000	A11	TZ = 32h = bis 31.08.2018
00053	Controller/in	0,4000	E 10	0,4000	E 10	1,0000	E 10	von TZ auf VZ
00054	Jugendberufskordinator/in SGB II	1,0000	E 9	0,0000		1,0000	E 9c	verlagert von Team 92.12 - andere Aufgaben - besetzt ab 1.9.2017
00055	Sachbearbeiter/in Fachaufsicht/DQM	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00056	Sachbearbeiter/in Verwaltung	1,0000	E 5	0,7500	E 5	1,0000	E 5	TZ = 30h = bis 31.12.2018
Summe 00000	6	5,4000		3,9500		6,0000		

92.1 - FG 1 zusammengefasste Aufgaben

00000 Eigenbetrieb Jobcenter

00057	Fachgebietsleiter/in, Kreisverwaltungsoberrätin/-rat	1,0000	A13S	1,0000	A13S	1,0000	A13S	
Summe 00000	1	1,0000		1,0000		1,0000		

92.11 - Team Telefonservice/Bürgerportal GMN/RDG

00000 Eigenbetrieb Jobcenter

00058	Teamleiter/in	1,0000	E 10	0,9250	E 10	1,0000	E 9c	Tz = 37 h bis 28.2.2018
00059	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,7500	E 6	0,7500	E 7	Tz 30,00 h von Vz auf Tz
00060	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,5000	E 6	1,0000	E 7	Tz = 20 h bis 31.12.2018
00061	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,7500	E 7	1,0000	E 7	Tz = 30 h bis 31.12.2018
00062	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,9000	E 6	1,0000	E 7	Tz = 36 h bis 31.12.18
00063	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,9250	E 7	1,0000	E 7	TZ = 37 h bis 31.12.2018
00064	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	1,0000	E 7	1,0000	E 7	
00065	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	1,0000	E 6	1,0000	E 7	umgesetzt von 92.2.30
00066	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	1,0000	E 7	1,0000	E 7	umgesetzt von 92.2.30
00067	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	1,0000	E 7	1,0000	E 7	

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung	
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung		
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6	
00000	Eigenbetrieb Jobcenter								Fortsetzung...
00068	FA Bürgerportal	0,0000	E 6	1,0000	E 7	1,0000	E 7	verlagert von 92.3.30 von TZ auf VZ	
00069	FA Bürgerportal	0,8000	E 6	1,0000	E 6	1,0000	E 7		
00070	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	1,0000	E 7	1,0000	E 7		
00071	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	1,0000	E 7	1,0000	E 7		
00072	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	1,0000	E 6	1,0000	E 7		
00073	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	1,0000	E 6	1,0000	E 7		
00074	FA Telefonservice	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		Stelle wird verlagert in Team 92.14 (Außendienst) ab 1.3.2017	
Summe	00000	15,8000	17	14,7500		15,7500			

92.12 - Team Eingliederungsleistungen

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung	
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung		
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6	
00000	Eigenbetrieb Jobcenter								Fortsetzung...
00075	Teamleiter/in	0,6000	E 11	0,6000	E 10	1,0000	E 11	von TZ auf VZ	
00076	Sachbearbeiter/in Eingliederungsleistungen	1,0000	E 9	0,9500	E 9b	1,0000	E 9b	TZ = 38 h = bis 28.02.2018	
00077	Sachbearbeiter/in Eingliederungsleistungen	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b		
00078	Fachassistent/in Eingliederungsleistungen	1,0000	E 6	0,0000		1,0000	E 7		
00079	Fachassistent/in Eingliederungsleistungen	1,0000	E 6	0,8750	E 7	1,0000	E 7		
00080	Fachassistent/in Eingliederungsleistungen	1,0000	E 6	0,9000	E 7	1,0000	E 7	Tz = 36 h bis 31.8.2020	
00081	Fachassistent/in Eingliederungsleistungen	1,0000	E 6	1,0000	E 7	1,0000	E 7		
00082	Fachassistent/in Eingliederungsleistungen	1,0000	E 6	1,0000	E 7	1,0000	E 7		
00083	Fachassistent/in Eingliederungsleistungen	1,0000	E 6	1,0000	E 6	1,0000	E 7		
00084	Fachassistent/in Eingliederungsleistungen	1,0000	E 6	1,0000	E 7	1,0000	E 7		
00085	Teamassistent/in Eingliederungsleistungen	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		kw am 01.01.2018	

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6

Summe 00000 11 10,6000 8,3250 10,0000

**92.13 - Team Personalservicebüro für Arbeitgeber
00000 Eigenbetrieb Jobcenter**

00086	Personalserviceberater/in für Arbeitgeber, Kreisverwaltungsoberspektorin/-inspektor	0,7500	A10	0,7500	A10	0,7500	A10	Tz 30,00 h
00087	Personalserviceberater/in für Arbeitgeber, Kreisverwaltungsoberspektorin/-inspektor	1,0000	A10	0,8750	A10	1,0000	A10	TZ = 35h = bis 31.12.2018
00088	Personalserviceberater/in für Arbeitgeber, Kreisverwaltungsoberspektorin/-inspektor	1,0000	A10	0,9250	A10	1,0000	A10	Tz = 37 h bis 31.8.2018
00089	Personalserviceberater/in für Arbeitgeber, Kreisverwaltungsoberspektorin/-inspektor	1,0000	A10	1,0000	A10	1,0000	A10	
00090	Teamleiter/in	1,0000	E 11	1,0000	E 11	1,0000	E 11	
00091	Personalserviceberater/in für Arbeitgeber	0,8750	E 9	0,0000		0,8750	E 9b	Tz 35,00 h
00092	Personalserviceberater/in für Arbeitgeber	1,0000	E 9	0,7500	E 9b	1,0000	E 9b	Tz = 30 h bis 31.12.2018
00093	Personalserviceberater/in für Arbeitgeber	1,0000	E 9	0,9000	E 9b	1,0000	E 9b	Tz = 36 h bis 31.12.2018
00094	Personalserviceberater/in für Arbeitgeber	1,0000	E 9	0,9000	E 9b	1,0000	E 9b	Tz = 36 h bis 31.5.2019
00095	Personalserviceberater/in für Arbeitgeber	1,0000	E 9	0,9000	E 9b	1,0000	E 9b	TZ = 36h = bis 31.03.2018
00096	Personalserviceberater/in für Arbeitgeber	1,0000	E 9	0,9250	E 9b	1,0000	E 9b	Tz = 37 h bis 31.1.2018
00097	Personalserviceberater/in für Arbeitgeber	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00098	Personalserviceberater/in für Arbeitgeber	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6

00000 Eigenbetrieb Jobcenter

00099	Personalserviceberater/in für Arbeitgeber	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00100	Personalserviceberater/in für Arbeitgeber	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00101	Personalserviceberater/in für Arbeitgeber	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
Summe	00000	15,6250	16	13,9250		15,6250		Fortsetzung...

92.14 - Team Unterhalt/Owi/Außendienst**00000 Eigenbetrieb Jobcenter**

00102	Teamleiter/in, Kreisverwaltungsamtfrau/-mann	1,0000	A11	0,8000	A11	1,0000	A11	TZ = 32h = bis 31.07.2018
00103	SB Unterhaltsangelegenheiten	1,0000	E 10	1,0000	E 10	1,0000	E 10	ku 9c
00104	SB Unterhalt	1,0000	E 9	0,8250	E 9b	1,0000	E 9c	TZ = 33h = bis 31.12.2018
00105	SB Unterhalt	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9c	
00106	SB Ordnungswidrigkeiten	1,0000	E 9	1,0000	E 9a	1,0000	E 9b	
00107	FA Ordnungswidrigkeiten	1,0000	E 6	1,0000	E 6	1,0000	E 7	
00108	FA Unterhalt	0,7500	E 6	0,7500	E 6	0,7500	E 7	Tz 30,00 h
00109	FA Unterhalt	1,0000	E 6	0,0000		1,0000	E 7	
00110	FA Unterhalt	1,0000	E 6	0,8750	E 6	1,0000	E 7	Tz = 35 h bis 31.12.2018
00111	FA Unterhalt	1,0000	E 6	1,0000	E 6	1,0000	E 7	
00112	FA Außendienst	1,0000	E 5	0,0000		1,0000	E 5	
00113	FA Außendienst	1,0000	E 5	1,0000	E 5	1,0000	E 5	
00114	FA Außendienst	1,0000	E 5	1,0000	E 5	1,0000	E 5	
Summe	00000	12,7500	13	10,2500		12,7500		

92.15 - Team Bürgerportal HST/RÜG Umsetzung der Stellen von 92.2.30 und 92.3.30**00000 Eigenbetrieb Jobcenter**

00115	Teamleiter/in	0,0000		1,0000	E 10	1,0000	E 9c	
00116	FA Bürgerportal	0,0000		0,0000		0,7500	E 7	Tz 30,00 h von Vz auf Tz
00117	FA Bürgerportal	0,0000		0,8000	E 7	0,8000	E 7	Tz 32,00 h

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung	
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung		
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6	
00000	Eigenbetrieb Jobcenter								Fortsetzung...
00118	FA Bürgerportal	0,0000		0,8750	E 7	0,8750	E 7	Tz 35,00 h von Vz auf Tz	
00119	FA Bürgerportal	0,0000		0,7500	E 7	1,0000	E 7	Ku E 7	
00120	FA Bürgerportal	0,0000		0,0000		1,0000	E 7		
00121	FA Bürgerportal	0,0000		0,0000		1,0000	E 7		
00122	FA Bürgerportal	0,0000		0,8000	E 7	1,0000	E 7	Tz = 32 h bis 30.4.2018	
00123	FA Bürgerportal	0,0000		0,8750	E 6	1,0000	E 7	Tz = 30 h bis 27.1.2018	
00124	FA Bürgerportal	0,0000		0,8750	E 7	1,0000	E 7	Tz = 35 h bis 30.4.2018	
00125	FA Bürgerportal	0,0000		0,8750	E 7	1,0000	E 7	Tz = 35 h bis 31.3.2018	
00126	FA Bürgerportal	0,0000		0,9000	E 6	1,0000	E 7	Tz = 36 h bis 30.9.2018	
00127	FA Bürgerportal	0,0000		1,0000	E 7	1,0000	E 7		
00128	FA Bürgerportal	0,0000		1,0000	E 7	1,0000	E 7		
00129	FA Bürgerportal	0,0000		1,0000	E 7	1,0000	E 7		
00130	FA Bürgerportal	0,0000		1,0000	E 6	1,0000	E 7		
00131	FA Bürgerportal	0,0000		1,0000	E 7	1,0000	E 7		
00132	FA Bürgerportal	0,0000		1,0000	E 7	1,0000	E 7		
00133	FA Bürgerportal	0,0000		1,0000	E 7	1,0000	E 7		
00134	FA Bürgerportal	0,0000		1,0000	E 7	1,0000	E 7		
00135	FA Bürgerportal	0,0000		1,0000	E 7	1,0000	E 7		
00136	FA Bürgerportal	0,0000		1,0000	E 6	1,0000	E 7		
00137	FA Bürgerportal	0,0000		0,3750	E 5	0,3750	E 5	kw am 01.10.2025, Tz 15,00 h	
Summe	00000 23			18,1250		21,8000			
92.2 - FG 2 HST/RÜG									
00000	Eigenbetrieb Jobcenter								
00138	Fachgebietleiter/in	1,0000	E 12	1,0000	E 12	1,0000	E 12		
Summe	00000 1	1,0000		1,0000		1,0000			
92.2.30 - Team Bürgerportal HST/RÜG									
00000	Eigenbetrieb Jobcenter								

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6

00000 Eigenbetrieb Jobcenter

00139	Teamleiter/in	1,0000	E 9	0,0000		0,0000		
00140	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		
00141	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		
00142	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		
00143	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		
00144	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		
00145	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		
00146	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		
00147	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		
00148	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		
00149	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		
00150	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		
00151	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		
00152	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		
00153	FA Bürgerportal	0,3750	E 5	0,0000		0,0000		
00154	FA Bürgerportal	1,0000	E 5	0,0000		0,0000		
00155	Assistent Bürgerportal	1,0000	E 3	0,0000		0,0000		
00156	Assistent Bürgerportal	1,0000	E 3	0,0000		0,0000		
Summe	00000	17,3750	18					

92.20 - Team Arbeitsvermittlung HST 1

00000 Eigenbetrieb Jobcenter

00157	Teamleiter/in, Kreisverwaltungsamtfrau/-mann	1,0000	A11	1,0000	A11	1,0000	A11	
00158	Fallmanager/in, Kreisverwaltungsobersinspektorin/ -inspektor	1,0000	A10	1,0000	A10	1,0000	A10	
00159	Arbeitsvermittler/in, Kreisverwaltungsobersinspektorin/ -inspektor	1,0000	A10	0,8750	A10	1,0000	A10	Tz = 35 h bis 31.12.2018

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6

00000 Eigenbetrieb Jobcenter								
00160	Arbeitsvermittler/in, Kreisverwaltungsoberinspektorin/ -inspektor	1,0000	A10	0,8750	A10	1,0000	A10	TZ = 35h = bis 31.12.2018
00161	Arbeitsvermittler/in, Kreisverwaltungsoberinspektorin/ -inspektor	0,0000		1,0000	A10	1,0000	A10	Umsetzung von 92.22
00162	Fallmanager/in	1,0000	E 10	1,0000	E 10	1,0000	E 10	
00163	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,7500	E 9b	1,0000	E 9b	TZ = 30h = bis 30.06.2019
00164	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00165	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00166	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00167	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00168	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00169	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00170	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00171	Arbeitsvermittler/in Soziale Teilhabe	0,0000		0,5000	E 9b	0,5000	E 9b	Tz 20,00 h Projekt SoTa
Summe	00000	15	13,0000	14,0000	14,0000	14,5000		

92.21 - Team Arbeitsvermittlung HST 2								
00000	Eigenbetrieb Jobcenter							

00172	Arbeitsvermittler/in, Kreisverwaltungsoberinspektorin/ -inspektor	1,0000	A10	1,0000	A10	0,0000		ku in Beschäftigtenstelle E 9 c; verlagert in Stab BL 92
00173	Arbeitsvermittler/in, Kreisverwaltungsoberinspektorin/ -inspektor	1,0000	A10	0,8250	A10	1,0000	A10	TZ = 33h = bis 31.12.2018
00174	Arbeitsvermittler/in, Kreisverwaltungsoberinspektorin/ -inspektor	1,0000	A10	1,0000	A10	1,0000	A10	
00175	Teamleiter/in	1,0000	E 11	1,0000	E 11	1,0000	E 11	
00176	Fallmanager/in	1,0000	E 10	1,0000	E 10	1,0000	E 10	
00177	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,0000		1,0000	E 9b	

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6

00000 Eigenbetrieb Jobcenter

00178	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,8000	E 9b	1,0000	E 9b	Tz = 32 h bis 1.5.2018
00179	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,8250	E 9b	1,0000	E 9b	Tz = 33h = bis 31.12.2018
00180	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,8750	E 9b	1,0000	E 9b	Tz = 35 h bis 30.9.2018
00181	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,8750	E 9b	1,0000	E 9b	Tz = 35 h bis 31.12.2018
00182	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,8750	E 9b	1,0000	E 9b	Tz = 35 h bis 31.12.2018
00183	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,9250	E 9b	1,0000	E 9b	
00184	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00185	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00186	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
Summe	00000	15,0000		13,0000		14,0000		

Fortsetzung...

92.22 - Team Arbeitsvermittlung HST 3

00000 Eigenbetrieb Jobcenter

00187	Teamleiter/in	1,0000	E 11	1,0000	E 11	1,0000	E 11	
00188	Fallmanager/in	1,0000	E 10	0,8750	E 10	1,0000	E 10	Tz = 35 h bis 31.12.2018
00189	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,9250	E 9b	1,0000	E 9b	TZ = 35h = bis 30.06.2018
00190	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,9250	E 9b	1,0000	E 9b	Tz = 37 h bis 31.12.2020
00191	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,9500	E 9b	1,0000	E 9b	TZ = 35h bis 28.02.2018, dann bis 31.12.2018 = 38 h
00192	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,9500	E 9b	1,0000	E 9b	Tz = 38 h bis 30.4.2018
00193	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00194	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00195	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00196	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00197	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00198	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00199	Arbeitsvermittler/in	0,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	Stelle neu geschafften Filipo
00200	Assistent/in Arbeitsvermittlung	1,0000	E 4	1,0000	E 4	1,0000	E 4	
00201	Assistent/in Arbeitsvermittlung	1,0000	E 4	1,0000	E 3	1,0000	E 4	

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6

Summe 00000 15 14,0000 14,6250 15,0000

92.23 - Team Leistungsgewährung HST 1

00000 Eigenbetrieb Jobcenter

00202	Teamleiter/in	1,0000	E 11	0,8750	E 11	1,0000	E 11	Tz = 35 h bis 28.2.2018
00203	SB Leistung	1,0000	E 9	0,7500	E 9b	1,0000	E 9b	TZ = 30h = bis 14.8.2018
00204	SB Leistung	1,0000	E 9	0,9500	E 9b	1,0000	E 9b	Tz = 38 h bis 31.8.2018
00205	SB Leistung	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00206	FA Leistung	1,0000		0,0000		1,0000	E 8	
00207	FA Leistung	1,0000	E 8	0,0000		1,0000	E 8	
00208	FA Leistung	1,0000	E 8	0,8000	E 8	1,0000	E 8	TZ = 32h = bis 31.12.2018
00209	FA Leistung	1,0000	E 8	0,8750	E 8	1,0000	E 8	TZ = 35h = bis 30.09.2020
00210	FA Leistung	1,0000	E 8	0,9000	E 5	1,0000	E 8	Tz = 36 h bis 31.12.2018
00211	FA Leistung	1,0000	E 8	0,9250	E 8	1,0000	E 8	
00212	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00213	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00214	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00215	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00216	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00217	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00218	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00219	TA Leistung	1,0000	E 5	0,0000		1,0000	E 5	

Summe 00000 18 18,0000 14,0750 18,0000

92.24 - Team Leistungsgewährung HST 2

00000 Eigenbetrieb Jobcenter

00220	Teamleiter/in	1,0000	E 11	1,0000	E 11	1,0000	E 11	
00221	SB Leistung	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00222	SB Leistung	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00223	SB Leistung	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6

00000 Eigenbetrieb Jobcenter								
00224	FA Leistung	0,8750	E 8	0,8750	E 8	0,8750	E 8	Tz 35,00 h
00225	FA Leistung	0,9250	E 8	0,9250	E 8	0,9250	E 8	Tz 37,00 h
00226	FA Leistung	0,0000		0,0000		1,0000	E 8	Stelle verlagert von 92.25 in 92.24
00227	FA Leistung	1,0000	E 8	0,0000		1,0000	E 8	derzeitig unbesetzt ETZ
00228	FA Leistung	1,0000	E 8	0,7500	E 8	1,0000	E 8	
00229	FA Leistung	1,0000	E 8	0,7500	E 8	1,0000	E 8	TZ = 30h = bis 31.12.2018
00230	FA Leistung	1,0000	E 8	0,9250	E 8	1,0000	E 8	
00231	FA Leistung	1,0000	E 8	0,9250	E 8	1,0000	E 8	Tz = 37 h bis 31.3.2019
00232	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00233	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00234	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00235	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00236	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00237	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00238	TA Leistung	1,0000	E 5	1,0000	E 5	1,0000	E 5	Stelle verlagert aus 92.25 in 92.24
Summe	00000	17,8000	19	16,1500	16,1500	18,8000	18,8000	

92.25 - Team Leistungsgewährung HST 3

00000 Eigenbetrieb Jobcenter								
00239	Teamleiter/in	1,0000	E 11	1,0000	E 11	1,0000	E 11	
00240	SB Leistung	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00241	SB Leistung	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00242	SB Leistung	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00243	SB Leistung	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00244	FA Leistung	0,0000	E 8	0,0000		0,0000		Stelle verlagert von 92.25 in 92.24
00245	FA Leistung	1,0000	E 8	0,7500	E 8	1,0000	E 8	
00246	FA Leistung	1,0000	E 8	0,8750	E 8	1,0000	E 8	
00247	FA Leistung	1,0000	E 8	0,9250	E 8	1,0000	E 8	

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6

00000 Eigenbetrieb Jobcenter								
00248	FA Leistung	1,000	E 8	1,000	E 8	1,000	E 8	
00249	FA Leistung	1,000	E 8	1,000	E 8	1,000	E 8	
00250	FA Leistung	1,000	E 8	1,000	E 8	1,000	E 8	
00251	FA Leistung	1,000	E 8	1,000	E 8	1,000	E 8	
00252	FA Leistung	1,000	E 8	1,000	E 8	1,000	E 8	
00253	FA Leistung	1,000	E 8	1,000	E 8	1,000	E 8	
00254	FA Leistung	1,000	E 8	1,000	E 8	1,000	E 8	
00255	FA Leistung	1,000	E 8	1,000	E 8	1,000	E 8	
00256	FA Leistung	1,000	E 8	1,000	E 8	1,000	E 8	
00257	TA Leistung	1,000	E 5	1,000	E 5	1,000	E 5	
00258	TA Leistung	1,000	E 5	1,000	E 5	1,000	E 5	
Summe	00000	19,000	20	18,500	19,000	19,000	19,000	

Fortsetzung...

92.26 - Team Arbeitsvermittlung RÜG 1

00000 Eigenbetrieb Jobcenter								
00259	Fallmanager/in, Kreisverwaltungsoberspektorin/ -inspektor	1,000	A 10	1,000	A 10	1,000	A 10	
00260	Fallmanager/in, Kreisverwaltungsoberspektorin/ -inspektor	1,000	A 10	1,000	A 10	1,000	A 10	
00261	Arbeitsvermittler/in, Kreisverwaltungsoberspektorin/ -inspektor	1,000	A 10	0,800	A 10	1,000	A 10	Tz = 32 h bis 31.12.2018
00262	Teamleiter/in	1,000	E 11	1,000	E 11	1,000	E 11	
00263	Arbeitsvermittler/in	1,000	E 9	0,750	E 9b	1,000	E 9b	Tz = 30 h bis 31.12.2018
00264	Arbeitsvermittler/in	1,000	E 9	0,800	E 9b	1,000	E 9b	
00265	Arbeitsvermittler/in	1,000	E 9	0,875	E 9b	1,000	E 9b	
00266	Arbeitsvermittler/in	1,000	E 9	0,875	E 9b	1,000	E 9b	Tz = 35 h bis 31.12.2018
00267	Arbeitsvermittler/in	1,000	E 9	0,900	E 9b	1,000	E 9b	Tz = 36 h bis 31.12.2018
00268	Arbeitsvermittler/in	1,000	E 9	1,000	E 9b	1,000	E 9b	

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6

00000 Eigenbetrieb Jobcenter								
00269	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00270	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00271	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
Summe	00000	13,0000		12,0000		13,0000		Fortsetzung...

92.27 - Team Arbeitsvermittlung RÜG 2
00000 Eigenbetrieb Jobcenter

00272	Teamleiter/in, Kreisverwaltungsamtfrau/-mann	1,0000	A11	1,0000	A11	1,0000	A11	
00273	Fallmanager/in, Kreisverwaltungsobersinspektorin/ -inspektor	1,0000	A10	1,0000	A10	1,0000	A10	
00274	Arbeitsvermittler/in, Kreisverwaltungsobersinspektorin/ -inspektor	1,0000	A10	1,0000	A10	1,0000	A10	
00275	Fallmanager/in	1,0000	E 10	0,0000		1,0000	E 10	
00276	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	0,0000		kw am 01.01.2018
00277	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	Tz = 35 h bis 31.12.2018
00278	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,8750	E 9b	1,0000	E 9b	Tz = 35 h bis 31.12.2018
00279	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00280	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00281	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00282	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00283	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
Summe	00000	12,0000		10,7500		11,0000		

92.28 - Team Leistungsgewährung RÜG 1
00000 Eigenbetrieb Jobcenter

00284	SB Leistung, Kreisverwaltungsobersinspektorin/ -inspektor	1,0000	A10	1,0000	A10	0,0000		kw am 01.01.2018
00285	Teamleiter/in	1,0000	E 11	1,0000	E 11	1,0000	E 11	

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung	
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung		
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6	
00000	Eigenbetrieb Jobcenter								Fortsetzung...
00286	SB Leistung	1,000	E 9	1,000	E 9b	1,000	E 9b		
00287	SB Leistung	1,000	E 9	1,000	E 9b	1,000	E 9b		
00288	SB Leistung	1,000	E 9	1,000	E 9b	1,000	E 9b		
00289	SB Leistung	1,000	E 9	1,000	E 9b	1,000	E 9b		
00290	FA Leistung	1,000	E 8	0,000		0,000		kw am 01.01.2018	
00291	FA Leistung	1,000	E 8	0,800	E 8	1,000	E 8	Tz = 32 h bis 31.12.2018	
00292	FA Leistung	1,000	E 8	1,000	E 8	1,000	E 8		
00293	FA Leistung	1,000	E 8	1,000	E 8	1,000	E 8		
00294	FA Leistung	1,000	E 8	1,000	E 8	1,000	E 8		
00295	FA Leistung	1,000	E 8	1,000	E 8	1,000	E 8		
00296	FA Leistung	1,000	E 8	1,000	E 8	1,000	E 8		
00297	FA Leistung	1,000	E 8	1,000	E 8	1,000	E 8		
00298	FA Leistung	1,000	E 8	1,000	E 8	1,000	E 8		
00299	TA Leistung	1,000	E 5	1,000	E 5	1,000	E 5		
Summe	00000	16,000		14,800		14,000			

92.29 - Team Leistungsgewährung RÜG 2

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung	
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung		
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6	
00000	Eigenbetrieb Jobcenter								Fortsetzung...
00300	Teamleiter/in, Kreisverwaltungsamtfrau/ -mann	1,000	A11	1,000	A11	1,000	A11		
00301	SB Leistung	1,000	E 9	0,875	E 9b	1,000	E 9b	Tz = 35 h bis 31.12.2018	
00302	SB Leistung	1,000	E 9	0,925	E 9b	1,000	E 9b	Tz = 37 h bis 30.6.18	
00303	SB Leistung	1,000	E 9	1,000	E 9b	1,000	E 9b		
00304	SB Leistung	1,000	E 9	1,000	E 9b	1,000	E 9b		
00305	FA Leistung	1,000	E 8	0,000		0,000		kw am 31.12.2017	
00306	FA Leistung	0,750	E 8	0,625	E 8	0,750	E 8	Tz 30,00 h	
00307	FA Leistung	1,000	E 8	1,000	E 8	1,000	E 8		
00308	FA Leistung	1,000	E 8	1,000	E 6	1,000	E 8		
00309	FA Leistung	1,000	E 8	1,000	E 8	1,000	E 8		

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
00000	Eigenbetrieb Jobcenter							Fortsetzung...
00310	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00311	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00312	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00313	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00314	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00315	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00316	TA Leistung	1,0000	E 5	1,0000	E 5	1,0000	E 5	
00317	TA Leistung	1,0000	E 4	0,0000		1,0000	E 4	
Summe	00000	17,7500		15,4250		16,7500		

92.3 - FG 3 GMN/RDG

00000 Eigenbetrieb Jobcenter

00318	Fachgebietsleiter/in, Kreisverwaltungsoberrat/rätin/-rat	1,0000	A13S	1,0000	A13S	1,0000	A13S	
Summe	00000	1,0000		1,0000		1,0000		

92.3.30 - Team Bürgerportal GMN/RDG

00000 Eigenbetrieb Jobcenter

00319	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		verlagert nach 92.15
00320	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		verlagert nach 92.15
00321	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		verlagert nach 92.15
00322	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		verlagert nach 92.15
00323	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		verlagert nach 92.15
00324	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		verlagert nach 92.15
00325	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		verlagert nach 92.15
00326	FA Bürgerportal	1,0000	E 6	0,0000		0,0000		verlagert nach 92.15
Summe	00000	8,0000						

92.31 - Team Arbeitsvermittlung GMN

00000 Eigenbetrieb Jobcenter

--	--	--	--	--	--	--	--	--

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6

00000 Eigenbetrieb Jobcenter								
00327	Fallmanager/in, Kreisverwaltungsoberspektorin/ -inspektor	1,0000	A10	1,0000	A10	1,0000	A10	
00328	Arbeitsvermittler/in, Kreisverwaltungsoberspektorin/ -inspektor	1,0000	A10	1,0000	A10	1,0000	A10	
00329	Arbeitsvermittler/in, Kreisverwaltungsoberspektorin/ -inspektor	1,0000	A10	1,0000	A10	1,0000	A10	
00330	Arbeitsvermittler/in, Kreisverwaltungsoberspektorin/ -inspektor	1,0000	A10	1,0000	A10	1,0000	A10	
00331	Arbeitsvermittler/in, Kreisverwaltungsoberspektorin/ -inspektor	1,0000	A10	1,0000	A10	1,0000	A10	
00332	Teamleiter/in	1,0000	E 11	1,0000	E 11	1,0000	E 11	
00333	Fallmanager/in	1,0000	E 10	1,0000	E 10	1,0000	E 10	
00334	Arbeitsvermittler/in	0,8750	E 9	0,8750	E 9b	0,8750	E 9b	Tz 35,00 h
00335	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,7500	E 9b	1,0000	E 9b	TZ = 30h = bis 30.06.2018
00336	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,8750	E 9b	1,0000	E 9b	Tz = 35 h bis 31.12.2018
00337	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,8750	E 9b	1,0000	E 9b	TZ = 35h = bis 31.03.2018
00338	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,8750	E 9b	1,0000	E 9b	TZ = 35h = bis 31.12.2018
00339	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00340	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00341	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
Summe	00000	15	14,8750	14,2500	14,8750	14,8750	14,8750	

92.32 - Team Leistungsgewährung GMN								
00000 Eigenbetrieb Jobcenter								

00342	Teamleiter/in, Kreisverwaltungsamtfrau/ -mann	1,0000	A11	1,0000	A11	1,0000	A11	
00343	SB Leistung	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
00000	Eigenbetrieb Jobcenter							Fortsetzung...
00344	SB Leistung	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00345	SB Leistung	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b	
00346	FA Leistung	1,0000	E 8	0,0000		1,0000	E 8	
00347	FA Leistung	1,0000	E 8	0,8250	E 8	1,0000	E 8	Tz = 33 h bis 30.4.2018
00348	FA Leistung	1,0000	E 8	0,9000	E 8	1,0000	E 8	Tz = 36 h bis 30.6.2018
00349	FA Leistung	1,0000	E 8	0,9000	E 8	1,0000	E 8	Tz = 36h bis 31.12.2018
00350	FA Leistung	1,0000	E 8	0,9250	E 8	1,0000	E 8	Tz = 37 h bis 31.12.2018
00351	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00352	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00353	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00354	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00355	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00356	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00357	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00358	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00359	Teamassistent/in Leistung	1,0000	E 5	0,0000		0,0000		kw am 01.08.2018
00360	Teamassistent/in Leistung	1,0000	E 5	1,0000	E 6	1,0000	E 5	übertarifliche Zahlung
Summe	00000	19,0000	19	16,5500	16,5500	18,0000	18,0000	
92.33 - Team Arbeitsvermittlung RDG 1								
00000	Eigenbetrieb Jobcenter							
00361	Teamleiter/in	1,0000	E 11	1,0000	E 11	1,0000	E 11	
00362	Fallmanager/in	1,0000	E 10	1,0000	E 9b	1,0000	E 10	
00363	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,0000		0,0000		kw am 01.10.2017
00364	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,0000		1,0000	E 9b	
00365	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,7500	E 9b	1,0000	E 9b	Tz = 30 h bis 30.6.2020
00366	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,8000	E 9b	1,0000	E 9b	Tz = 32 h bis 31.12.2018
00367	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,8750	E 9b	1,0000	E 9b	TZ = 35h = bis 31.01.2018

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung	
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung		
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6	
00000	Eigenbetrieb Jobcenter							Fortsetzung...	
00368	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,8750	E 9b	1,0000	E 9b	TZ = 35h bis 31.12.2018	
00369	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,9000	E 9b	1,0000	E 9b	Tz = 36 h bis 31.12.2018	
00370	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b		
00371	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b		
00372	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b		
Summe	00000 12	12,0000		9,2000		11,0000			
92.34 - Team Arbeitsvermittlung RDG 2									
00000	Eigenbetrieb Jobcenter								
00373	Teamleiter/in	1,0000	E 11	1,0000	E 11	1,0000	E 11		
00374	Fallmanager/in	1,0000	E 10	0,8750	E 10	1,0000	E 10	Tz = 35 h bis 31.10.2018	
00375	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	0,0000		kw am 31.12.2017	
00376	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	0,9000	E 9b	1,0000	E 9b	TZ = 36h bis 31.12.2018	
00377	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b		
00378	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b		
00379	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b		
00380	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b		
00381	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b		
00382	Arbeitsvermittler/in	1,0000	E 9	1,0000	E 9b	1,0000	E 9b		
Summe	00000 10	10,0000		9,7750		9,0000			
92.35 - Team Leistungsgewährung RDG 1									
00000	Eigenbetrieb Jobcenter								
00383	SB Leistung, Kreisverwaltungsoberspektorin/ -inspektor	1,0000	A 10	0,8750	A 10	1,0000	A 10	Tz = 35 h bis 31.12.2018	
00384	Teamleiter/in	1,0000	E 11	0,9250	E 11	1,0000	E 11	Tz = 37 h bis 31.12.2018	
00385	SB Leistung	1,0000	E 9	0,7500	E 9b	1,0000	E 9b	TZ = 37h bis 31.03.2018	
00386	FA Leistung	1,0000	E 8	0,0000		0,0000		Stelle verlagert nach 92..25	

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
00000	Eigenbetrieb Jobcenter							Fortsetzung...
00387	FA Leistung	1,0000	E 8	0,0000		1,0000	E 8	
00388	FA Leistung	1,0000	E 8	0,7500	E 8	1,0000	E 8	Tz = 30 h bis 31.12.2018
00389	FA Leistung	1,0000	E 8	0,7500	E 8	1,0000	E 8	Tz = 30 h bis 31.7.2018
00390	FA Leistung	1,0000	E 8	0,7500	E 8	1,0000	E 8	TZ = 35h = bis 31.05.2018
00391	FA Leistung	1,0000	E 8	0,7750	E 8	1,0000	E 8	
00392	FA Leistung	1,0000	E 8	0,9250	E 8	1,0000	E 8	Tz = 37 h bis 31.1.2018
00393	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00394	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00395	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00396	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00397	TA Leistung	1,0000	E 5	1,0000	E 5	1,0000	E 5	
Summe	00000	15,0000		11,5000		14,0000		

92.36 - Team Leistungsgewährung RDG 2

00000 Eigenbetrieb Jobcenter

00398	FA Leistung, Kreisverwaltungshauptsekretärin/ -sekretär	1,0000	A 8	1,0000	A 8	0,0000		kw am 01.01.2018
00399	Teamleiter/in	1,0000	E 11	1,0000	E 11	1,0000	E 11	
00400	SB Leistung	1,0000	E 9	0,8000	E 9b	1,0000	E 9b	TZ = 32h = bis 31.08.2018
00401	SB Leistung	1,0000	E 9	0,9250	E 9b	1,0000	E 9b	
00402	SB Leistung	1,0000	E 9	0,9375	E 9b	1,0000	E 9b	
00403	FA Leistung	1,0000	E 8	0,0000		0,0000		Stelle wird verlagert von 92.36 in 92.23
00404	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	0,0000		kw am 01.01.2018
00405	FA Leistung	0,5000	E 8	0,5000	E 8	0,5000	E 8	kw am 01.12.2018, Tz 20,00 h ATZ Teilzeitmodell
00406	FA Leistung	0,7500	E 8	0,7500	E 8	0,7500	E 8	Tz 30,00 h
00407	FA Leistung	1,0000	E 8	0,7500	E 8	1,0000	E 8	TZ = 30h = bis 31.05.2018
00408	FA Leistung	1,0000	E 8	0,8750	E 8	1,0000	E 8	TZ = 35h = bis 31.08.2018
00409	FA Leistung	1,0000	E 8	0,9000	E 8	1,0000	E 8	

A Verwaltung

laufende Nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.06. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6

00000 Eigenbetrieb Jobcenter

00410	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00411	FA Leistung	1,0000	E 8	1,0000	E 8	1,0000	E 8	
00412	TA Leistung	1,0000	E 5	1,0000	E 5	1,0000	E 5	
Summe	00000	14,2500		12,4375		11,2500		

Fortsetzung...

93 - Örtlicher Personalrat JC

00000 Eigenbetrieb Jobcenter

00413	freigestelltes Personalratsmitglied	1,0000	E 9	0,5000	E 9b	1,0000	E 9b	20 Wochenstunden als PR
Summe	00000	1,0000		0,5000		1,0000		

Bedienstetenpool

nachrichtlich zu führende Stellen

00000 Eigenbetrieb Jobcenter

00414	SB Verfahrensregelungen nach SGB	1,0000	E 9	1,0000	E 9c	1,0000	E 9c	fremdfinanziert über KV
00415	Integrationskoordinatorin	1,0000	E 9	1,0000	E 9c	0,0000		verlagert in KV - fremdfinanziert
00416	Integrationslotse	1,0000	E 8	0,7500	E 9a	0,0000		verlagert in KV - fremdfinanziert
00417	Integrationslotse	1,0000	E 8	1,0000	E 9a	0,0000		verlagert in KV - fremdfinanziert
Summe	00000	4,0000		3,7500		1,0000		

Summe

Summe

378,1000

335,4625

365,8500

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018
Gesamte Verwaltung

	im Vorjahr	30.06. des Vorjahres	im laufenden HH-Jahr
Beamte Verwaltung	37,7500	35,4000	34,7500
Beamte Betriebe und Einrichtungen	0,0000	0,0000	0,0000
Tariflich Beschäftigte Verwaltung	340,3500	300,0625	331,1000
Tariflich Beschäftigte Betriebe und Einrichtungen	0,0000	0,0000	0,0000
insgesamt	378,1000	335,4625	365,8500

Anzahl der Altersteilzeitstellen:

	Teilzeitmodell	Blockmodell
Beamte Verwaltung	0,00	0,00
Beamte Betriebe und Einrichtungen	0,00	0,00
Tariflich Beschäftigte Verwaltung	0,50	0,00
Tariflich Beschäftigte Betriebe und Einrichtungen	0,00	0,00
insgesamt	0,50	0,00



I. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes

Unter der Bedingung, dass die den Wertansätzen der Eröffnungsbilanz des Eigenbetriebes zum 1. Januar 2015 zugrundeliegenden Werte aus der Schlussbilanz des Landkreises Vorpommern-Rügen zum 31. Dezember 2014 durch den Kreistag Vorpommern-Rügen entsprechend festgestellt werden, haben wir dem Jahresabschluss und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 des Eigenbetriebes Jobcenter Vorpommern-Rügen, Stralsund, in der diesem Bericht als Anlagen 1 bis 4 (Jahresabschluss) und Anlage 5 (Lagebericht) beigefügten Fassung den unter dem Datum vom 12. Juni 2017 in Schwerin unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Finanzrechnung, Bereichsrechnungen sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Eigenbetriebes Jobcenter Vorpommern-Rügen, Stralsund, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Entsprechend § 13 KPG wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes i.S.d. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 KPG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes.



BAKER TILLY

Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den für große Kapitalgesellschaften geltenden deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes geben keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen."

Schwerin, den 12. Juni 2017

Baker Tilly AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
(vormals Baker Tilly Roelfs AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft)
Zweigniederlassung Schwerin


Michael Napierski
Wirtschaftsprüfer


Dr. Siegfried Friedrich
Wirtschaftsprüfer



Eigenbetrieb Jobcenter Vorpommern-Rügen, Stralsund

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

	2015	
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		
a) Erlöse aus Zuwendungen des Bundes im Rahmen der Grundsicherung	126.169.459,82	
b) Erlöse aus Zuwendungen des Landkreises V-R im Rahmen der Grundsicherung	56.526.647,80	
c) Erlöse aus Erstattungen und Rückzahlungen	10.116.527,22	
d) Übrige Erlöse	0,00	192.812.634,84
2. Sonstige betriebliche Erträge		140.055,08
		192.952.689,92
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen im Rahmen der Grundsicherung	-166.985.913,19	
b) Aufwendungen aus Erstattungen an den Landkreis V-R	-1.428.496,69	-168.414.409,88
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-15.228.589,92	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung: EUR 2.066.051,09	-5.062.354,17	-20.290.944,09
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-196.350,81
6. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten		174.525,56
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-4.247.470,24
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-52,11
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-22.011,65
11. Sonstige Steuern		-176,00
12. Jahresverlust		-22.187,65
13. Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage		22.187,65
14. Bilanzgewinn		0,00

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

Inhaltsverzeichnis

1. **Geschäfts- und Rahmenbedingungen**
 - a) Entstehung des Eigenbetriebes
 - b) Aufgaben des Eigenbetriebes
 - c) Standorte und Organisationsstruktur
 - d) Leistungsumfang
 - e) Finanzierung
 - f) Leistungsabrechnung gegenüber dem Bund (BMAS)

2. **Darstellung des Geschäftsverlaufs im Geschäftsjahr 2015**
 - a) Allgemeine Entwicklung / Leistungsbilanz 2015
 - b) Flüchtlingsproblematik
 - c) laufende Geschäftstätigkeit
(Abrechnung nach Produkten ggü. BMAS und LK V-R)
 - d) Finanzierungstätigkeit
 - e) Investitionstätigkeit
 - f) Personalentwicklung

3. **Darstellung der wirtschaftlichen Lage**
 - a) Vermögenslage
 - b) Finanzlage
 - c) Ertragslage
 - d) Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage

4. **Nachtragsbericht**

5. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung: Prognosebericht

- a) Gesetzesänderungen
- b) Flüchtlingsproblematik
- c) Allgemeine Arbeitsmarktentwicklung
- d) Ausblick Geschäftsverlauf 2016
- e) Ausblick Geschäftsverlauf 2017

6. Chancen- und Risikobericht

- a) Tätigkeit als kommunales Jobcenter
- b) Organisation und Personalstruktur
- c) Finanzierung und Abrechnung

Anlagen:

- A Abrechnung Wirtschaftsplan 2015
- B Aufgliederung der Gewinn- und Verlustrechnung nach Produkten

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

a) Entstehung des Eigenbetriebes

Der ehemalige Landkreis Nordvorpommern ist seit dem 1. Januar 2012 zugelassener kommunaler Träger für die Erfüllung der Aufgaben aus § 6 Abs. 1 i. V. m. § 6a Abs. 2 und § 6b Abs. 1 Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende. Der Landkreis Nordvorpommern wurde gemäß § 5 Landkreisneuordnungsgesetz M-V ab dem 4. September 2011 mit dem Landkreis Rügen und der Hansestadt Stralsund zum neuen Landkreis Vorpommern-Rügen zusammengeführt.

Im Zuge dieser Landkreisneuordnung ist der Landkreis Vorpommern-Rügen seit dem 1. Januar 2013 für das gesamte Kreisgebiet zugelassener kommunaler Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Das kommunale Jobcenter Nordvorpommern wurde mit den gemeinsam mit der örtlichen Agentur für Arbeit Stralsund betriebenen Einrichtungen Jobcenter Hansestadt Stralsund und Jobcenter Rügen zum kommunalen Jobcenter Vorpommern-Rügen zusammengeführt.

Das kommunale Jobcenter Vorpommern-Rügen wurde bis zum 31.12.2014 als Fachbereich der Kreisverwaltung geführt. Mit Beschluss des Kreistages vom 06.10.2014 wurde der Betriebsatzung zugestimmt und der Eigenbetrieb Jobcenter Vorpommern-Rügen zum 01.01.2015 entsprechend der Eigenbetriebsverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern gegründet.

b) Aufgaben des Eigenbetriebes

Gegenstand des Betriebes ist die Erfüllung der Aufgaben aus § 6 Abs. 1 i. V. m. § 6a Abs. 2 und § 6b Abs. 1 Sozialgesetzbuch(SGB) Zweites Buch (II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende - vom 24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2954) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 (BGBl. I S. 850, S. 2094), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 31. Juli 2016 (BGBl. I S. 1939) geändert worden ist, auf dem Gebiet des Landkreises Vorpommern Rügen. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende umfasst Leistungen

1. zur Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit insbesondere durch Eingliederung in Arbeit und
2. zur Sicherung des Lebensunterhalts der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten.

Der Eigenbetrieb ist auch für die rechtskreisübergreifende Erarbeitung und Fortschreibung einer Verwaltungsvorschrift zur Angemessenheit der Bedarfe für Unterkunft und Heizung nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) sowie dem Zwölften Sozialgesetzbuch (SGB XII) zuständig.

c) Standorte und Organisationsstruktur

Der Landkreis Vorpommern-Rügen zählt mit einer Fläche von 3.188 km² und einer Einwohnerzahl von 229.340 zu den dünnbesiedelten ländlichen Räumen Deutschlands. Zum Landkreis gehören neben der großen kreisangehörigen Hansestadt Stralsund sieben amtsfreie Städte und Gemeinden sowie 12 Ämter mit 98 amtsangehörigen Gemeinden.

Der Eigenbetrieb Jobcenter Vorpommern-Rügen ist operativ an den Standorten Stralsund, Bergen a. Rügen, Grimmen und Ribnitz-Damgarten vertreten.

Die Leitung des Eigenbetriebs erfolgt durch zwei gleichberechtigte Betriebsleiter mit jeweils eigenem Geschäftsbereich gemäß Geschäftsverteilungsplan.

Das Jahr 2015 stand im Zeichen der weiteren Verbesserung der internen Leistungsfähigkeit des Jobcenters. Dazu wurde die Umwandlung des Fachbereiches in einen Eigenbetrieb genutzt. Hierdurch konnten bisherige dezentrale Aufgaben in der inneren Verwaltung des Eigenbetriebes zentralisiert und besser aufeinander abgestimmt werden. Weiterhin konnten Entscheidungswege / -dauern deutlich verkürzt werden. Durch die erfolgte Straffung der Organisation ist die Leistungsfähigkeit des Jobcenters weiter gestiegen.

d) Leistungsumfang

Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende werden erbracht in Form von

- Dienstleistungen, insbesondere durch Information, Beratung und umfassende Unterstützung durch einen persönlichen Ansprechpartner mit dem Ziel der Eingliederung in Arbeit
- Geldleistungen, insbesondere zur Eingliederung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in Arbeit und zur Sicherung des Lebensunterhalts der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und der mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen und
- Sachleistungen.

Die Aufnahme und Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit, die Erhaltung, Verbesserung oder Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit sowie die Unabhängigkeit von staatlichen Hilfsleistungen sind die zentralen Anliegen des Zweiten Buchs Sozialgesetzbuch (SGB II). Somit ist das Arbeitsmarktprogramm darauf ausgerichtet, möglichst viele Leistungsberechtigte dauer-

haft in existenzsichernde Erwerbstätigkeit einzugliedern, insgesamt die Hilfebedürftigkeit zu vermindern und insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden bzw. ihr Ausmaß zu verringern.

Die Überwindung von Hilfebedürftigkeit setzt im Regelfall eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit voraus. Die Anstrengungen der Beteiligten sind daher in erster Linie hierauf auszurichten. Die Eigenverantwortung der Leistungsberechtigten und der mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen ist neben der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen die entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Leistungserbringung des Eigenbetriebes. Darüber hinaus soll bereits das Entstehen von Hilfebedürftigkeit vermieden und Hilfebedürftigkeit verkürzt bzw. vermindert werden.

Diejenigen Leistungsberechtigten, die nicht unmittelbar in Erwerbstätigkeit vermittelt werden können, sollen Leistungen erhalten, die die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ermöglichen und ihre Beschäftigungsfähigkeit verbessern.

e) Finanzierung

Die Leistungen des Eigenbetriebes werden vollständig durch den Bund (BMAS) bzw. den Landkreis Vorpommern-Rügen finanziert. Unterteilt nach Haushalten und Produkten zeigt sich folgendes Bild:

	Verwaltungs- haushalt	Produkthaushalte					Projekthaushalte		
		ALG II		Leistungen zur Eingliederung in Arbeit			Bildung und Teilhabe paket	"Perspektive 50plus"	"Integrations- lotse"
		Bundes- leistungen	Kommunale Leistungen	Objekt 1763	Objekt 1771	Objekt 1789			
VWH	RGL + sonstige	KdU + sonstige	EGL	BEZ	FF/FAV	BuT	50+	IL	
Finanzierung erfolgt durch:									
- Bund	84,80%	100%		100%	100%	100%		100%	
- Landkreis	15,20%		100%				100%		100%

Der Bund trägt alle Aufwendungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende für alle Leistungen in seiner Zuständigkeit. Das sind insbesondere:

- die Leistungen zur **Eingliederung in Arbeit** (Objekte 1763, 1771, 1789) und
- die passiven Leistungen **Arbeitslosengeld II - Bundesleistungen** (umfasst Regelleistung und Sozialversicherungsbeiträge)

Daneben trägt er die Kosten des Projekts „Perspektive 50plus“ (einschließlich der Verwaltungskosten), an dem das JC V-R über den Beschäftigungspakt „Pakt an! Vorpommern und

Miesbach“ beteiligt ist. Die Abrechnung der Mittel erfolgt über den Paktpartner Jobcenter Vorpommern-Greifswald Nord.

Der Landkreis V-R finanziert im Bereich ALG II die Leistungen für Unterkunft und Heizung (KdU) sowie sonstige einmalige Beihilfen. Von den Aufwendungen für Unterkunft und Heizung erstattet der Bund dem Landkreis V-R 24,5 % (2015).

Aus dem Bildung und Teilhabepaket (BUT) bearbeitet der Eigenbetreiber ausschließlich den Teilbereich Schulgeld (festgelegter Kostensatz für Schulmaterial), welches ebenfalls vollständig vom Landkreis V-R refinanziert wird.

Darüber hinaus wurden im Zuge der Flüchtlingsproblematik beginnend ab 2015 „Integrationslotsen“ durch den Landkreis V-R finanziert.

Die Finanzierungsanteile an den Verwaltungskosten sind in § 46 Abs. 3 SGB II festgeschrieben. Die Verwaltungskosten setzen sich zu 84,8 % aus Bundes- und zu 15,2 % aus Mitteln des Landkreises zusammen.

f) Leistungsabrechnung gegenüber dem Bund (BMAS)

Rechtliche Grundlage der Abrechnung mit dem BMAS bilden:

- die Verwaltungsvereinbarung über die vom Bund zu tragenden Aufwendungen des zugelassenen kommunalen Trägers der Grundsicherung für Arbeitssuchende zwischen dem BMAS und dem Landkreis V-R vom 29.11./09.12.2013.
- die Allgemeine Verwaltungsvorschrift für die Abrechnung der Aufwendungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende durch die zugelassenen kommunalen Träger und für die Bewirtschaftung von Bundesmitteln im automatisierten Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen des Bundes (Kommunalträger-Abrechnungsverwaltungsvorschrift - KoA-VV)

Die Jahresabrechnung 2014 gegenüber dem BMAS wurde vom Rechnungsprüfungsamt mit Datum vom 29. April 2015 geprüft. Die sich daraus ergebenden bilanzwirksamen Korrekturen wurden bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2015 berücksichtigt. Die Prüfung der Jahresabrechnung 2014 seitens des BMAS wurde mit Schreiben vom 11. Februar 2016 abgeschlossen und führte zu keinen Beanstandungen.

Die Jahresabrechnung 2015 gegenüber dem BMAS wurde vom Rechnungsprüfungsamt mit Datum vom 30. März 2016 geprüft. Die sich daraus ergebenden bilanzwirksamen Korrekturen wurden bei der Erstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015 berücksichtigt. Die Prüfung der Jahresabrechnung 2015 seitens des BMAS ist noch nicht abgeschlossen.

Die Jahresabrechnung 2016 gegenüber dem BMAS wurde vom Rechnungsprüfungsamt mit Datum vom 4. April 2017 geprüft und fristgerecht an das BMAS eingereicht.

Darstellung des Geschäftsverlaufs im Geschäftsjahr 2015

a) Allgemeine Entwicklung / Leistungsbilanz 2015

Seit Beginn der Arbeit im SGB II verfolgt das Jobcenter entsprechend den gesetzlichen Prioritäten das Konzept des Vorrangs der Aktivierung und Integration in Erwerbsarbeit vor der „passiven“ Leistungsgewährung. Diese ist im gesetzlichen Rahmen sicher zu stellen.

Die Regelinstrumente für die Eingliederung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten haben sich in der Vergangenheit durchaus bewährt. Vor dem Hintergrund einer verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit und vielfältigen Handlungserfordernissen, die nicht allein in der Beseitigung beruflicher Defizite liegen, sind neue Ansätze etwa bei der Beseitigung sozialer und gesundheitlicher Problemlagen erforderlich. Durch gezielte Hilfen muss häufig erst die Fähigkeit zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit hergestellt werden. Hier hat das Jobcenter eigene Konzepte entwickelt.

Durch eine ganzheitliche Aktivierung von Familien mit benachteiligten Jugendlichen sollen die Integrationsaussichten deutlich verbessert werden. Mittel werden sowohl vom Jobcenter als auch vom Jugendamt zur Verfügung gestellt. Es erfolgt eine enge Zusammenarbeit innerhalb der Kreisverwaltung, die in dieser Form wohl nur in einer Optionskommune zu verwirklichen ist. Vom Jobcenter finanzierte Fallmanager arbeiten eng mit Sozialarbeitern zusammen, die durch das Jugendamt bereitgestellt werden. Hierdurch ist eine ganzheitliche Betreuung der Bedarfsgemeinschaft möglich, die sich in dieser Qualität ansonsten kaum verwirklichen ließe.

Mit Wirkung vom 1.1.2015 wurde ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt. Dieser Mindestlohn hat dazu geführt, dass nicht nur in Einzelfällen ein zumindest teilweise bedarfsdeckendes Einkommen erzielt wurde. Der Mindestlohn hat daher zum Rückgang der Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten beigetragen, auch wenn der Anteil nicht exakt bezifferbar ist.

Zur schnellen Überwindung der Hilfebedürftigkeit und einer möglichst kurzfristigen Beendigung der Arbeitslosigkeit werden betriebsnahe Fördermaßnahmen angeboten. Diese Aktivierungsmaßnahmen werden ständig weiterentwickelt und den Anforderungen für eine Heranführung an den Arbeitsmarkt angepasst.

Standen in den ersten Jahren der Arbeit im SGB II Arbeitsgelegenheiten (AGH) im Vordergrund, wurde das Instrumentarium der Aktivierungsmaßnahmen in den Folgejahren zunehmend ausdifferenziert, stärker fokussiert auf direkte Vermittlung in Arbeit und die Erzielung von Integrationsfortschritten.

Die Aktivitäten des Jobcenters werden alle durch flankierende Hilfen ergänzt, insbesondere durch Kinderbetreuung, durch Unterstützung bei der Überwindung gesundheitlicher Probleme, durch Beratungsangebote bei psychosozialen Problemen oder Suchtkrankheiten.

Insgesamt nahmen 12.314 erwerbsfähige Leistungsberechtigte an Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung im Jahr 2015 teil.

5.913 Leistungsberechtigte wurden in sozialversicherungspflichtige Arbeit, Ausbildung und selbstständige Tätigkeit integriert. Das entspricht im Jahresverlauf einer Integrationsquote von 30,5 Prozent. Die Integrationsquote stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Prozent.

Für besondere Zielgruppen konnte die Zahl der Integrationen gegenüber dem Vorjahr und auch im Vergleich mit der allgemeinen Integrationsquote deutlich gesteigert werden. Die Integrationsquote der Alleinerziehenden stieg um 7,8 Prozent auf 31,1 Prozent. Die Integrationsquote der Langzeitleistungsbezieher stieg sogar um 13 Prozent auf 21,8 Prozent.

Trotz einer weiteren Anhebung des Regelsatzes zum 01.01.2015 konnten die Leistungen zum Lebensunterhalt (LLU) um 3,5 % ggü. dem Vorjahr von 66.667.000 € auf 64.330.000 € gesenkt werden. Dies ist auf einen deutlichen Rückgang bei den Bedarfsgemeinschaften (BG) / erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) zurückzuführen. Die Leistungen für Unterkunft und Heizung (LUH) verzeichneten mit 6,6 % einen noch größeren Rückgang. Dies kann als sehr positives Ergebnis gewertet werden. Die geringeren Betriebskostennachzahlungen aufgrund des milden Winters trugen ebenfalls dazu bei.

Eine besondere Herausforderung im Jahre 2015 stellte der Zugang von Flüchtlingen in den Leistungsbereich SGB II dar. Hier haben sich beginnend ab Mitte des III. Quartal 2015 die Bestände der erwerbsfähigen Leistungsbezieher (eLb) und der Bedarfsgemeinschaften (BG) deutlich erhöht.

Die absolute als auch die relative Zahl der Arbeitslosen konnte 2015 nach einer unterjährigen leichten Zunahme zum Jahresende wieder unter die Vorjahreswerte gesenkt werden. Trotz eines weiterhin wirtschaftlich schwierigen Umfeldes und der zum Jahresende deutlichen Zu-

nahme an Flüchtlingen ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften und der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten deutlich gesunken.

Nachfolgende Übersichten verdeutlichen die Entwicklung im Zeitraum 2014 bis 2017 anhand einiger ausgewählter Strukturdaten:

Arbeitslosigkeit

	Dez. 2014	Dez. 2015	Dez. 2016	März 2017	Veränderung 2015 ggü. 2014
Arbeitslosenquote insgesamt					
- Deutschland in %	6,4	6,7	5,8	6,0	0,3
- Mecklenburg-Vorpommern in %	11,0	10,3	9,6	9,4	-0,7
- Landkreis V-R in %	14,0	13,0	12,0	12,0	-1,0
Arbeitslosenquote SGB II (LK V-R) in %	8,7	8,4	7,6	7,0	-0,3
Arbeitslosenquote SGB III (LK V-R) in %	5,3	4,6	4,4	4,9	-0,7

Die Arbeitslosigkeit sank im Landkreis Vorpommern-Rügen im Jahr 2015 insgesamt um 1,0 Prozent. In der Betrachtung der beiden Rechtskreise SGB III (Arbeitslosenversicherung) und SGB II (Grundsicherung) zeigen sich dabei durchaus Unterschiede. Während die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III um 0,7 Prozent fiel, ging sie im Rechtskreis SGB II im Verhältnis dazu nur um 0,3 Prozent zurück. Allerdings ist die statistisch ausgewiesene Arbeitslosigkeit auch von der Zahl der in Maßnahmen geförderten Personen abhängig. Diese zählen nach der gesetzlichen Definition nicht als arbeitslos, wenn sie in einer Maßnahme gefördert werden.

Leistungsbezug SGB II

	Dez. 2014	Dez. 2015	Dez. 2016	März 2017	Veränderung 2015 ggü. 2014
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb)	20.487	18.528	17.443	17.613	-1.959
Leistungsbezieher (insgesamt)	27.141	24.800	23.816	24.032	-2.341
Bedarfsgemeinschaften (BG)	15.980	14.674	13.840	13.910	-1.306
Langzeitbezieher (LZB)	14.738	13.989	12.678	12.010	-749

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ging in 2015 von 15.980 auf 14.674 Personen bzw. 8,2 Prozentpunkte zurück. Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II fiel innerhalb des Jahresverlaufes 2015 von 20.487 auf 18.258 Personen und somit um 9,6 Prozent.

Integrationsquote

		Dez. 2014	Dez. 2015	Dez. 2016	Ziel 2017	Veränderung 2015 ggü. 2014	
Integrationsquote der Jobcenter							
-	Deutschland	in %	24,1	25,5	24,0	k.A.	1,4
-	Mecklenburg-Vorpommern	in %	26,7	28,0	25,7	24,8	1,3
-	Landkreis V-R	in %	29,5	30,5	28,1	27,1	1,0

Die absolute Zahl der Integrationen, d.h. die Eingliederung von Leistungsberechtigten in sozialversicherungspflichtige Arbeit, Ausbildung und selbstständige Tätigkeit ging ggü. dem Vorjahr leicht zurück. Die Integrationsquote, als zentrale Kennzahl zur Messung in welchem Umfang Integrationen in den vergangenen zwölf Monaten im Verhältnis zum durchschnittlichen Bestand an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) in diesem Zeitraum erfolgt sind, verbesserte sich aufgrund des deutlichen Rückganges der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) auf 30,5 %.

Im Vergleich mit anderen vergleichbaren Jobcentern (Vergleichstyp III d) belegte der Eigenbetrieb Jobcenter das ganze Jahr 2015 hindurch vordere Ränge. Befürchtete negative Auswirkungen durch die Einführung des Mindestlohns zum 01.01.2015 sind nicht eingetreten.

b) Flüchtlingsproblematik

Das letzte Quartal 2015 war geprägt von der organisatorischen Zuordnung anerkannter Flüchtlinge im Leistungssystem des Eigenbetrieb Jobcenter. Wurden im Dezember 2014 noch 121 erwerbsfähige Leistungsbezieher mit Fluchthintergrund gezählt, waren dies im Dezember des Folgejahres bereits 524 erwerbsfähige Leistungsbezieher. Diese Entwicklung setzte sich im ersten Quartal 2016 fort.

Dabei waren die Steigerungen bei den Geflüchteten mit Grundsicherungsanspruch deutlich höher als in vergleichbaren Jobcentern. Zurückzuführen ist dies auch auf die Bemühungen des Jobcenters, den Integrationsprozess unmittelbar nach Anerkennung zu beginnen, um eine zeitnahe Unterbringung und Integration zu ermöglichen. Zur Erreichung dieses Ziels sind umfassende Informationen an Geflüchtete mit Aufenthaltsstatus in Gemeinschaftsunterkünften und dezentralen Unterkünften erfolgt. Unterstützt wurden diese Bemühungen durch die enge Zusammenarbeit mit anderen Fachdiensten der Kreisverwaltung (Asylbewerberleistungsgesetz, Ausländerbehörde, Jugendamt), Bildungsträgern und Wohnungseigentümern sowie durch

den Einsatz von Integrationslotsen. Dabei wurden in 2015 zunächst die dringlichsten Schritte unternommen, die aber lediglich Anfänge darstellten.

c) laufende Geschäftstätigkeit

Im Hinblick auf die Darstellung der Geschäftstätigkeit anhand der Abrechnungen nach Produkten gegenüber dem BMAS und dem Landkreis V-R wird zunächst auf die Darstellung der Finanzierungstätigkeit in Abschnitt 1.e) und f) verwiesen.

Für das Wirtschaftsjahr 2015 zeigt sich im Vorjahresvergleich nachfolgendes Bild:

- **ALG II - Bundes-/Regelleistungen = Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts**
(Finanzierung 100 % BMAS)

	2015	2014
I. Verrechnungsbetrag aus Vorjahren	466.229,56	-631.916,93
II. Abgerufene Mittel lfd. Jahr	87.232.250,74	91.119.648,26
III. Mittelverwendung:		
a. Regelleistung	-66.293.021,94	-67.090.453,86
b. Mehrbedarfe	-58.410,19	-1.812.310,61
c. Leistungen nach § 24 SGB II	-173.535,11	-93.611,63
d. Sozialversicherungsbeiträge	-23.595.350,07	-24.922.097,51
e. Zuschüsse zu Versicherungsbeiträgen	-1.279.948,35	-11.479,76
f. Leistungen für Auszubildende	-2.807,86	0,00
g. Sonstige gesetzliche Leistungen	0,00	0,00
	-91.403.073,52	-93.929.953,37
IV. Einnahmen	4.142.212,21	3.908.451,60
V. Ausgabenüberhang (III.-IV.)	-87.260.861,31	-90.021.501,77
VI. Einzahlungen an das BMAS	0,00	0,00
VII. Jahresabschluss (I.+II.-V.-VI.)	437.618,99	466.229,56

Es zeigt sich eine Verringerung der Gesamtausgaben gegenüber dem Vorjahr um 2.526.879,85 EUR (bzw. 2,7 %) auf EUR 91.403.073,52.

Trotz einer weiteren Anhebung des Regelsatzes zum 01.01.2015 konnten die Leistungen zum Lebensunterhalt (LLU) um 3,0 % ggü. dem Vorjahr gesenkt werden. Dies ist insbesondere auf einen deutlichen Rückgang bei den Bedarfsgemeinschaften (BG) / erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) zurückzuführen.

- ALG II - Kommunale Leistungen = Kosten der Unterkunft (KdU) + sonstiges
(Finanzierung 100 % LK V-R)

	2015		2014	
I. Verrechnungsbetrag aus Vorjahren		0,00		0,00
II. Abgerufene Mittel lfd. Jahr		52.647.264,05		56.000.793,99
III. Mittelverwendung:				
a. Leistungen Unterkunft und Heizung	-51.770.750,95		-55.206.201,37	
b. einmalige Leistungen	-868.666,89	-52.639.417,84	-794.592,62	-56.000.793,99
IV. Einnahmen		1.428.496,69		2.418.665,86
V. Ausgabenüberhang (III.-IV.)		-51.210.921,15		-53.582.128,13
VI. Einzahlungen an den LK V-R		-1.428.496,69		-2.418.665,86
VII. Jahresabschluss (I.+II.-V.-VI.)		7.846,21		0,00

Es zeigt sich eine Verringerung der Gesamtausgaben gegenüber dem Vorjahr um 3.361.376,15 EUR (bzw. 6,0 %) auf EUR 52.639.417,84. Die Minderung resultiert insbesondere aus geringeren Leistungen für Unterkunft und Heizung (LUH), was neben dem deutlichen Rückgang bei den Bedarfsgemeinschaften (BG) / erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) auch auf geringere Betriebskostennachzahlungen zurückzuführen ist. Die einmaligen kommunalen Leistungen für Arbeitssuchende betreffen insbesondere Erstausrüstungen für Wohnung und Bekleidung, Schwangerschaft und Geburt.

- Leistungen zur Eingliederung in Arbeit

(Finanzierung 100 % BMAS)

Objekt 1763 (EGL) - klassisch

Aufgrund relativ geringer Verbindungen aus Vorjahren konnten rund EUR 11,9 Mio in 2015 für neue Eintritte in Maßnahmen und für Integrationen genutzt werden. Die größten Ausgaben beim Mitteleinsatz erfolgten mit TEUR 4.445 für die Aktivierung und beruflichen Eingliederung, TEUR 3.895 Förderung der beruflichen Weiterbildung, TEUR 3.351 für die Förderung von Arbeitsgelegenheiten und TEUR 2.251 bei der Gewährung von Eingliederungszuschüssen an Arbeitgeber. Darüber hinaus wurden Rehabilitanden mit TEUR 1.336 in unterschiedlichen Maßnahmen unterstützt.

	2015	2014
I. Verrechnungsbetrag aus Vorjahren	0,01	0,00
II. Abgerufene Mittel lfd. Jahr	17.075.287,70	16.854.947,00
	17.075.287,71	16.854.947,00
III. Mittelverwendung:		
a. Ausgaben für Leistungen gemäß § 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. SGB III	-13.714.802,82	-12.791.478,27
b. Ausgaben für Leistungen nach SGB II	-3.382.807,74	-3.871.490,35
c. Differenzausgaben ESF LZA - Programm	0,00	0,00
IV. Einnahmen	232.865,27	165.690,00
V. Ausgabenüberhang (III.-IV.)	-16.864.745,29	-16.497.278,62
VI. Einzahlungen an das BMAS vor dem Bilanzstichtag	0,00	-357.668,37
VII. Jahresabschluss (I.+II.-V.-VI.)	210.542,42	0,01
VIII. Einzahlungen an das BMAS nach dem Bilanzstichtag	-210.542,41	0,00
VII. Verrechnungsbetrag für Folgejahr	0,01	0,01

Es zeigt sich eine Erhöhung der Gesamtausgaben gegenüber dem Vorjahr um 434.641,94 EUR (bzw. 2,6 %) auf EUR 17.097.610,56.

Objekt 1771 (BEZ) -

Beschäftigungszuschüsse (BEZ) sind im laufenden Förderkatalog von Eingliederungsleistungen nicht mehr enthalten. Da BEZ jedoch auf eine Dauerförderung ausgelegt ist, werden zur Finanzierung jährlich entsprechend den bestehenden laufenden Bindungen Haushaltsmittel durch das BMAS zur Verfügung gestellt. Es erfolgen jährliche Anpassungen im Rahmen der Tarifautomatik, sodass hier Mehrausgaben ausschließlich durch Tarifsteigerungen entstehen. Minderausgaben entstehen durch gesundheitsbedingte Beendigung der Maßnahme oder durch Renteneintritt.

	2015		2014	
I. Verrechnungsbetrag aus Vorjahren		0,00		0,00
II. Abgerufene Mittel lfd. Jahr		196.682,60		195.945,42
III. Mittelverwendung:				
a. Ausgaben für befristete Beschäftigungszuschüsse	0,00		-6.280,53	
b. Ausgaben für unbefristete Beschäftigungszuschüsse	-175.465,46	-175.465,46	-189.664,89	-195.945,42
IV. Einnahmen		0,00		0,00
V. Ausgabenüberhang (III.-IV.)		-175.465,46		-195.945,42
VI. Einzahlungen an das BMAS vor dem Bilanzstichtag		0,00		0,00
VII. Jahresabschluss (I.+II.-V.-VI.)		21.217,14		0,00
VIII. Einzahlungen an das BMAS nach dem Bilanzstichtag		-21.217,14		0,00
VII. Verrechnungsbetrag für Folgejahr		0,00		0,00

Es zeigt sich eine Verringerung der Gesamtausgaben gegenüber dem Vorjahr um 20.479,96 EUR (bzw. 10,4 %) auf EUR 175.465,46.

Objekt 1789 (FF/FAV) -

Für die Teilleistungen Freie Förderung (FF) und Förderung von Arbeitsverhältnissen wird ein separater Haushaltstitel ausgewiesen. Mit der Freien Förderung können die gesetzlich geregelten Eingliederungsleistungen um freie Leistungen erweitert werden. Die Leistungen können sowohl im Rahmen eines Zuschusses, eines Darlehens oder als Projekt ausgebracht werden. Die Förderung von Arbeitsverhältnissen dient vor allem der Aktivierung langjähriger Bestandskunden, der Erschließung von Beschäftigungschancen und der Bekämpfung des Langzeitleistungsbezuges. Die Arbeitsverhältnisse werden durch Zuschüsse zum Arbeitsentgelt gefördert.

	2015		2014	
I. Verrechnungsbetrag aus Vorjahren		0,51		-19.083,72
II. Abgerufene Mittel lfd. Jahr		1.400.000,00		1.346.796,93
III. Mittelverwendung:				
a. Ausgaben für Beschäftigungszuschüsse nach § 16e SGB II i.d.F. vom 01.01.2013	-1.203.366,72		-1.011.318,75	
b. Leistungen nach § 16f Abs. 1 i.V.m. Abs. 2 S. 1-5 SGB II	-145.144,89		-132.897,49	
c. Leistungen nach § 16f Abs. 2 S. 6 SGB II	0,00	-1.348.511,61	0,00	-1.144.216,24
IV. Einnahmen		7.977,42		3.003,75
V. Ausgabenüberhang (III.-IV.)		-1.340.534,19		-1.141.212,49
VI. Einzahlungen an das BMAS vor dem Bilanzstichtag		0,00		-186.500,21
VII. Jahresabschluss (I.-II.-V.-VI.)		59.466,32		0,51
VIII. Einzahlungen an das BMAS nach dem Bilanzstichtag		-59.465,81		0,00
IX. Verrechnungsbetrag für Folgejahr		0,51		0,51

Es zeigt sich eine Erhöhung der Gesamtausgaben gegenüber dem Vorjahr um 204.295,37 EUR (bzw. 17,9 %) auf EUR 1.348.511,61. Ursächlich hierfür ist insbesondere eine Zunahme von Förderfällen.

- **Bildung und Teilhabepaket**

(Finanzierung 100 % LK V-R)

	2015	2014
I. Abgerufene Mittel lfd. Jahr	295.400,00	329.270,00
II. Mittelverwendung	-295.260,00	-329.270,00
III. sonstige Einnahmen	297,75	560,03
IV. Einzahlungen an den LK V-R	-297,75	-560,03
IV. Jahresabschluss (I.-II.+III.)	140,00	0,00

Es zeigt sich eine Verringerung der Gesamtausgaben gegenüber dem Vorjahr um 34.010,00 EUR (bzw. 10,3 %) auf EUR 295.260,00 in Folge der geringeren Fallzahl (5.799 ggü. Vj. 6.440).

- **„Perspektive 50plus“** (Finanzierung 100 % BMAS)

Für das Beschäftigungspakt „Perspektive 50plus“, durch welches insbesondere Qualifizierungen und Zuschüsse für Arbeitsentgelte gefördert wurden, ergibt sich für die Phase 3 des Projektes folgende Abrechnung:

	2015	2014
I. Verrechnungsbetrag aus Vorjahren		0,00
II. Abgerufene Mittel lfd. Jahr	539.400,00	530.000,00
III. Mittelverwendung (Ist-Ausgaben)	-462.184,16	-521.208,84
IV. Ausgabenüberhang (II.-III.)	77.215,84	8.791,16
V. Einnahmen	2.348,97	0,00
VI. Einzahlungen an das BMAS vor dem Bilanzstichtag	-2.348,97	-8.791,26
VII. Jahresabschluss (I.+II.-V.-VI.)	77.215,74	-0,10
VIII. Einzahlungen an das BMAS nach dem Bilanzstichtag	-77.215,74	0,00
IX. Verrechnungsbetrag für Folgejahr	0,00	-0,10

Es zeigt sich eine Verringerung der Gesamtausgaben gegenüber dem Vorjahr um 59.024,68 EUR (bzw. 11,3 %) auf EUR 462.184,16. Die Minderung ist auf das Auslaufen des Projektes zum Jahresende 2015 zurückzuführen.

- „Integrationslotsen“ (Finanzierung 100 % LK V-R)

Daneben erfolgt über den Verwaltungshaushalt auch die Finanzierung der Integrationslotsen, welche vollständig über den Landkreis V-R erfolgt.

	2015	2014
I. Abgerufene Mittel lfd. Jahr	17.574,99	0,00
II. Mittelverwendung	-17.574,99	0,00
III. sonstige Einnahmen	0,00	0,00
IV. Jahresabschluss (I.-II.+III.)	0,00	0,00

Die Gesamtausgaben für die Integrationslotsen sind erstmalig in 2015 angefallen.

Verwaltungshaushalt

Ausgewiesen werden insbesondere die dem Eigenbetrieb im Zuge der Aufgabenwahrnehmung entstandenen Personal- und Sachkosten.

	2015	2014
I. Verrechnungsbetrag aus Vorjahren	0,00	1,50
II. Abgerufene Mittel lfd. Jahr	20.343.835,79	20.510.342,00
III. Mittelverwendung:		
a. Ausgaben für Personalkosten	-15.074.597,25	-14.913.309,16
b. Ausgaben für Personalebenkosten	-722.864,57	-741.596,61
c. Ausgaben für Versorgungszuschlag	-518.276,80	-461.924,79
d. Ausgaben für Personalgemeinkosten	-3.709.960,96	-3.715.001,03
e. Ausgaben für Sachkosten	-3.491.805,82	-3.683.959,68
f. Abschreibungsbeträge für Sonderausstattung	0,00	0,00
g. Ausbildungsvermittlung durch die BA	0,00	0,00
h. Ausgaben für die Erbringung von Bildungs- und Teilhabeleistungen, sofern die Betereuung der Leistungsempfänger nach dem SGB II außerhalb der besonderen Einrichtung erfolgt	-451.491,83	-458.977,99
i. Nicht förderfähige Verwaltungsausgaben ESF LZA-Programm	0,00	-23.974.769,26
IV. Einnahmen:		
a. Einnahmen aus Zinserträgen	0,00	0,00
b. Einnahmen aus Erstattungen von Personalaufwendungen	139.429,00	172.559,63
c. sonstige Einnahmen	15.146,15	13.150,28
V. Gesamtverwaltungskosten = Ausgabenüberhang (III.-IV.)	-23.814.422,08	-23.789.059,35
VI. kommunaler Finanzierungsanteil (15,2 %)	3.619.792,16	3.615.937,02
VII. Ausgaben für Verwaltungskosten nach Abzug KFA (V.-VI.)	-20.194.629,92	-20.173.122,33
VI. Einzahlungen an das BMAS vor dem Bilanzstichtag	0,00	-338.367,09
VII. Jahresabschluss (I.+II.-VII.-VIII.)	149.205,87	-1.145,92
korrigiert um Feststellungen des RPA LK V-R	-5.464,18	
	143.741,69	
VIII. Ein- bzw. Auszahlungen an das bzw. vom BMAS nach dem Bilanzstichtag	-149.205,87	1.145,92
IX. Verrechnungsbetrag für Folgejahr	-5.464,18	0,00

Die Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes liegen trotz der im Berichtsjahr erfolgten Tarifsteigerungen im Personalbereich mit EUR 23.968.997,23 auf Vorjahresniveau (Steigerung um EUR 5.772,03; 0,0 %).

Dementsprechend liegt auch der kommunale Finanzierungsanteil (EUR 3.619.762,16) von 15,2 % der Gesamtverwaltungskosten auf Vorjahresniveau. Der durch das BMAS finanzierte Anteil von 84,8 % beträgt EUR 20.194.629,92.

d) Finanzierungstätigkeit

Die Finanzierungstätigkeit stellt sich, neben den bereits in anderen Abschnitten dargestellten Aspekten, für das Wirtschaftsjahr 2015 wie folgt dar. Weiterführend wird auch auf die nach den Regelungen der EigVO M-V erstellte Finanzrechnung als gesonderter Bestandteil des Jahresabschlusses verwiesen.

	2015	
	Ist TEUR	Plan TEUR
Finanzmittelbestand 01.01. des Jahres	154	154
Cash-Flow aus		
- laufender Geschäftstätigkeit	2.234	484
- Investitionstätigkeit	-93	-122
- Finanzierungstätigkeit	93	0
= Veränderung des Finanzmittelbestands	2.234	362
Finanzmittelbestand 31.12. des Jahres	2.388	516

Grundsätzlich ist die Finanzierung des Eigenbetriebes durch die gesetzlich fixierte Refinanzierung über den Bund bzw. den Landkreis V-R gesichert. Unterjährig erfolgen regelmäßige bedarfsorientierte Mittelabrufe, zudem besteht ausreichende Kontokorrentlinie, welche im Wirtschaftsjahr 2015 jedoch nicht in Anspruch genommen wurden.

e) Investitionstätigkeit

Im Wirtschaftsjahr 2015 sind Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung vorgenommen worden. Darüber hinaus wurden notwendige Software-Lizenzen beschafft. Die Finanzierung erfolgte über den Verwaltungshaushalt. Das Investitionsvolumen blieb unter dem Planansatz.

f) Personalentwicklung

Im Wirtschaftsjahr 2015 waren im Durchschnitt 391 Mitarbeiter (mit Betriebsleiter) beschäftigt, davon 40 Beamte und 351 Tarifbeschäftigte.

Ab 1. Oktober 2015 wurde zur Bewältigung des flüchtlingsbedingten Betreuungsaufwands zusätzlich ein Integrationslotse zu Lasten des Kreishaushaltes eingestellt.

Die Besoldung der Beamten erfolgt nach dem Landesbesoldungsgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit der Bundesbesoldungsordnung. Zum 1. Januar 2015 wurden die Bezüge um 2 % angehoben. Die Tarifbeschäftigten werden nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst in der Fassung der VKA vergütet. Die Gehälter wurden zum 1. März 2015 um 2,4 % erhöht.

3. Darstellung der wirtschaftlichen Lage

a) Vermögenslage

Die Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

	31.12.2015		01.01.2015		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Aktiva					
Anlagevermögen	291	1,4	394	2,0	-103
Umlaufvermögen					
- Forderungen	8.861	42,9	10.231	51,0	-1.370
- liquide Mittel (Finanzmittelfonds)	2.388	11,6	154	0,8	2.234
Rechnungsabgrenzungsposten	9.105	44,1	9.293	46,3	-188
	20.645	100,0	20.072	100,0	573
Passiva					
Eigenkapital	37	0,2	59	0,3	-22
Sonderposten	254	1,2	335	1,7	-81
Verbindlichkeiten	10.864	52,6	10.082	50,2	782
Rechnungsabgrenzungsposten	9.490	46,0	9.596	47,8	-106
	20.645	100,0	20.072	100,0	573

Dem Anlagevermögen (TEUR 291) stehen passive Sonderposten (TEUR 254) sowie in die zweckgebundene Rücklage eingestellte Finanzierungsanteile des Landkreises V-R aus Vorjahren (TEUR 37) gegenüber.

Die liquiden Mittel haben sich in Folge zugeflossener, aber noch nicht verbrauchter Mittel gegenüber dem Vorjahr erhöht. Grundsätzlich stehen den Forderungen und liquiden Mitteln strukturell Verbindlichkeiten, insbesondere gegenüber dem Bund (BMAS) und den Landkreis V-R gegenüber. Gleiches gilt für die sich gegenüberstehenden aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Die Verringerung des Eigenkapitals (zweckgebundene Rücklage) resultiert aus der planmäßigen Auflösung zur Refinanzierung von Abschreibungen. Die Eigenkapitalquote besitzt keine Aussagekraft.

Nicht in der Bilanz erfasste Zahlungsverpflichtungen bestehen in Höhe von ca. TEUR 952, denen korrespondierende Rückgriffsansprüche (Refinanzierung) gegenüber dem BMAS bzw. Landkreis V-R gegenüberstehen. Gleiches gilt für die durch Freistellungserklärung des Landkreises V-R refinanzierten bestehenden Pensions- und Beihilfeverpflichtungen gegenüber Beamten in Höhe von ca. TEUR 7.131.

b) Finanzlage

Der Eigenbetrieb verfügt zum 31. Dezember 2015 über eine Liquiditätsausstattung in Höhe von TEUR 2.388, der Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 10.864 gegenüberstehen.

Bei der Beurteilung der Finanzlage ist jedoch die gesetzlich fixierte Refinanzierung über den Bund bzw. den Landkreis V-R zu berücksichtigen. So führen Finanzmittelzuflüsse grundsätzlich zu einem korrespondierenden Zahlungsmittelabfluss bzw. mindernder Berücksichtigung beim Mittelabruf gegenüber dem BMAS bzw. Landkreis V-R.

Die wirtschaftliche Lage der finanzierenden öffentlichen Einrichtungen wird dabei als gesichert eingeschätzt, da es sich bei den Leistungen des Eigenbetriebes Jobcenter um öffentliche Pflichtaufgaben handelt.

Zur Deckung des Finanzmittelbedarfs erfolgen unterjährig regelmäßige bedarfsorientierte Mittelabrufe, zudem besteht bei einer Bank ein ausreichender Kassenkreditrahmen, welcher im Wirtschaftsjahr 2015 jedoch nicht in Anspruch genommen wurde.

c) **Ertragslage**

Aufgrund der zugrundeliegenden Finanzierungssystematik erwirtschaftete der Eigenbetrieb im Wirtschaftsjahr 2015 ein ausgeglichenes Ergebnis. Den entstandenen operativen Aufwendungen von insgesamt TEUR 191.524 stehen in gleicher Höhe Erträge gegenüber.

	31.12.2015	
	TEUR	%
operative Aufwendungen		
Bezogene Leistungen bzw. Auszahlungen	-166.986	87,2
Personalkosten	-20.291	10,6
Übrige	-4.247	2,2
	-191.524	100,0
operative Erträge		
Zuwendungen Bund	126.169	65,9
Zuwendungen Landkreis V-R	56.527	29,5
Erstattungen und Rückzahlungen	10.117	5,3
abzgl. Weiterreichungen	-1.429	-0,7
Übrige	140	0,1
	191.524	100,0

Die an der Summe der operativen Aufwendungen bzw. Erträge gemessene statistische Materialaufwandsquote beträgt 87,2 %, die Personalaufwandsquote 10,6 %. Vergleichswerte für das Vorjahr liegen nicht vor.

Weiterführend wird auf die Anlagen A und B zum Lagebericht verwiesen, in den die Gewinn- und Verlustrechnung entsprechend der Finanzierungssystematik nach Produkten aufgegliedert wird bzw. eine Gegenüberstellung mit dem Wirtschaftsplan 2015 erfolgt.

Gegenüber dem Planansatz zeigt sich, dass die Gesamtaufwendungen mit TEUR 191.524 unter dem Planwert (TEUR 197.558) liegen, was neben einigen bilanziellen Auswirkungen, insbesondere auf die geringere Leistungsgewährung zurückzuführen ist.

d) **Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage**

Insgesamt wird die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebes als stabil eingeschätzt.

4. Nachtragsbericht

Ereignisse von besonderer Bedeutung mit Auswirkungen auf die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zum 31.12.2015 haben sich nicht ergeben.

Die Schlussbilanz des Landkreises V-R nach GemHVO-Doppik zum 31.12.2014 liegt noch nicht vor, ist aber für Ende 2017 avisiert. Mit wesentlichen Auswirkungen auf die Eröffnungsbilanz des Eigenbetriebes sowie des vorliegenden Jahresabschlusses wird nicht gerechnet.

5. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung: Prognosebericht

a) Gesetzesänderungen

Einleitend wird auf nachfolgende Gesetzesänderungen mit Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit des Eigenbetriebes hingewiesen:

- Zum 01.01.2016 wurden die **Regelbedarfssätze** angepasst. Dies führt zum einen zu höheren Leistungen bei den derzeitigen Leistungsberechtigten. Zudem kann damit gerechnet werden, dass Personen und Familien aus dem Kreis der Geringverdiener, die bisher keinen Leistungsanspruch nach dem SGB II hatten, aufgrund der Regelatzänderung zukünftig Leistungen erhalten. Dies würde sich im Anstieg der Bedarfsgemeinschaften auswirken.
- Laut Beschluss der Mindestlohn-Kommission beträgt der **Mindestlohn** ab 1. Januar 2017 EUR 8,84. Mögliche Auswirkungen könnten sein, dass beispielsweise durch ein höheres Einkommen der Lebensunterhalt ohne einen zusätzlichen Leistungsbezug nach dem SGB II gesichert sein wird. Entsprechend würden sich die Aufwendungen des Jobcenters vermindern. Andererseits besteht aber auch die Möglichkeit, dass Arbeitgeber wegen zu hoher Arbeitskosten zuvor bestehende Arbeitsverhältnisse kündigen und es zu einem Zuwachs an Leistungsbeziehern kommt.

- Mit dem Beschluss des Neunten Gesetzes zur Änderung des SGB II vom 23.06.2016, welches zum 01.08.2016 in Kraft getreten ist, wurde das Leistungs- und Verfahrensrechts weiterentwickelt und zum Teil vereinfacht. Durch das Gesetz wurden zudem Sanktionen verschärft und der Regelbewilligungszeitraum auf zwölf Monate ausgedehnt. Die Umsetzung dieser Änderungen stellt eine erneute Herausforderung für die Mitarbeiter des Jobcenters dar. Durch gezielte Schulungen soll hier ein rechtssicheres Handeln der Mitarbeiter unterstützt werden.

b) Flüchtlingsproblematik

Bei der Integration der Flüchtlinge wird zunächst auch 2016 mit bekannten und bewährten Regelinstrumenten der Eingliederung gearbeitet. Darüber hinaus werden aber auch neue Ansätze verfolgt werden müssen. Dazu wurden bereits erste Absprachen mit Bildungsträgern und anderen Einrichtungen getroffen. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen kann aber im Moment noch nicht abschließend beurteilt werden.

Weiterhin wird davon ausgegangen, dass die steigende Zahl an Flüchtlingen auch im Bereich des SGB II zu einem Anstieg der Bedarfsgemeinschaften führen wird. Hier ist eine detaillierte Prognose der Zugänge jedoch noch nicht möglich.

Der Zugang von Flüchtlingen wird sich aus Sicht des Eigenbetrieb Jobcenter in den folgenden Jahren nicht in dem bisherigen Maße fortsetzen. Eine Prognose ist aber aus Sicht des Eigenbetriebes nicht möglich, da der Zugang letztendlich von Bundes- und Europapolitischen Entscheidungen abhängt.

c) Allgemeine Arbeitsmarktentwicklung

Nach Einschätzung des Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit (BA), Frank-J. Weise, hat sich der Arbeitsmarkt 2016 günstig entwickelt: „Die Zahl der arbeitslosen Menschen ist erneut gesunken, die Beschäftigung ist vor allem in der ersten Jahreshälfte weiter gestiegen und die Nachfrage der Betriebe nach neuen Mitarbeitern hat sich nochmals kräftig erhöht.“

Für den Zuständigkeitsbereich des Eigenbetriebes zeigt sich für 2016, wie bereits in Abschnitt 2 dargestellt, eine Verringerung der Arbeitslosenquote um 1,0 % auf 12,0 %.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften verringert sich per 31.12.2016 auf 13.840 (-5,7 %), der Bestand an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten verringert sich auf 18.236 (-6,0 %).

Die Prognose des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geht von einem regional deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahr 2017 von 5,4 % (Mittelwert) aus. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung soll 2017 um 1,6 % (Mittelwert) zunehmen.

Die hohe saisonale Dynamik und damit Abhängigkeit des regionalen Arbeitsmarktes von saisonalen Schwankungen hält weiter an. Dabei sind Schwerpunkte in den Bereichen Gastgewerbe und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen erkennbar. Hier werden sowohl im SGB II als auch im SGB III Bereich die meisten Abgänge in Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt erzielt.

Der Landkreis Vorpommern-Rügen ist geprägt von vielen Klein- und Kleinstbetrieben. Dadurch ist die Aufnahmefähigkeit von Arbeitskräften beschränkt. Größere Industriebetriebe sind kaum vorhanden. Größere Ansiedlungen von Industriebetrieben sind derzeit nicht erkennbar. Zu den bedeutenderen Arbeitgebern zählen auch die öffentlichen Verwaltungen, die aber aufgrund ihrer Strukturen keine größere Arbeitskräftenachfrage aufweisen.

d) Ausblick Geschäftsverlauf 2016

Für das Wirtschaftsjahr 2016 wird unter Berücksichtigung der planmäßigen Auflösung der zweckgebundenen Rücklage ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt, wobei ein Leistungsvolumen von TEUR 190.476 erwartet wird. Das Investitionsbudget beträgt TEUR 69.

e) Ausblick Geschäftsverlauf 2017

Der Eigenbetrieb Jobcenter wird sich 2017 insbesondere den folgenden Herausforderungen stellen:

- Erhöhung des Fachkräftepotentials (u.a. Ältere, Geringqualifizierte)
- Aktivierung langjähriger Bestandskunden und Heranführung an den Arbeitsmarkt
- Erschließung von Marktchancen bei Arbeitgebern
- Erschließung von Beschäftigungschancen für Alleinerziehende

- Integration von Jugendlichen in den Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt
- Verringerung der Familienarbeitslosigkeit
- Bekämpfung des Langzeitleistungsbezugs
- Begrenzung von Kosten der Unterkunft und Heizung.

Mit dem Land M-V wurde zudem eine Zielvereinbarung zu folgenden Indikatoren abgeschlossen:

- Begrenzung des Rückgangs der Integrationsquote gegenüber dem Vorjahr auf 3,6 %
- Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug: Rückgang der Zahl der Langzeitleistungsbezieher gegenüber dem Vorjahr um 6,6 %
- Verringerung der Hilfebedürftigkeit unter Beachtung der Entwicklung der Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) und der Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt im Rahmen eines Monitorings

6. Chancen- und Risikobericht

a) Tätigkeit als kommunales Jobcenter

Insgesamt betrachtet steht der Eigenbetrieb Jobcenter auch in den folgenden Jahren vor erheblichen Herausforderungen. Die seit dem 01.01.2013 gesammelten Erfahrungen als Optionskommune, die Nutzung der kommunalen Strukturen im Landkreis Vorpommern-Rügen und die weitere ständige Optimierung der internen Prozesse im Eigenbetrieb Jobcenter sollen auch 2017 und in den Folgejahren genutzt werden. Neben diesen Herausforderungen gilt es auch die mit dem Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung Mecklenburg-Vorpommern vereinbarten Ziele zu erreichen.

Mit der Hilfe aus einer Hand ist es dem Jobcenter möglich, den Kunden direkt mit den Leistungen zum Lebensunterhalt, der Arbeitsvermittlung und den flankierenden Leistungen zu unterstützen, dabei immer persönlich ansprechbar zu sein und damit bürgernah zu arbeiten. Dabei wird die arbeitsmarktpolitische Verbindung zur Region als einen der großen Schlüssel zum Erfolg, sowohl für die Vergangenheit als auch für die Zukunft, gesehen. Nicht ohne Grund gilt das Jobcenter Vorpommern-Rügen als verlässlicher Partner für Gemeinden, Vereine, Arbeitgeber, Maßnahme- und Bildungsträger sowie Bürger.

Auch wenn das Jobcenter V-R nicht unmittelbar von der Ende 2016 veröffentlichten Prüfung durch den Bundesrechnungshof betroffen war, gilt es, sich mit der im Prüfbericht geäußerten Kritik an der Effizienz der Vermittlungsarbeit sowie der Dokumentation von Maßnahmen und der Aktualität von Datensätzen auseinanderzusetzen.

Grundsätzlich kann die Leistungsfähigkeit der Jobcenter anhand der in Abschnitt 2 aufgeführten Kennzahlen beurteilt werden. Hier sieht sich der Eigenbetrieb im Vergleich zu anderen Jobcentern solide aufgestellt, auch wenn weiterhin Verbesserungen angestrebt werden.

Grundsätzliches Ziel des Jobcenters bleibt es, möglichst viele Kunden durch weitere Qualifizierungsmaßnahmen in Arbeit zu vermitteln.

b) Organisation und Personalstruktur

Wichtig für die weitere Entwicklung des Jobcenters ist auch weiterhin die Gewinnung gut ausgebildeter Mitarbeiter. Durch diverse Aus- und Weiterbildungen muss die Fachkompetenz erhalten werden, um in einem sich ständig ändernden rechtlichen Umfeld souverän zu agieren.

Unumstritten ist dabei, dass Jobcenter-Mitarbeiter oft Entscheidungen treffen müssen, die das Leben von Menschen existenziell verändern können. Mit großer Besorgnis wird in diesem Zusammenhang die zunehmende Anzahl von Beleidigungen, Drohungen und auch Angriffen gegenüber Mitarbeitern von Jobcentern registriert. Diesen traurigen Rahmenbedingungen gilt es zukünftig entgegen zu wirken.

Die zukünftige Personaldimensionierung des JC V-R hängt von unterschiedlichsten Faktoren ab. Neben rechtlichen und politischen Anforderungen sowie den finanziellen Rahmenbedingungen beeinflusst insbesondere die Entwicklung der zu betreuenden erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und Bedarfsgemeinschaften die Personalentwicklung in den nächsten Jahren. Seit 2013 (Gründungsjahr des kommunalen Jobcenters Vorpommern-Rügen) sinkt die Zahl der Bedarfsgemeinschaften und der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten kontinuierlich. Eine Umkehr des Trends ist derzeit nicht absehbar.

Bei ansonsten im Wesentlichen unveränderten Rahmenbedingungen folgt daraus die bedarfsorientierte Anpassung des Personalkörpers. Gleichzeitig ist einer Überalterung des Personals (aktuelles Durchschnittsalter 44,8 Jahre) durch Ansatzmöglichkeiten für Nachwuchskräfte entgegenzuwirken. Daneben sind Maßnahmen zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der älter werdenden Mitarbeiter/-innen erforderlich. Ein wesentliches Element ist dabei der Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagements.

c) Finanzierung und Abrechnung

Die finanzielle Situation des Eigenbetriebes ist auch zukünftig über die Refinanzierung durch den Bund (BMAS) bzw. den Kernhaushalt des Landkreises V-R abgesichert.

Die Finanzsituation des Landkreises V-R wird in Verbindung mit dem SGB II insbesondere durch zwei wesentliche Faktoren beeinflusst:

- Entwicklung der Kosten der Unterkunft (KdU) in Verbindung mit der Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften und der Höhe der Durchschnittskosten je BG;
- Entwicklung der Finanzströme zwischen Bund, Land und Landkreis

Die zukünftigen Budgets sind neben anderen Einflussfaktoren auch von der Haushaltssituation des Bundes abhängig.

Als weiterer Faktor ist zu berücksichtigen, dass das Jobcenter auch zukünftig mit Forderungsausfällen rechnen muss. Da es sich bei den Kunden des Jobcenters um Personen handelt, die nur über geringe bis gar keine sonstige Einnahmen bzw. finanziellen Rücklagen verfügen, besteht das Risiko, dass Forderungen uneinbringlich sind bzw. werden. Der sich daraus ergebende finanzielle Effekt wird jedoch letztlich gegenüber dem BMAS bzw. dem Landkreis V-R abgerechnet, sodass sich hieraus für den Eigenbetrieb selbst kein Risiko erwächst.



Weitere, gesondert zu erwähnende Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sind nicht erkennbar.

Stralsund, den 31. März 2017

Karina Werner
Betriebsleiterin Interne Dienste

Peter Hüfken
Betriebsleiter Integration und
Leistungsgewährung

Landkreis Vorpommern-Rügen
Eigenbetrieb Rettungsdienst
Sandhufe 2a
18311 Ribnitz-Damgarten

Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2018

Die Aufstellung des Wirtschaftsplanes für das Jahr 2018 erfolgte nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 25. Februar 2008 (GVOBl. Mecklenburg-Vorpommern, S. 71).

Der Eigenbetrieb Rettungsdienst nimmt ausschließlich die hoheitliche Aufgabe der Organisation und Durchführung des bodengebundenen öffentlichen Rettungsdienstes (Notfallrettung und qualifizierter Krankentransport) im Gebiet des Landkreises Vorpommern-Rügen nach Maßgabe des Rettungsdienstgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (RDG M-V) vom 9. Februar 2015 (GVOBl. Mecklenburg-Vorpommern 2015, S. 50) wahr. Er ist vollständig durch Entgelte, die vertraglich mit den Sozialleistungsträgern (Krankenkassen) vereinbart werden, finanziert.

Grundlagen der Planansätze für das Wirtschaftsjahr 2018 bilden der vorläufige Jahresabschluss des Jahres 2016 (Stand der Finanzbuchhaltung 31.08.2017) sowie die Planbilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen für die Jahre 2016 bis 2021. Dabei wurden auch wesentliche Veränderungen, die sich bis zum 1. Oktober 2017 ergaben, berücksichtigt.

Das Wirtschaftsjahr 2016 schließt mit einem Gesamtergebnis von TEUR 1.601,0.

Die Betriebserträge beliefen sich in 2016 auf TEUR 21.762,4, die Betriebsaufwendungen auf TEUR 20.161,0 Euro.

Die Erträge aus Leistungen setzten sich im Jahr 2016 wie folgt zusammen:

Rettungstransportwagen (RTW)	15.883 T Euro
Notarzteinsatzfahrzeuge (NEF)	4.505 T Euro
Krankentransportwagen (KTW)	1.207 T Euro
Notarztwagen (NAW)	46 T Euro
Gesamtsumme	21.641 T Euro

Im Jahr 2016 wurden insgesamt 45.717 Einsätze abgerechnet.

Die Vertragsverhandlungen mit den Krankenkassen für 2016 und 2017 wurden mit Vertragsunterzeichnung im Jahr 2016 abgeschlossen. Zum 1. Januar 2017 wurde im Vergleich zum Vorjahr eine geringfügige Reduzierung der Entgelte vereinbart, um den Jahresüberschuss aus 2016 und das zu erwartende positive Ergebnis des Jahres 2017 auszugleichen.

Für die Benutzung der vom Vertrag erfassten Rettungsmittel wurden folgende Benutzungsentgelte vereinbart:

	Benutzungsentgelte	
	01.01.2016 - 31.12.2016	ab 01.01.2017
KTW	140,00 EUR	131,00 EUR
RTW	575,00 EUR	565,00 EUR
NEF	414,00 EUR	400,00 EUR
NAW	714,00 EUR	700,00 EUR

Für 2017 wurde mit einem Plankostenvolumen von 22,8 Mio Euro gerechnet. Die Ausgaben werden sich voraussichtlich in diesem Rahmen bewegen. Die aktuelle Einsatzstatistik lässt für 2017 einen geringen Rückgang der Einsatzzahlen erwarten, so dass davon auszugehen ist, dass das laufende Wirtschaftsjahr mit einem leicht negativen Ergebnis abgeschlossen wird.

Die Vertragsverhandlungen mit den Krankenkassen werden im 1. Quartal 2018 weitergeführt um auf unvorhersehbare Entwicklungen mit einer Entgeltanpassung reagieren zu können.

Für das Jahr 2018 wird mit einem Gesamtkostenvolumen von 24,2 T Euro geplant.

Seit dem 1. Januar 2017 werden sämtliche Einnahmen und Ausgaben, Investitionen und Finanzierungen für den Rettungsdienst des Landkreises Vorpommern-Rügen berücksichtigt.

Die Investitionstätigkeit des Eigenbetriebes im Jahr 2017 umfasst die notwendige Ersatzbeschaffung von vierzehn Rettungsfahrzeugen (8 Rettungswagen, 1 Krankentransportwagen, 5 Notarztsatzfahrzeuge) mit medizinisch-technischer Ausstattung. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist davon auszugehen, dass nicht alle dieser geplanten Investitionen im Jahr 2017 realisiert werden können, da die Fahrzeuge auf Grund der Genehmigung des Wirtschaftsplanes im zweiten Halbjahr erst ab dem Monat August ausgeschrieben werden konnten. Zudem sind sehr lange Lieferzeiten zu verzeichnen. Mit der Umsetzung ist im ersten Quartal 2017 zu rechnen.

Für das Geschäftsjahr 2018 ist die Beschaffung von weiteren sechs Rettungsfahrzeugen für den Rettungsdienstbereich Landkreis Vorpommern-Rügen geplant. Die Beschaffung umfasst 2 Rettungswagen, 3 Krankentransportwagen, 1 Mehrzweckfahrzeug (NEF/Organisatorischer Leiter Rettungsdienst) mit entsprechender Medizintechnik (892,0 TEUR). Zudem werden Investitionen für den Ausbau eines Systems zur digitalen Übermittlung von Zielkoordinaten der Einsatzorte für die schnelle Navigation (108,0 TEUR) sowie für das Mobiliar (Küche, Bereitschaftsräume) der Rettungswache Bad Sülze (8 TEUR) geplant.

Die Finanzierung der Fahrzeuge erfolgt über Darlehen mit einer Laufzeit von 60 Monaten.

Die Beschaffungen neuer Rettungsfahrzeuge mit entsprechender Medizintechnik sind unabwendbare Investitionen, die die Sicherstellung einer bedarfs- und fachgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes nach anerkanntem und aktuellem Stand der medizinischen Erkenntnisse gewährleisten.

Für die Jahre 2017 bis 2019 werden steigende Personalaufwendungen für die Gestellung des Einsatzpersonals durch die Leistungserbringer DRK Kreisverband Rügen-Stralsund e.V., DRK Nordvorpommern e.V., ASB Regionalverband Nordost e.V. und Johanniter Unfallhilfe Regionalverband Mecklenburg-Vorpommern Nord Ortsverband Rügen erwartet, da Tarifverträge für die Vergütung der Angestellten abgeschlossen wurden, die entsprechende Gehaltssteigerungen vorsehen. Auch für die Personalkosten des Eigenbetriebes ist eine Erhöhung zu verzeichnen, da ca. die Hälfte der Mitarbeiter eine höhere Qualifikation (Notfallsanitäter) erreicht hat bzw. erreichen wird und durch den Tarifvertrag Öffentlicher Dienst eine Anpassung zum 01.01.2017 umgesetzt wurde.

Auf Grund einer sich im Jahr 2016 geänderten Rechtsprechung im Bereich der Sozialversicherungspflicht von Honorarärzten und einer damit verbundenen Veränderung des Notarztsystems in Mecklenburg-Vorpommern ist in 2017 eine Kostenerhöhung zu erfolgen. Wir hoffen, die Kosten der Notärzte durch die weitere Integration der gegenwärtigen Leistungserbringer (DRK-Krankenhaus Grimmen, Boddenkliniken GmbH, HELIOS Hanseklinikum Stralsund, Notarztbörse Kröncke) auf einem normalen Niveau halten zu können.

Der Eigenbetrieb Rettungsdienst arbeitet ausschließlich kostendeckend, d.h. entstehende Fehlbeträge bzw. Überschüsse werden durch höhere bzw. niedrigere Entgelte für Einsätze der Folgejahre, die mit den Sozialleistungsträgern verhandelt werden, ausgeglichen. Hierbei wird seit 2012 mit einer Eigenkapitalverzinsung von T Euro 50 p.a. gerechnet, diese ist auch Gegenstand der Vertragsverhandlungen mit den Sozialleistungsträgern.

Der Eigenbetrieb Rettungsdienst verfügt über keine Bereiche, insoweit sind keine Bereichserfolgs- bzw. -finanzpläne erforderlich.

Grundsätzlich sind wir im Rahmen der Planungen der Jahre 2014 ff. davon ausgegangen, dass sämtliche Erträge und Aufwendungen im jeweiligen Jahr zahlungswirksam werden (Ausnahme Abschreibungen). In den Finanzplänen wurden darüber hinaus die Darlehensaufnahmen und -tilgungen (für Investitionen) als Mittelzu- bzw. -abfluss erfasst.

Die Erträge der Jahre ab 2017 wurden aufgrund des Kostendeckungsprinzips äquivalent zur Summe der Gesamtaufwendungen geplant. Dementsprechend rechnen wir für die Jahre 2017 bis 2021 mit Überschüssen von jeweils T Euro 50.

Der Kreditrahmen für den Kassenkredit (Kredit zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit) umfasst T EUR 2.317,6.

Durch die geplanten Überschüsse der Jahre 2018 bis 2021 wird das Eigenkapital insgesamt jährlich um T Euro 50 zunehmen. Dementsprechend kann die Eigenkapitalausstattung als zufriedenstellend beurteilt werden.

Die Rücklagen sollen mit der geplanten Eigenkapitalverzinsung von T Euro 50 jährlich erhöht werden, was zu einer entsprechend positiven Liquiditätsentwicklung führen soll. Es gibt keine darüber hinausgehenden Rücklagen.

Wesentliche Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung (§ 5 Nr. 12 GemHVO) sind aufgrund der Situation des Eigenbetriebes nicht erforderlich.

Es werden keine freiwilligen oder nicht durch einen öffentlichen Zweck erforderlichen Aufwendungen (Sponsoring u.ä. Zuschüsse) getätigt.

Es erfolgen keine Werbemaßnahmen.

Im Eigenbetrieb Rettungsdienst des Landkreises Vorpommern-Rügen werden keine Angestellten mit Sonderdienstvertrag beschäftigt.

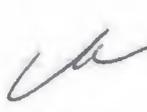
Es besteht kein nicht betriebsnotwendiges Vermögen.

Es sind keine nicht zwingend betriebsnotwendigen Geschäftsbereiche vorhanden.

Die Finanzierung des Eigenbetriebes Rettungsdienst des Landkreises Vorpommern-Rügen erfolgt auf der Basis vertraglich mit den Sozialleistungsträgern vereinbarter Entgelte. Diese Entgelte sind kostendeckend kalkuliert (unter Berücksichtigung ausgleichender Überschüsse oder Fehlbeträge der Vorjahre).

Auf Grund der stetig zu führenden Verhandlungen mit den Sozialleistungsträgern können sich Veränderungen ergeben.

Ribnitz-Damgarten, den 2. November 2017


Landkreis Vorpommern-Rügen
Eigenbetrieb Rettungsdienst
Sandhufe 2a, 18311 Ribnitz-Damgarten
Tel.: 03821-813851
Fax: 03821-813852

Steffen Albrecht
Betriebsleiter
Eigenbetrieb Rettungsdienst

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾

Landkreis Vorpommern-Rügen

Zusammenstellung für das Jahr 2018

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Rettungsdienst LK VR

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung hat
_____ ²⁾

durch Beschluss vom _____ den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr 2018 festgestellt:

Es betragen

1. im Erfolgsplan

	in TEUR
- die Erträge	<u>24.279,8</u>
- die Aufwendungen	<u>24.229,8</u>
- der Jahresgewinn	<u>50,0</u>
- der Jahresverlust	<u> </u>

2. im Finanzplan

- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit ³⁾	<u>1.146,1</u>
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit ⁴⁾	<u>-1.008,0</u>
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit ⁵⁾	<u>7,9</u>
- der Saldo aus der Änderung des Finanzmittelbestandes ⁶⁾	<u>146,0</u>

3. Es werden festgesetzt

- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	<u>1.008,0</u>
- davon für Umschuldungen	<u> </u>
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	<u>0,0</u>
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung	<u>2.317,6</u>

4. Die Stellenübersicht weist 73,0 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus

5. Der Stand des Eigenkapitals

- betrug zum 31.12. des Vorvorjahres	<u>5.982,9</u>
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich	<u>6.032,9</u>
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich	<u>6.082,9</u>

6. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am ⁷⁾:

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

Stralsund, den 10.11.2017

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen

²⁾ beschließendes Organ

³⁾ Nummer 10 des Finanzplans

⁴⁾ Nummer 19 des Finanzplans

⁵⁾ Nummer 24 des Finanzplans

⁶⁾ Nummer 25 des Finanzplans

⁷⁾ nur, wenn Genehmigung erforderlich

Erfolgsplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Rettungsdienst LK VR

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016	2017	2018	2019	2020	2021
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	21.677,9	22.812,6	24.271,7	25.007,3	25.625,8	26.177,6
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen						
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen						
4.	Sonstige betriebliche Erträge	84,5		8,1	8,1	8,1	7,4
5.	Materialaufwand	979,7	981,1	1.084,3	1.106,0	1.128,1	1.150,7
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	493,6	512,1	561,6	572,8	584,3	596,0
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	486,1	469,0	522,7	533,2	543,8	554,7
6.	Personalaufwand	3.877,3	4.112,2	4.257,2	4.427,5	4.604,6	4.788,7
	a) Löhne und Gehälter	3.185,2	3.345,3	3.463,3	3.601,8	3.745,9	3.895,7
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	692,1	766,9	793,9	825,7	858,7	893,0
	- davon für Altersversorgung						
7.	Abschreibungen auf	537,8	1.071,7	1.104,2	1.287,3	1.346,5	1.323,6
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	537,8	1.071,7	1.104,2	1.287,3	1.346,5	1.323,6
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
	- davon nach § 254 HGB						
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten						
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
	- davon nach § 254 HGB						
8.	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO						
9.	Konzessionsabgabe						
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.738,7	16.537,2	17.721,5	18.075,9	18.437,4	18.806,2
11.	Erträge aus Beteiligungen						
	- davon aus verbundenen Unternehmen						
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
	- davon aus verbundenen Unternehmen						
13.	Zinsen und ähnliche Erträge	0,2					
	- davon aus verbundenen Unternehmen						
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens						
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	28,1	60,4	62,6	68,7	67,3	65,8

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2016 (Vorvorjahr)	2017 (Vorjahr)	2018 (Planjahr)	2019 (1. Folgejahr)	2020 (2. Folgejahr)	2021 (3. Folgejahr)
- davon an verbundene Unternehmen						
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.601,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
17. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen						
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme						
19. Außerordentliche Erträge						
20. Außerordentliche Aufwendungen						
21. Außerordentliches Ergebnis						
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
23. Sonstige Steuern						
24. Jahresgewinn / Jahresverlust	1.601,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns^{1, 2)} oder Behandlung des Jahresverlustes^{1, 2)}

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages		a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
b) zur Einstellung in Rücklagen		b) aus dem Haushalt der Kommune (durch 50 Gesellschafter) auszugleichen	
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)		c) auf neue Rechnung vorzutragen	
d) auf neue Rechnung vorzutragen			

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

Gesellschafter	Gesellschafts- anteile in %	Betrag in TEUR
1.		
2.		
3.		
4.		
5.		
6.		

- ¹⁾ § 11 Abs. 5 GemHVO Doppik: Bei Sondervermögen mit Sonderrechnungen sind die voraussichtlichen Jahresergebnisse in dem Ergebnishaushalt der Gemeinde zu veranschlagen.
²⁾ Mit Zahlungswirksamkeit des Verlustausgleiches bzw. der Gewinnausschüttung ist eine Veranschlagung im Finanzhaushalt der Gemeinde im Folgejahr vorzunehmen.

Finanzplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Rettungsdienst LK VR

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016	2017	2018	2019	2020	2021
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	1.601,6	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	537,8	1.071,7	1.104,2	1.287,3	1.346,5	1.323,6
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-0,6		-8,1	-8,1	-8,1	-7,4
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	18,3					
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)						
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	90,3					
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	19,4					
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	543,2					
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten						
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	2.810,0	1.121,7	1.146,1	1.329,2	1.388,4	1.366,2
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0,0					
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-1.571,7	-1.872,0	-1.008,0	-800,0	-800,0	-800,0
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens						
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	37,2					
	davon						
	a) empfangene Ertragszuschüsse	0,0					
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0,0					
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen						
19	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-1.534,5	-1.872,0	-1.008,0	-800,0	-800,0	-800,0
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen						
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)						
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen	767,3	1.872,0	1.008,0	800,0	800,0	800,0
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	-397,6	-860,0	-1.000,1	-1.207,2	-1.320,3	-1.306,2

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016	2017	2018	2019	2020	2021
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	369,7	1.012,0	7,9	-407,2	-520,3	-506,2
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	1.645,2	261,7	146,0	122,0	68,1	60,0
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands						
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	1.538,7	3.183,9	3.445,6	3.591,6	3.713,6	3.781,7
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	3.183,9	3.445,6	3.591,6	3.713,6	3.781,7	3.841,7

Stellenübersicht für den Eigenbetrieb Rettungsdienst, Landkreis Vorpommern-Rügen 2018

Lfd. Nr.	Bezeichnung d. Stelle Funktions- bezeichnung	Anzahl	Bewertung im Vorjahr	Tatsächliche Besetzung am 30.06. d. Vorjahres	Anzahl Im Lfd. Haushaltsjahr	Bewertung	Stellenvermerke Bemerkungen
1	Leiter	1	14	1	1	14	
2	stellv. Leiter	1	11	1	1	11	
3	SB Abrechnung	1	5	1	1	5	
4	SB Abrechnung	1	5	1	1	5	
5	SB Abrechnung	1	6	1	1	6	
6	SB Abrechnung/RA	1	6	1	1	6	
7	Rettungsassistent	1	6	1	1	6	
8	Rettungsassistent	1	6	1	1	6	
9	Rettungsassistent	1	6	1	1	6	
10	Rettungsassistent	1	6	1	1	6	
11	Rettungsassistent	1	6	1	1	6	
12	Rettungsassistent	1	6	1	1	6	
13	Rettungsassistent	1	6	1	1	6	
14	Rettungsassistent	1	6	1	1	6	
15	Rettungsassistent	1	6	1	1	6	
16	Rettungsassistent	1	6	1	1	6	
17	Rettungsassistent	1	6	1	1	6	
18	Rettungsassistent	1	6	1	1	6	
19	Rettungsassistent	1	6	1	1	6	
20	Rettungsassistent	1	6	1	1	6	
21	Rettungsassistent	1	6	1	1	6	
22	Rettungsassistent	1	6	1	1	6	
23	Rettungsassistent	1	6	1	1	6	
24	Rettungsassistent	1	6	1	1	6	
25	Rettungsassistent	1	6	1	1	6	

26	Rettungsassistent	1	6	1	6	1	6	1	6
27	Rettungsassistent	1	6	1	6	1	6	1	6
28	Rettungsassistent	1	6	1	6	1	6	1	6
29	Rettungsassistent	1	6	1	6	1	6	1	6
30	Rettungsassistent	1	6	1	6	1	6	1	6
31	Rettungsassistent	1	6	1	6	1	6	1	6
32	Rettungsassistent	1	6	1	6	1	6	1	6
33	Rettungsassistent	1	6	1	6	1	6	1	6
34	Rettungsassistent	1	6	1	6	1	6	1	6
35	Rettungsassistent	1	6	1	6	1	6	1	6
36	Rettungsassistent	1	6	1	6	1	6	1	6
37	Notfallsanitäter	1	6	1	6	1	6	1	P8
38	Notfallsanitäter	1	6	1	6	1	6	1	P8
39	Notfallsanitäter	1	6	1	6	1	6	1	P8
40	Notfallsanitäter	1	6	1	6	1	6	1	P8
41	Notfallsanitäter	1	6	1	6	1	6	1	P8
42	Notfallsanitäter	1	6	1	6	1	6	1	P8
43	Notfallsanitäter	1	6	1	6	1	6	1	P8
44	Notfallsanitäter	1	6	1	6	1	6	1	P8
45	Notfallsanitäter	1	6	1	6	1	6	1	P8
46	Notfallsanitäter	1	6	1	6	1	6	1	P8
47	Notfallsanitäter	1	6	1	6	1	6	1	P8
48	Notfallsanitäter	1	6	1	6	1	6	1	P8
49	Notfallsanitäter	1	6	1	6	1	5	1	P8
50	Notfallsanitäter	1	6	1	6	1	5	1	P8
51	Notfallsanitäter	1	6	1	6	1	5	1	P8
52	Notfallsanitäter	1	6	1	6	1	5	1	P8
53	Notfallsanitäter	1	5	1	5	1	5	1	P8
54	Notfallsanitäter	1	5	1	5	1	5	1	P8
55	Notfallsanitäter	1	5	1	5	1	5	1	P8
56	Notfallsanitäter	1	5	1	5	1	5	1	P8

57	Notfallsanitäter	1	5	1	5	1	5	1	5	1	P8	
58	Notfallsanitäter	1	5	1	5	1	5	1	5	1	P8	
59	Notfallsanitäter	1	5	1	5	1	5	1	5	1	P8	
60	Notfallsanitäter	1	5	1	5	1	5	1	5	1	P8	
61	Notfallsanitäter	1	5	1	5	1	5	1	5	1	P8	
62	Notfallsanitäter	1	5	1	5	1	5	1	5	1	P8	
63	Notfallsanitäter	1	5	1	5	1	5	1	5	1	P8	
64	Notfallsanitäter	1	5	1	5	1	5	1	5	1	P8	
65	Rettungssanitäter	1	5	1	5	1	5	1	5	1	5	
66	Rettungssanitäter	1	5	1	5	1	5	1	5	1	5	
67	Rettungssanitäter	1	5	1	5	1	5	1	5	1	5	
68	Rettungssanitäter	1	4	1	4	1	4	1	4	1	4	Neubesetzung
69	Rettungssanitäter	1	5	1	5	1	5	1	5	1	4	Neubesetzung
70	Rettungsassistent	1	A9	Beamter								
71	Rettungsassistent	1	A8	Beamter								
72	Rettungssanitäter	1	A7	Beamter								
73	ärztlicher Leiter	1	15	1	15	1	15	1	15	1	15	
	Gesamt	73		73		73		73		73		

Stellenplan Querschnitt

EG	15	14	11	6	5	4	P8	A7	A8	A9	gesamt
Anzahl	1	1	1	32	5	2	28	1	1	1	73

Zusammenfassung

Notfallsanitäter	28
Rettungsassistenten	32
Rettungssanitäter	6
ärztlicher Leiter	1
übrige	6
gesamt	73

Name des Betriebes/Unternehmens:
Eigenbetrieb Rettungsdienst LK VR

Übersicht

über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre ²⁾ und Planjahr	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren
	in TEUR				
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2011	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
veranschlagt im Planjahr 20..		0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
nachrichtlich: Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr	1.008,0	800,0	800,0	800,0	800,0
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen.

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

	€	€	<u>2014</u> €
1. Erträge aus Leistungen		20.800.422,55	18.414.885,98
2. Sonstige betriebliche Erträge		46.771,30	45.322,33
3. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-3.095.049,19		-2.901.853,26
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-688.678,26		-645.556,06
- davon für Altersversorgung:	-181.071,21 €		
(Vorjahr:	-167.416,77 €)		
		-3.783.727,45	-3.547.409,32
4. Kfz-Aufwand	-289.684,19		-305.940,25
5. Gebäudeaufwendungen	-294.344,28		-255.770,10
6. Sanitätsmaterial	-121.316,70		-122.889,04
7. Verwaltungs- und Wirtschaftsbedarf	-223.855,57		-262.358,30
		-929.200,74	-946.957,69
8. Zwischenergebnis		16.134.265,66	13.965.841,30
9. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen ohne Kraftfahrzeuge	-62.098,22		-41.129,78
b) auf Kraftfahrzeuge	-354.603,18		-292.510,82
		-416.701,40	-333.640,60
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-13.772.052,86	-13.561.202,57
11. Zwischenergebnis		1.945.511,40	70.998,13
12. Zinserträge		5.519,70	227,20
- davon aus der Abzinsung	182,93 €		
(Vorjahr:	227,20 €)		
13. Zinsaufwendungen		-28.046,39	-31.675,61
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.922.984,71	39.549,72
15. Jahresüberschuss		<u>1.922.984,71</u>	<u>39.549,72</u>

Anlagenpiegel zum 31. Dezember 2015

	Anschaffungs- und Herstellungskosten 01.01.2015		Zugänge 2015		Abgänge 2015		Anschaffungs- und Herstellungskosten 31.12.2015		Kumulierte Abschreibungen 01.01.2015		Zugänge 2015		Abgänge 2015		Kumulierte Abschreibungen 31.12.2015		Buchwert 31.12.2015		Buchwert 31.12.2014		
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände																					
Software	6.521,20		0,00	0,00	0,00	0,00	6.521,20	6.520,20	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.520,20	6.520,20	1,00	1,00		1,00	
	6.521,20		0,00	0,00	0,00	0,00	6.521,20	6.520,20	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.520,20	6.520,20	1,00	1,00		1,00	
II. Sachanlagen																					
1. Fahrzeuge	2.451.987,50	560.250,71	0,00	0,00	3.012.238,21	1.481.795,50	352.747,71	1.834.543,21	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.834.543,21	1.834.543,21	1.177.695,00	1.177.695,00		970.192,00	
2. Einrichtungen und Ausstattungen	380.827,94	202.963,02	7.847,24	7.847,24	575.943,72	162.701,94	63.953,69	218.988,72	7.666,91	7.666,91	7.666,91	7.666,91	7.666,91	7.666,91	218.988,72	218.988,72	356.955,00	356.955,00		218.126,00	
	2.832.815,44	763.213,73	7.847,24	7.847,24	3.588.181,93	1.644.497,44	416.701,40	2.053.531,93	7.666,91	7.666,91	7.666,91	7.666,91	7.666,91	7.666,91	2.053.531,93	2.053.531,93	1.534.650,00	1.534.650,00		1.188.318,00	
	2.839.336,64	763.213,73	7.847,24	7.847,24	3.594.703,13	1.651.017,64	416.701,40	2.060.052,13	7.666,91	7.666,91	7.666,91	7.666,91	7.666,91	7.666,91	2.060.052,13	2.060.052,13	1.534.651,00	1.534.651,00		1.188.319,00	

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

Der Eigenbetrieb Rettungsdienst nimmt ausschließlich die hoheitliche Aufgabe der Organisation und Durchführung des bodengebundenen öffentlichen Rettungsdienstes (Notfallrettung und qualifizierter Krankentransport) im Gebiet des Landkreises Vorpommern-Rügen nach Maßgabe des Rettungsdienstgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (RDG M-V) vom 9. Februar 2015 (GVObI. Mecklenburg-Vorpommern 2015, S. 50) wahr. Er ist vollständig durch Entgelte, die vertraglich mit den Sozialleistungsträgern (Krankenkassen) vereinbart werden, finanziert.

Die Angelegenheiten des Rettungsdienstes werden vom Kreistag, Kreisausschuss sowie von der Betriebsleitung wahrgenommen.

Der Eigenbetrieb betreibt in Abstimmung mit den Kostenträgern zur Absicherung des Rettungsdienstes Rettungs- bzw. Notarztwachen in Barth, Bad Sülze, Dierhagen, Ribnitz-Damgarten und Stralsund.

Weitere Rettungs- und Notarztwachen werden im Landkreis Vorpommern-Rügen im Auftrag des Landkreises durch die Leistungserbringer DRK KV Nordvorpommern e.V. (in Grimmen, Miltzow und Richtenberg), DRK KV Rügen-Stralsund e.V. (in Stralsund, Bergen, Saßnitz, Baabe, Garz, Kluis und Binz), ASB Regionalverband Nord-Ost (in Stralsund, Bartmannshagen und Schlemmin) sowie die JUH (in Altenkirchen und Vitte) betrieben.

Alle durch die Leistungserbringer erbrachten Einsätze werden über den Eigenbetrieb Rettungsdienst des Landkreises Vorpommern-Rügen bei den Kostenträgern abgerechnet.

Vermögens- und Finanzlage

Der Eigenbetrieb Rettungsdienst verfügt über keine eigenen Grundstücke, Gebäude und bauliche Anlagen. Anlagen im Bau sowie geleistete Anzahlungen bestanden am Bilanzstichtag nicht.

Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2015 in Höhe von T€ 763,2 für Fahrzeuge sowie für Einrichtungen und Ausstattungen getätigt. Mittel aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Landes waren für diese Investitionen nicht vorhanden.

Zum 31.12.2015 beträgt die Eigenkapitalausstattung des Eigenbetriebes 73,3 %.

Rücklagen bestehen in Höhe von T€ 1.570,7.

Die Rückstellungsbeträge sind mit T€ 63,4 gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt T€ 2.411,6.

Die Zunahme des Cash Flow resultiert überwiegend aus den im Geschäftsjahr 2015 erfolgten Rückerforderungen von den Leistungserbringern aus der Endabrechnung des Vorjahres.

Der Liquiditätssaldo erreicht mit T€ 1.922,2 einen sehr guten Wert. Liquiditätsprobleme haben sich im Berichtsjahr nicht ergeben.

Im Jahr 2015 wurden sechs neue Fahrzeuge beschafft. Es handelt sich dabei um 3 Rettungswagen, 1 Notarzteinsetzfahrzeug, 1 Krankentransportwagen und 1 Mehrzweckfahrzeug (RTW/KTW). Der Gesamtwert der Fahrzeuge beträgt 546,5 € und wird durch Darlehen mit einer Laufzeit zwischen 60 und 72 Monaten finanziert.

Ertragslage

2015 wurden Erlöse aus Leistungen in Höhe von 20.800.422,55 € abgerechnet.

Der im Geschäftsjahr 2015 erwirtschaftete Jahresüberschuss von 1.922.984,71 € wird in Abstimmung mit den Kostenträgern in den kommenden Jahren durch die Gebührenanpassung des Rettungsdienstes im Landkreis Vorpommern-Rügen verrechnet.

Für die Benutzung der Rettungsmittel wurden mit den Kostenträgern für 2015 folgende Benutzungsentgelte vereinbart:

	Benutzungsentgelte
	01.01.2015 – 31.12.2015
KTW	140,00 EUR
RTW	575,00 EUR
NEF	414,00 EUR
NAW	714,00 EUR

Die Anzahl der abgerechneten Einsätze hat sich wie folgt entwickelt:

	2014	2015
Krankentransportwagen	6.503	7.104
Rettungstransportwagen	25.019	26.159
Notarzteinsatzfahrzeuge	11.124	11.066
Notarztwagen	66	71
Abgerechnete Einsätze insgesamt:	42.712	44.400

Die Entwicklung der Vollkräfte und der Personalkosten des Eigenbetriebes zeigt folgendes Bild:

	2014	2015	Veränderung
Vollkräfte (Anzahl)	69,00	73,00	4
Löhne und Gehälter	€ 2.901,85	3.095,00	193,15
Sozialabgaben u. Altersversorgung	€ 645,55	688,70	43,15
Personalkosten gesamt	€ 3.547,40	3.783,70	236,30

Der Anstieg der Personalkosten ist auf die Einstellung von vier zusätzlichen Rettungsassistenten zurückzuführen. Die Personalaufstockung war nötig, um den Betrieb der Rettungswachen zu gewährleisten (Ausgleich von krankheits- und urlaubsbedingten Ausfällen). Die Erhöhung um durchschnittlich 0,5 Vollkräfte pro Rettungswache wurde mit den Kostenträgern abgestimmt und durch sie genehmigt.

Des Weiteren wurden nach dem Beschluss des Kreisausschusses vom 14.09.2015 und in Abstimmung mit den Kostenträgern die Entgelte der Betriebsleitung erhöht (Betriebsleiter – EG 12 auf EG 14 TVÖD, Stellv. Betriebsleiter – EG 9 auf EG 11 TVÖD).

Plan-Ist-Vergleich 2014

	Plan in T€	Ist in T€	Abweichung in T€	
Umsatzerlöse	19.254,1	20.800,4	+	1.546,3
Sonstige betriebliche Erträge	0,0	46,8	+	46,8
Zinserträge	0,0	5,5	+	5,5
	19.254,1	20.852,7	+	1.598,6
Materialaufwand	1.051,7	929,2	-	122,5
Personalaufwand	3.833,4	3.783,7	-	49,7
Sonst. betriebliche Aufwendungen	13.789,3	13.772,1	-	17,2
Abschreibungen	490,0	416,7	-	73,3
	19.164,4	18.901,7	-	262,7
ATZ + Zinsen	39,7	28,0	-	11,7

Die Umsatzerlöse weichen deutlich von den geplanten Erlösen ab. Die Erhöhung ist auf die stark gestiegenen Einsatzzahlen zurückzuführen. Mit einem Anstieg von 1.688 Einsätzen im Vergleich zum Vorjahr war nicht zu rechnen. Wir gingen davon aus, dass die Anzahl der abzurechnenden Einsätze nur leicht ansteigt.

Entwicklung, Risiko- und Chancenbericht

Die Betriebsstruktur des Eigenbetriebes Rettungsdienst sowie die vertraglichen und rechtlichen Grundlagen lassen für das Jahr 2016 eine stabile Aufgabenerfüllung und eine günstige Geschäftsentwicklung erwarten.

Der aktuell gültige Vertrag über die Entgelte im Rettungsdienst zwischen dem Landkreis Vorpommern-Rügen und den Landesverbänden der Sozialleistungsträger mit Laufzeitbeginn vom 01.10.2014 wurde den Ansprüchen der Kostenträger sowie des Eigenbetriebes entsprechend gestaltet und ist durch eine interessengerechte Flexibilität gekennzeichnet.

Grundvoraussetzung für die zukünftige Liquidität des Eigenbetriebes Rettungsdienst bleibt weiterhin eine zeitnahe Abrechnung der rettungsdienstlichen Leistungen mit den Kostenträgern des Rettungsdienstes.

Die gewählte Vertragsform mit den Leistungserbringern wirkt sich weiter positiv auf die sparsame Wirtschaftsführung des Eigenbetriebes aus und gewährleistet eine bedarfsgerechte Aufgabenerfüllung unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben.

Das Ziel des Eigenbetriebes ist es, einen qualitativ sehr hochwertigen Rettungsdienst durchzuführen, dessen Kosten sich insbesondere im Personalbereich an den tariflichen Vorgaben orientiert und der die arbeits- und arbeitszeitrechtlichen Vorschriften umsetzt. Die Versorgung der Notfallpatienten erfolgt stets bedarfsgerecht und muss dem allgemein anerkannten Stand der medizinischen Erkenntnisse entsprechen.

Bestandsgefährdende Risiken, die sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken bestanden am Bilanzstichtag, 31.12.2015 nicht und werden im Geschäftsjahr 2016 auch nicht erwartet

Prognosebericht

Für das Jahr 2016 sind Investitionen für Neuanschaffungen von 18 Fahrzeugen (12 Rettungswagen, 3 Krankentransportwagen, 2 Notarzteinsatzfahrzeuge incl. medizinisch-technischer Ausrüstung, 1 Dienst-PKW für ärztlichen Leiter, System zur mobilen Datenerfassung) mit insgesamt 2.358,0 T€ geplant. Auf Grund der verzögerten bzw. eingeschränkten Kreditgenehmigungen durch das Innenministerium fallen unter die 18 Fahrzeugbeschaffungen 8 aus den Vorjahren 2014 und 2015. Dies wurde in der Bestätigung des Wirtschaftsplanes 2016 berücksichtigt.

Die Finanzierung der Fahrzeuge erfolgt über Darlehensverträge mit einer Laufzeit von jeweils 60 Monaten.

Durch die Neuanschaffung wird gewährleistet, dass die Patientenbetreuung weiterhin nach aktuellstem Stand der Wissenschaft und Technik erfolgt.

Weiterhin ist davon auszugehen, dass die Kosten für Reparaturen und Instandhaltung der Fahrzeuge sinken werden.

Im Personalbereich wird die Zusammenarbeit mit Praktikanten im Anerkennungsjahr zum/zur Rettungsassistenten/in bzw. mit Auszubildenden zum/zur Notfallsanitäter(in) weitergeführt. Diese können als Rettungssanitäter eingesetzt werden und somit krankheits- oder urlaubsbedingte Personalausfälle ersetzen.

Für das Jahr 2016 wird sich ein Plankostenvolumen für den Eigenbetrieb Rettungsdienst von ca. T€ 20.755,8 ergeben.

Ribnitz-Damgarten, 16. September 2016



Steffen Albrecht

Betriebsleiter



G. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS UND SCHLUSSBEMERKUNG

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 (Anlagen 1 bis 3) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015 (Anlage 4) des Eigenbetriebs Rettungsdienst des Landkreises Vorpommern-Rügen, Ribnitz-Damgarten, unter dem Datum vom 14. Oktober 2016 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

„Unter der Bedingung, dass der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2014 unverändert festgestellt wird, erteilen wir den nachstehenden Bestätigungsvermerk:

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Finanzrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Eigenbetriebs Rettungsdienst des Landkreises Vorpommern-Rügen, Ribnitz-Damgarten, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Vorschriften der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung des Betriebsleiters des Eigenbetriebs. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die



Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebs sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungs-bezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Betriebsleiters sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs geben keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."



Die Erteilung und somit auch die Unterzeichnung des Bestätigungsvermerks sind aufgrund der gesetzlichen Vorgaben außerhalb dieses Prüfungsberichts im Rahmen eines sogenannten Testatsexemplares zum Jahresabschluss erfolgt. Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Rostock, den 14. Oktober 2016



Verhülsdonk & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

.....
Dr. Kuhlmann
Wirtschaftsprüfer

.....
Hesse
Wirtschaftsprüferin

Eigenbetrieb „Infrastrukturverwaltungsbetrieb“

Wirtschafts- und Finanzplan 2018

Jahresabschluss 2015

Vorbericht zum Wirtschafts- und Finanzplan gemäß der EigVO für den Eigenbetrieb des Landkreises Vorpommern-Rügen "Infrastrukturverwaltungsbetrieb" für 2018

I. Allgemeines zur Vertragssituation

Zum 01.01.2018 soll der Eigenbetrieb mittels Satzungsänderung eine Aufgabenerweiterung erfahren. Hierzu werden zwei neue Bereiche in das Sondervermögen des Eigenbetriebes durch den Landkreis übertragen. Folglich gliedern sich die Aufgaben des Eigenbetriebes zukünftig in drei Bereiche.

Bereich 1: Rügensche Kleinbahn

Der damalige Landkreis Rügen (jetzt: Landkreis Vorpommern-Rügen) hat die Kleinbahn „Rasender Roland“ mit Wirkung zum 01.01.1996 privatisiert.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern und der neue Betreiber Eisenbahn-Bau- und Betriebsgesellschaft Pressnitztalbahn mbH, Am Bahnhof 78, 09477 Jöhstadt mit der Zweigniederlassung Rügensche Bäderbahn werden Partner eines neuen Vertrages über die Erbringung von Leistungen im Schienenpersonen-nahverkehr (SPNV) auf der Schmalspurstrecke der Insel Rügen („Rasender Roland“).

Mit dieser Vergabe hat das Eisenbahnunternehmen drei Verträge (Auftragsbestandteile), die nachfolgend erläutert sind, über die maßgebende Vertragslaufzeit abgeschlossen. Die Vertragslaufzeit beträgt für alle Verträge einheitlich 20 Jahre.

Zum Vertragswerk soll auf die Wirtschaftspläne bis 2016 verwiesen werden. Hier wurde umfänglich die Vertragslage erläutert.

Bereich 2: Flugplatz Gütтин

Der Flugplatz Gütтин befindet sich im Eigentum des Landkreises. Der wesentliche Vertrag ist ein bestehender Betreibervertrag mit der Ems AG. In diesem Betreibervertrag ist geregelt, dass der Landkreis alle Kosten im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung des Flugplatzes trägt. Neben diesem Betreibervertrag existieren noch mehrere Erbbaurechtsverträge.

Bereich 3: Fähranleger

Zu den Fähranlegern zählen die Anleger Wittower Fähre Nord/Süd und Schaprode/Vitte. Der Landkreis ist im Rahmen der Daseinsvorsorge für diese Fähranleger verantwortlich. So ist der Fähranleger Schaprode/Vitte die einzige Schütt- und Stückgutverbindung von Rügen zur Insel Hiddensee.

II. Planjahr 2018

Die wesentlichen Positionen im Erfolgsplan gliedern sich wie folgt:

Zur besseren Übersicht wurden neben dem Erfolgsplan auch die einzelnen Erfolgspläne nach den drei Bereichen Rügensche Kleinbahn, Fähranleger und Flugplatz Gütтин aufgestellt. Im Folgenden wird der gesamte (zusammengefasste) Erfolgsplan erläutert.

1. Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge (Pachteinnahmen)

Der Umsatzerlös setzt sich aus dem Pachtzins der Erbbaurechtsverträge und den sonstigen Pachteinnahmen zusammen und beträgt 561.5 TEUR. Ab 01.07.2008 begann die Laufzeit des Pachtvertrages mit der Eisenbahn-Bau- und Betriebsgesellschaft Pressnitztalbahn mbH als Bestandteil der Ausschreibung zur Fortführung des Kleinbahnbetriebes. Im Zuge des Werkstattneubaus erfolgt eine Anpassung des Pachtvertrages. Diese umfasst auch den Pachtzins. Ab 1. Juli 2017 werden im Rahmen der Vorbereitung des Projektes Werkstattneubau keine Zahlungen mehr geleistet. Stattdessen fließen die Mittel in die Umsetzung der zuvor genannten Maßnahme. Der Werkstattneubau wird durch die Eisenbahn-Bau- und Betriebsgesellschaft Pressnitztalbahn mbH realisiert. Weiterhin sind die Einnahmen der Erbauzinsen für

die Kleinbahnhöfe Binz, Sellin und Göhren Bestandteil des Umsatzerlöses. Der Erbauzins beläuft sich auf eine geplante Gesamtsumme von 23,9 TEUR.

Für den Bereich des Flugplatzes Güttn sind Umsatzerlöse in Höhe von 173,5 TEUR zu planen. Diese setzen sich aus der allgemeinen Umlage, dem öffentlich rechtlichen Leistungsentgelt sowie Mieten, Pachten und Erbauzinsen zusammen.

Die Umsatzerlöse für den Bereich der Fähranleger belaufen sich auf 224,5 TEUR und resultieren aus den Pachteinnahmen.

Hinzu kommen die sonstigen betrieblichen Erträge des Eigenbetriebes in Höhe von 194,4 TEUR, welche aus den Erträgen Flugplatz Güttn und aus dem laufenden Zuschuss durch den Landkreis resultieren.

2. Personalaufwand

Zwischenzeitlich erfolgte mit Beschluss des Kreisausschusses am 18. September 2017 die Entlastung des Eigenbetriebsleiters von den Aufgaben eines Fachdienstleiters. Ab 01.01.2018 wird der Eigenbetriebsleiter ausschließlich für den Eigenbetrieb tätig sein. Neben der Funktion des Eigenbetriebsleiters wird ein Mitarbeiter tätig sein. Der Personalaufwand für die beiden Mitarbeiter des Eigenbetriebes ist mit einer Höhe von 125,7 TEUR beziffert.

3. Abschreibungen

Die Sanierung der Haltepunkte Garftitz, Jagdschloss sowie Posewald und Seelwitz war in 1999 abgeschlossen. Daher sind jährliche Abschreibungen in Höhe von 8 TEUR zu bilden. Für den Flugplatz Güttn sind 127 TEUR Abschreibungen zu bilden.

4. Kosten für Rechts- und Beratungskosten, Buchführung, Wirtschaftsprüfung (Sonstige betriebliche Aufwendungen)

Hier sind Kosten für die sächliche Ausstattung des Eigenbetriebes verankert. Hierunter fallen die Kosten für Miete, Nutzung des Fuhrparkes, IT-Nutzung, Versicherungen, Buchführung, Wirtschaftsprüfung u.ä.. So werden u.a. für die Anwalts- und Beratungskosten 16 TEUR und für die Wirtschaftsprüfung 5 TEUR veranschlagt. Weiterhin fallen Kosten für Versicherungen und den Geldverkehr an.

5. Jahresfehlbetrag

Für die 3 Teilbereiche des ISVB wurde folgender laufender Zuschuss des Landkreises an den Eigenbetrieb errechnet:

Jahr	2018	2019	2020	2021
TEUR	162,4	170,6	179,5	156,6

Mit Eingang aller geplanten Erträge wird ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Die Eigenkapitalausstattung und Liquidität

Das Eigenkapital (Stand 31.12.2015) setzt sich aus dem Stammkapital mit 25.564,59 EUR der Kapitalrücklage mit 98.513,37 EUR und einem Bilanzgewinn von 257.174,66 EUR zusammen.

Die Liquidität (Stand 31.12.2015) des Eigenbetriebes ist aufgrund der Rückstellungen in Höhe von jährlich 87 T€ sehr gut. Die Liquidität beträgt ca. 964,5 TEUR. Hiervon sind ca. 654,8 TEUR Rückstellungen für die eine Auskehrpflicht bei Vertragserfüllung an die Press besteht.

Der Finanzplan ist gekennzeichnet durch die geplanten Investitionen der nächsten 5 Jahre.

In den Vermögensplan wurden der Grundstückserwerb und die Vermessung für die Sanierung der Kleinbahntrasse aufgenommen. Die Kosten des Grundstückserwerbs trägt der Eigenbetrieb, somit treten hierfür keine Belastungen für den Kreishaushalt auf.

Auf Grund der Vorgaben des Landes M/V ist ein WC Neubau am Kopfbahnhof Göhren im Jahr 2018 zwingend zu planen und durchzuführen, da für Reisende dort keine Behindertentoilette vorhanden ist.

Da die bisherigen Betriebsanlagen der Rügensch Bäder-Bahn am Putbuser Bahnhofskopf in Richtung Lauterbach Mole teilweise noch aus dem 19. Jahrhundert stammen und den heutigen Erfordernissen eines effizienten und nachhaltigen Eisenbahnbetriebes auf Dauer nicht länger gewachsen sind, plant die RüBB in den kommenden Jahren den Neubau einer heutigen Maßstäben entsprechenden Betriebswerkstatt am Putbuser Bahnhofskopf in Richtung Bergen/Göhren.

Folglich besteht für den „Rasenden Roland“ die Notwendigkeit einer Investition in den Bahnhofsbereich Putbus. Hierbei sind die ehemaligen Sozialgebäude, Gleistrasse und der Neubau von Lokwerkstatt, Sozialräume und einer Wagenhalle vorgesehen.

Die Kostenschätzung beläuft sich netto auf ca. 18,26 Mio. Euro (21,73 Mio. Euro Brutto). Es wird in Verhandlungen mit dem Fördermittelgeber und dem Betreiber des „Rasenden Roland“ versucht, einen gangbaren Weg zur Finanzierung dieses Vorhabens zu finden. Sowohl Finanzierung als auch Umsetzungszeitraum werden im Zuge der Verhandlungen abgestimmt.

Nach gegenwertigem Stand besteht diese Maßnahme aus zwei Investitionsvorhaben.

Investitionsvorhaben 1: (Pressnitzalbahn)

Neubau des Werkstattgebäudes einschließlich aller betriebsnotwendigen Gleisanlagen, Sozialräume sowie Teile der Wagenhalle. Für dieses Vorhaben zeichnet die Eisenbahn-Bau- und Betriebsgesellschaft Pressnitzalbahn mbH (Press) als Eisenbahninfrastrukturunternehmen (EIU) verantwortlich. Die Förderung erfolgt in einer Höhe von 80 % auf Basis von EFRE Mitteln der EU. Die Kosten laut Förderantrag sollen sich auf 14 Mio. EUR (Netto) belaufen. Das wirtschaftliche Eigentum und die Aktivierungspflicht des Anlagevermögens liegt dann beim EIU. Es stellt in dem Bereich des SPNV die größte Einzelinvestition des Landes MV in den nächsten Jahren dar. Der notwendige Eigenanteil wird durch das EIU getragen. Mit dieser Investition hat das EIU seine Investitionsverpflichtung gegenüber dem Landkreis erfüllt.

Investitionsvorhaben 2: (Eigenbetrieb)

Schaffung einer touristischen Eisenbahn-Erlebnislandschaft bei der Rügensch Bäder-Bahn "Rasender Roland" in Putbus. Als Fördermittelempfänger fungiert der Landkreis, welcher diese Mittel an den Eigenbetrieb durchreichen wird. Der Beginn dieser Maßnahme wird für das Jahr 2018 (in Abhängigkeit zum Investitionsvorhaben 1) erwartet. Nach dieser Planung wird mit einer Fertigstellung im Jahre 2022 gerechnet.

Für die jetzigen, historischen Betriebsanlagen am Putbuser Bahnhofskopf in Richtung Lauterbach bietet sich in diesem Zuge die einmalige Chance, diese in einem Eisenbahn-Erlebnisbereich umzugestalten. Durch diese Maßnahme ließen sich mehrere positive Synergien erzielen:

- Absicherung des Gesamtvorhabens in Hinblick der Umsetzung der Teilvorhaben Zuwegung und Erschließung des Grundstückes mittels Straßenneubau
- Neubau von Stellplatzanlagen für die Besucher des „Rasenden Roland“
- Errichtung einer Wagenhalle zur Sicherung des historischen Fahrzeugparkes
- Um- bzw. Nachnutzung der alten Anlagen am Bahnhofskopf in Richtung Lauterbach
- Umsetzung bahnhistorischer Anlagen im Zuge der Schaffung von Baufreiheit bei gleichzeitigem Erhalt des denkmalgeschützten Ensembles
- Nebeneffekt ist die Nachnutzung in einer zukünftigen Umgestaltung der jetzigen Bahnbetriebs- und Werksanlagen zu einer Eisenbahn-Erlebnislandschaft
- Dieser neue Anlagenteil hat den Vorteil, witterungs- und jahreszeitenunabhängig vorhanden zu sein, er zeigt im Übrigen auch eine saisonverlängernde Wirkung und stellt insgesamt eine weitere Steigerung der Insel Rügen als Urlaubsziel auch außerhalb der Hauptsaison dar.

Die Grundlage und die Basis für die anzustrebende Schaffung einer Touristischen Eisenbahn-Erlebnislandschaft bei der Rügensch Bäder-Bahn "Rasender Roland" in Putbus ist die Erarbeitung eines Ausstellungs- und Gestaltungskonzeptes. Ziel dieser Projekt- und Machbarkeitsstudie ist die Erörterung und die Gewinnung von Erkenntnissen zur genauen Ausgestaltung für die zu schaffende Touristische Eisenbahn-Erlebnislandschaft als Ausgangsbasis für deren spätere Umsetzung.

Die Maßnahme erstreckt sich über einen geplanten Zeitraum von 5 bis 6 Jahren. Die veranschlagten Kosten werden laut Machbarkeitsstudie mit ca. 4.695 TEUR (Brutto) veranschlagt. Im Zuge der Projektvorbereitung ergibt sich durch den Einsatz eines notwendigen Projektsteuerer eine Kostensteigerung im Gesamtvorhaben auf ca. 5.073,4 TEUR (Brutto) Die Verteilung in Jahresscheiben gliedert sich wie folgt:

Jahres-scheibe	Baunebenkosten netto	Baukosten netto inkl. Baunebenkosten	Kosten brutto
----------------	----------------------	--------------------------------------	---------------

1	95.000,00 €	95.000,00 €	113.050,00 €
2	130.000,00 €	130.000,00 €	154.700,00 €
3	145.000,00 €	145.000,00 €	172.550,00 €
4	180.000,00 €	680.000,00 €	809.200,00 €
5/6	275.000,00 €	3.118.369,22 €	3.710.859,37 €

Summe brutto: 5.073.409,37 €
 rechnerischer Eigenanteil (bei 90%
 Förderung): 507.340,94 €

Der Förderantrag ist durch den Landkreis zustellen, da nur er Zuwendungsempfänger sein kann. Laut Förderrichtlinie beträgt der Fördersatz 60% der zuwendungsfähigen Kosten, in Ausnahmen sind auch 90% Förderung möglich. Der Landkreis wird nur bei einer Förderungsquote von 90% das Fördervorhaben umsetzen. Folglich steht diese Maßnahmen aufgrund der Festlegung des Landrates unter einem Finanzierungsvorbehalt. Der Eigenanteil des Landkreises würde sich demnach auf ca. 507,4 TEUR belaufen.

Für die Koordinierung und Gesamtabrechnung des Vorhabens reichen die personellen Ressourcen des Eigenbetriebes nicht aus. Hier muss sich der Eigenbetrieb eines externen Projektbetreuers bedienen. Die Kosten hierfür sind im Wirtschaftsplan dargestellt und führen zu einer Reduzierung des Eigenkapitals.



Eigenbetriebsleiter
 Kay-Uwe Hermes
 26. September 2017



Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾

Landkreis Vorpommern-Rügen

Zusammenstellung für das Jahr

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Infrastrukturverwaltungsbetrieb Vorpommern-Rügen

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung hat ²⁾

durch Beschluss vom _____ den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr 2018 festgestellt:

Es betragen

	in TEUR
1. im Erfolgsplan	
- die Erträge	561.500,0
- die Aufwendungen	561.500,0
- der Jahresgewinn	0,0
- der Jahresverlust	
2. im Finanzplan	
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit ³⁾	53.000,0
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit ⁴⁾	-4.200,0
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit ⁵⁾	0,0
- der Saldo aus der Änderung des Finanzmittelbestandes ⁶⁾	48.800,0
3. Es werden festgesetzt	
- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	0,0
- davon für Umschuldungen	
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	146,0
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung	37.800,0
4. Die Stellenübersicht weist 2,0 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus	
5. Der Stand des Eigenkapitals	
- betrug zum 31.12. des Vorjahres	1.498.794,8
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich	1.343.465,2
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich	1.177.856,7
6. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am ⁷⁾ :	

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

Stralsund, 26.09.2017

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen

²⁾ beschließendes Organ

³⁾ Nummer 10 des Finanzplans

⁴⁾ Nummer 19 des Finanzplans

⁵⁾ Nummer 24 des Finanzplans

⁶⁾ Nummer 25 des Finanzplans

⁷⁾ nur, wenn Genehmigung erforderlich

Erfolgsplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Infrstrukturverwaltungsbetrieb V-R

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	2018	2019	2020	2021
1.	Umsatzerlöse	279.255,92	268.900	183.600	183.600	183.600	183.600
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen						
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen						
4.	Sonstige betriebliche Erträge	38.352,22	31.700	194.400	202.600	211.500	188.600
5.	Materialaufwand						
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen						
6.	Personalaufwand	0	0	125.700	128.700	132.600	134.700
	a) Löhne und Gehälter						
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung						
	- davon für Altersversorgung						
7.	Abschreibungen auf	231.488,16	231.800	235.900	237.900	237.900	237.900
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	231.488,16	231.800	235.900	237.900	237.900	237.900
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
	- davon nach § 254 HGB						
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten						
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
	- davon nach § 254 HGB						
8.	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO	179.148,61	185.100	182.900	184.700	184.700	184.700
9.	Konzessionsabgabe						
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	211.102,73	334.400	199.800	204.800	209.800	184.800
11.	Erträge aus Beteiligungen						
	- davon aus verbundenen Unternehmen						
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
	- davon aus verbundenen Unternehmen						
13.	Zinsen und ähnliche Erträge	54,70	600	600	600	600	600
	- davon aus verbundenen Unternehmen						

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	2018	2019	2020	2021
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens						
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon an verbundene Unternehmen	0	100	100	100	100	100
16.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit						
17.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen						
18.	Aufwendungen aus Verlustübernahme						
19.	Außerordentliche Erträge						
20.	Außerordentliche Aufwendungen						
21.	Außerordentliches Ergebnis						
22.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	702,24					
23.	Sonstige Steuern						
24.	Jahresgewinn / Jahresverlust	53.518,32	-80.000,00				

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns^{1, 2)} oder Behandlung des Jahresverlustes^{1, 2)}

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages		a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
b) zur Einstellung in Rücklagen		b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)		c) auf neue Rechnung vorzutragen	
d) auf neue Rechnung vorzutragen			

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	Gesellschaftsanteile in %	Betrag in TEUR
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			

¹⁾ § 11 Absatz 5 Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik: Bei Sondervermögen mit Sonderrechnungen sind die voraussichtlichen Jahresergebnisse in dem Ergebnishaushalt der Gemeinde zu veranschlagen.

²⁾ Mit Zahlungswirksamkeit des Verlustausgleiches bzw. der Gewinnausschüttung ist eine Veranschlagung im Finanzhaushalt der Gemeinde im Folgejahr vorzunehmen.

Finanzplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Infrastrukturverwaltungsbetrieb V-R

-in TEUR-

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	2018	2019	2020	2021
1 Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	53.518,32	-80.000	0	0	0	0
2 Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	231.488,16	231.800	235.900	237.900	237.900	237.900
3 Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-179.148,61	-185.100	-182.900	-184.700	-184.700	-184.700
4 Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens						
5 Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)						
6 Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind						
7 Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	89.300,00	89.300				
8 Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind						
9 Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten						
10 Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	195.157,87	56.000,00	53.000	53.200	53.200	53.200
11 (+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens						
12 (-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-12.339,76	-1.486.025	-523.400	-173.600	-810.200	-2.559.500
13 (+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens						
14 (-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
15 (+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
16 (-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
17 (+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0,00	0	519.200	172.600	809.200	2.558.500
davon						
a) empfangene Ertragszuschüsse	0,00	0	412.600	155.340	728.280	2.302.650
b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter						
18 (-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen						
19 Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-12.339,76	-1.486.025	-4.200	-1.000	-1.000	-1.000
20 (+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,00	1.399.500	0	0	0	0
21 (-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	-639,11	-600	0	0	0	0
22 (+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen						
23 (-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten						
24 Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-639,11	1.398.900,00	0,00	0,00	0,00	0,00

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	2018	2019	2020	2021
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	182.179	-31.125	48.800	52.200	52.200	52.200
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands						
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	964.451,27	1.146.630	1.115.505	1.164.305	1.216.505	1.268.705
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	1.146.630,27	1.115.505	1.164.305	1.216.505	1.268.705	1.320.905

Name des Betriebes/Unternehmens:
Infrastrukturverwaltungsbetrieb V-R

Bereichserfolgsplan

Betriebsbereich Flugplatz Gütting

		-in TEUR-					
Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	
	(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	2018	2019	2020	2021	
1. Umsatzerlöse	32.836,27	33.000	33.000	33.000	33.000	33.000	
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen							
3. Andere aktivierte Eigenleistungen							
4. Sonstige betriebliche Erträge	32.207,22	31.700	32.000	32.000	32.000	32.000	
5. Materialaufwand							
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren							
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen							
6. Personalaufwand							
a) Löhne und Gehälter							
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung - davon für Altersversorgung							
7. Abschreibungen auf	127.000	127.000	127.000	127.000	127.000	127.000	
a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	127.000	127.000	127.000	127.000	127.000	127.000	
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB							
- davon nach § 254 HGB							
b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten							
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB							
- davon nach § 254 HGB							
8. Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO	108.500	108.500	108.500	108.500	108.500	108.500	
9. Konzessionsabgabe							
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	99.994,24	172.400	127.800	132.800	137.800	112.800	
11. Erträge aus Beteiligungen							
- davon aus verbundenen Unternehmen							
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
- davon aus verbundenen Unternehmen							
13. Zinsen und ähnliche Erträge							
- davon aus verbundenen Unternehmen							
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens							
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen							
davon an verbundene Unternehmen							
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit							
17. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen							
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme							
19. Außerordentliche Erträge							
20. Außerordentliche Aufwendungen							
21. Außerordentliches Ergebnis							
22. Steuern vom Einkommen und Ertrag							
23. Sonstige Steuern							
24. Jahresgewinn/Jahresverlust	-53.450,75	-126.200	-81.300	-86.300	-91.300	-66.300	

Name des Betriebes/Unternehmens:
Infrastrukturverwaltungsbetrieb V-R

Bereichserfolgsplan

Betriebsbereich RügKB

		-in TEUR-					
Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
1. Umsatzerlöse	117.052,27	106.500	19.500	19.500	19.500	19.500	
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen							
3. Andere aktivierte Eigenleistungen							
4. Sonstige betriebliche Erträge	6.145,00						
5. Materialaufwand							
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren							
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen							
6. Personalaufwand		0	125.700	128.700	132.600	134.700	
a) Löhne und Gehälter		0	125.700	128.700	132.600	134.700	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung							
- davon für Altersversorgung							
7. Abschreibungen auf	7.835,30	8.000	12.200	14.200	14.200	14.200	
a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	7.835,30	8.000	12.200	14.200	14.200	14.200	
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB							
- davon nach § 254 HGB							
b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten							
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB							
- davon nach § 254 HGB							
8. Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO	0,00	6.000	3.800	5.600	5.600	5.600	
9. Konzessionsabgabe							
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	111.108,49	162.000	72.000	72.000	72.000	72.000	
11. Erträge aus Beteiligungen							
- davon aus verbundenen Unternehmen							
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
- davon aus verbundenen Unternehmen							
13. Zinsen und ähnliche Erträge	54,70	600	600	600	600	600	
- davon aus verbundenen Unternehmen							
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens							
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	100	100	100	100	100	
davon an verbundene Unternehmen							
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit							
17. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen							
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme							
19. Außerordentliche Erträge							
20. Außerordentliche Aufwendungen							
21. Außerordentliches Ergebnis							
22. Steuern vom Einkommen und Ertrag	702,24						
23. Sonstige Steuern							
24. Jahresgewinn/Jahresverlust	3.605,94	-57.000	-186.100	-189.300	-193.200	-195.300	

Name des Betriebes/Unternehmens:
Infrastrukturverwaltungsbetrieb V-R

Bereichserfolgsplan

Betriebsbereich Fähranleger

-in TEUR-

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2016	2017	2018	2019	2020	2021
1. Umsatzerlöse	129.367,38	129.400	131.100	131.100	131.100	131.100
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen						
3. Andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge						
5. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen						
6. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter						
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung - davon für Altersversorgung						
7. Abschreibungen auf	96.652,86	96.800	96.700	96.700	96.700	96.700
a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	96.652,86	96.800	96.700	96.700	96.700	96.700
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
- davon nach § 254 HGB						
b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten - davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB - davon nach § 254 HGB						
8. Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EStG	70.648,61	70.600	70.600	70.600	70.600	70.600
9. Konzessionsabgabe						
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen						
11. Erträge aus Beteiligungen - davon aus verbundenen Unternehmen						
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens - davon aus verbundenen Unternehmen						
13. Zinsen und ähnliche Erträge - davon aus verbundenen Unternehmen						
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens						
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen						
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit						
17. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen						
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme						
19. Außerordentliche Erträge						
20. Außerordentliche Aufwendungen						
21. Außerordentliches Ergebnis						
22. Steuern vom Einkommen und Ertrag						
23. Sonstige Steuern						
24. Jahresgewinn/Jahresverlust	103.363,13	103.200	105.000	105.000	105.000	105.000

Name des Betriebes/Unternehmens:
Infrastrukturverwaltungsbetrieb V-R

Bereichsfinanzplan

Betriebsbereich VLP Güttn

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	2018	2019	2020	2021
1	Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisan- teile von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten nach interner Leistungsverrechnung	-53.450,75	-126.200	-81.300	-86.300	-91.300	-66.300
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	127.000,00	127.000	127.000	127.000	127.000	127.000
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-108.500,00	-108.500	-108.500	-108.500	-108.500	-108.500
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens						
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)						
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forde-rungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind						
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen						
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind						
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten						
10	Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-34.950,75	-107.700,00	-62.800	-67.800	-72.800	-47.800
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens						
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-4.310,83	-86.525				
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens						
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen davon a) empfangene Ertragszuschüsse b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter						
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen						
19	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-4.310,83	-86.524,91	0	0	0	0

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	2018	2019	2020	2021
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen						
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführungen aus Gewinnen oder Eigenkapital)						
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen						
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten						
24	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	-39.261,58	-194.225	-62.800	-67.800	-72.800	-47.800
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands						
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode		-39.262	-233.486	-296.286	-364.086	-436.886
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	-39.261,58	-233.486	-296.286	-364.086	-436.886	-484.686

Name des Betriebes/Unternehmens:

Infrastrukturverwaltungsbetrieb V-R

Bereichsfinanzplan

Betriebsbereich RügKB

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016	2017	2018	2019	2020	2021
1	Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisan- teile von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten nach interner Leistungsverrechnung	3.605,94	-57.000	-186.100	-189.300	-193.200	-195.300
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	7.835,30	8.000	12.200	14.200	14.200	14.200
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	0,00	-6000	-3.800	-5.600	-5.600	-5.600
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens						
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)						
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forde-rungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind						
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	89.300,00	89.300	0	0	0	0
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind						
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten						
10	Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	100.741,24	34.300	-177.700	-180.700	-184.600	-186.700
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens						
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-8.028,93	-1.399.500	-523.400	-173.600	-810.200	-2.559.500
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens						
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0,00	0	519.200	172.600	809.200	2.558.500
	davon						
	a) empfangene Ertragszuschüsse	0,00	0	412.600	155.340	728.800	2.302.650
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter						
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen						
19	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-8.028,93	-1.399.500	-4.200	-1.000	-1.000	-1.000

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016	2017	2018	2019	2020	2021
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen		1.399.500				
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführungen aus Gewinnen oder Eigenkapital)	-639,11	-600,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen						
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten						
24	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-639,11	1.398.900,00	0	0	0	0
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	92.073	33.700	-181.900	-181.700	-185.600	-187.700
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands						
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	964.451,27	1.056.524	1.090.224	908.324	726.624	541.024
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	1.056.524,47	1.090.224	908.324	726.624	541.024	353.324

Name des Betriebes/Unternehmens:

Infrastrukturverwaltungsbetrieb V-R

Bereichsfinanzplan

Betriebsbereich Fähranleger

-in TEUR-

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	2018	2019	2020	2021
1 Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisanteile von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten nach interner Leistungsverrechnung	103.363,13	103.200	105.000	105.000	105.000	105.000
2 Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	96.652,86	96.800	96.700	96.700	96.700	96.700
3 Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-70.648,61	-70.600	-70.600	-70.600	-70.600	-70.600
4 Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens						
5 Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)						
6 Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind						
7 Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen						
8 Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind						
9 Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten						
10 Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	129.367,38	129.400	131.100	131.100	131.100	131.100
11 (+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens						
12 (-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen						
13 (+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens						
14 (-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
15 (+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
16 (-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
17 (+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen						
davon						
a) empfangene Ertragszuschüsse						
b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter						
18 (-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen						
19 Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	2018	2019	2020	2021
20 (+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen						
21 (-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführungen aus Gewinnen oder Eigenkapital)						
22 (+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen						
23 (-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten						
24 Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0
25 Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	129.367,38	129.400	131.100	131.100	131.100	131.100
26 (+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands						
27 (+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode		129.367	258.767	389.867	520.967	652.067
28 Finanzmittelbestand am Ende der Periode	129.367,38	258.767	389.867	520.967	652.067	783.167

Name des Betriebes/Unternehmens:

Infrastrukturverwaltungsbetrieb V-R**Investitionsübersicht**

Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)	Beschreibung der Maßnahme:	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres 2018	in TEUR				Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme 2022
					Planungsdaten des Wirtschaftsjahres 2019	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres 2020	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres 2021	Planungsdaten des weiteren Wirtschaftsjahres bis zum Abschluß der Maßnahme 2022	
Einzahlungen und Auszahlungen									
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen		5.308,70	96,80	519,20	172,60	809,20	2.558,50	1.152,40	
davon empfangene Ertragszuschüsse		4.635,99		412,60	155,34	728,28	2.302,65	1.037,12	
davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter									
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens									
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens									
Sonstige Investitionseinzahlungen				106,60	17,26	80,92	255,85	115,24	
Summe Einzahlungen		5.308,65	96,80	519,20	172,60	809,20	2.558,50	1.152,35	
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen		5.073,65	219,10	523,40	173,60	810,20	2.559,50	1.152,35	
davon Grundstücke		30,50	23,30	4,20	1,00	1,00	1,00	0,00	
davon Gebäude		5.308,65	96,80	519,20	172,60	809,20	2.558,50	1.152,35	
davon Maschinen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
davon Büro- und Geschäftsausstattung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen									
Sonstige Investitionsauszahlungen									
Summe Auszahlungen		5.073,65	219,10	523,40	173,60	810,20	2.559,50	1.152,35	
<i>Nachrichtlich</i>									
veranschlagte VE				146,00	138,10	145,80	1.187,80	1.823,80	
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		235,00	-122,30	-4,20	-1,00	-1,00	-1,00	0,00	

Name des Betriebes/Unternehmens:
**Infrastrukturverwaltungsbetrieb V-
R**

Übersicht

über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre ²⁾ und Planjahr	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren
	2018		2019	2020	2021
	in TEUR				
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2017	138	138			
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2018	146		146		
Summe	284				
nachrichtlich: Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr					
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen					

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen.

Stellenübersicht

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Infrastrukturverwaltungsbetrieb V-R

Ifd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr	Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres	Anzahl und Bewertung im Planjahr	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
1	Betriebsleiter			E 13	neu
2	Mitarbeiter			E 6	neu
insgesamt					

Infrastrukturverwaltungsbetrieb Rügenschke Kleinbahn, Stralsund
Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr 2015

	2015	2014
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	117.007,27	113.310,13
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>8.506,43</u>	<u>14.119,09</u>
3. Gesamtleistung125.513,70127.429,22
4. Abschreibungen auf Sachanlagen	-7.835,30	-7.835,30
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-119.915,77</u>	<u>-113.013,35</u>
6. Betriebsergebnis-2.237,376.580,57
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>224,24</u>	<u>1.533,38</u>
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit-2.013,138.113,95
9. Sonstige Steuern	<u>-702,25</u>	<u>-695,08</u>
10. Jahresfehlbetrag/-überschuss-2.715,387.418,87
11. Gewinnvortrag	260.529,15	253.749,39
12. Ausschüttung	<u>-639,11</u>	<u>-639,11</u>
13. Bilanzgewinn257.174,66260.529,15

Infrastrukturverwaltungsbetrieb Rügenische Kleinbahn, Stralsund
 Bilanz zum 31. Dezember 2015

Anlage 1

AKTIVA

PASSIVA

31.12.2015 31.12.2014
 EUR EUR

31.12.2015 31.12.2014
 EUR EUR

A. Anlagevermögen

A. Eigenkapital

I. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	133.702,67	141.538,48
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,51	0,51
	<u>133.703,18</u>	<u>141.538,48</u>
133.703,18141.538,48

1. Stammkapital	25.564,59	25.564,59
2. Kapitalrücklage	98.513,37	98.513,37
3. Bilanzgewinn	257.174,66	260.529,15
	<u>381.252,62</u>	<u>384.607,11</u>
381.252,62384.607,11

B. Umlaufvermögen

B. Sonderposten aus Zuschüssen zum Anlagevermögen	55.950,00	62.095,00
Sonderposten aus Zuschüssen zum Anlagevermögen	<u>55.950,00</u>	<u>62.095,00</u>
55.950,0062.095,00

I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00	1,56
2. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	6.664,29
	<u>0,00</u>	<u>6.665,85</u>
0,006.665,85

C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	654.883,00	567.990,00
	<u>654.883,00</u>	<u>567.990,00</u>
654.883,00567.990,00

II. Guthaben bei Kreditinstituten

	964.451,27	871.068,21
	<u>964.451,27</u>	<u>871.068,21</u>
964.451,27871.068,21

D. Verbindlichkeiten		
9. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit bis 1 Jahr: EUR 6.068,83)	6.068,83	4.331,49
2. Sonstige Verbindlichkeiten (davon mit einer Restlaufzeit bis 1 Jahr: EUR -)	0,00	248,94
	<u>6.068,83</u>	<u>4.580,43</u>
6.068,834.580,43

	<u>1.098.154,45</u>	<u>1.019.272,54</u>
1.098.154,451.019.272,54

	<u>1.098.154,45</u>	<u>1.019.272,54</u>
1.098.154,451.019.272,54

Infrastrukturverwaltungsbetrieb Rügenschke Kleinbahn, Stralsund
Entwicklung des Anlagevermögens im Wirtschaftsjahr 2015

	Historische Anschaffungskosten				Abschreibungen				Restbuchwerte	
	1.1.2015 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31.12.2015 EUR	1.1.2015 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.20 EUR
I. Sachanlagen										
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	259.067,78	0,00	0,00	259.067,78	117.529,81	7.835,30	0,00	125.365,11	133.702,67	141,53
davon Geschäfts- Betriebs- und andere Bauten	195.882,64	0,00	0,00	195.882,64	109.694,51	7.835,30	0,00	117.529,81	78.352,83	86,18
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	803,12	0,00	0,00	803,12	802,61	0,00	0,00	802,61	0,51	
	<u>259.870,90</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>259.870,90</u>	<u>118.332,42</u>	<u>7.835,30</u>	<u>0,00</u>	<u>126.167,72</u>	<u>133.703,18</u>	<u>141,53</u>

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015
LAGEBERICHT für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar - 31. Dezember 2015

1. Allgemeine Angaben

Der Infrastrukturverwaltungsbetrieb Rügensch Kleinbahn bildet als Sondervermögen des Landkreises Vorpommern-Rügen einen Eigenbetrieb im Sinne von § 64 Kommunalverfassung i. V. m. § 1 Eigenbetriebsverordnung.

Der Landkreis Vorpommern-Rügen hat gemäß der Vereinbarung vom 22. Juli 1995 mit der Deutschen Bahn AG das gesamte Vermögen der Rügensch Kleinbahn "Rasender Roland" ab dem 01. Januar 1996 in sein Eigentum übernommen und die Infrastrukturverwaltung dem Eigenbetrieb übertragen.

Das beim Landkreis verbleibende Vermögen des "Rasenden Roland" beinhaltet alle übertragenen Grundstücke und Gebäude entsprechend der Vereinbarung vom 22. Juli 1995. Der Grundstücksvertrag zwischen Deutsche Bahn AG und dem Landkreis wurde am 04. November 1996 unterzeichnet und notariell beglaubigt.

Der Kreistag hat zur gezielten und effektiven Verwaltung der Immobilien des "Rasender Roland" einen Eigenbetrieb gegründet. Die wesentlichen Geschäftstätigkeiten beinhalten:

- Schaffung von Voraussetzungen, welche die langfristige Entwicklung hinsichtlich Infrastruktur, touristischer Vermarktung sowie Unterhaltung der Rügensch Kleinbahn gewährleisten,
- den Abschluss und die Kontrolle von Miet- und Pachtverträgen,
- die Entwicklung und Vorbereitung von Investitionen in die Liegenschaften des "Rasenden Roland",
- die Vermarktung der Liegenschaften des "Rasenden Roland".

Diese Tätigkeiten wurden mit Kreistagsbeschluss Nr. 327 - 15/96 vom 19. September 1996 einem Mitarbeiter der Kreisverwaltung als Leiter des Eigenbetriebes übertragen.

▪ Ausschreibung

Die Sicherung eines attraktiven und zeitgemäßen Verkehrsangebotes beim „Rasenden Roland“ unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen liegt im gemeinsamen Interesse des Landes Mecklenburg-Vorpommern und des Landkreises Vorpommern-Rügen.

In einem Vergabeverfahren sind aufgrund der Zusammensetzung des zu vergebenden Auftrages sowohl das Land Mecklenburg-Vorpommern als auch der Landkreis Vorpommern-Rügen Auftraggeber.

Auch unter den beim „Rasenden Roland“ gegebenen Besonderheiten des Betriebes einer Schmalspurbahn mit historischen Fahrzeugen im Dampfbetrieb haben sich die Auftraggeber entschieden, den Auftrag für den Betrieb des „Rasenden Roland“ in einem transparenten und diskriminierungsfreien Vergabeverfahren zu vergeben.

Mit der Vergabe von SPNV-Leistungen (Schienenpersonennahverkehr) im Wettbewerb werden folgende grundlegende Ziele verfolgt:

- a) Steigerung der Attraktivität und Qualität im SPNV,
- b) Steigerung der Fahrgastzahlen,
- c) Begrenzung der Finanzbelastung zur Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im SPNV,
- d) Stärkung der unternehmerischen Verantwortung der Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU).

Mit dieser Vergabe hat das Eisenbahnunternehmen im Falle der Zuschlagserteilung insgesamt drei Verträge (Auftragsbestandteile), die nachfolgend erläutert sind, über die maßgebende Vertragslaufzeit abzuschließen. Die Vertragslaufzeit beträgt für alle Verträge einheitlich 20 Jahre. Das gesamte Vertragswerk kommt mit der Zuschlagserteilung zustande.

Verkehrsvertrag

Bestandteil des Vertragswerkes ist ein Verkehrsvertrag. Der Abschluss dieses Vertrages erfolgt zwischen dem Eisenbahnunternehmen (Auftragnehmer) und dem Land Mecklenburg-Vorpommern (Auftraggeber).

Der Verkehrsvertrag regelt die Bestellung, Erbringung und Abrechnung der nachgefragten SPNV-Leistungen. Es handelt sich dabei um einen „Vertrag über Verkehrsdienste aufgrund von Verpflichtungen des öffentlichen Dienstes“ im Sinne von Artikel 14 VO (EWG) Nr. 1191/69 in der Fassung VO (EWG) 1893/91.

Pachtvertrag

Bestandteil des Vertragswerkes ist ferner ein Infrastrukturvertrag. Es handelt sich dabei um einen Pachtvertrag über die Nutzung sowie den Betrieb und die Unterhaltung der Eisenbahn-Infrastruktur sowie weiterer für die Verkehrsleistungen benötigter Immobilien. Der Abschluss dieses Vertrages erfolgt zwischen dem Eisenbahnunternehmen (Pächter) und dem Landkreis Vorpommern-Rügen (Verpächter).

Fahrzeugleihvertrag

Bestandteil des Vertragswerkes ist außerdem ein Fahrzeugleihvertrag, der die Nutzung der dem Auftragnehmer beigestellten Fahrzeuge regelt. Es handelt sich dabei um einen „Vertrag über die Leihe von historischen Eisenbahnfahrzeugen“.

Der Abschluss dieses Vertrages erfolgt zwischen dem Eisenbahnunternehmen (EVU) und dem Landkreis Vorpommern-Rügen (Eigentümer). Die Fahrzeuge werden dem Eisenbahnunternehmen im Wege der Leihe unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Beauftragt werden vom Landkreis auch die Leistungen zur Wartung und Instandhaltung der verliehenen historischen Fahrzeuge, so dass die diesbezüglichen Rechte und Pflichten des Auftragnehmers ebenfalls im Fahrzeugleihvertrag geregelt werden.

Die o. g. Verträge wurden durch den Kreisausschuss mit Nummer KA 069-17/07 am 27. September 2007 beschlossen. Somit wurden diese Verträge Bestandteile der Ausschreibungsunterlagen (Neuvergabe der Verkehrsleistungen des „Rasenden Roland“ durch das Land Mecklenburg-Vorpommern).

Am 05. Oktober 2007 erfolgte der Versand der endgültigen Verfahrensunterlagen an die Bieter.

Durch einstimmigen Beschluss des Kreisausschusses mit Nummer KA 075-18a/07 am 06. Dezember 2007 erhielt die Eisenbahn-Bau- und Betriebsgesellschaft Pressnitztalbahn mbH, Am Bahnhof 78, 09477 Jöhstadt den Zuschlag für das „Erbringen von Eisenbahnverkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr sowie das Betreiben der Eisenbahninfrastruktur sowie für Instandhaltungsleistungen an historischen Eisenbahnfahrzeugen“ für den Vertragszeitraum vom 01. Januar 2008 – 31. Dezember 2027.

Am 18.3.2008 wurde ein eingeschränkter Zugbetrieb zwischen Göhren und Binz durch die Eisenbahn-Bau- und Betriebsgesellschaft Pressnitztalbahn mbH mit eigenen Fahrzeugen und Personal aufgenommen. Dieser Übergangsbetrieb war notwendig, da mit dem alten Betreiber noch keine Einigung zum Übergang des Anlagevermögens gefunden wurde.

▪ Übertragung des Anlagevermögens

Durch einstimmigen Beschluss des Kreisausschusses mit Nummer KA 065-16a/07 am 23. August 2007 erhielt die Verwaltung den Auftrag, das im Vertrag zwischen dem Landkreis Vorpommern-Rügen und dem damaligen Betreiber des „Rasenden Roland“, der Rügensch Kleinbahn GmbH & Co. KG (RüKB), eingeräumte Ankaufsrecht zum Erwerb des Anlagevermögens von der Rügensch Kleinbahn GmbH & Co. KG zum Buchwert wahrzunehmen.

Die Sicherstellung des Kaufpreises erfolgte durch eine Förderung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Hierzu wurde in einem ersten Schritt durch den Landkreis mit Urteil des Amtsgerichtes Bergen auf Rügen vom 14.11.2007 die Herausgabe der Grundstücke, der Gebäude sowie Bahndienststräume zum 01. Januar 2008 von der RüKB erwirkt.

Der zweite Schritt betraf die Wahrnehmung des vertraglichen Vorkaufsrechtes durch den Landkreis. Da dieses Vorkaufsrecht von der RüKB keine Beachtung fand, wurde am 02. Januar 2008 durch den Landkreis Vorpommern-Rügen Klage vor dem Landgericht Stralsund eingereicht.

Trotz des Klageverfahrens wurden die Verhandlungen zwischen Landkreis und RüKB fortgesetzt. So konnte Ende März 2008 der Erwerb eines Großteils des Anlagevermögens von der RüKB zum Buchwert erfolgen. Folglich verständigten sich beide Parteien, das Klageverfahren ruhen zu lassen. Der Kaufpreis wurde zu 100 % durch das Land Mecklenburg-Vorpommern gefördert.

Am 09. und 11. April 2008 erfolgte die Übergabe der Fahrzeuge und der Pachtflächen an die Eisenbahn-Bau- und Betriebsgesellschaft Pressnitztalbahn mbH. Hierbei musste festgestellt werden, dass sich keine Lok in einem betriebsfähigen Zustand befand. Folglich wurden die Lok's instandgesetzt.

Durch den neuen Betreiber läuft seit 01. Mai 2008 der Betrieb wieder in vollem Umfang zwischen Putbus und Göhren.

Zum 01. Juni 2008 wurden alle Mitarbeiter der ehemaligen RüKB durch die Eisenbahn-Bau- und Betriebsgesellschaft Pressnitztalbahn mbH übernommen.

Mit Unterzeichnung des o. g. Vertragswerks am 26. Februar 2009 einigten sich alle Beteiligten auf die Festsetzung des regulären Vertragsbeginns zum 01. Juli 2008. Folglich haben die Verträge jetzt eine Laufzeit bis zum 30. Juni 2028.

Am 05. Oktober 2007 erfolgte der Versand der endgültigen Verfahrensunterlagen an die Bieter.

Durch einstimmigen Beschluss des Kreisausschusses mit Nummer KA 075-18a/07 am 06. Dezember 2007 erhielt die Eisenbahn-Bau- und Betriebsgesellschaft Pressnitzalbahn mbH, Am Bahnhof 78, 09477 Jöhstadt den Zuschlag für das „Erbringen von Eisenbahnverkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr sowie das Betreiben der Eisenbahninfrastruktur sowie für Instandhaltungsleistungen an historischen Eisenbahnfahrzeugen“ für den Vertragszeitraum vom 01. Januar 2008 – 31. Dezember 2027.

Am 18.3.2008 wurde ein eingeschränkter Zugbetrieb zwischen Göhren und Binz durch die Eisenbahn-Bau- und Betriebsgesellschaft Pressnitzalbahn mbH mit eigenen Fahrzeugen und Personal aufgenommen. Dieser Übergangsbetrieb war notwendig, da mit dem alten Betreiber noch keine Einigung zum Übergang des Anlagevermögens gefunden wurde.

▪ Übertragung des Anlagevermögens

Durch einstimmigen Beschluss des Kreisausschusses mit Nummer KA 065-16a/07 am 23. August 2007 erhielt die Verwaltung den Auftrag, das im Vertrag zwischen dem Landkreis Vorpommern-Rügen und dem damaligen Betreiber des „Rasenden Roland“, der Rügensch Kleinbahn GmbH & Co. KG (RüKB), eingeräumte Ankaufsrecht zum Erwerb des Anlagevermögens von der Rügensch Kleinbahn GmbH & Co. KG zum Buchwert wahrzunehmen.

Die Sicherstellung des Kaufpreises erfolgte durch eine Förderung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Hierzu wurde in einem ersten Schritt durch den Landkreis mit Urteil des Amtsgerichtes Bergen auf Rügen vom 14.11.2007 die Herausgabe der Grundstücke, der Gebäude sowie Bahndiensträume zum 01. Januar 2008 von der RüKB erwirkt.

Der zweite Schritt betraf die Wahrnehmung des vertraglichen Vorkaufsrechtes durch den Landkreis. Da dieses Vorkaufsrecht von der RüKB keine Beachtung fand, wurde am 02. Januar 2008 durch den Landkreis Vorpommern-Rügen Klage vor dem Landgericht Stralsund eingereicht.

Trotz des Klageverfahrens wurden die Verhandlungen zwischen Landkreis und RüKB fortgesetzt. So konnte Ende März 2008 der Erwerb eines Großteils des Anlagevermögens von der RüKB zum Buchwert erfolgen. Folglich verständigten sich beide Parteien, das Klageverfahren ruhen zu lassen. Der Kaufpreis wurde zu 100 % durch das Land Mecklenburg-Vorpommern gefördert.

Am 09. und 11. April 2008 erfolgte die Übergabe der Fahrzeuge und der Pachtflächen an die Eisenbahn-Bau- und Betriebsgesellschaft Pressnitzalbahn mbH. Hierbei musste festgestellt werden, dass sich keine Lok in einem betriebsfähigen Zustand befand. Folglich wurden die Lok's instandgesetzt.

Durch den neuen Betreiber läuft seit 01. Mai 2008 der Betrieb wieder in vollem Umfang zwischen Putbus und Göhren.

Zum 01. Juni 2008 wurden alle Mitarbeiter der ehemaligen RüKB durch die Eisenbahn-Bau- und Betriebsgesellschaft Pressnitzalbahn mbH übernommen.

Mit Unterzeichnung des o. g. Vertragswerks am 26. Februar 2009 einigten sich alle Beteiligten auf die Festsetzung des regulären Vertragsbeginns zum 01. Juli 2008. Folglich haben die Verträge jetzt eine Laufzeit bis zum 30. Juni 2028.

2. Geschäftslauf

Der Geschäftsverlauf des Eigenbetriebes entsprach den Erwartungen.

Die Liquidität des Eigenbetriebes war 2015 stets gewährleistet.

Das Wirtschaftsjahr 2015 wurde mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von € 2.715,38 abgeschlossen.

Das Eigenkapital in Höhe von T€ 381 (Vorjahr T€ 384,6) zum 31. Dezember 2015 setzt sich zusammen aus dem gezeichneten Kapital i.H.v. T€ 25,6, den Rücklagen i.H.v. T€ 98,5 und dem Bilanzgewinn i.H.v. T€ 257,2.

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von T€ 654,9 betreffen Prüfungs- und Abschlusskosten T€ 4,6 sowie die nachzuzahlende Pacht T€ 650,3.

Die Umsatzerlöse von TEUR 117,0 (im Vorjahr TEUR 113,3) resultieren aus Pacht- und Erbbauzinsen.

3. Voraussichtliche Entwicklung

Die voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes wird auch für das Wirtschaftsjahr 2017 als positiv beurteilt.

Mit Beschluss vom 07. April 2003, 52 IN 848/02 wurde am 07. April 2003 gegenüber einem Pächter das Insolvenzverfahren eröffnet. Hierbei ist das laufende Verfahren abzuwarten. Die laufende Zahlung der Erbbauzinsen für den Kleinbahnhof Göhren erfolgte bis 31.12.2010 regelmäßig durch den Vertreter des Insolvenzverwalters.

Im Zuge der Veräußerung des Erbbaurechtes durch den Insolvenzverwalter gibt es seit 01. Januar 2011 einen neuen Erbbaurechtsnehmer.

Vorgänge von besonderer Bedeutung betreffen die beabsichtigte Anpassung bestehender Erbbaurechtsverträge am Kleinbahnhof Göhren. Hier wird es zu einer Reduzierung der Erbbaurechtsfläche im Zusammenhang mit einem geplanten Wechsel des Erbbaurechtsnehmers kommen. Weiterhin liegt die bevorstehende Umgestaltung des gesamten Bahnhofs- und Werkstattbereiches in Putbus als ein nennenswertes Ereignis vor. Die Umbaumaßnahmen sollen ca. 5 Jahre andauern und während des laufenden Betriebes erfolgen. Das geplante Investitionsvolumen für den Werkstattneubau und die Erlebnislandschaft soll ca. 15 Mio. EUR betragen.

Eine Anpassung des Pachtvertrages mit dem Betreiber des „Rasenden Roland“ ist aufgrund geänderter Rahmenbedingungen nötig. Seit 2013 wird über eine Anpassung des Pachtvertrages verhandelt. Inhaltlich betreffen die Änderungen die Anrechnung der Investitionen sowie eine Verschiebung der Verpflichtung zum 31. Dezember 2015. Der Vertrag befindet sich noch in der Verhandlung. Die Verhandlungen sind u.a. abhängig von der Förderung des geplanten Werkstattneubaus und der hiermit verbundenen Erlebnislandschaft im Bereich des Bahnhofes Putbus. Dieser Prozess zwischen Land Mecklenburg-Vorpommern, Betreiber und Landkreis befindet sich in der Abstimmung.

Stralsund, 12. Oktober 2016

Kay-Uwe Hermes
Eigenbetriebsleiter



BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Infrastrukturverwaltungsbetriebes Rügenschke Kleinbahn, Stralsund, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015 geprüft. Durch § 13 Abs. 3 KPG MV wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Infrastrukturbetriebes Rügenschke Kleinbahn i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und die wirtschaftlichen Verhältnisse liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und §§ 13 und 14 KPG M-V unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.



Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Die wirtschaftlichen Verhältnisse geben zu wesentlichen Beanstandungen keinen Anlass.

Greifswald, 3. April 2017

Revisions-Treuhand Schäfer & Dr. Rudel GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft



N. Kalker
Wirtschaftsprüfer

C. Wagener
Wirtschaftsprüfer



Wirtschaftsplan 2018

Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Rügen mbH

Vorbericht

I. Vordrucke für den Wirtschaftsplan

1. Zusammenstellung
2. Erfolgsplan
3. Finanzplan
4. Pläne für die einzelnen Bereiche enfällt
 - a) Bereichserfolgsplan
 - b) Bereichsfinanzplan
5. Investitionsübersichten
6. Übersicht über die Bereiche des Eigenbetriebes enfällt
7. Stellenübersicht
8. Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen entfällt

II. Vordrucke für den Jahresabschluss des Vorvorjahres

9. Bilanz
10. Gewinn- und Verlustrechnung
11. Finanzrechnung
12.
 - a) Anlagenübersicht
 - b) Forderungsübersicht
 - c) Verbindlichkeitenübersicht

Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2018

Die Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Rügen mbH (BBR) ist ein sozial orientiertes arbeitsmarktpolitisches Dienstleistungsunternehmen, das weit über die Region Rügen hinaus bekannt ist. Wir sehen unsere soziale Verantwortung darin, benachteiligten und ausgegrenzten Menschen zu helfen, ihr Leben in Selbstachtung und unter gesellschaftlicher Akzeptanz zu führen. Wir wollen die soziale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch öffentlich geförderte Beschäftigung ermöglichen. Durch soziale Beratung, Aktivierung und Integration in den Arbeitsmarkt wollen wir den Menschen in ihrem Engagement für die eigene Zukunft unterstützen.

Unter diesem Leitgedanken wird die BBR ihren arbeitsmarktpolitischen Auftrag im Interesse der hilfebedürftigen Menschen unseres Landkreises erfüllen.

Der Arbeitsmarkt hat sich weiter positiv entwickelt. Die Arbeitslosigkeit ist im Jahr 2017 regional zurückgegangen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat zugenommen. Trotzdem darf nicht übersehen werden, dass wir uns in der Arbeitsmarktpolitik in unserer Region in schwierigen Rahmenbedingungen bewegen. Der Landkreis Vorpommern-Rügen ist geprägt von vielen Kleinbetrieben. Größere Industriebetriebe sind kaum vorhanden, größere Ansiedlungen derzeit nicht erkennbar. Zudem ist eine starke saisonale Dynamik in den Bereichen Gastgewerbe und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen ausgeprägt. Diese beiden Bereiche stehen für ein sehr geringes Lohn-/Gehaltsniveau und sehr häufig für Teilzeitbeschäftigung. Dazu kommt das kleiner werdende Fachkräftepotential.

Die Arbeitslosigkeit auf Rügen schwankt extrem zwischen ca. 15,7 % im Januar und ca. 6,5 % im Juli und hat sich im Vorjahresvergleich um 1,5 Prozentpunkte verbessert. Allerdings läge sie ohne Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Instrumente um ca. 2 bis 3 % höher. Ein Problem ist die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit und der hohe Anteil an Langzeitleistungsbeziehern. Viele sind seit Jahren aus dem regulären Arbeitsprozess heraus und mit multiplen Vermittlungshemmnissen behaftet. Auffallend ist außerdem, dass die Mehrzahl der uns in Projekte zugewiesenen Teilnehmer unter 55 Jahre alt ist.

Von den im Jobcenter gemeldeten Bürger sind derzeit 59 % als marktfern einzustufen, und es wird davon ausgegangen, dass diese Zahl weiter zunimmt. Diese Personen werden auf dem Arbeitsmarkt trotz Arbeitskräftemangel nicht nachgefragt. Ohne Unterstützung sind sie selbst kaum in der Lage, der Arbeitslosigkeit zu entkommen. In Anlehnung an das Arbeitsmarktprogramm des Landkreises Vorpommern-Rügen, Eigenbetrieb Jobcenter, orientieren wir uns an den Zielen und Handlungsfeldern und wollen insbesondere zur Aktivierung langjähriger Bestandskunden und deren Heranführung an den Arbeitsmarkt beitragen.

Wir wollen den von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen Angebote zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben mittels gemeinnütziger Beschäftigung und individueller Betreuung unterbreiten. Unsere Zielgruppen sind insbesondere langzeitarbeitslose, ältere, geringqualifizierte und schwerbehinderte Menschen. Vorrangiges Anliegen ist es, die Integrationschancen dieser Menschen zu verbessern. Wir wollen ihnen helfen, über den geregelten Arbeitsprozess in einer gemeinnützigen Beschäftigung wieder am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und ihren Tagesablauf zu strukturieren. Wichtig ist uns die individuelle Hilfe bei Problemen, die als Vermittlungshemmnisse einer Beschäftigung im

allgemeinen Arbeitsmarkt entgegenstehen. So wollen wir die Beschäftigungsfähigkeit wiederherstellen und verbessern. Wir werden unsere Ausrichtung erweitern und Flüchtlinge, die ihren Aufenthalt und ihre Perspektive hier bei uns suchen, bei der Integration in ihr neues Leben, ihr Umfeld und in Arbeit unterstützen.

Wir werden die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Landkreis Vorpommern-Rügen, Eigenbetrieb Jobcenter, der Agentur für Arbeit und dem Land Mecklenburg-Vorpommern als unsere Auftraggeber für Förderprojekte weiter pflegen. Grundlage unserer Tätigkeit ist die Umsetzung des SGB II und SGB III sowie der unterschiedlichen Förderprogramme des Bundes und des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Wir sehen uns bei der Umsetzung anspruchsvoller Projekte stets als zuverlässiger Partner des Landkreises, der Ämter und Kommunen, Vereine und Institutionen. Wir legen Wert auf eine vertrauensvolle und erfolgreiche inhaltliche und organisatorische Zusammenarbeit. Wir stellen uns als Kooperationspartner kreativ und innovativ den Entwicklungs- und Veränderungsprozessen des Arbeitsmarktes und den Vorgaben der Fördermittelgeber. Wir leisten in den geförderten Projekten einen umfangreichen Beitrag zur sozialen, kulturellen, touristischen und struktur-politischen Entwicklung der Region.

Unsere Mitarbeiter fühlen sich persönlich für eine hohe Qualität der Arbeitsergebnisse unter Beachtung wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Gesichtspunkte verantwortlich. Über unser Qualitätsmanagementsystem werden alle internen und externen Aktivitäten ständig überprüft, um die Prozesse und deren Transparenz nach innen und außen kontinuierlich zu verbessern. Zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität investieren wir in Fort- und Weiterbildung unserer Mitarbeiter.

Diese Ziele wollen wir durch Beschäftigung schaffende Maßnahmen wie Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH mit MAE) sowie durch integrationsorientierte Instrumente wie Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV), Eingliederungszuschüsse (EGZ) und Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt (SOTA) erreichen.

Außerdem werden seit Januar 2014 im zertifizierten Projekt „Aufsuchendes Sozialcoaching und Integrationsbegleitung“ Teilnehmer mit Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheinen (AVGS) erfolgreich gecoacht. Darin betreuen wir einzelne Teilnehmer und helfen, ihre Stärken herauszuarbeiten, Schwächen abzubauen und ihre Eigenverantwortung zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts zu entwickeln. Unsere Anstrengungen richten sich nach der sozialen Stabilisierung auf die Aktivierung und Integration in eine Ausbildung/Weiterbildung bzw. direkt in den regulären Arbeitsmarkt.

Wichtigstes Betätigungsfeld der BBR bleiben die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH mit MAE). Hier wollen wir eine über das Jahr kontinuierlichere Arbeit leisten und unser Potential für die betroffenen Hartz-IV-Empfänger und für die Partner vor Ort besser abrufen. In 2017 waren mit dem Jobcenter Finanzmittel für 139 AGH abgestimmt. Durch zusätzliche Maßnahmen erreichen wir ca. 152 AGH. Für 2018 gehen wir vom gleichen Planungsansatz aus und wollen 141 Arbeitsgelegenheiten im Jahresdurchschnitt anbieten. In die AGH werden wir auch Flüchtlinge aufnehmen, die ihren Wohnsitz auf Rügen haben und ihre Zukunft hier planen.

Maßnahmen mit Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) sowie Eingliederungszuschüsse (EGZ) werden wir immer als Einzelfallförderungen anbieten. Die laufenden Projekte mit 11 Beschäftigten werden wir bis zum Förderende fortsetzen. Neue Projekte bzw. Verlängerungen werden wir entsprechend der Fördermöglichkeiten des Jobcenters, der individuellen Besetzung mit geeigneten Personen und der notwendigen Kofinanzierung des Partners vorsehen. Dies ist langfristig nicht planbar, aber durch uns gewollt und relativ kurzfristig realisierbar. Im Bereich Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt (SOTA) sind derzeit 7 Mitarbeiter bis zum Programmende am 31.12.2018 beschäftigt. Zusammengefasst können wir im Bereich dieser Einzelförderungen im Jahresdurchschnitt 9 hilfebedürftigen Menschen eine individuelle Betreuung in einem sv-pflichtigen Beschäftigungsverhältnis bieten.

Zusätzlich werden wir uns am Landesprogramm Bürgerarbeit beteiligen. Dazu müssen noch die Förderkonditionen des Landes M-V und die ergänzende Finanzierung durch das Jobcenter klar definiert werden. Wenn diese Rahmenbedingungen stehen, können wir Dritte als Partner finden und weitere Beschäftigungsverhältnisse anbieten. Im Wirtschaftsplan sind dazu noch keine Projekte und Finanzierungen ausgewiesen.

Die BBR wird als Träger der freien Jugendhilfe einzelne Projekte der Jugend- und Schulsozialarbeit weiterführen. Dazu wird sie eng mit dem Jugendamt des Landkreises zusammenarbeiten und die Möglichkeiten der Förderung durch den ESF und den Landkreis nutzen. Außerdem werden einzelne Projekte zur Integrationshilfe für Schüler im Rahmen einer 1-zu-1-Betreuung fortgesetzt.

Die genaue Anzahl der geplanten Projekte und die Anzahl der Beschäftigten sind im Stellenplan der Maßnahmen aufgelistet. Zusammenfassend sind dort berechnet:

Entwicklung des Beschäftigungsstandes (im Jahresdurchschnitt):

	IST 2016	Planung 2017	vorauss. IST 2017	WPlan 2018
AGH	124	139	152	141
FAV / EGZ	13	13	11	9
SOTA	0	0	6	7
JugAmt	15	14	13	4
Coachs, PL, AL	5	5	4	4
Stamm	5	5	5	5
	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	162	176	191	170
davon sv-pflichtig	38	37	39	29
Teilnehmer Coaching	37	40	42	40

Insgesamt wird die BBR im Planjahr 2018 Beschäftigung fördernde Maßnahmen für durchschnittlich 157 Bürger durchführen, die von Arbeitslosigkeit betroffen und nur schwer in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln sind. Mit dem Stamm- und Betreuungspersonal und den mit dem Jugendamt abgestimmten Mitarbeitern steigt der Beschäftigungsstand dann auf insgesamt 170. Im Coaching werden 40 Teilnehmer anvisiert, davon etwa 50% aus AGH und SOTA.

Der Erfolgsplan der Gesellschaft setzt sich aus dem Teil „Förderprojekte“ und dem Teil „Gesellschaft“ zusammen.

Unter „Förderprojekte“ planen wir aus den verschiedenen Förderprogrammen jede einzelne Maßnahme mit Ziel, Inhalt, Anzahl der Teilnehmer, Kosten und Finanzierung. Die Einzelberechnung erfolgt im Finanzierungsplan der Maßnahmen. Dabei wird das Prinzip der Kostendeckung strikt eingehalten. Es wird kein Förderprojekt begonnen, wenn die Finanzierung nicht gesichert ist. Die Höhe der Erträge aus Zuschüssen und der Ausgaben, insbesondere Personalausgaben, sind abhängig von den uns dann im Planjahr bewilligten Fördermitteln.

Im Teil „Gesellschaft“ sind die Stammkräfte und die für die Projektdurchführung notwendigen Coachs, Projektleiter, Anleiter und die Infrastruktur erfasst (Verwaltung und Werkstatt Bergen). Dies ist eine relativ feststehende Größe. Die Gesellschaft muss die Personalkosten sowie die laufenden Betriebskosten der Verwaltung und der Werkstätten vollständig selbst aufbringen. Die Finanzierung der Gesellschaft wird hauptsächlich aus den Teilnehmerpauschalen der AGH und den von den Kommunen und Vereinen gezahlten TN-Pauschalen sichergestellt.

Das Finanzvolumen verringert sich von ca. 1,4 Mio. € in 2017 auf ca. 1,2 Mio. € in 2018.

Aus der folgenden Übersicht sind die Einnahmen und Ausgaben zusammengefaßt dargestellt:

Einnahmen	Förderprojekte	Gesellschaft	Gesamt
Erträge wirtschaftlicher Art	50.110	16.100	66.210
Erträge aus Zuschüssen	591.090	571.480	1.162.570
Sonst. betriebliche Erträge	0	9.280	9.280
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Einnahmen gesamt	641.200	596.860	1.238.060
Ausgaben			
Personalaufwand			
Löhne und Gehälter	-517.070	-383.540	-900.610
Soziale Abgaben	-63.120	-86.800	-149.920
Materialaufwand	-12.300	-3.800	-16.100
Abschreibungen Anlagevermögen	0	-14.390	-14.390
Sonst. betriebliche Aufwendungen	-48.710	-125.975	-174.685
Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern	0	-2.670	-2.670
Ausgaben gesamt	-641.200	-617.175	-1.258.375
Überschuß/Fehlbetrag	0	-20.315	-20.315

Die Aufwendungen der Gesellschaft können aus heutiger Sicht mit den Erträgen aus den geplanten Fördermaßnahmen (Teilnehmerpauschalen) gedeckt werden.

Für 2018 plant die BBR mit einem Personalbestand von 5 Stammkräften (inkl. Geschäftsführer), 2 Projektleitern und einem Anleiter. Die Mitarbeiter sind auf Teilzeit 80% reduziert. Des Weiteren sind 2 Diplomsozialarbeiter als Coaches für das Projekt „Aufsuchendes Sozialcoaching und Integrationsbegleitung“ eingestellt.

Die Verwaltungskosten mit den größten Posten für Miete- und Betriebskosten, Fahrzeuge, Hard- und Software, Abschlussprüfung, Kommunikation, Versicherungen etc. wollen wir auf etwa gleichem Niveau halten.

Die Sicherung des Firmenstandortes in Prora, Sitz der Verwaltung und des Technikstützpunktes, soll noch in diesem Jahr mit einem Erbbaupachtvertrag der Gemeinde Ostseebad Binz (neuer Eigentümer nach Kauf von der BImA Rostock) erreicht werden. Zukünftig wird es unsere Aufgabe sein, die Immobilie so zu entwickeln und zu modernisieren, dass die Arbeits- und Betriebsfähigkeit den wachsenden Anforderungen gerecht wird.

Die Gesellschaft plant für 2018 keine Investition in Grundstück und Gebäude, muss aber zukünftig mit Ausbau- bzw. Anschlussbeiträgen rechnen und eine Hofgestaltung planen. Für 2018 sind Ersatz-Investitionen i.H.v. 19,2 T€ erforderlich. Dringend notwendig wird der Ersatz eines Kleinbusses für den Projekteinsatz, die Aktualisierung von Software und einige GWG zur Absicherung des laufenden Geschäftsbetriebes.

Freiwillige, nicht durch einen öffentlichen Zweck erforderliche Aufwendungen bestehen nicht. Ein Budget für Werbemaßnahmen besteht in Höhe von 1,0 T€ und wird zu Informationszwecken für Arbeitslose im Jobclub und im Projekt aufsuchendes Sozialcoaching und Integrationsbegleitung eingesetzt. Es bestehen keine Beschäftigungsverhältnisse mit Sonderdienstvertrag. Nicht betriebsnotwendiges Vermögen besteht nicht. Nicht zwingend betriebsnotwendige Geschäftsbereiche sind nicht vorhanden. Die Gesellschaft ist kein Entgelt finanziertes Unternehmen.

Für uns ist ein Mindestmaß an Förderprojekten und Teilnehmerzahlen notwendig, um entsprechende Erträge zu generieren und die Gesellschaft kostendeckend zu führen. Dieses Mindestmaß wird mit den uns heute bekannten Informationen für 2018 nicht erreicht. Mit der Option auf weitere FAV, EGZ und dem möglichen Einstieg in Bürgerarbeit kann die Kostendeckung erreicht werden.

Zusammenfassend errechnen wir aus heutiger Sicht einen Jahresfehlbetrag von 20,3 T€ (entspricht 1,6 % des Gesamtbudgets).

Im Zusammenhang mit dem für 2017 zu erwartenden Überschuss von ca. 34,4 T€ und den langfristig prognostizierten kostendeckenden Jahresergebnissen wird dieser Fehlbetrag ausgeglichen und ist wirtschaftlich nicht bedrohend.

Das Eigenkapital wird gestärkt und gibt uns Sicherheit für die Folgejahre.

Eigenkapitalentwicklung	(in T€)	ausgewiesen als		
		Stammkapital	Kapitalrücklage	Ergebnisvortrag
Eigenkapital 01.01.17	208,9	26,0	230,1	-47,2
Jahresergebnis 2017 - vorauss.	34,4			34,4
Eigenkapital 31.12.17 - vorauss.	243,3	26,0	230,1	-12,8
Jahresergebnis 2018 - Plan	-20,3			-20,3
Eigenkapital 31.12.17 - Plan	223,0	26,0	230,1	-33,1

Die Liquidität der Gesellschaft ist durch zeitnahe Auszahlung der Fördermittel nicht gefährdet. Ein Kontokorrentkredit bei der Sparkasse Vorpommern-Rügen wird nicht beansprucht.

Die Tätigkeit der Gesellschaft ist bis in das Jahr 2019 gesichert.

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾

Landkreis Vorpommern-Rügen

Zusammenstellung für das Jahr

2018

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Rügen mbH

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung hat
_____ ²⁾

durch Beschluss vom _____ den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr _____ festgestellt:

Es betragen

1. im Erfolgsplan

- die Erträge
- die Aufwendungen
- der Jahresgewinn
- der Jahresverlust

in TEUR ⁴⁾

1.238

1.258

-20

2. im Finanzplan

- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit ³⁾
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit ⁴⁾
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit ⁵⁾
- der Saldo aus der Änderung des Finanzmittelbestandes ⁶⁾

-6

-19

0

-25

3. Es werden festgesetzt

- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (ohne Umschuldungen) auf
- davon für Umschuldungen
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung

0

0

0

0

4. Die Stellenübersicht weist 4,2 Stellen (Stammkräfte) aus.

5. Der Stand des Eigenkapitals

- betrug zum 31.12. des Vorjahres
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich

209

243

223

Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am ⁷⁾:

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

Pörsig, 06.09.17

1) Nichtzutreffendes streichen

2) beschließendes Organ

3) Nummer 10 des Finanzplans

4) Nummer 19 des Finanzplans

5) Nummer 24 des Finanzplans

6) Nummer 25 des Finanzplans

7) nur, wenn Genehmigung erforderlich

Erfolgsplan

2018

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Rügen mbH

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016	2017	2018	2019	2020	2021
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	1.294	1.428	1.229	1.284	1.315	1.365
	- davon Erträge wirtschaftlicher Art	134	115	66	94	105	125
	- davon Erträge aus Zuschüssen	1.160	1.313	1.163	1.190	1.210	1.240
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen						
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen						
4.	Sonstige betriebliche Erträge	21	9	9	10	10	10
5.	Materialaufwand	7	16	16	16	17	18
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	6	11	12	12	12	12
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1	5	4	4	5	6
6.	Personalaufwand	1.122	1.227	1.051	1.074	1.112	1.146
	a) Löhne und Gehälter	966	1.046	901	920	950	980
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	156	181	150	154	162	166
	- davon für Altersversorgung						
7.	Abschreibungen auf	7	9	14	15	15	16
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	7	9	14	15	15	16
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
	- davon nach § 254 HGB						
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten						
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
	- davon nach § 254 HGB						
8.	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO						
9.	Konzessionsabgabe						
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	174	177	175	178	181	185
11.	Erträge aus Beteiligungen						
	- davon aus verbundenen Unternehmen						
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des						
	- davon aus verbundenen Unternehmen						

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
13. Zinsen und ähnliche Erträge - davon aus verbundenen Unternehmen						
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens						
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon an verbundene Unternehmen		3				
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5	5	-18	11		10
17. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen						
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme						
19. Außerordentliche Erträge						
20. Außerordentliche Aufwendungen						
21. Außerordentliches Ergebnis						
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
23. Sonstige Steuern	2	2	2	3	3	3
24. Jahresgewinn / Jahresverlust	3	3	-20	8	-3	7

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns oder Behandlung des Jahresverlustes

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages		a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag u. Rücklage	
b) zur Einstellung in Rücklagen		b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)		c) auf neue Rechnung vorzutragen	
d) auf neue Rechnung vorzutragen	-20		

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	Gesellschaftsanteile in %	Betrag in TEUR
1.	Landkreis Rügen	100	26
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			

1) § 11 Abs. 5 GemHVO Doppik: Bei Sondervermögen mit Sonderrechnungen sind die voraussichtlichen Jahresergebnisse in dem Ergebnishaushalt der Gemeinde zu veranschlagen.

2) Mit Zahlungswirksamkeit des Verlustausgleiches bzw. der Gewinnausschüttung ist eine Veranschlagung im Finanzhaushalt der Gemeinde im Folgejahr vorzunehmen.

Finanzplan

2018

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Rügen mbH

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016 (Vorvorjahr)	2017 (Vorjahr)	2018 (Planjahr)	2019 (1. Folgejahr)	2020 (2. Folgejahr)	2021 (3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	3	3	-20	8	-3	7
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	7	8	14	15	15	16
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen						
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-5	0	0	0	0	0
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)						
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	14					
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	2	0	0	0	0	0
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-11					
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten						
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	10	11	-6	23	12	23
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	6	0	0	0	0	0
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-2	-294	-19	-4	-3	-4
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens						
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen						
	davon a) empfangene Ertragszuschüsse						
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter						
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen						
19	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	4	-294	-19	-4	-3	-4
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen						
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)						
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen		196				
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten		-8				
24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	0	188	0	0	0	0
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	14	-95	-25	19	9	19
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands						
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	308	322	227	202	221	230
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	322	227	202	221	230	249

Stellenübersicht

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

**Bildungs- und
Beschäftigungsgesellschaft Rügen
mbH**

lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr	Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres	Anzahl und Bewertung im Planjahr	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
1	Geschäftsführer	1,0 / 12	1,0 / 12	1,0 / 12	
2	Leiter Operativ	0,8 / 10	0,8 / 10	0,8 / 10	
3	Sachbearbeiter Technik und Fachkraft Arbeitssicherheit	0,8 / 9	0,8 / 9	0,8 / 8	Kündigung Leiter Technik, Einstellung Sachbearbeiter Technik
4	Sachbearbeiter Personal	0,8 / 8	0,8 / 8	0,8 / 8	
5	Sachbearbeiter Finanzen	0,8 / 8	0,8 / 8	0,8 / 8	
insgesamt		4,2	4,2	4,2	

Name des Betriebs/Unternehmens:

Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Rügen mbH

Bilanz für das Jahr 2016

Aktivseite		Jahr	Vorjahr
A.	Anlagevermögen		
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände		
1.	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	845,55	428,55
2.	Geleistete Anzahlungen		
II.	Sachanlagen		
1.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00
a)	Geschäfts, Betriebs- und andere Bauten		
b)	Bahnkörper und Bauten des Schienenweges		
2.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten		
3.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten		
4.	Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu Nummer 1 oder 2 gehören		
5.	Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen ¹⁾		
6.	Verteilungsanlagen ¹⁾		
7.	Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen		
8.	Fahrzeuge für Personen- und Geschäftsverkehr		
9.	Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu den Nummern 5 bis 8 gehören		
10.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.716,19	15.865,76
11.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		
III.	Finanzanlagen		
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen ²⁾		
2.	Ausleihungen an verbundene Unternehmen ²⁾		
3.	Beteiligungen		
4.	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
5.	Wertpapiere des Anlagevermögens		
6.	Sonstige Ausleihungen		
B.	Umlaufvermögen		
I.	Vorräte		
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		
2.	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen		
3.	Fertige Erzeugnisse und Waren		
4.	Geleistete Anzahlungen		
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	40.746,81	38.974,55
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen ²⁾		
3.	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
4.	Forderungen an die Gemeinde und deren Sondervermögen		
5.	Sonstige Vermögensgegenstände	18.654,09	34.674,39
III.	Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiroguthaben	321.710,14	308.227,33
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
		392.672,78	398.170,58

Passivseite		Jahr	Vorjahr
A.	Eigenkapital		
I.	Stammkapital	26.000,00	26.000,00
II.	Rücklagen		
1.	Allgemeine Rücklage	230.081,35	230.081,35
2.	Zweckgebundene Rücklage		
III.	Gewinn/Verlust	-50.202,45	-36.923,79
	Gewinn/Verlust des Vorjahres		
	Verwendung für/ Ausgleich durch		
	Jahresgewinn/Jahresverlust	3.048,92	-13.278,66
B.	Sonderposten		
I.	mit Rücklagenanteil ³⁾		
II.	zum Anlagevermögen		
1.	empfangene Ertragszuschüsse		
2.	Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		
III.	Sonstige		
C.	Rückstellungen		
1.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		
2.	Steuerrückstellungen		
3.	Sonstige Rückstellungen	54.178,00	52.178,00
D.	Verbindlichkeiten		
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
2.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	1.209,76 1.209,76	13.527,38 13.527,38
4.	Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel		
5.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		
6.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
7.	Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde und deren Sondervermögen		
8.	Sonstige Verbindlichkeiten	128.357,20	126.586,30
	davon		
a)	mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	128.357,20	126.586,30
b)	aus Steuern	11.074,00	11.970,00
c)	im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,00	0,00
E.	Rechnungsabgrenzungsposten		
		392.672,78	398.170,58

¹⁾ Anlagen der Energie- und Wasserversorgung

²⁾ Die Begriffsbestimmung des § 15 AktG findet sinngemäß Anwendung

³⁾ Die Vorschriften, nach denen der Sonderposten gebildet wurde, sind im Anhang anzugeben.

Name des Betriebs/Unternehmens:

Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Rügen mbH

Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 2016

1.	Umsatzerlöse		<u>134.053,94</u>
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen		<u>0,00</u>
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen		<u>0,00</u>
	Erträge aus Zuschüssen		<u>1.159.407,03</u>
4.	Sonstige betriebliche Erträge		<u>21.340,06</u>
5.	Materialaufwand		
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	<u>-6.336,70</u>	
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-273,98</u>	<u>-6.610,68</u>
6.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	<u>-966.441,84</u>	
	b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-156.101,32</u>	<u>-1.122.543,16</u>
	davon für Altersversorgung	
7.	Abschreibungen		
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	<u>-6.678,04</u>	
	davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	
	davon nach § 254 HGB	
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	<u>0,00</u>	<u>-6.678,04</u>
	davon nach § 253 Abs. 3 HGB	
	davon nach § 254 HGB	
8.	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO		<u>0,00</u>
9.	Konzessionsabgabe		<u>0,00</u>
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen		<u>-173.889,46</u>
11.	Erträge aus Beteiligungen		<u>0,00</u>
	davon aus verbundenen Unternehmen	

12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens davon aus verbundenen Unternehmen	0,00
13.	Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen	108,56
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen	0,00
16.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.188,25
17.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und	0,00
18.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00
19.	Außerordentliche Erträge	0,00
20.	Außerordentliche Aufwendungen	0,00
21.	Außerordentliches Ergebnis	0,00
22.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,19
23.	Sonstige Steuern	-2.139,52
24.	Jahresgewinn/Jahresverlust	3.048,92

Name des Betriebs/Unternehmens:

Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Rügen mbH

Finanzrechnung 2016

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres	Wirtschaftsjahr
		Vorjahr	Wirtschaftsjahr
1	Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisanteile von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten nach interner Leistungsverrechnung	-13	3
2	Abschreibungen (+)/ Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	6	7
3	Auflösung (-)/ Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen		
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-8	-5
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)		
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	-3	14
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	-4	2
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	27	-11
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten		
10	Summe Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	5	10
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	8	6
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-2	-2
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens		
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen		
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen		
	davon		
	a) empfangene Ertragszuschüsse		
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen		
19	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	6	4
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen		
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde		
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen		
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten		
24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	0	0
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	11	14
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands		
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	297	308
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	308	322

Name des Betriebs/Unternehmens:
**Bildungs- und
Beschäftigungsgesellschaft
Rügen mbH**

Forderungsübersicht 2016

lfd. Nr.	Bezeichnung	Bilanzwert	Bilanzwert	vorgenommene Wertberichtigu- ngen für das Wirtschaftsjahr in TEUR	Forderungen zum Ende des Wirtschaftsjahres		
		zum Ende des Vor- jahres	zum Ende des Wirt- schafts- jahres		davon mit einer Restlaufzeit		
					bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren
1	Forderungen aus Liefere- rungen und Leistungen	39,0	40,7		40,7	0,0	0,0
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen						
	b) privatrechtliche Forderungen						
2	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,0	0,0		0,0	0,0	0,0
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen						
	b) privatrechtliche Forderungen						
3	Forderungen gegen Unter- nehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0	0,0		0,0	0,0	0,0
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen						
	b) privatrechtliche Forderungen						
4	Forderungen gegen die Gemeinde und deren Sondervermögen	0,0	0,0		0,0	0,0	0,0
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen						
	b) privatrechtliche Forderungen						
5	Sonstige Vermögensgegen- stände	34,6	18,7		18,7	0,0	0,0
	Summe Forderungen und sonstige Vermögens- gegenstände	73,6	59,4	0,0	59,4	0,0	0,0

Name des Betriebs/Unternehmens:
Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Rügen mbH

Verbindlichkeitenübersicht 2015

lfd. Nr.	Bezeichnung	Verbindlichkeiten zum 31.12.			Stand zum 31.12. Wirtschaftsjahr (Nominalwert)	Abzinsung zum 31.12. Wirtschaftsjahr	Stand zum 31.12. Wirtschaftsjahr (Bilanzwert)	davon durch Grundpfandrechte oder ähnliche Rechte	Art und Form der Sicherheit	Stand zum 31.12. Vorjahr (Bilanzwert)
		Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr						
		bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren	in TEUR					
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0			0,0		0,0			0,0
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr				0,0		0,0			0,0
2.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,0			0,0		0,0			0,0
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr				0,0		0,0			0,0
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1,2			1,2		1,2			13,5
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	1,2			1,2		1,2			12,3
4.	Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel	0,0			0,0		0,0			0,0
5.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,0			0,0		0,0			0,0
6.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0			0,0		0,0			0,0
7.	Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde/anderen Eigenbetrieben	0,0			0,0		0,0			0,0
8.	Sonstige Verbindlichkeiten	128,4			128,4		128,4			126,6
	davon:									
a)	mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	128,4			128,4		128,4			126,6
b)	aus Steuern	11,1			11,1		11,1			12,0
c)	im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,0			0,0		0,0			0,0
9.	Summe der Verbindlichkeiten	129,6	0,0	0,0	129,6	0,0	129,6	0,0		140,1

BILDUNGS- UND BESCHÄFTIGUNGSGESELLSCHAFT RÜGEN MBH PRORA

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2016

1. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Der Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern war wie in den Vorjahren saisonal geprägt von einer hohen Arbeitslosigkeit im Winter, einer Frühjahrsbelebung im Tourismus und der Baubranche, einer Sommerkonstante mit deutlich stärkerem Herbstaufschwung und dem typischen Anstieg zum Winterbeginn. Dabei schwankte 2016 die Arbeitslosigkeit zwischen 11,5 % im Januar, rund 9,0 % in den Sommermonaten und 8,6 % im Oktober (mit 71.000 Arbeitslosen niedrigster Stand seit der Wiedervereinigung). Typisch für des Flächenland Mecklenburg-Vorpommern ist das West-Ost-Anstieg der Arbeitslosigkeit und der erhebliche Unterschied zwischen größeren Städten mit Industriegebieten und dem überwiegend ländlichen Raum.

Die insgesamt positive Entwicklung des Arbeitsmarktes belegen die besseren Werte im Vergleich zum Vorjahr und die leichte Zunahme an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit hat im Vergleich zum Vorjahr weiter abgenommen. Betriebe haben die Chance genutzt, Ausbildungsplätze zu besetzen oder junge Fachkräfte nach Abschluss ihrer Ausbildung im Unternehmen zu binden.

Die stabile Binnenkonjunktur, das gewachsene Konsumklima und die positiven Geschäftserwartungen spiegeln sich in der wachsenden Personalnachfrage der Betriebe, so Margit Haupt-Koopmann von der Regionaldirektion Nord. Insbesondere in den Bereichen der unternehmensnahen Dienstleistungen, im Gesundheits- und Sozialwesen, im verarbeitenden Gewerbe sowie im Tourismus bieten sich Einstiegsmöglichkeiten. Betriebe versuchen zunehmend, ihre Fachkräfte auch über umsatzschwache Zeiten zu halten. Allerdings bleibt die Schere zwischen angebotenen Stellen und verfügbaren Bewerbern am Arbeitsmarkt eine zentrale Herausforderung an die Arbeitsmarktpolitik.

Weiterhin darf nicht übersehen werden, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Vorjahresvergleich zwar leicht gesunken ist, aber weiter relativ verfestigt auf hohem Niveau bleibt. Die bundesweit geführte Debatte über das Thema „Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit“ stellt besondere Herausforderungen an alle Arbeitsmarktpartner.

Zur Arbeitsmarktanalyse gehört auch der Blick auf die arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Ihre Entlastungswirkung hat immer noch eine große Bedeutung für den Arbeitsmarkt der Region. Ohne die Entlastungswirkung durch berufliche Qualifikation, Arbeitsgelegenheiten, Gründungszuschuss und weitere Maßnahmen läge die Arbeitslosen Quote vermutlich um ca. 3 % höher.

Der Landkreis Vorpommern-Rügen ist von strukturellen Defiziten geprägt. Viele Kleinbetriebe beschränken die Aufnahmefähigkeit von Arbeitskräften. Größere Industriebetriebe sind kaum vorhanden, größere Ansiedlungen derzeit nicht erkennbar.

Der Arbeitsmarkt auf Rügen ist von einer starken saisonalen Dynamik in den Bereichen Gastgewerbe, der Baubranche und der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen geprägt. Diese Bereiche stehen für ein geringes Lohn-/Gehaltsniveau und sehr häufig für Teilzeitbeschäftigung. Dazu kommt das kleiner werdende Fachkräftepotenzial, vor allem in der Hotel- und Gaststättenbranche. Die Freizügigkeit des europäischen Arbeitsmarktes schafft teilweise Verbesserung, aber nicht im gewünschten Umfang.

Die Arbeitslosigkeit auf Rügen schwankte 2016 extrem zwischen 17,2 % im Januar und Februar sowie 8,0 % im August. Dies sind im Vergleich zum Vorjahr bessere Werte und belegen eine leicht positive Entwicklung. Der Anteil der über 50-Jährigen hat geringfügig abgenommen. Auch bei den Langzeitarbeitslosen gab es kleinere positive Effekte. Allerdings bilden die Langzeitarbeitslosen immer noch mit rund 1000 (im Januar 1114, im August 933) einen relativ verfestigten Personenkreis, der ohne Unterstützung selbst kaum in der Lage sind, der Arbeitslosigkeit zu entkommen.

Der Landkreis Vorpommern-Rügen, Eigenbetrieb Jobcenter hat deshalb in seinem Arbeitsmarktprogramm 2015 / 2016 als erstgenannte Ziele die Erhöhung des Fachkräftepotenzials und die Aktivierung langjähriger Bestandskunden und Heranführung an den Arbeitsmarkt formuliert. Insbesondere der zweiten Zielstellung widmet sich die Arbeit der Gesellschaft.

Nach erheblichen Kürzungen des Eingliederungstitels in den Jahren 2010 bis 2012 hat sich der fiskalische Rahmen für Arbeitsmarktmittel seit 2013 stabilisiert. Im Laufe des Jahres konnte uns das Jobcenter Mittel für Arbeitsgelegenheiten (AGH), zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung (MABE) und Zuschüsse zur Schaffung von Arbeitsverhältnissen (FAV) in etwa gleicher Höhe wie im Vorjahr zur Verfügung stellen. Damit hatten wir eine konstante Planungsgröße und konnten zielgerichtet Fördermaßnahmen hauptsächlich mit Langzeitarbeitslosen durchführen, um sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen, sie zu betreuen und zu aktivieren.

2. Schwerpunkte der Tätigkeit der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2016 stand die weitere Entwicklung einer kleinen und effizienten Verwaltung und die Erhöhung der Qualität unserer Arbeit im Mittelpunkt der Tätigkeit der Gesellschaft.

Alle Mitarbeiter der BBR, das sind die beiden Leitungsfunktionen, die Sachbearbeiter der Verwaltung im administrativen Bereich, die beiden Sozialcoachs und die Projektleiter/Anleiter im operativen Bereich, haben sich aktiv in die Verbesserung unserer Arbeit eingebracht.

In der angestrebten Qualitätsarbeit haben wir uns auf folgende Schwerpunkte konzentriert:

Erstens bedeutet für uns Qualitätsarbeit immer die Verbesserung der Anleitung und Betreuung unserer Teilnehmer. Mit 2 Projektleitern und einem Anleiter, unterstützt durch den Leiter Operativ und dem Leiter Technik, haben wir einen Betreuungsschlüssel, der eine intensivere und individuellere Anleitung möglich macht. So können wir stärker auf unsere Teilnehmer eingehen, sie fordern und besser bei auftretenden Problemen agieren. Viele Teilnehmer sind dankbar, wenn neben der eigentlichen Arbeit über persönliche Gespräche die Hilfe zu den unterschiedlichsten individuellen Problemen angeboten bzw. vermittelt wird.

Zweitens konnten wir unser Qualitätscontrolling auf hohem Niveau halten. Regelmäßig zum Quartalsende führen wir eine Managementbewertung durch und hinterfragen unsere eigene Arbeit mit dem Ziel der ständigen Verbesserung. Die Teilnehmerbefragungen bei AGH und den Teilnehmer des Projektes „Aufsuchendes Sozialcoaching und Integrationsbegleitung“ gehören zu unserem Standard und sind Grundlagen für Verbesserungen.

Drittens werden die eingeführten Selbstkontrollen weiter ausgebaut. Mit internen Audits und Prüfungen (zusätzlich zu den standardmäßigen Kontrollen) zu ausgewählten Schwerpunkten werden Probleme nicht nur festgestellt, sondern mit regelmäßiger Auswertung nach besseren Lösungen gesucht. Wichtig ist dabei die Einbeziehung von Sachbearbeitern der Verwaltung in funktionsübergreifende Bereiche und Themen, um eingefahrene Gleise neu zu bewerten, neue Gedanken einzubringen und positive Veränderungen zu erreichen.

Viertens werden die Dokumentation und Nachweisführung auf hohem Niveau gehalten. Insbesondere die überarbeiteten bzw. neu eingeführten Vordrucke zur Bearbeitung der Fördermaßnahmen haben den Arbeitsprozess weiter strukturiert und vereinfacht. Die positiven Ergebnisse unserer Arbeit können jetzt besser dargestellt werden.

Zusammenfassend können wir einschätzen, dass unser QM-System lebt und unsere Arbeit positiv beeinflusst. Das 3. Überwachungsaudit durch die Zertifizierungsgesellschaft am 29.08.2016 hat uns bescheinigt, dass

- die BBR nach § 178 Nummer 1 des SGB III ein leistungsfähiger und zuverlässiger Träger ist
- ein System zur Sicherung der Qualität vorliegt, dass durch zielgerichtete und systematische Verfahren und Maßnahmen die Qualität der Leistungen gewährleistet und kontinuierlich verbessert
- und ein wirksames Qualitätsmanagement unterhält, das die jeweils gültigen gesetzlichen Anforderungen erfüllt

- die Zulassung als Träger der Arbeitsförderung aufrechterhalten wird.

Inhaltlich haben wir uns auf die Projekte Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung sowie Sozialcoaching und Integrationsbegleitung konzentriert (siehe Pkt. 3).

In den turnusmäßigen Sitzungen des Beirates, des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlungen wurde zur Lage der Gesellschaft beraten, der Jahresabschluss 2015 bestätigt und der Wirtschaftsplan für 2017 beschlossen. Außerdem wurde in den Gremien und weiteren Fachgesprächen zur Sicherung des Firmenstandortes in Prora diskutiert. Unser Ziel ist der Kauf der Liegenschaft. Der jetzige Eigentümer, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Sitz in Rostock, hat auf Anfrage die Möglichkeit eines Direktverkaufes bejaht. Der Direktkauf ist nach wie vor unsere erste Option zur Sicherung des Standortes. Allerdings hat die Gemeinde Ostseebad Binz starkes Interesse zum Kauf der Liegenschaft vorgebracht und seinen Bedarf nach einem Betriebsstandort für die Kurverwaltung im Zusammenhang mit der Infrastrukturentwicklung in Prora begründet. Derzeit laufen weitere Gespräche zwischen dem stellvertretenden Landrat Herrn Gerth und dem Binzer Bürgermeister Herrn Schneider mit dem Ziel, eine einvernehmliche Lösung zur langfristigen Sicherung des Firmenstandortes durch eigenen Kauf oder möglicherweise durch einen Erbbaupachtvertrag mit der Gemeinde Binz zu erzielen.

Rückblickend können wir feststellen, dass die Gesellschaft unter den veränderten Bedingungen auch im Jahr 2016 ihre satzungsgemäßen Aufgaben zur Umsetzung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik erfüllt hat. Voraussetzung dafür war in erster Linie eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem kommunalen Jobcenter. Die BBR als Träger für gemeinnützige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen hat 2016 dazu beigetragen, den Arbeitsmarkt auf Rügen weiter günstig zu entwickeln.

Wichtigster Garant für die guten Ergebnisse waren das umfangreiche Engagement der Mitarbeiter der Gesellschaft, die weiter gefestigten Kooperationsbeziehungen zu unseren Partnern (Kommunen, Ämter, Vereine, Verbände und Institutionen) und die entsprechende finanzielle Ausstattung durch das Jobcenter, das Land, den Landkreis und den Kooperationspartnern.

An dieser Stelle muss auch die Bereitschaft der übergroßen Mehrheit der Beschäftigten, in den unterschiedlich geförderten Maßnahmen gute Arbeitsergebnisse zu erzielen, hervorgehoben werden. Mit gemeinnütziger Beschäftigung in den Projekten haben wir einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe der langzeitarbeitslosen Hilfebedürftigen in das gesellschaftliche Leben geleistet und zur sozialen, kulturellen und strukturpolitischen Entwicklung auf Rügen beigetragen.

3. Projekte und Beschäftigungsstand

Die arbeitsmarktpolitische Tätigkeit der BBR mittels Förderprojekten war in 2016 durch Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH) sowie durch Maßnahmen mit Beschäftigungszuschuss (BEZ, FAV, EGZ) bestimmt. Außerdem wurden zugewiesene Teilnehmer im zertifizierten Coachingprojekt „Aufsuchendes Sozialcoaching und Integrationsbegleitung“ betreut und für den Arbeitsmarkt aktiviert.

Wichtigstes Standbein und Schwerpunkt der Arbeit sind die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH) nach § 16d SGB II. Die Abstimmung der AGH-Maßnahmen für 2016 mit dem Jobcenter im Januar stimmte uns sehr optimistisch, da wir gegenüber der Wirtschaftsplanung mit 129 Stellen sogar mit 139 Stellen rechnen konnten. Leider kam Ende März die Information, dass 2 AGH mit 31 Teilnehmern wegen fehlender Finanzen ausgesetzt und 2 weitere um einen Monat verschoben werden. Das hatte große Auswirkungen auf den Beschäftigungsstand. Der Beschäftigungsstand im Jahresdurchschnitt sank von vorgesehenen 139 AGH (+10 zum Plan) auf 118 Teilnehmer. In der Erfolgsrechnung führte das zu Mindereinnahmen mit einem zu dem Zeitpunkt berechneten voraussichtlichen Jahresfehlbetrag von ca. 40 bis 50 T€.

Erfreulicherweise hat sich die Situation im 3. Quartal entspannt. Die zwei um einen Monat verschobenen AGH in der Werkstatt Bergen wurden genehmigt und haben im Juni bzw. Juli begonnen. Die ausgesetzten 2 AGH im Umweltbereich sind 3 Monate später mit 17 Teilnehmern (von geplanten 31) gestartet. Den höchsten Beschäftigungsstand erreichten wir im August und September mit 167 Teilnehmern, davon 73 in den Kommunen, 79 in den Sozialwerkstätten Bergen und Sassnitz sowie 15 in den

zwei Projekten Schandfleckenbeseitigung und Integrationsatlas. Im Jahresdurchschnitt sind wir auf 124 AGH-Teilnehmer gekommen, fünf Stellen weniger als im Wirtschaftsplan vorgesehen.

Mit der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt haben auch einige Langzeitarbeitslose eine neue Arbeit gefunden. Das hat für uns zur Folge, dass die vom Jobcenter uns zugewiesenen neuen Teilnehmer immer arbeitsmarktferner sind. Multiple Vermittlungshemmnisse stehen bei ihnen häufig einer unmittelbaren Beschäftigungsaufnahme entgegen. Für diese unterstützungsbedürftigen Leistungsberechtigten sind die AGH eine gemeinnützige Arbeit, um sie am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.

Unser Projekt „Aufsuchendes Sozialcoaching und Integrationsbegleitung“ wurde erfolgreich im dritten Jahr fortgeführt und abgeschlossen. Im 4. Quartal konnten 11 neue Teilnehmer gewonnen werden. Insgesamt haben in den vergangenen drei Jahren 258 Teilnehmer des Jobcenters, 27 Flüchtlinge und dazugehörige Bedarfsgemeinschaften und 7 Teilnehmer der Agentur für Arbeit am Coaching teilgenommen. Teilnehmer des Jobcenters wurden in der Regel mit einer Kontaktdichte von 1,5 Stunden pro Woche zwischen 3 und 6 Monaten, manche bis zu 12 Monaten gecoacht. Die anerkannten Flüchtlinge wurden im 1. Halbjahr 2016 nach Übergang der Rechtsträgerschaft von Sozialamt zu Jobcenter unter der speziellen Zielstellung der Wohnungssuche betreut. Die Teilnehmer aus der Agentur wurden bei höherer Kontaktdichte über einen kurzen Zeitraum mit dem Ziel der schnellen Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt betreut. Die Sozialcoachs konnten in allen Fällen durch individuelle fachliche Beratung und Betreuung in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter und der Agentur für Arbeit entsprechende Unterstützung für die Teilnehmer anbieten und durchführen. Das Projekt war bis zum 10.12.2016 zugelassen, d. h. bis dahin konnten Teilnehmer in das Projekt eintreten. Per 31.12.2016 haben von den 258 Teilnehmern des Jobcenters 247 das Coaching abgeschlossen, 11 Teilnehmer werden individuell in 2017 weiter betreut, der letzte Teilnehmer bis zum 05.06.2017. Die Ergebnisse des Coachings sind unter der Managementbewertung zu lesen.

Die von uns im August beantragten 22 Stellen für Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM), im September dann auf 14 Stellen korrigiert, können durch die BBR nicht durchgeführt werden. Als Träger fehlt uns die erforderliche Anerkennung der Gemeinnützigkeit durch die Finanzverwaltung. Ein entsprechender Antrag auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit, von unserem Steuerbüro am 13.01.2014 im Zusammenhang mit der geplanten Beschäftigung im Bundesfreiwilligendienst gestellt, wurde uns vom Finanzamt Stralsund am 25.06.2014 abgelehnt. Die Gemeinnützigkeit für Beschäftigungsgesellschaften mit Bezug auf die laut Satzung festgelegten gemeinnützigen Aufgaben und Arbeiten wird es nicht geben. Mit dem Rückgang der zuwandernden Flüchtlinge (FIM nur für Flüchtlinge im Asylverfahren – vor Anerkennung bzw. Ablehnung) ist das Programm für unsere Region weniger relevant. Wichtiger wird die stufenweise Integration der anerkannten Flüchtlinge, die den Integrationskurs erfolgreich abgeschlossen haben und auch hierbleiben wollen. Wir werden Flüchtlinge in die Förderprogramme des Jobcenters, als Übergangslösung auch in AGH, und in die Förderungen der Agentur für Arbeit aufnehmen.

In den Bundesprogrammen zur Förderung einzelner Hilfebedürftiger beschäftigten wir in 2016 durchschnittlich 13 Mitarbeiter. Das waren mit Beschäftigungszuschuss (BEZ) 3 unbefristet eingestellte Mitarbeiter, mit Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) 9 Mitarbeiter über 2 Jahre Förderung und mit Eingliederungszuschuss für Schwerbehinderte (EGZ-SB) 2 Mitarbeiter.

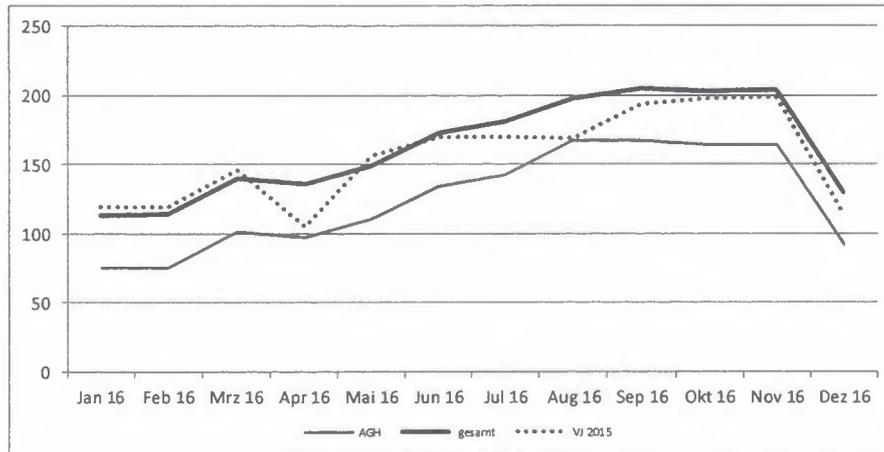
Als anerkannter Träger der freien Jugendhilfe beschäftigten wir über Förderung des Jugendamtes eine Schulsozialarbeiterin in Gingst und eine Jugendsozialarbeiterin im Jobclub. Außerdem haben wir durchschnittlich 10 Integrationshelfer/innen zur Einzelbetreuung von Schülern mit Lernschwächen bzw. Verhaltensauffälligkeiten beschäftigt. Im November konnten zwei weitere Integrationshelfer/innen eingestellt werden, sodass jetzt 12 tätig sind.

Im Jobclub Rügen, unserer eigenen Beratungsstelle, fanden 687 Personen, darunter 251 Jugendliche, individuelle Hilfe und Unterstützung bei der Suche nach Arbeit und Ausbildung. Zur Bewerbungsberatung gehören die Erarbeitung professioneller Bewerbungsunterlagen und das Training von Bewerbungsgesprächen.

Für zwei Kommunen haben wir außerdem weitere drei Beschäftigungsverhältnisse fortgeführt.

Den Beschäftigungsstand können Sie der Übersicht mit Diagramm und dem tabellarischen Vergleich von Plan und tatsächlichem Ist entnehmen.

		Jan 16	Feb 16	Mrz 16	Apr 16	Mai 16	Jun 16	Jul 16	Aug 16	Sep 16	Okt 16	Nov 16	Dez 16	Durchschnitt
AGH -Maßnahmen	AGH	75	75	101	97	111	134	142	167	167	164	164	92	124
Förderung FAV/EGZ		13	13	13	13	12	13	13	13	13	13	13	12	13
Sonstige Projekte		20	21	21	21	21	21	21	13	20	21	22	21	20
Verwaltung Stamm		5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5
Beschäftigte BBR	gesamt	113	114	140	136	149	173	181	198	205	203	204	130	162
	WPlan	110	110	136	133	189	199	203	195	202	202	202	123	167
	VJ 2015	119	119	146	105	156	170	170	169	194	198	199	114	155



Vergleich Plan – tatsächliches Ist

	Planung 12/2016			tatsächliches IST 12/2016			Abweichur Plan - IST
	Anzahl Maßnahmen	Beschäftigte 01.12.16	durchschnittl. Beschäftigte Jan - Dez	Anzahl Maßnahmen	Beschäftigte 01.12.16	durchschnittl. Beschäftigte Jan - Dez	
AGH	6	84	129	6	92	124	-5
BEZ FAV EGZ	16	16	16	12	12	13	-3
SSA JSA IH	9	9	8	14	14	12	4
Sonstige	3	3	3	3	3	3	0
PL AL Coach	4	6	6	2	4	5	-1
Stamm		5	5		5	5	0
gesamt	38	123	167	37	130	162	-5

Der Beschäftigungsstand zum Stichtag 01.12.2016 ist mit 130 Beschäftigten/Teilnehmern etwas höher als im Wirtschaftsplan 2016 berechnet. Allerdings liegt die durchschnittliche Beschäftigung von Januar bis Dezember mit 162 um 5 Beschäftigte/Teilnehmer unter Plan. Das wurde durch die Verschiebung und geringere Besetzung bei AGH verursacht.

4. Managementbewertung

Zur Verbesserung unserer Qualitätsarbeit führen wir zu jedem Quartalsende eine stichtagsbezogene Managementbewertung durch. Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Die AGH-Maßnahmen, die Ende November beendet waren, wurden detailliert mittels Feedbackbögen durch die Teilnehmer bewertet. Die ausgeschiedenen Teilnehmer aus dem Projekt „Aufsuchendes Sozialcoaching und Integrationsbegleitung“ haben ebenfalls mittels Teilnehmerbefragung ihre Einschätzung kundgetan. Diese Befragungen und die täglichen Gespräche geben uns eine durchweg positive Einschätzung unserer Arbeit.
2. Unsere Kundenziele wurden erfüllt.
 - a. Ergebnisse bei AGH
 - Die Beschäftigten waren überwiegend zufrieden mit ihrer Tätigkeit und der Betreuung durch uns.
 - Die ausgeschiedenen AGH-Teilnehmer geben uns die Gesamtnote 2,1. Sie bewerten die Betreuung mit 1,8, die Abwicklung der Maßnahmen mit 2,0 und die Ausstattung mit 2,4.
 - Einen persönlichen Nutzen sehen 95 %, einen Nutzen für die Öffentlichkeit 98% der Beschäftigten. Sie bestätigen uns zu 96 % eine gute Unterstützung zur persönlichen Aktivierung.
 - Die Fehlzeitenquoten betragen im Jahresdurchschnitt 5,2% (Ziel < 5 %). Die Überschreitung der Zielvorgabe wurde durch einzelne Teilnehmer in den AGH verursacht, die der Arbeit längere Zeit fernblieben. Sie wurden nach erfolglosen Bemühungen zur Arbeitsaufnahme durch die Arbeitsvermittler aus der Maßnahme abberufen (vgl. Abbruchquote unter 3.).
 - Die Vorgaben des Jobcenters wurden erfüllt. Es gab keine negativen Rückmeldungen und keine Beanstandungen.
 - Nach Zuweisung der Beschäftigten und deren Einsatz in Kommunen und Vereinen gab es keine Beanstandungen durch unsere Partner (=Einsatzstellen), einzelne Probleme wurden sofort vor Ort geklärt.
 - b. Ergebnisse des Sozialcoachings
 - In 2016 haben wir 138 Teilnehmer betreut, davon 105 vom Jobcenter, 6 von der Agentur für Arbeit und zusätzlich 27 Flüchtlinge, z. T. mit Bedarfsgemeinschaft.
 - Insgesamt fanden 1630 Beratungen mit 2499 Stunden statt.
 - Rückblickend auf die abgelaufenen 3 Jahre des Projektes haben wir 258 TN des Jobcenters mit folgenden Schwerpunktthemen betreut: individuelle Problemlösung (195), Beseitigung von Denkblockaden (115), Einbeziehung anderer Beratungsstellen (112), gesundheitliche Stabilisierung (107), Konfliktmanagement (79) und Hilfe bei Finanzproblemen (72).
 - Zielgerichtet wurde anschließend die Aktualisierung der Bewerbungsunterlagen (203) und die konkrete Suche nach Beschäftigung (203) forciert.
 - In 2016 konnten aus dem Sozialcoaching 13 Vermittlungen erzielt werden, 12 in den 1. Arbeitsmarkt und eine in Qualifizierung/Fortbildung.
 - Es gab ein sehr gutes Feedback der ausgeschiedenen Teilnehmer. Per 30.06. und per 31.12.2016 haben wir von zusammen 97 befragten TN folgende Bewertung erhalten (Schulnoten 1 – 6):
 - Bewertung der Gesellschaft (Information, Unterstützung, Abwicklung, Erreichbarkeit) mit Note 1,5 (zum 30.06.) bzw. 1,7 (zum 31.12.)
 - Hinweise und Anregungen gaben 54 %, auf die mit Note 1,8 eingegangen wurden
 - Organisation des Coachings 1,9 bzw. 1,9
 - Beurteilung des Coachings: Eignung der Coachs, Methodik, Medieneinsatz, vermittelte Inhalte, Häufigkeit mit 1,9 bzw. 2,0
 - Qualität des Coachings 1,3 bzw. 1,6!!
 - Eingehen auf TN und Unterstützung der TN 1,2 bzw. 1,5!!
 - Unterstützung bei der Suche nach Arbeit, Vermittlungsaktivitäten 1,8 bzw. 1,9
 - Gesamtnote der Aktivierungsmaßnahme 1,6 bzw 2,2
 - Verbesserung der Eingliederungschancen bei 76 bis 79 % (unter Beachtung der Vermittlungshemmnisse eine reale Selbsteinschätzung)

- 96 % bzw. 89 % der TN würden wieder an der Maßnahme teilnehmen
 - Das ist unserer Meinung nach eine sehr gute Einschätzung und zeugt von der hervorragenden Arbeit unserer Sozialcoachs.
3. Die Maßnahmenziele bei AGH wurden erfüllt.
- Die Anwesenheit war hoch, die Arbeitsinhalte wurden umgesetzt.
 - Durchschnittlich haben wir in 2016 gesamt 162 Mitarbeiter beschäftigt, davon 124 AGH.
 - Die Abbruchquote aus unerklärten Gründen lag bei durchschnittlich 3,2 %. Das Ziel von < 5 % wurde nur im Mai und Juli überschritten. Dies ist im Zusammenhang mit den unbegründeten Fehlzeiten einzelner Teilnehmer zu sehen. Im Jahr wurden durch das Jobcenter 47 von 428 Teilnehmern herausgenommen (25 aus gesundheitlichen Gründen, 22 wegen mangelhafter Arbeitsmoral).
 - Vermittlungsquoten sind uns in AGH nicht konkret vorgegeben. Unsere Anstrengungen in der persönlichen Betreuung richten sich aber auf die Aktivierung und möglichst Vermittlung in Ausbildung bzw. Arbeit auf dem 1. Arbeitsmarkt.
In 2016 haben wir für 24 Teilnehmer eine neue berufliche Perspektive geschaffen, 13 aus dem Coaching heraus und 11 weitere. Von 24 wurden 18 in den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt. Für weitere 6 Personen haben wir selbst eine sv-pflichtige Beschäftigung als FAV, EGZ bzw. Integrationshelfer geschaffen.
4. Das Beschwerdemanagement wird umgesetzt. Im Quartal gab es keine Beschwerden von Mitarbeitern.
Seitens des Jobcenters und unserer Partner (Kommunen, Vereine etc.) gab es ebenfalls keine Beschwerden. Hinweise zu Verbesserungen wurden im laufenden Geschäft besprochen und geklärt.
5. Interne Audits und Prüfungen wurden entsprechend der Prüfplanung durchgeführt bzw. aktualisiert. Es gab keine wesentlichen Abweichungen zu den festgelegten Prozessen und Verfahren. Durch einen Unfall (Verkehrsunfall) mit Todesfolge wurden sofort alle Festlegungen, Aktivitäten und Dokumente des Arbeits- und Gesundheitsschutzes überprüft und ggfls. überarbeitet.
6. Es waren keine wesentlichen Korrektur- und Vorbeugungsmaßnahmen notwendig. Die Arbeitsschutzbelehrungen, Gefährdungsbeurteilungen und Betriebsanweisungen wurden aktualisiert und erweitert. Weitere kleinere Veränderungen wurden im Zuge der Optimierung im laufenden Geschäft vorgenommen.

Das am 29.08.2016 von der bag cert gmbh durchgeführte 3. Überwachungsaudit führte ohne Beanstandungen zur Aufrechterhaltung der Trägerzulassung nach der AZAV.

Zusammenfassend können wir einschätzen, dass die Gesellschaft ihre Aufgaben als Dienstleister auf dem 2. Arbeitsmarkt erfüllt hat. Wir haben unsere selbstgesteckten Ziele erreicht. Vielen Hilfebedürftigen haben wir über Beschäftigung die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht, sie in schwierigen Lebenssituationen unterstützt, sie aktiviert und für immerhin 24 Mitarbeiter bzw. Teilnehmer eine neue berufliche Perspektive geboten. Mit dem Wissen um die Herkunft und die Vermittlungshemmnisse dieser Personen ist das ein sehr gutes Ergebnis.

Darauf sind wir stolz und freuen uns, dass uns die Teilnehmer in den Förderprojekten eine so gute Beurteilung unserer Arbeit bescheinigen. Das spornt uns weiter an.

Diese Ergebnisse waren unter anderem auch möglich, weil wir in Absprache mit dem Jobcenter den Betreuungsschlüssel seit 2014 verbessern konnten. Die Projektleiter können sich bei einem Schlüssel von ca. 1 zu 50 intensiver um die Projekte und die einzelnen Teilnehmer kümmern als in früheren Jahren.

Im Paket mit unserem Projekt „Aufsuchendes Sozialcoaching und Integrationsbegleitung“ und der Arbeit des Jobclubs als Anlaufstelle zur Erarbeitung von Bewerbungen haben wir eine intensive Betreuungsleistung erzielt, die mit entsprechenden positiven Ergebnissen (siehe Managementbewertung) belegbar ist.

5. Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung

Die Erfolgsrechnung steht immer im unmittelbaren Zusammenhang mit der Anzahl der Teilnehmer in den Förderprojekten. Wichtigster Garant für die erfolgreiche Arbeit der Gesellschaft ist die gute Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Rügen. Die Planungsgespräche im Herbst des Vorjahres, die Bestätigung der finanziellen Mittel zu Beginn des Wirtschaftsjahres und die Einhaltung der Absprachen sind Voraussetzungen für Kontinuität und Erfolg.

Mit durchschnittlich 162 Beschäftigten und Teilnehmern haben wir nur 5 weniger als geplant erreicht. Damit wurde im Wesentlichen unser Ziel erreicht und ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt.

Die Erträge aus Zuschüssen betragen 93,2 % des Planes. Die Zuschüsse wurden überwiegend als Personalkosten (95,8 %) an die Beschäftigten ausgezahlt.

Die Umsatzerlöse mit 77,4 % zum Plan fallen deutlich geringer aus. In der Planung hatten wir für 2016 weitere 4 FAV-Stellen vorgesehen. Diese wurden durch das Jobcenter in 2016 nicht bewilligt. Lediglich 2 Stellen über EGZ für Schwerbehinderte konnten ab Juni bzw. August neu geschaffen werden. Aus diesem Grund waren die geplanten Umsätze (das sind die Kofinanzierungen der Dritten für diese Stellen) deutlich geringer.

Die Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen wurden unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit sehr zurückhaltend geführt und liegen deutlich unter dem Plan. Materialien für die beiden Sozial-/Holzwerkstätten konnten aus den Förderprojekten und aus Altbeständen sichergestellt werden.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen wir mit 109,2 % über dem Plan. Überwiegend Fixkosten beherrschen diese Position. Einsparungen sind hier kaum möglich. Höhere Raumkosten als geplant fallen durch Mietzahlungen für die Verwaltung an, da der geplante Kauf des Firmenstandortes im August nicht realisiert wurde und das Objekt weiter gemietet wird. Außerdem ist die Miete für die Sozial-/Holzwerkstatt in Bergen planmäßig gestiegen, wobei die Steigerung adäquat durch höhere Zuschüsse gedeckt wird. Leichte Steigerungen fielen bei Versicherungsbeiträgen und bei sonstigen betrieblichen Aufwendungen (hier ein periodenfremder Aufwand zur Unfallkasse M-V) an.

Bei Investitionen haben wir zurückhaltend agiert. Die Investition Betriebsgrundstück und Gebäude wurde in das Jahr 2017 verschoben. Als zusätzliche Investition haben wir unsere voll funktionstüchtige Telefonanlage in der Verwaltung für lediglich 0,8 T€ nach Auslauf des Leasingvertrages und eine neue Serverlizenz angeschafft. Im Bereich der GWG haben wir von geplant 4,2 T€ nur 1,0 T€ realisieren müssen. Insgesamt wurden Anlagegüter in Höhe von nur 2,4 T€ angeschafft.

Die Liquidität der Gesellschaft war dank des Eigenkapitals und der Zahlungsabfolge in den Förderprojekten nicht gefährdet. Die Gesellschaft war stets voll zahlungsfähig. In Absprache mit der Sparkasse Vorpommern haben wir auf eine Prolongation des Kontokorrentkredites verzichtet. Mit unserem Eigenkapital haben wir eine ausreichende Deckung für alle Zahlungen. Bei zukünftigen kurzfristigen Engpässen wird die Zahlungsfähigkeit mit einer Einzelfalllösung durch die Sparkasse gesichert.

Erwartungsgemäß wurde im 3. und 4. Quartal der höchste Beschäftigungsstand erreicht. Damit verbunden haben die Teilnehmerpauschalen die Erträge verbessert und das bisherige negative Ergebnis zu einem geringen Jahresüberschuss umgedreht.

Mit dem Jahresabschluss haben wir die Kostendeckung erreicht und weisen als Gesamtergebnis einen Überschuss von 3,0 T€ aus (Plan 0,4 T€). Das betriebswirtschaftliche Ziel wurde erreicht. Das Eigenkapital der Gesellschaft wird um 3,0 T€ auf 208,9 T€ steigen.

Zu den guten inhaltlichen Ergebnissen schließen wir das Geschäftsjahr 2016 also auch finanziell positiv ab.

Mit dem erfolgreichen Geschäftsjahr 2016 hat sich die Gesellschaft weiter stabilisiert und bewiesen, dass sie im kleinen Bestand sehr effizient und erfolgreich arbeiten kann.

6. Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Die Lage der Gesellschaft - betrachtet vom finanztechnischen Standpunkt und bezogen auf den Bilanzstichtag - ist durch eine stabile Vermögens- und Kapitalstruktur gekennzeichnet. Die leichte Zunahme von Fördermaßnahmen und Beschäftigungszahlen im Vergleich zum Vorjahr wird in der Ergebnisrechnung durch die um 15 % höheren Erträge aus Zuschüssen deutlich.

Das Anlagevermögen hat weiter abgenommen und beträgt mit 11,6 T€ nur noch 2,9 % der Bilanzsumme. Wichtige Wirtschaftsgüter wie die Fahrzeuge zur Vor-Ort-Betreuung unserer Mitarbeiter sind nach Ablauf ihrer Nutzungszeit weiter im Einsatz. Veralterte und nicht mehr benötigte Technik wurde verkauft. Die sonstige Büroausstattung, Computer- und Kommunikationstechnik wird mittels Ersatzinvestitionen ausreichend modern gehalten. Die Ausstattung in den Werkstattbereichen ist zweckentsprechend. Geplante Investitionen im Bereich der geringfügigen Wirtschaftsgüter bis 1.000 € wurden vorgenommen.

Der geplante Kauf des Grundstückes in Prora, Sitz der Gesellschaft mit Verwaltung und Technikstützpunkt, konnte nicht realisiert werden und wurde in das folgende Wirtschaftsjahr verschoben. Die Gesellschaft hat keinerlei Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten im Besitz.

Der Forderungsbestand liegt auf Vorjahresniveau und spielt mit nur 15 % der Bilanzsumme eine eher untergeordnete Rolle. Die Arbeitsverwaltung zahlt ihre Zuschüsse zum Jahresende überwiegend zeitnah noch im Dezember aus. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffen die Kofinanzierung von Projekten mit Beschäftigungszuschüssen, die die Dritten (Kommunen, Vereine, Institutionen, ...) aufbringen.

Der Kassenbestand hat mit 82 % den höchsten Anteil an den Aktiva und im Vergleich zum Vorjahr leicht zugenommen.

Die Gesellschaft weist zum Bilanzstichtag ein stabiles Eigenkapital aus. Die Eigenkapitalquote beträgt 53,2 %. Das Eigenkapital hat sich mit dem Jahresüberschuss wie folgt entwickelt:

	Stand 31.12.2016 - in T€ -	Stand 31.12.2015 - in T€ -
Gezeichnetes Kapital	26,0	26,0
Kapitalrücklage	230,1	230,1
Gewinnvortrag	- 50,2	- 36,9
Jahresfehlbetrag/-überschuss	3,0	- 13,3
	<u>208,9</u>	<u>205,9</u>

Das Eigenkapital gibt uns weiterhin finanzielle Sicherheit.

Mit den sonstigen Rückstellungen in Höhe von 54,2 T€ sind alle Risiken bewertet und abgesichert. Die Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

	- in T€ -
Stand 01.01.2016	52,2
Verbrauch	- 36,5
Auflösung	- 4,6
Zuführung	<u>43,1</u>
Stand 31.12.2016	54,2

Die Verbindlichkeiten haben sich zum Vorjahr vermindert und betragen 33 % der Bilanzsumme. Insbesondere die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben durch rechtzeitige Einkäufe und Zahlungsabwicklung vor dem Bilanzstichtag abgenommen. Verbindlichkeiten aus nicht abgerech-

neten Zuschüssen und Leistungsverbindlichkeiten in Projekten, entstanden durch Vorauszahlungen in länger laufenden Projekten, bewegen sich auf Vorjahresniveau. Auch die sonstigen Verbindlichkeiten, überwiegend Verbindlichkeiten gegenüber Arbeitnehmern und aus Steuern, sind vergleichbar mit dem Vorjahr.

Die Finanzlage war jederzeit stabil und die Finanzierung der Gesellschaft gesichert. Die Liquidität der Gesellschaft war dank des hohen Eigenkapitals und der Zahlungsabfolge in den Förderprojekten nicht gefährdet. Die Gesellschaft war stets voll zahlungsfähig. Die Barliquidität beträgt zum Bilanzstichtag 168 %. In Absprache mit der Sparkasse Vorpommern haben wir auf eine Prolongation des Kontokorrentkredites verzichtet. Mit unserem Eigenkapital haben wir eine ausreichende Deckung für alle Zahlungen. Bei zukünftigen kurzfristigen Engpässen wird die Zahlungsfähigkeit mit einer Einzelfalllösung durch die Sparkasse gesichert.

Das geringe Anlagevermögen ist vollständig langfristig und ausschließlich durch das hohe Eigenkapital finanziert. Das kurzfristige Fremdkapital ist vollständig durch das kurzfristig gebundene Vermögen gedeckt.

Die Ertragslage der Gesellschaft ist immer abhängig von der Anzahl der Beschäftigten und den dazugehörigen Förderkonditionen. In der Gesellschaft waren im Monatsdurchschnitt 162 Arbeitnehmer und Teilnehmer beschäftigt. Das waren im Vorjahresvergleich 7 Beschäftigte/Teilnehmer mehr, gegenüber der Wirtschaftsplanung aber 5 weniger.

Diese geringe Abweichung hat keine wesentlichen Auswirkungen. Das Ziel Kostendeckung wurde erreicht. Mit dem Ergebnis von 3,0 T€ wird ein leichter Überschuss erzielt. Der entsteht durch sonstige betriebliche Erträge, insbesondere dem Verkauf von Anlagegütern.

Die Verwendung des Jahresergebnisses kann wie folgt behandelt werden:

Jahresfehlbetrag 2016	3,0 T€
Verrechnung mit Verlustvortrag	-50,2 T€
Vortrag auf neue Rechnung	-47,2 T€

7. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft werden von unterschiedlichen Faktoren bestimmt. Der Wesentlichste ist als externer Faktor die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die aktive Arbeitsmarktpolitik durch den Bund, das Land, den Landkreis und die unterschiedlichen Partner.

Sowohl im Bund, im Land und regional wird seit einem Jahr immer stärker das Thema Langzeitarbeitslosigkeit diskutiert. Die Erkenntnis ist gereift, dass sich die Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt hat und sogar entgegen dem positiven Arbeitsmarkttrend leicht zugenommen hat.

Nach derzeitigem Stand werden in unserer Region keine größeren betrieblichen Ansiedlungen erfolgen. Die demografische Entwicklung wird nach aktuellen Erkenntnissen zu keinem größeren Rückgang führen. Marktferne komplexe Profillagen mit den Schwerpunkten Gesundheit, Finanzen, Mobilität und Qualifikation werden weiter zunehmen, dadurch wird das Potenzial an Personen für eine kurzfristige Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung geringer.

Diese wesentlichen Aussagen aus dem Arbeitsmarktprogramm 2015/2016 des Landkreises Vorpommern-Rügen, Eigenbetrieb Jobcenter, decken sich mit unseren praktischen Erfahrungen, Beobachtungen und betrieblichen statistischen Auswertungen.

Wir hoffen sehr, dass sich aus diesen Erkenntnissen heraus die Rahmenbedingungen für Arbeitsmarktprogramme verbessern. Im Bund und Land muss die Erkenntnis reifen, dass neben der ohne Zweifel wichtigen Förderung von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt auch die langzeitarbeitslosen Hilfebedürftigen eine Chance verdienen. Die individuelle Entwicklung des Einzelnen und die Integration in sozialversicherungspflichtige Arbeit ist die wichtigste Aufgabe. Wenn dies aber aufgrund individueller Problemlagen und fehlender infrastruktureller Voraussetzungen bei uns derzeit nicht möglich ist, sollte öffentlich geförderte Beschäftigung als Teilhabe am Leben besser unterstützt werden. Deshalb begrüßen wir die Öffnung des Bundesprogramms „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt (SOTA)“ für unsere Region und die Ankündigung des Herrn Glawe, Wirtschaftsminister M-V, zu einem Programm Bürgerarbeit für M-V.

Zum Thema Flüchtlinge ist festzustellen, dass heute wesentlich weniger Flüchtlinge als noch vor einem Jahr anwesend sind. Sie sind zurzeit in Integrationskursen zum Erlernen der deutschen Sprache und sozialpolitischen Kenntnissen eingebunden. Nach Abschluss dieser sog. BAMF-Kurse sind wir bereit, die Flüchtlinge, die ihren Aufenthalt und ihre Perspektive hier bei uns suchen, bei der Integration in ihr neues Leben, ihr Umfeld und in Arbeit unterstützen. Da viele keine oder nur geringe Bildung bzw. Ausbildung haben, wird für sie ein erster Einstieg über gemeinnützige Projekte gemeinsam mit deutschen Hilfebedürftigen notwendig. Wir bereiten uns auf diese Form der Integration vor. Außerdem wollen wir den Flüchtlingen Angebote des Sozialcoachings und der Aktivierung für den Arbeitsmarkt anbieten.

Wir gehen auch davon aus, dass die Politiker des Kreises und der Kommunen die Verschärfung der Situation der Langzeitarbeitslosen erkennen, ihre Verantwortung wahrnehmen und uns als Kreisgesellschaft weiter unterstützen.

Dem Risiko der Abhängigkeit von politischen Entscheidungen zur Unterstützung des Arbeitsmarktes stellen wir als Chancen unsere eigenen Vorzüge entgegen. Unsere jahrelangen Erfahrungen, die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem kommunalen Jobcenter und die direkten Kontakte mit den Arbeitsvermittlern versetzen uns in die Lage, Förderprojekte bedarfsgerecht zu besetzen und individuelle Probleme und auch Wünsche schnell zu klären. Unseren hohen Qualitätsanspruch bei der Anleitung und Betreuung der Teilnehmer haben wir formuliert und über die Ergebnisse des letzten Jahres nachgewiesen.

Wir sind eine funktionierende Gesellschaft mit hohem sozialen Kompetenzen, funktionierender Arbeitsstruktur, technischem Know-how und engagierten Mitarbeitern. Wir werden unsere langjährige Marktkenntnis, hohe Akzeptanz, Zuverlässigkeit und Transparenz weiter einbringen.

8. Prognosebericht

Der Gesellschafter, der Aufsichtsrat und der Beirat der Gesellschaft stehen voll hinter der Tätigkeit der Gesellschaft. Die Kernaussage im Leitbild, dass die BBR weiter als sozial orientiertes arbeitsmarktpolitisches Dienstleistungsunternehmen mit den Schwerpunkten Beschäftigung - Betreuung - Integration notwendig ist, wird bestätigt. Die langfristige Ausrichtung der Tätigkeit der BBR, begründet durch deren sozialpolitischen Bedarf, wird unterstützt.

In Anlehnung an das Arbeitsmarktprogramm des Landkreises Vorpommern-Rügen, Eigenbetrieb Jobcenter orientieren wir uns an den Zielen und Handlungsfeldern und wollen insbesondere zur Aktivierung langjähriger Bestandskunden und deren Heranführung an den Arbeitsmarkt beitragen. Wir werden flexible Arbeitsangebote in Teilzeit für Alleinerziehende in der Sozial-/Holz-Werkstatt Bergen anbieten. Wir konzentrieren uns weiterhin auf die Zielgruppen Langzeitarbeitslose und Schwerbehinderte und nehmen gern Hilfebedürftige mit Migrationshintergrund auf.

Wir haben die wichtige Zusage, dass das Jobcenter die Arbeitsmarktpolitik auf Rügen weiterhin mit der BBR als verlässlichem Partner umsetzen will. Für 2017 stehen uns aus heutiger Sicht Fördermittel bereit, die zu einem leichten Beschäftigungszuwachs führen können.

Laut Planungsabsprache mit dem Jobcenter werden wir in 2017 die 6 AGH-Projekte mit 75 Teilnehmern aus dem Vorjahr bis 31.03. bzw. 30.04. weiterführen und 13 neue Maßnahmen mit 178 Stellen schaffen. Im Jahresdurchschnitt können wir somit ca. 139 AGH-Teilnehmer in Arbeit bringen. Die ersten 3 Maßnahmen ab März sind angelaufen. Alle weiteren 10 Maßnahmen sind beim Jobcenter beantragt und zum Teil schon bewilligt.

Die 22 Stellen in Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen können nicht realisiert werden (siehe Erläuterungen unter 3.).

Förderungen mittels Beschäftigungszuschuss (BEZ / FAV / EGZ) wollen wir ausbauen. Aktuell sind darüber 11 Beschäftigte eingestellt. Das wollen wir auf ca. 13 Stellen ausbauen. Unser Ziel ist hier die Integration von ehemals Bürgerarbeitern und AGH-Teilnehmern bei unseren kommunalen Partnern.

Zusätzlich zur Planung nehmen wir ab dem 01.03.2017 am Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt (SOTA)“ teil. Mit dem Jobcenter wurden 6 Teilnehmer ausgewählt, die langfristig über 22 Monate bis zum 31.12.2018 sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden. Mit 4 Beschäftigten unterstützen wir die Arbeit von Kommunen im Bereich der Umwelt und Entwicklung der Infrastruktur. Zwei weitere sind in unseren beiden Sozial-/Holzwerkstätten eingesetzt.

Als Konstante hat sich die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt des Landkreises entwickelt. Das Jugendamt fördert jeweils eine Stelle in der Schulsozialarbeit und Jugendsozialarbeit (Jobclub). Außerdem sind wir Partner des Jugendamtes und beschäftigen derzeit 13 Integrationshelfer/innen zur Betreuung von lernschwachen und/oder verhaltensauffälligen Schülern.

Zusammenfassend können wir 2017 im Jahresdurchschnitt ca. 180 Beschäftigte erreichen, das wären 18 mehr als 2016.

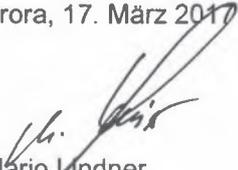
Nach erfolgreicher Zulassung hat die BBR das Folgeprojekt „Aufsuchendes Sozialcoaching und Integrationsbegleitung“ mit aktualisiertem Arbeitsmarktbezug, Zielen und Inhalten sowie überarbeiteten Methoden zur Förderung des individuellen Entwicklungsprozesses der Teilnehmer am 12.12.2016 begonnen. Das Projekt wollen wir somit in verbesserter Qualität über drei weitere Jahre bis zum 11.12.2019 durchführen. Bis heute haben wir zu den noch zu betreuenden 9 Teilnehmern aus dem alten Projekt (der letzte TN bis 05.06.2017) bereits 27 neue Teilnehmer gewonnen. Für den zum 31.12.2016 auf eigenen Wunsch ausgeschiedenen Coach suchen wir zurzeit Ersatz. Nach erfolgreicher Suche und Einstellung wollen wir dann stärker in die Akquise neuer Teilnehmer beim Jobcenter und auch der Agentur für Arbeit gehen.

Aus allen bisherigen Gesprächen, insbesondere mit dem Jobcenter und den Beratungen im Aufsichtsrat und Beirat nehmen wir die Zuversicht einer weiteren erfolgreichen Arbeit der Gesellschaft. Wir werden das Jahr nutzen, um die Erfolge der BBR im Kreis transparenter darzustellen. Auf Landesebene wollen wir über den Landesverband Arbeit und Qualifizierung die Notwendigkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch Arbeit für unsere Beschäftigten und Teilnehmer aufzeigen, aktuelle Probleme der Förderpolitik benennen und neue Handlungsempfehlungen erarbeiten.

Mit Optimismus geht die Gesellschaft in die Jahre 2017 und 2018. Wir haben in den vergangenen Jahren erfolgreich gearbeitet und gute Ergebnisse erreicht. Darauf bauen wir auf und entwickeln unsere Stärken weiter. Mit unseren Angeboten hoffen wir auf weitere politische Unterstützung und verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen. Unser langfristiges Ziel ist es, als kommunale Gesellschaft für die nächsten Jahre als kompetenter arbeitsmarktpolitischer Dienstleister tätig zu bleiben. Der Bedarf zur Betreuung von Langzeitarbeitslosen besteht wegen dieser relativ konstanten und verfestigten Zielgruppe, deren multiplen Vermittlungshemmnissen, der geringen Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt für diese Klientel und der Altersstruktur auch in den kommenden mindestens 10 bis 15 Jahren.

Die Existenz der Gesellschaft ist für das Geschäftsjahr 2017 und 2018 gesichert.

Prora, 17. März 2017



Mario Lindner
Geschäftsführer

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Rügen mbH, Binz OT Prora, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2016 geprüft. Durch § 13 Abs. 3 KPG M-V wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft im Sinne von § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 Abs. 3 KPG M-V unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung der Gesellschaft sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätze zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft geben keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.

Schwerin, 17. März 2017



BRB Revision und Beratung KG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – Steuerberatungsgesellschaft

H. Graumann
Wirtschaftsprüfer

G. Matlok
Wirtschaftsprüfer

Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2018 der Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH

Der Wirtschaftsplan der Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH wurde nach § 14 Abs. 2 Eigenbetriebsverordnung (EigVO M-V vom 25.02.2008) erstellt.

1. Struktur

Die Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH setzt sich derzeit aus den folgenden 13 Betriebsstätten zusammen:

- Krankenhaus Ribnitz-Damgarten
- Pflegeheim Ribnitz
- Pflegeheim Freudenberg
- Pflegeheim "Min Hüsung" Bad Sülze
- Pflegeheim "Haus Sonnenschein" Jessin
- Pflegeheim "Seniorenresidenz" Ribnitz-Damgarten
- Wohnheim "Im Park" für behinderte Kinder und Jugendliche
- Wohnheim für behinderte Erwachsene Damgarten
- Langzeittherapieeinrichtung Ribnitz-Damgarten
- Altersgerechtes Wohnen Damgarten - 12 WE
- Altersgerechtes Wohnen Ribnitz - 8 WE
- Betreutes Wohnen für Suchtgeschädigte - 5 WE
- Trainingswohnungen Ribnitz - 5 WE

Darüber besteht seit 2013 eine Tochtergesellschaft, die Bodden-Kliniken MVZ GmbH, Ribnitz-Damgarten, in der Arztpraxen betrieben werden.

2. Erfolgsplan

Der Erfolgsplan für das Jahr 2018 wurde – wie in den Vorjahren – im Wesentlichen auf der Basis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (2016), der Leistungsentwicklung des laufenden Jahres (2017) und der bisher abgeschlossenen bzw. in Aussicht stehenden Ergebnisse der Entgeltverhandlungen mit den Sozialleistungsträgern kalkuliert.

Für die mit etwa zwei Drittel Umsatzanteil größte Betriebsstätte der GmbH, das Krankenhaus, konnte mit den Krankenkassen bisher keine Budgetvereinbarung für das Jahr 2018 abgeschlossen werden, weil für Mecklenburg-Vorpommern die Berechnungsgrundlage (Landesbasisfallwert 2018) fehlt. Daher wurden die Erlöse auf der Basis der erwarteten Leistungen 2017 und des mindestens zu erwartenden Basisfallwertes kalkuliert. Ein Budgetabschluss für das Planjahr ist frühestens im Sommer 2018 zu erwarten.

Die Bundesregierung verabschiedet – je nach Entwicklung der Finanzsituation bei der Gesetzlichen Krankenversicherung – fast jährlich sog. „Kostendämpfungsgesetze“. Inwieweit die derzeit laufenden Koalitionsverhandlungen für eine neue Bundesregierung finanzielle und/oder strukturelle Auswirkungen auf die Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheits- bzw. Pflegedienstleistungen haben werden, ist noch nicht absehbar und kann daher noch nicht in diese Planung einfließen.

Zum 01.01.2016 ist das neue Krankenhaus-Strukturgesetz in Kraft getreten. Damit verbunden sind Reformierungsmaßnahmen, die in diesem und in den Folgejahren schrittweise umgesetzt werden. Dadurch sind längerfristige Planungen nur begrenzt möglich, so dass der Planansatz für 2018 im Wesentlichen, d. h. mit geringfügigen Steigerungsraten im Erlös- und Kostenbereich, auch für die Folgejahre zu Grunde zu legen ist.

Im Pflegeheimbereich gibt es eine ähnliche Situation. Nach mehrjähriger Diskussion erfolgte im laufenden Jahr die Umstellung des Einstufungssystems für den Pflegeaufwand. Dies bedeutet, dass die zu pflegenden Bewohner nicht mehr in drei Pflegestufen sondern seit 01.01.2017 in fünf Pflegegrade eingestuft werden. Welche Auswirkungen das auf die Erlössituation haben wird, kann erst nach vollständig vorliegenden Jahreswerten kalkuliert werden, so dass nur ein pauschaler Fortschreibungsansatz möglich ist. In Bezug auf die Kosten gestaltet sich die Planung etwas einfacher, da der im Jahr 2016 mit der Gewerkschaft ver.di abgeschlossene Tarifvertrag Planungssicherheit bis Mitte 2018 gibt.

Der Materialaufwand bzw. die bezogenen Leistungen sollen sich moderat entwickeln. Eine zeitnahe Analyse der Verbräuche und Neuausschreibungen von bezogenen Leistungen tragen dazu bei, dass die Kosten in diesem Bereich den Leistungen entsprechen. Mit den seit mehreren Jahren auch für die Leiterinnen der Pflege- und Wohneinrichtungen bestehenden Leistungsprämien wurden Anreize gesetzt, dass persönliche Engagement für eine effiziente Betriebsführung zu verstärken. Darüber hinaus garantieren die bereits bestehenden Benchmarkvergleiche im Rahmen unserer Einkaufsgemeinschaften, dass kontinuierlich preisgünstige Alternativen bei der Materialbelieferung bzw. bei den Betriebskosten (Wasser, Energie, Gas) geprüft und umgesetzt werden. Kosteneinsparungen sind jedoch nur dort möglich, wo diese durch das Unternehmen beeinflussbar sind. Die künftigen Kostensteigerungen durch erhöhte staatliche Umlagen bzw. Abgaben (z. B. bei der Stromversorgung) können nicht genau vorhergesagt werden.

Im Hinblick auf die Personalkosten verfolgen wir weiterhin die Strategie, die steigenden Einnahmen weitestgehend für Tarifanpassungen zu verwenden. Nur so können wir auch künftig die hohe Qualität der Arbeitsleistungen unseres Personals, der wichtigsten Ressource eines Dienstleistungsunternehmens, sicherstellen. Im Zusammenhang mit der Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und des damit verbundenen höheren Stellenschlüssels in den Pflegeheimen (u. a. Pflegestärkungsgesetz II) und den marktüblichen Steigerungsstufen der Haustarifverträge für den ärztlichen und nichtärztlichen Bereich ist im Planjahr mit Mehrkosten von 825 T€ im Vergleich zum Planansatz 2017 zu rechnen.

Für das Jahresergebnis, welches im Jahr 2016 aufgrund von Kostensteigerungen bei den großen Instandhaltungsmaßnahmen (u. a. Fassaden- und Wasserleitungssanierung) nicht wie geplant erreicht wurde, erwarten wir trotz der o. g. Unsicherheiten für das laufende Jahr und die Folgejahre ähnlich moderate Ergebnisse, wie im abgelaufenen Kalenderjahr. Diese sollen zur Gewährleistung der Tarifsteigerungen, der notwendigen Investitionen bzw. zur Refinanzierung der weiter zunehmenden Instandhaltungsaufwendungen dringend notwendig sind. Insgesamt verfolgen wir jedoch die Strategie, wieder mindestens die durchschnittliche Umsatzrendite öffentlicher deutscher Krankenhäuser (1,3 v. H. nach KPMG-Daten 2014) zu erreichen. Der Ansatz für das Planjahr entspricht 0,3 v. H. und soll schrittweise - nach Abschluss der o. g. Großmaßnahmen - bis zum Jahr 2020 auf 1,3 v.H. steigen.

3. Finanzplan

Im Finanzplan wird der Finanzmittelbestand (Liquidität) der jeweiligen Periode, welcher aus den Mittelzu- und -abflüssen resultiert, ausgewiesen. Die Mittelzuflüsse aus laufender Geschäftstätigkeit betreffen das Jahresergebnis und die Refinanzierung der Abschreibungen auf das eigenfinanzierte Anlagevermögen.

Nach der Realisierung des Krankenhausanbaus im Jahr 2012 und den daraus folgenden Umbaumaßnahmen bei den freigezogenen Räumlichkeiten sind für das Planjahr und darüber hinaus keine so umfangreichen Investitionsmaßnahmen vorgesehen. Die Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit des Unternehmens betreffen insbesondere Teilfinanzierungen kleinerer Umbaumaßnahmen und den Kauf einer Arztpraxis zur strategischen Erweiterung der Tochtergesellschaft (Medizinisches Versorgungszentrum). Die Ein- und Auszahlungen im Rahmen des Sonderpostens betreffen die vom Sozialministerium lt. Landeskrankenhausgesetz Mecklenburg-Vorpommern geleisteten Einzel- bzw. Pauschalfördermittel.

Neben den jährlich zur Verfügung gestellten pauschalen Fördermitteln von etwa 400 T€, welche insbesondere für die Ersatzbeschaffung von Einrichtungsgegenständen sowie für Medizin- und EDV-Technik eingesetzt werden, übernimmt das Gesundheitsministerium Schuldendiensthilfen zur Deckung der Zinsen und zur Rückführung der langfristig aufgenommenen Darlehen für den damaligen Neubau des Krankenhauses.

Durch die o. g. Auszahlungen reduziert sich der Finanzmittelbestand im Vergleich zu den Vorjahren.

4. Entwicklung der Investitionen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 wurden Investitionen mit einem Umfang von 924,7 T€ (Vj. 1.479 T€) getätigt. Davon entfiel der größte Teil von etwa 846,3 T€ (davon gefördert 403,9 T€) auf den Krankenhausbereich. Für das laufende Jahr und das Planjahr sind ähnliche Größenordnungen vorgesehen. Diese betreffen insbesondere die Erweiterung bzw. Modernisierung von Medizin- bzw. EDV-Technik und der Heimausstattungen. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Weiterführung der Digitalisierung im Bereich der Pflegedokumentation.

Neubaumaßnahmen sind auf absehbare Zeit nicht geplant. Vielmehr werden in den nächsten Jahren umfangreiche Investitionen in die bestehende Infrastruktur fortgesetzt, um diese auf dem neuesten Stand zu halten.

5. Belastung des Unternehmens durch kreditähnliche Rechtsgeschäfte

- entfällt -

6. Entwicklung der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit

Vorsorglich wird aufgrund der o. g. planerischen Unwägbarkeiten der erstmalig für das laufende Jahr eingeplante Kreditrahmen von 3.000 T€ beibehalten, ohne dass dieser aus jetziger Sicht in größerem Umfang in Anspruch genommen werden muss.

7. Entwicklung des Eigenkapitals

Die Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH verfügte zum Jahresabschluss 2016 über eine Eigenkapitalausstattung von 13.477 T€. Damit ist zwar wiederum eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, diese fiel jedoch aufgrund des geringeren Jahresgewinns mit 1 v. H. geringer als in den vergangenen Jahren aus. Ebenfalls ist der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme erneut gestiegen. Die Eigenkapitalquote liegt bei 30 v. H. (Vorjahr 29 v. H.). Damit wird die Vorgabe des Landesrechnungshofes Mecklenburg-Vorpommern (30 v. H.) nunmehr erreicht.

8. Besondere Hinweise

8.1 Ansätze für Aufwendungen und Auszahlungen zur Erfüllung von Verträgen, die den Eigenbetrieb über ein Jahr hinaus zu erheblichen Aufwendungen und Auszahlungen verpflichten:

- keine -

8.2 Abschreibungen, soweit sie von den planmäßigen Abschreibungen abweichen oder eine Änderung der Abschreibungsmethode gegenüber dem Vorjahr eingetreten ist:

- keine Änderungen -

8.3 wesentliche Ansätze von Aufwendungen und Erträgen sowie Aus- und Einzahlungen:

- entfällt -

8.4 erhebliche Abweichungen gegenüber den Ansätzen des Vorjahres und den Ergebnissen des Vorjahres.

- entfällt –

Das Unternehmen hat kein nicht betriebsnotwendiges Vermögen und keine nicht zwingend notwendige Geschäftsbereiche.



Dr. Falko Milski, MBA
Geschäftsführer

Ribnitz-Damgarten, den 30.10.2017



Wirtschaftsplan 2018
nach EigVO für die

Bodden-Kliniken
Ribnitz-Damgarten GmbH

Landkreis Vorpommern-Rügen

Zusammenstellung für das Jahr 2018

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung hat

der Aufsichtsrat der Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH

durch Beschluss vom _____ und

die Gesellschafterversammlung der Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH

durch Beschluss vom _____ den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr **2018** festgestellt:

Vorbehaltlich der Zustimmung der o.g. Gremien!

Es betragen

	in TEUR
1. im Erfolgsplan	
- die Erträge	39.700
- die Aufwendungen	39.600
- der Jahresgewinn	100
- der Jahresverlust	
2. im Finanzplan	
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit ³⁾	1.050,0
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit ⁴⁾	-950,0
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit ⁵⁾	-442,6
- der Saldo aus der Änderung des Finanzmittelbestandes ⁶⁾	-342,6
3. Es werden festgesetzt	
- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	_____
- davon für Umschuldungen	_____
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	_____
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung	3.000,0
4. Die Stellenübersicht weist 570,67 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus	
5. Der Stand des Eigenkapitals	
- betrug zum 31.12.2016 des Vorvorjahres	13.476,9
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich	14.176,9
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich	14.276,9
6. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am ⁷⁾ :	----

Ribnitz-Damgarten, den 10.11.2017

Unterschrift

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen

²⁾ beschließendes Organ

³⁾ Nummer 10 des Finanzplans

⁴⁾ Nummer 19 des Finanzplans

⁵⁾ Nummer 24 des Finanzplans

⁶⁾ Nummer 25 des Finanzplans

⁷⁾ nur, wenn Genehmigung erforderlich

Erfolgsplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016	2017	2018	2019	2020	2021
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	36.885,8	37.196,0	38.588,3	39.257,5	39.500,1	39.990,1
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	141,5					
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen						
4.	Sonstige betriebliche Erträge	607,5	1.004,5	200,0	205,0	210,0	210,0
5.	Materialaufwand	7.823,6	7.604,5	7.707,0	7.752,0	7.902,0	8.002,0
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	6.191,0	6.000,0	6.107,0	6.102,0	6.202,0	6.302,0
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.632,6	1.604,5	1.600,0	1.650,0	1.700,0	1.700,0
6.	Personalaufwand	24.667,5	25.800,0	26.625,0	26.900,0	27.000,0	27.600,0
	a) Löhne und Gehälter	20.689,5	21.550,0	22.331,0	22.600,0	22.700,0	23.200,0
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	3.978,0	4.250,0	4.294,0	4.300,0	4.300,0	4.400,0
	- davon für Altersversorgung	327,7	320,0	355,3	357,3	358,7	366,6
7.	Abschreibungen auf	2.050,4	2.500,0	1.860,0	1.750,0	1.840,0	1.840,0
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.050,4	2.500,0	1.860,0	1.750,0	1.840,0	1.840,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
	- davon nach § 254 HGB						
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten						
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
	- davon nach § 254 HGB						
8.	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO	1.070,5	1.600,0	910,0	850,0	790,0	740,0
9.	Konzessionsabgabe						
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.771,7	3.000,0	3.223,7	3.442,9	3.302,8	3.051,4
11.	Erträge aus Beteiligungen			10,0	10,0	10,0	10,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen			10,0	10,0	10,0	10,0
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
	- davon aus verbundenen Unternehmen						
13.	Zinsen und ähnliche Erträge	3,5	-	2,0	2,0	2,0	2,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	1,5		2,0	2,0	2,0	2,0
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens						
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	266,1	185,0	173,6	158,6	146,3	137,7
	- davon an verbundene Unternehmen						
16.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	129,5	711,0	111,0	311,0	311,0	311,0

Erfolgsplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016	2017	2018	2019	2020	2021
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
17.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen						
18.	Aufwendungen aus Verlustübernahme						
19.	Außerordentliche Erträge						
20.	Außerordentliche Aufwendungen	-					
21.	Außerordentliches Ergebnis						
22.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2,3					
23.	Sonstige Steuern	11,6	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0
24.	Jahresgewinn / Jahresverlust	115,7	700,0	100,0	300,0	300,0	300,0

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns ^{1, 2)}

oder

Behandlung des Jahresverlustes ^{1, 2)}

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages		a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
b) zur Einstellung in Rücklagen	100,0	b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)		c) auf neue Rechnung vorzutragen	
d) auf neue Rechnung vorzutragen			

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	Gesell-schafts-anteile in %	Betrag in TEUR
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			

¹⁾ § 11 Abs. 5 GemHVO Doppik: Bei Sondervermögen mit Sonderrechnungen sind die voraussichtlichen Jahresergebnisse in dem Ergebnishaushalt der Gemeinde zu veranschlagen.

²⁾ Mit Zahlungswirksamkeit des Verlustausgleiches bzw. der Gewinnausschüttung ist eine Veranschlagung im Finanzhaushalt der Gemeinde im Folgejahr vorzunehmen.

Finanzplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016 (Vorvorjahr)	2017 (Vorjahr)	2018 (Planjahr)	2019 (1. Folgejahr)	2020 (2. Folgejahr)	2021 (3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	115,7	700,0	100,0	300,0	300,0	300,0
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	2.050,4	2.500,0	1.860,0	1.750,0	1.840,0	1.840,0
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-1.070,5	-1.600,0	-910,0	-850,0	-790,0	-740,0
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	2,8					
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)						
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	16,8					
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	-222,8					
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	160,8					
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten						
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	1.053,2	1.600,0	1.050,0	1.200,0	1.350,0	1.400,0
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens						
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-924,7	-2.965,0	-1.150,0	-1.000,0	-1.050,0	-1.100,0
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens						
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	-200,0	0,0	0,0	0,0
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	403,9	400,0	400,0	400,0	400,0	400,0
	davon						
	a) empfangene Ertragszuschüsse						
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter						
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-520,8	-2.565,0	-950,0	-600,0	-650,0	-700,0
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen Tochtergesellschaft		0,0	0,0	10,0	10,0	10,0
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)						
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen						
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	-415,5	-347,9	-442,6	-440,8	-332,0	-334,0
24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-415,5	-347,9	-442,6	-430,8	-322,0	-324,0

Finanzplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016	2017	2018	2019	2020	2021
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	116,9	-1.312,9	-342,6	169,2	378,0	376,0
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands						
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	3.164,3	3.281,2	1.968,3	1.625,7	1.794,9	2.172,9
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	3.281,2	1.968,3	1.625,7	1.794,9	2.172,9	2.548,9

Name des Betriebes/Unternehmens:

Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH**Investitionsübersicht**

Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)

Zahlung von Pauschalfördermittel vom Ministerium 400 T€

	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	2016	Planungsdaten des Wirtschaftsjehrs - 2018	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjehrs - 2019	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjehrs - 2020	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme - 2021
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen			403,9	400,0	400,0	400,0	400,0
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>							
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>							
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens							
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens							
Sonstige Investitionseinzahlungen							
Summe Einzahlungen			403,9	400,0	400,0	400,0	400,0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen			924,7	950,0	1.000,0	1.050,0	1.100,0
<i>davon Grundstücke</i>							
<i>davon Gebäude</i>							
<i>davon Maschinen</i>							
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>				950,0	1.000,0	1.050,0	1.100,0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				200,0			
Sonstige Investitionsauszahlungen							
Summe Auszahlungen			924,7	1.150,0	1.000,0	1.050,0	1.100,0
<i>Nachrichtlich</i>							
veranschlagte VE							
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit			-520,8	-750	-600	-650	-700

Wirtschaftsplan 2018 nach EigVO für die BODDEN-KLINIKEN Ribnitz-Damgarten GmbH

Alle Währungsangaben sind in TEUR

I. Vordrucke für den Wirtschaftsplan

1. Zusammenstellung
2. Erfolgsplan
3. Finanzplan
4. Pläne für die einzelnen Bereiche
 - a) Bereichserfolgsplan
 - b) Bereichsfinanzplan
5. Investitionsübersicht
6. Übersicht über die Bereiche des Eigenbetriebes
7. Stellenübersicht
8. Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

II. Vordrucke für den Jahresabschluss 2017

9. Bilanz
10. Gewinn- und Verlustrechnung
11. Finanzrechnung
12.
 - a) Anlagenübersicht
 - b) Forderungsübersicht
 - c) Verbindlichkeitenübersicht

Name des Betriebes/Unternehmens:
BODDEN-KLINIKEN Ribnitz-Damgarten GmbH

Übersicht über Leistungsbeziehungen zwischen den Betriebsbereichen

Die Übersicht kann je nach Umfang des Betriebes bzw. der Anzahl der Bereiche in verbaler oder grafischer Form dargestellt werden. Auf die Pflichtausführungen im Vorbericht wird hingewiesen. Erfolgen dort umfangreiche Ausführungen, kann auf eine separate Darstellung hier verzichtet werden.

Die Leistungsbeziehungen der Bereiche untereinander können wie folgt abgebildet werden:

Beispiel:

	an Bereich 1	an Bereich 2	an Bereich 3	an Bereich 4	gesamt:
von Bereich 1	X				
von Bereich 2		X			
von Bereich 3			X		
von Bereich 4				X	
gesamt:					

- entfällt -

Stellenübersicht

für

Name des Betriebes/Unternehmens: BODDEN-KLINIKEN Ribnitz-Damgarten GmbH

[siehe Anlage](#)

lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr	Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres	Anzahl und Bewertung im Planjahr	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
<div data-bbox="217 779 1264 853" data-label="Text"> <p>Die Anzahl und die bewertung gegliedert nach Einrichtungen der BODDEN-KLINIKEN Ribnitz-Damgarten GmbH entnehmen Sie der beigefügten Anlage.</p> </div>					
insgesamt	Gesamt GmbH	571,42	543,42	570,67	

Name des Betriebes/Unternehmens:
Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH

Übersicht

über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre ²⁾ und Planjahr	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren
	
in TEUR					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
veranschlagt im Planjahr 20..					
Summe					
nachrichtlich: Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr					
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen					

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen.

Name des Betriebs/Unternehmens:

Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH**Bilanz für das Jahr 2016**

Angaben in TEUR

Aktivseite		Jahr	Vorjahr
A.	Anlagevermögen		
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände		
1.	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	228,4	239,6
2.	Geleistete Anzahlungen		
II.	Sachanlagen		
1.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
a)	Geschäfts, Betriebs- und andere Bauten		
b)	Bahnkörper und Bauten des Schienenweges		
2.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten		
3.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten		
4.	Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu Nummer 1 oder 2 gehören	32.767,43	33.747,12
5.	Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen ¹⁾		
6.	Verteilungsanlagen ¹⁾		
7.	Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen		
8.	Fahrzeuge für Personen- und Geschäftsverkehr		
9.	Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu den Nummern 5 bis 8 gehören	375,5	456,2
10.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.283,0	3.339,9
11.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		
III.	Finanzanlagen		
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen ²⁾	425,00	425,00
2.	Ausleihungen an verbundene Unternehmen ²⁾		
3.	Beteiligungen		
4.	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
5.	Wertpapiere des Anlagevermögens		
6.	Sonstige Ausleihungen		
B.	Umlaufvermögen		
I.	Vorräte		
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	81,6	83,6
2.	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	221,5	80,1
3.	Fertige Erzeugnisse und Waren		
4.	Geleistete Anzahlungen		
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.063,0	3.331,5
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen ²⁾	348,1	155,6
3.	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
4.	Forderungen an die Gemeinde und deren Sondervermögen - Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht (KHEntgG)	402,7	468,0
5.	Sonstige Vermögensgegenstände	55,3	58,1
III.	Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiroguthaben	3.281,2	3.164,3
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	70,4	82,6
		44.603,3	45.631,6

Name des Betriebs/Unternehmens:

Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH

Bilanz für das Jahr 2016

Angaben in TEUR

Passivseite		Jahr	Vorjahr
A.	Eigenkapital		
I.	Stammkapital	25,6	25,6
II.	Rücklagen		
1.	Allgemeine Rücklage Kapitalrücklagen	325,3	325,3
2.	Zweckgebundene Rücklage Gewinnrücklage	13.126,0	13.010,4
III.	Gewinn/Verlust		
	Gewinn/Verlust des Vorjahres		
	Verwendung für/ Ausgleich durch		
	Jahresüberschuss		
B.	Sonderposten		
I.	mit Rücklagenanteil ³⁾		
II.	zum Anlagevermögen		
	empfangene Ertragszuschüsse		
1.	Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	13.798,7	14.223,5
	Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		
2.	Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	7.865,0	8.105,8
III.	Sonstige Sonderposten aus Zuwendung Dritter	3,4	4,6
C.	Rückstellungen		
1.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		
2.	Steuerrückstellungen		
3.	Sonstige Rückstellungen	954,1	1.176,9
D.	Verbindlichkeiten		
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.281,6	6.697,1
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	1.248.084,4	415,5
2.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	924,1	1.079,4
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	924,1	1.079,4
4.	Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht (KHEntgG)	571,8	242,1
5.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		
6.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
7.	Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde und deren Sondervermögen		
8.	Sonstige Verbindlichkeiten	697,8	713,6
	davon		
a)	mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	697,8	713,6
b)	aus Steuern	283,8	234,2
c)	im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,00	0,00
E	Rechnungsabgrenzungsposten	29,7	27,5
		44.603,3	45.631,6

¹⁾ Anlagen der Energie- und Wasserversorgung

²⁾ Die Begriffsbestimmung des § 15 AktG findet sinngemäß Anwendung

³⁾ Die Vorschriften, nach denen der Sonderposten gebildet wurde, sind im Anhang anzugeben.

Name des Betriebs/Unternehmens:

Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung

Jahr 2016

Angaben in TEUR

1.	Umsatzerlöse		<u>36.885,8</u>
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen		<u>141,5</u>
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen		<u>0,0</u>
4.	Sonstige betriebliche Erträge		<u>607,5</u>
5.	Materialaufwand		
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	<u>6.191,0</u>	
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.632,6</u>	<u>7.823,6</u>
6.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	<u>20.689,5</u>	
	b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>3.978,0</u>	<u>24.667,5</u>
	davon für Altersversorgung 327,7	
7.	Abschreibungen		
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	<u>2.050,4</u>	
	davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	
	davon nach § 254 HGB	
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten		<u>2.050,4</u>
	davon nach § 253 Abs. 3 HGB	
	davon nach § 254 HGB	
8.	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO		<u>1.070,5</u>
9.	Konzessionsabgabe		<u>0,0</u>
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen		<u>3.771,7</u>
11.	Erträge aus Beteiligungen		<u>0,0</u>
	davon aus verbundenen Unternehmen	
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		<u>0,0</u>
	davon aus verbundenen Unternehmen	

Name des Betriebs/Unternehmens:

Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung

Jahr 2016

Angaben in TEUR

13.	Zinsen und ähnliche Erträge		<u>3,5</u>
	davon aus verbundenen Unternehmen	1,49	
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		<u>0,0</u>
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>266,1</u>
	davon an verbundene Unternehmen	<u>0,0</u>
16.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>129,5</u>
17.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		<u>0,0</u>
18.	Aufwendungen aus Verlustübernahme		<u>0,0</u>
19.	Außerordentliche Erträge		<u>0,0</u>
20.	Außerordentliche Aufwendungen		<u>0,0</u>
21.	Außerordentliches Ergebnis		<u>0,0</u>
22.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>2,3</u>
23.	Sonstige Steuern		<u>11,6</u>
24.	Jahresgewinn/Jahresverlust		<u>115,7</u>

,

Name des Betriebs/Unternehmens:

Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH

Finanzrechnung

Wirtschaftsjahr: 2016

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ergebnis des	Wirtschaftsjahr
		Vorjahres	Wirtschaftsjahr
		Vorjahr	Wirtschaftsjahr
1	Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisanteile von Minderheitsgesellschaft-tern) vor außerordentlichen Posten nach interner Leistungsverrechnung	756,9	115,7
2	Abschreibungen (+)/ Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	902,4	2050,4
3	Auflösung (-)/ Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen		-1070,5
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	6,4	2,8
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)		
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	587,8	16,8
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	-547,1	-222,8
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	394,2	160,8
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten		
10	Summe Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	2100,6	1053,2
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens		
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-1478,7	-924,7
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens		
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen		
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	410	403,9
	davon		
	a) empfangene Ertragszuschüsse		
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	0	
19	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-1068,7	-520,8
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen		
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde		
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen		
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	-415,6	-415,5
24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-415,6	-415,5
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 7.11. 14)	616,3	116,9
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands		
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	2548,0	3164,3
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	3164,3	3281,2

Name des Betriebs/Unternehmens:

Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH

Anlagenübersicht

Angaben in TEUR
Wirtschaftsjahr: 2016

Posten	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen, Wertberichtigungen				Restbuchwerte		Wertminderung durch unterlassene Instandhaltung, Altlasten, sonstiges		
	Stand zum 31.12. Vorjahr ¹⁾	Zugänge im Jahr	Abgänge im Jahr	Umbuchungen im Jahr	Stand zum 31.12. Wirtschaftsjahr	Aufgelaufene Abschreibungen zum 31.12. Vorjahr	Zuschreibungen im Jahr	Abschreibungen im Jahr	Umbuchungen im Jahr	Aufgelaufene Abschreibungen auf Abgänge		Abschreibungen zum 31.12. Wirtschaftsjahr	Restbuchwerte am Ende des Jahres
I													
1. Immaterielle Vermögensgegenstände													
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	544,8	69,7	10,1	0,0	604,4	305,3	80,9	10,1	376,1	10,1	376,1	228,4	239,6
Geleistete Anzahlungen													
2. Summe immaterielle Vermögensgegenstände	544,8	69,7	10,1	0,0	604,4	305,3	80,9	10,1	376,1	10,1	376,1	228,4	239,6
II													
Sachanlagen													
a) Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte													
Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten													
b) Barkörper und Bauten des Schienenweges													
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten													
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten													
4. Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu der Nummer 1 oder 2 gehören	46.673,2	0,0	3,8	0,00	46.669,4	12.926,1	979,7	3,8	13.902,0	3,8	13.902,0	32.767,4	33.747,1
5. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen ²⁾													
6. Verteilungsanlagen ²⁾													
7. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen													
8. Fahrzeuge für Personen- und													
9. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu den Nummern 5 bis 8 gehören	10.583,8	66,3	0,0	0,00	10.650,2	10.127,7	147,0	0,0	10.274,7	0,0	10.274,7	375,5	456,2
10. Betriebs- und Geschäftsausstattung	12.470,0	788,7	321,2	0,00	12.937,5	9.130,1	842,7	318,4	9.654,4	318,4	9.654,4	3.283,0	3.339,9
11. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	69.727,1	855,0	325,0	0,0	70.257,1	32.183,9	1.969,5	322,2	33.831,1	322,2	33.831,1	36.425,9	37.543,2
Summe Sachanlagen													
III Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	425,0	0,0	0,0	0,0	425,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	425,0	425,0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen													
3. Beteiligungen													
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht													
5. Wertpapiere des Anlagevermögens													
6. Sonstige Ausleihungen													
Summe Finanzanlagen	425,0	0,0	0,0	0,0	425,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	425,0	425,0
Summe Anlagevermögen	70.696,9	924,7	335,1	0,0	71.286,5	32.489,2	2.050,4	332,3	34.207,2	332,3	34.207,2	37.079,3	38.207,8
Summe Sonderposten³⁾													

¹⁾ Einschließlich aller aufgelauener Zu- und Abgänge sowie Umbuchungen.

²⁾ Anlagen der Energie- und Wasserversorgung

³⁾ Korrespondierend zur Entwicklung des Anlagevermögens ist die Entwicklung der Sonderposten mit in die Anlagenübersicht aufzunehmen.

Name des Betriebs/Unternehmens:

Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH**Forderungsübersicht**

Wirtschaftsjahr 2016

Angaben in TEUR

lfd. Nr.		Bilanzwert	Bilanzwert	vorgenommene Wertberichtigun- gen	Forderungen zum Ende des Wirtschaftsjahres		
		zum Ende des Vorjahres	zum Ende des Wirtschafts- jahres	für das Wirtschaftsjahr	davon mit einer Restlaufzeit		
		in TEUR					
1	Forderungen aus Liefere- rungen und Leistungen	3.331,5	3.063,0	13,13	3.076,1	0	0
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen						
	b) privatrechtliche Forderungen						
2	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	155,6	348,1		0,5	0	347,6
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen						
	b) privatrechtliche Forderungen						
3	Forderungen nach dem Krankenhausfinanzungs- recht	468,0	402,7		402,7	0	0
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen						
	b) privatrechtliche Forderungen						
4	Forderungen gegen die Gemeinde und deren Sondervermögen						
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen						
	b) privatrechtliche Forderungen						
5	Sonstige Vermögensgegenstände	58,1	55,3		30,3	25	0
	Summe Forderungen	4.013,2	3.869,2	13,1	3.509,7	25,0	347,6

Name des Betriebs/Unternehmens:
Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH

Verbindlichkeitenübersicht

Wirtschaftsjahr = 2016

Angaben in TEUR

lfd. Nr.	Bezeichnung	Verbindlichkeiten zum 31.12.			Stand zum 31.12. Wirtschaftsjahr (Nominalwert)	Abzinsung zum 31.12. Wirtschaftsjahr	Stand zum 31.12. Wirtschaftsjahr (Bilanzwert)	davon durch Grundplandrechte oder ähnliche Rechte besichert	Art und Form der Sicherheit	Stand zum 31.12. Vorjahr (Bilanzwert)
		Wirtschaftsjahr		Wirtschaftsjahr						
		bis zu einem Jahr	von einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren						
in TEUR										
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.248,08	1.397,65	3.635,89	6.281,63		6.281,63		Grundsschuld	6.697,10
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr									
2.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen									
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr									
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	924,11	0,00	0,00	924,11		924,11		nein	1.079,45
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr									
4.	Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausaufsichtungsrecht	571,81	0,00	0,00	571,81		571,81		nein	242,05
5.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen									
6.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht									
7.	Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde und deren Sondervermögen									
8.	Sonstige Verbindlichkeiten	697,85	0,00	0,00	697,85		697,85		nein	713,58
	davon:									
a)	mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	697,85								713,58
b)	aus Steuern	283,75								234,21
c)	im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,00								0,00
9.	Summe der Verbindlichkeiten	3.441,9	1.397,7	3.635,9	8.475,4		8.475,4			8.732,2

Stellenplanveränderungsliste									
lfd. Nr. im Stell.plan	Abteilung	Zahl der Stellen	Höher-/Herab-/Umgruppierung von	nach	Zugänge Verg.gr. Lohngr.	Abgänge Verg.gr. Lohngr.	Bemerkungen		
8	ÄD	0,15			1	0,85	Abg. 30.06.17 / Zug. 01.01.18		
10		0,12				0,12	Std.reduzierung 1.8.17		
22		0,12				0,12	Std.reduzierung 01.08.16		
23		0,12				0,12	Std.reduzierung 11.03.17		
24		1				1	Abg. 22.4.17 kWb		
40		0,5			0,5		Zug. 01.10.16		
72	PD	0,2				0,2	befr. Anträge auf Std.reduzierung		
73		0,2				0,2	befr. Anträge auf Std.reduzierung		
75		0,2			1	0,8	Abg. 10.12.16 / Zug. 1.1.17		
80		0,2				0,2	befr. Anträge auf Std.reduzierung nach Elternzeit		
82		1				1	Abg. 30.11.17		
87		0,75				0,75	Stelle in Pflegepool		
90		1				1	Umsetzung in Diabetesass. 237/238		
91		1				1	Stelle in Pflegepool		
92-103		9,13			9,13		Eröffnung Pflegepool durch Umsetzung und Neuzuführung von Stellen zur Absicherung der Pflege(Ausfallmanager)		
106		0,75				0,75	Umsetzung auf 124		
107		0,25				0,25	befr. Std.reduz.		
121		0,2			0,2		Zug. 01.06.17		
122		1				1	Abg. 30.06.2017		
128		0,4				0,4	befr. Std.reduz.		
129		0,75				0,75	Stelle im FD 295		
133		0,2				0,2	befr. Anträge auf Std.reduzierung nach Elternzeit		
134		1				1	Abg. 30.09.2017		
135		0,25				0,25	befr. Anträge auf Std.reduzierung nach Elternzeit		
140		0,2				0,2	befr. Std.reduz.		
149		1				1	Abg. 30.11.17		
153		0,1				0,1	befr. Std.reduz.		
157		1				1	Elternzeit		
159		1				1	Dauer AU		

Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH
Stellenplan 2018

165		0,2						0,2	befr. Std.reduz.
166		0,2						0,2	befr. Std.reduz.
177		1						1	Abg. 30.11.2017
179		1						1	Beschäft.verbot/MU/Elternzeit
180		0,2		0,2					befr. Std.erhöhung
181		0,6						0,6	befr. Anträge auf Std.reduzierung nach Elternzeit
182		0,2						0,2	befr. Std.reduz.
183		0,2						0,2	befr. Std.reduz.
186		0,2						0,2	befr. Std.reduz.
188		0,2						0,2	befr. Std.reduz.
189		0,2						0,2	befr. Std.reduz.
190		0,2		0,2					befr. Std.erhöhung
196		0,2						0,2	befr. Std.reduz.
Azubis		0,45					0,45		Schwankungen unterliegen jährl. Zu- u. Abgängen Azubis Zugang 1,0 OTA Ausbildung Nr. 275
Bufdis		2						2	kein Einsatz von Bufdis / Zuführung /Erweiterung Einsatz FSJler s. Funktionsdienst
217a		1					1		Leistungserweiterung Zuführung Stelle 1.1.18
237/238		1					1	1	Abg. 30,9,16 / Umsetzung Nr. 90
243		0,75					0,75		Leistungserweiterung Zuführung Stelle 1.2.17
295		0,75					0,75		Leistungserweiterung Zuführung Stelle
317		0,5					0,5		Zuführung Stelle aufgrund gesetzl. Anforderung 1.5.17
346		0,33					0,33		Std.erhöhung wegen Erweiterung Aufgabenkreis
347-350		0,24						0,24	Std.reduzierung im Zusammenhang mit Mindestlohn
354		0,53					0,53		Stelle ist befristet für die Dauer des Vertrages mit Fa. "friso
394		1					1		Leistungserhöhung / zusätzliche Stelle ab 01.02.2017
411		1					1		Zuführung Stelle aufgrund gesetzl. Anforderung 1.10.17
479		0,55						0,55	befr. Stundenreduzierung
500		1						1	Einzelbetreuung entfällt
501		1						1	Einzelbetreuung entfällt
587		1					1		Neubesetzung zum 1.1.18
589		1					1		Schaffung zusätzl. Ausbi.stelle 1.9.17
655/656							0,07	0,07	Std.verschiebung Erhöh. 655 / Reduz. 656

Angestellte in VK - Vergütungsgruppen										
Gruppe		GF-Vertrag	ChA	EAV	HT	Schüler	Bufdi	FSJ	gesamt	
Krankenhaus		1	7	6	322,14	5,31		5	346,45	
Pflegeheim Freudenberg					39,49	2			41,49	
Pflegeheim Ribnitz					51,37	2			53,37	
Pflegeheim Jessin					27,82				27,82	
Pflegeheim Bad Sülze					30,62				30,62	
Pflegeheim Damgarten					27,31				27,31	
Wohnheim Kinder					15,65		1		16,65	
Wohnheim Erwachsene					11,89				11,89	
Langzeittherapieeinricht. incl. Trainingswohn.					14,07				14,07	
2018		1	7	6	540,36	9,31	1	5	569,67	
2017		1	7	4	546,56	6,86	3	3	571,42	
mehr				2,00		2,45		2	6,45	
weniger					6,2		2		8,2	

lfd.Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anz. 2017	Bewertung	tatsächl. Besetzung 30.06.2017	Bewertung	Anz. 2018	Bewertung	Bemerkungen
Ärztlicher Dienst - Innere Abt.								
4	Chefarzt	1	ChA	1	ChA	1	ChA	
5	Chefarzt	1	ChA	1	ChA	1	ChA	
6	Oberarzt	1	EAV	1	EAV	1	EAV	
7	Oberarzt	1	EAV	1	EAV	1	EAV	
8	Oberarzt	0,85	HT	0,8	HT	1	HT	
9	Oberarzt	0,85	HT	1	HT	0,85	HT	
10	Ass.arzt	1	HT	0,75	HT	0,88	HT	
11	Ass.arzt	1	HT	1	HT	1	HT	
12	Ass.arzt	1	HT	1	HT	1	HT	
13	Ass.arzt	1	HT	1	HT	1	HT	
14	Ass.arzt	1	HT	0,14	HT	0,14	HT	
15	Ass.arzt	1	HT	1	HT	0,88	HT	
16	Ass.arzt	1	HT	1	HT	1	HT	
17	Ass.arzt	1	HT	1	HT	1	HT	
18	Ass.arzt	0,85	HT	0,75	HT	0,75	HT	
19	Ass.arzt	1	HT	1	HT	1	HT	
20	Ass.arzt	1	HT	1	HT	1	HT	
21	Ass.arzt	1	HT	1	HT	1	HT	
22	Ass.arzt	1	HT	0,88	HT	0,88	HT	
23	Ass.arzt	1	HT	0	HT	0,88	HT	
24	Ass.arzt	1	HT	0	HT	0	HT	
25	Allgemeinmed.	1	HT	0,88	HT	1	HT	
26	Allgemeinmed.	1	HT	1	HT	1	HT	
27	Allgemeinmed.	1	HT	1	HT	1	HT	

lfd.Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anz. 2017	Bewertung	tatsächl. Besetzung 30.06.2017	Bewertung	Anz. 2018	Bewertung	Bemerkungen
Ärztlicher Dienst - Anaesthesie								
59	Chefarzt	1	ChA Vertr	1	ChA Vertr	1	ChA Vertr	
60	Oberarzt	1	HT	1	HT	1	HT	
61	Oberarzt	1	HT	1	HT	1	HT	
62	Oberärztin	1	HT	1	HT	1	HT	
63	Oberarzt	1	HT	1	HT	1	HT	
64	Facharzt	1	HT	1	HT	1	HT	
65	Facharzt	1	HT	1	HT	1	HT	
66	Oberärztin	1	HT	0	HT	1	HT	
67	Facharzt	1	HT	0	HT	1	HT	
68	Ass.arzt	1	HT	1	HT	1	HT	
69	Ass.arzt	1	HT	1	HT	1	HT	

lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anz.2017	Bewertung	tatsächl. Besetzung 30.06.2017	Bewertung	Anz. 2018	Bewertung	Bemerkungen
Pflegedienst - ITS								
178	Stationsschwester	1	HT	1	HT	1	HT	
179	stellv. Stationsschwester	1	HT	1	HT	0	HT	
180	KS	0,8	HT	0,8	HT	1	HT	
181	KS	1	HT	0	HT	0,4	HT	
182	KS	1	HT	1	HT	0,8	HT	
183	KS	1	HT	1	HT	0,8	HT	
184	KS	1	HT	1	HT	1	HT	
185	KS	1	HT	0	HT	1	HT	
186	KS	1	HT	0,8	HT	0,8	HT	
187	KS	1	HT	1	HT	1	HT	
188	KS	1	HT	0,8	HT	0,8	HT	
189	KS	1	HT	1	HT	0,8	HT	
190	KS	0,8	HT	0,8	HT	1	HT	
191	KS	1	HT	1	HT	1	HT	
192	KS	1	HT	1	HT	1	HT	
193	KS	1	HT	1	HT	1	HT	
194	KS	1	HT	1	HT	1	HT	
195	KS	1	HT	1	HT	1	HT	
196	KS	1	HT	1	HT	0,8	HT	
197	KS	0,8	HT	1	HT	0,8	HT	
198	KS	0,8	HT	0,8	HT	0,8	HT	
199	KS	1	HT	1	HT	1	HT	
200	KS	0,8	HT	0,8	HT	0,8	HT	
201	Stat.ass.	0,8	HT	0,8	HT	0,8	HT	
		22,8		20,6		20,4		

lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anz. 2017	Bewertung	tatsächl. Besetzung 30.06.2017	Bewertung	Anz. 2018	Bewertung	Bemerkungen
Wirtschafts- und Versorgungsdienst								
Technik								
332	Ltr. Technik	1	EAV	1	EAV	1	EAV	
333	Sb	1	HT	1	HT	1	HT	
334	Sb	0	HT	0,22	HT	0,22	HT	
335	Handwerker	1	HT	1	HT	1	HT	
336	Handwerker	1	HT	1	HT	1	HT	
337	Handwerker	1	HT	1	HT	1	HT	
338	Handwerker	1	HT	1	HT	1	HT	
339	Handwerker	1	HT	1	HT	1	HT	
340	Handwerker	1	HT	1	HT	1	HT	
341	Handwerker	1	HT	1	HT	1	HT	
342	Handwerker	1	HT	1	HT	1	HT	
343	Handwerker	1	HT	1	HT	1	HT	
		11		11,22		11,22		
344	Gärtner	1	HT	1	HT	1	HT	
345	Gärtner	1	HT	1	HT	1	HT	
		2		2		2		
Fahrer								
346	Fahrer	0,42	HT	0,75	HT	0,75	HT	
347	Fahrer	0,3	HT	0,24	HT	0,24	HT	
348	Fahrer	0,3	HT	0,24	HT	0,24	HT	
349	Fahrer	0,3	HT	0,24	HT	0,24	HT	
350	Fahrer	0,3	HT	0,21	HT	0,24	HT	
		1,62		1,68		1,71		
Wirtschafts- und Versorgungsdienst - Einkauf								
351	Sb	1	HT	1	HT	1	HT	
352	Sb	0,75	HT	0,75	HT	0,75	HT	

353	Sb			0,18	HT		0,18	HT		0,18	HT	
354	Sb	Wäsche		0	HT		0,53	HT		0,53	HT	
				1,93			2,46			2,46		
lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle		Anz. 2017	Bewertung	tatsächl. Besetzung	Bewertung	Anz. 2018	Bewertung	Bemerkungen			
	Wirtschafts- und Versorgungsdienst - klin. Hauspersonal											
355	Ltr.	klin. Hp.		1	HT		1	HT		1	HT	
356	stellv.	ltr. klin. Hp.		1	HT		1	HT		1	HT	
357	klin.	Hauspersonal		0,75	HT		0,75	HT		0,75	HT	
358	klin.	Hauspersonal		0,75	HT		0,75	HT		0,75	HT	
359	klin.	Hauspersonal		0,24	HT		0,24	HT		0,24	HT	
360	klin.	Hauspersonal		0,75	HT		0,75	HT		0,75	HT	
361	klin.	Hauspersonal		0,75	HT		0,75	HT		0,75	HT	
362	klin.	Hauspersonal		0,75	HT		0,75	HT		0,75	HT	
363	klin.	Hauspersonal		0,75	HT		0,75	HT		0,75	HT	
364	klin.	Hauspersonal		0,75	HT		0,75	HT		0,75	HT	
365	klin.	Hauspersonal		0,75	HT		0,75	HT		0,75	HT	
366	klin.	Hauspersonal		0,75	HT		0,75	HT		0,75	HT	
367	klin.	Hauspersonal		0,75	HT		0,75	HT		0,75	HT	
368	klin.	Hauspersonal		0,75	HT		0,75	HT		0,75	HT	
369	klin.	Hauspersonal		0,75	HT		0,75	HT		0,75	HT	
370	klin.	Hauspersonal		0,75	HT		0,75	HT		0,75	HT	
371	klin.	Hauspersonal		0,75	HT		0,75	HT		0,75	HT	
372	klin.	Hauspersonal		0,14	HT		0,14	HT		0,14	HT	
373	klin.	Hauspersonal		0,75	HT		0,75	HT		0,75	HT	
374	klin.	Hauspersonal		0,75	HT		0,75	HT		0,75	HT	
375	klin.	Hauspersonal		0,75	HT		0,75	HT		0,75	HT	
376	klin.	Hauspersonal		0,75	HT		0,75	HT		0,75	HT	
377	klin.	Hauspersonal		0,75	HT		0,75	HT		0,75	HT	

lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anz. 2017	Bewertung	tatsächl. Besetzung 30.06.2017	Bewertung Anz. 2018	Bewertung	Bemerkungen
Pflegeheim Jessin							
412	Heimleiter	1 HT	1 HT	1 HT	1 HT	1 HT	
413	Sachbearbeiter	0,84 HT	0,84 HT	0,84 HT	0,84 HT	0,84 HT	
414	Pflegedienstleiterin	1 HT	1 HT	1 HT	1 HT	1 HT	
415	Stationspflegerin	1 HT	1 HT	1 HT	1 HT	1 HT	
416	Altenpflegerin	1 HT	1 HT	1 HT	1 HT	1 HT	
417	Altenpflegerin	1 HT	1 HT	0 HT	1 HT	1 HT	
418	Altenpflegerin	1 HT	1 HT	0,75 HT	1 HT	1 HT	
419	Altenpflegerin	1 HT	1 HT	1 HT	1 HT	1 HT	
420	Altenpflegerin	1 HT	1 HT	1 HT	1 HT	1 HT	
421	Altenpflegerin	1 HT	1 HT	1 HT	1 HT	1 HT	
422	Altenpflegerin	1 HT	1 HT	1 HT	1 HT	1 HT	
423	Altenpflegerin	0,75 HT	0,75 HT	0,75 HT	0,75 HT	0,75 HT	
424	Altenpflegerin	0,75 HT	0,75 HT	0,75 HT	0,75 HT	0,75 HT	
425	Altenpflegerin	0,75 HT	0,75 HT	0,75 HT	0,75 HT	0,75 HT	
426	Altenpflegerin	0,75 HT	0,75 HT	0,75 HT	0,75 HT	0,75 HT	
427	Altenpflegerin	0,75 HT	0,75 HT	0,75 HT	0,75 HT	0,75 HT	
428	Altenpflegerin	0,5 HT	0,5 HT	1 HT	0,5 HT	0,5 HT	

509	Therapeut/in		1 HT		1 HT		1 HT	
510	Theapeut/in		1 HT		1 HT		1 HT	
511	Therapeut/in		0,38 HT		0,38 HT		0,38 HT	
512	Therapeut/in		0,45 HT		0,28 HT		0,45 HT	
513	Hausmeister		1 HT		1 HT		1 HT	
514	Nachtdienst		1 HT		1 HT		1 HT	
515	Verwaltung		0,25 HT		0,25 HT		0,25 HT	
			12,08		11,91		12,08	
	Trainingswohnungen							
516	Pflege		0,75 HT		0,75 HT		0,75 HT	
517	Pflege		0,38 HT		0 HT		0,38 HT	
518	Hausw.		0,2 HT		0,2 HT		0,2 HT	
519	Verw.		0,16 HT		0,16 HT		0,16 HT	
			1,49		1,11		1,49	
	amb. betreutes Wohnen							
520	Betreuung		0,75 HT		0,75 HT		0,75 HT	
	betreutes Wohnen							
521	Betreuung		0,75 HT		0,75 HT		0,75 HT	
lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anz. 2017	Bewertung	tatsächl. Besetzung	Bewertung	Anz. 2018	Bewertung	Bemerkungen
				Besetzung				
				30.06.2017				
	Wohnheim für Behinderte							
522	Ltg. und Verwaltung	0,5 HT			0,5 HT	0,5 HT		
523	Betreuer/in	1 HT			1 HT	1 HT		
524	Betreuer/in	1 HT			1 HT	1 HT		
525	Betreuer/in	1 HT			1 HT	1 HT		

537	Leiter/in			0,5 HT		0,5 HT		0,5 HT
538	Leiter/in			0,5 HT		0,5 HT		0,5 HT
539	Sachbearb. Verw.			0,5 HT		0,5 HT		0,5 HT
540	Sachbearb. Verw.			0,5 HT		0,5 HT		0,5 HT
541	Sachbearb. Verw.			0,4 HT		0,4 HT		0,4 HT
	Hauswirtschaft							
542	Koch			1 HT		1 HT		1 HT
543	Koch			1 HT		1 HT		1 HT
544	Küchenhilfe			1 HT		1 HT		1 HT
545	Hausmeister			0,5 HT		0,5 HT		0,5 HT
546	Hausmeister			0,25 HT		0,25 HT		0,25 HT
547	Wäsche			0,75 HT		0,75 HT		0,75 HT
548	Stationshilfe			0,75 HT		0,75 HT		0,75 HT
549	Stationshilfe			0,5 HT		0,5 HT		0,5 HT
550	Stationshilfe			0,5 HT		0,5 HT		0,5 HT
551	Stationshilfe			0,5 HT		0,5 HT		0,5 HT
552	Stationshilfe			0,5 HT		0,5 HT		0,5 HT
553	Stationshilfe			0,25 HT		0,25 HT		0,25 HT
554	Stationshilfe			0,75 HT		0,75 HT		0,75 HT
555	Stationshilfe			0,57 HT		0,57 HT		0,57 HT
556	Stationshilfe			0,41 HT		0,41 HT		0,41 HT
	Pflegedienst							
557	Pflegedienstleitung/KS			1 HT		1 HT		1 HT
558	stellv. PDL, Wbltrn.			1 HT		1 HT		1 HT
559	Wohnbereichsleitung			1 HT		1 HT		1 HT
560	KS/Altenpfleger/in			1 HT		1 HT		1 HT
561	KS/Altenpfleger/in			1 HT		0 HT		1 HT
562	KS/Altenpfleger/in			1 HT		1 HT		1 HT
563	KS/Altenpfleger/in			0,75 HT		0,75 HT		0,75 HT
564	KS/Altenpfleger/in			1 HT		1 HT		1 HT
565	KS/Altenpfleger/in			1 HT		1 HT		1 HT
566	KS/Altenpfleger/in			1 HT		1 HT		1 HT
567	KS/Altenpfleger/in			0,75 HT		0,75 HT		0,75 HT
568	KS/Altenpfleger/in			1 HT		0,5 HT		1 HT
569	KS/Altenpfleger/in			0,2 HT		1 HT		0,2 HT
570	Krankenpfl.helfer/Altenpflegehelfer/in			1 HT		0,75 HT		1 HT

Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH
Stellenplan 2018

619	KS/Altenpfleger/in		1 HT		0 HT	1 HT
620	KS/Altenpfleger/in		1 HT		1 HT	1 HT
621	KS/Altenpfleger/in		1 HT		1 HT	1 HT
622	KS/Altenpfleger/in		1 HT		1 HT	1 HT
623	KS/Altenpfleger/in		1 HT		0 HT	1 HT
624	KS/Altenpfleger/in		0,38 HT		0,88 HT	0,38 HT
625	Krankenpf.l.helfer/Altenpflegehelfer/in		0,75 HT		1 HT	0,75 HT
626	Krankenpf.l.helfer/Altenpflegehelfer/in		0,75 HT		0,88 HT	0,75 HT
627	Krankenpf.l.helfer/Altenpflegehelfer/in		0,75 HT		1 HT	0,75 HT
628	Krankenpf.l.helfer/Altenpflegehelfer/in		0,75 HT		1 HT	0,75 HT
629	Krankenpf.l.helfer/Altenpflegehelfer/in		0,75 HT		1 HT	0,75 HT
630	Krankenpf.l.helfer/Altenpflegehelfer/in		0,75 HT		1 HT	0,75 HT
631	Krankenpf.l.helfer/Altenpflegehelfer/in		0,75 HT		1 HT	0,75 HT
632	Krankenpf.l.helfer/Altenpflegehelfer/in		1 HT		1 HT	1 HT
633	Krankenpf.l.helfer/Altenpflegehelfer/in		0,75 HT		0,75 HT	0,75 HT
634	Krankenpf.l.helfer/Altenpflegehelfer/in		0,75 HT		0,75 HT	0,75 HT
635	Krankenpf.l.helfer/Altenpflegehelfer/in		0,75 HT		1 HT	0,75 HT
636	Krankenpf.l.helfer/Altenpflegehelfer/in		0,75 HT		0 HT	0,75 HT
637	Krankenpf.l.helfer/Altenpflegehelfer/in		0,75 HT		1 HT	0,75 HT
638	Krankenpf.l.helfer/Altenpflegehelfer/in		0,75 HT		0,88 HT	0,75 HT
639	Krankenpf.l.helfer/Altenpflegehelfer/in		0,75 HT		1 HT	0,75 HT
640	Krankenpf.l.helfer/Altenpflegehelfer/in		0,75 HT		0,75 HT	0,75 HT
641	Krankenpf.l.helfer/Altenpflegehelfer/in		0,75 HT		1 HT	0,75 HT
642	Beschäftigungstherapeut/in		1 HT		0,75 HT	1 HT
643	Betreuungskr.		0,75 HT		0,75 HT	0,75 HT
644	Betreuungskr.		0,75 HT		0,75 HT	0,75 HT
645	Betreuungskr.		0,75 HT		0,75 HT	0,75 HT
646	Betreuungskr.		0,75 HT		0 HT	0,75 HT
647	Betreuungskr.		0,15 HT		0,75 HT	0,15 HT
648	Betreuungskr.		0,75 HT		0,75 HT	0,75 HT
649	Azubi		1 Ausbi.verg		0 Ausbi.verg	1 Ausbi.verg
650	Azubi		1 Ausbi.verg		1 Ausbi.verg	1 Ausbi.verg
651	KS/Altenpfleger/in		1 HT		0 HT	1 HT
652	KS/Altenpfleger/in		0,58 HT		0 HT	0,58 HT
			53,37		48,4	53,37

Bodden-Kliniken
Ribnitz-Damgarten GmbH
Sandhufe 2
18311 Ribnitz-Damgarten

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der **Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH, Ribnitz-Damgarten**, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2016 geprüft.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den Vorschriften der KHBV liegen in der Verantwortung des Geschäftsführers der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den Vorschriften der KHBV und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kiel, 28. Juli 2017



Baltic Audit GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Kaden
Wirtschaftsprüfer

Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2018 der Bodden-Kliniken MVZ GmbH

Der Wirtschaftsplan der Bodden-Kliniken MVZ GmbH, Ribnitz-Damgarten, wurde nach § 14 Abs. 2 Eigenbetriebsverordnung (EigVO M-V vom 25.02.2008) erstellt.

1. Gesellschaftszweck und Struktur

Die im Jahr 2013 gegründete Bodden-Kliniken MVZ GmbH, Ribnitz-Damgarten, ist eine 100%-ige gemeinnützige Tochtergesellschaft der Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH, deren alleiniger Gesellschafter wiederum der Landkreis Vorpommern-Rügen ist.

Die Gesellschaft verfolgt den Zweck, eine fachübergreifende ärztlich geleitete Einrichtung (Medizinisches Versorgungszentrum – kurz: MVZ) gem. § 95 Sozialgesetzbuch Teil V zu betreiben, die eine wohnortnahe, bedarfsorientierte und innovative ambulante medizinische Versorgung sicherstellt.

Im Rahmen eines Ärztehauses werden seit dem 01.10.2013 zwei Arztpraxen mit den Fachrichtungen Chirurgie und Gynäkologie/Geburtshilfe betrieben. Die beiden Vertragsarztsitze wurden von den zuvor selbständigen Ärzten in die GmbH eingebracht. Die Ärzte haben damit ihre Selbständigkeit zugunsten einer Anstellung in der Gesellschaft aufgegeben.

Für das laufende Jahr war eine Erweiterung um zwei chirurgische Arztpraxen geplant. Es konnte jedoch nur ein Praxiskauf (incl. Immobilienerwerb) umgesetzt werden. Der zweite Kauf musste verschoben werden, weil der bisherige Praxisinhaber aufgrund des bevorstehenden Renteneintritts seine ärztliche Tätigkeit eigentlich beenden wollte, jedoch keinen Nachfolger fand. Da auch die Gesellschaft über keinen geeigneten Arzt verfügte, wurde die Praxisübernahme zunächst verschoben. Inzwischen hat sich der Praxisinhaber entschieden, weiter zu arbeiten, so dass eine Übernahme durch die Gesellschaft jetzt für das Planjahr vorgesehen ist.

2. Erfolgsplan

Der Erfolgsplan für das Jahr 2018 wurde auf der Basis der Ist-Leistungen und der Ausgaben des ersten Halbjahres 2017 sowie des o. g. geplanten Zukaufs kalkuliert.

Da die Leistungsvergütung durch die Kassenärztliche Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern (KVMV) quartalsweise und erst zu Beginn des fünften Folgemonats nach Abrechnung erfolgt, liegen derzeit nur die Umsatzdaten für das I. Quartal dieses Jahres vor. Die Darstellung des laufenden Kalenderjahres (2017) wird erst im Mai 2018 möglich sein.

Die Bundesregierung verabschiedet – je nach Entwicklung der Finanzsituation bei der Gesetzlichen Krankenversicherung – fast jährlich sog. „Kostendämpfungsgesetze“. Hinzu kommt, dass auch die Kassenärztliche Vereinigung ihren Honorarverteilungsmaßstab anpasst. Beides führt dazu, dass längerfristige und einigermaßen sichere Planungen kaum möglich sind, so dass die Planansätze im Wesentlichen auch für die Folgejahre zu Grunde zu legen sind.

Das Material bzw. die bezogenen Leistungen sollen überwiegend über die Muttergesellschaft bezogen werden und sich aufgrund von Synergieeffekten beim Einkauf moderat entwickeln. Dafür wurde im vergangenen Jahr ein Dienstleistungsvertrag abgeschlossen. Eine zeitnahe Analyse der Verbräuche und Neuausschreibungen von bezogenen Leistungen tragen dazu bei, dass die Kosten in diesem Bereich den Leistungen entsprechen.

Im Hinblick auf die Personalkosten verfolgen wir die Strategie, die allgemeinen bundesweiten Tarifsteigerungen in diesem Bereich umzusetzen. Nur so können wir auch künftig die hohe Qualität der Arbeitsleistungen unseres Personals, der wichtigsten Ressource eines Dienstleistungsunternehmens, sicherstellen.

Für das Jahresergebnis erwarten wir aufgrund der o. g. Unsicherheiten für das laufende Jahr und die Folgejahre geringe Überschüsse. Diese sollen dazu verwendet werden, die von der Muttergesellschaft zusätzlich zum Stammkapital geleistete Kapitalausstattung wieder zurück zu zahlen.

3. Finanzplan

Im Finanzplan wird der Finanzmittelbestand (Liquidität) der jeweiligen Periode, welcher aus den Mittelzu- und -abflüssen resultiert, ausgewiesen.

Der Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit (200 T€) betrifft insbesondere den Erwerb von einer Arztpraxis.

Der geplante Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit von insgesamt 200 T€ betrifft die Kapitalausstattung der Muttergesellschaft für den Erwerb einer Arztpraxis (200 T€).

Trotzdem gewährleistet der geplante Finanzmittelbestand eine stabile Unternehmensentwicklung.

4. Entwicklung der Investitionen

Neben dem o. g. Erwerb einer chirurgischen Praxis werden kleinere Investitionen in Medizin- und EDV-Technik eingeplant.

5. Belastung des Unternehmens durch kreditähnliche Rechtsgeschäfte

- entfällt -

6. Entwicklung der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit

- entfällt -

7. Entwicklung des Eigenkapitals

Die Gesellschaft wurde mit einem Stammkapital von 25 T€ gegründet. Durch die Muttergesellschaft (Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH) wurden Einzahlungen in die Kapitalrücklage i. H. v. 400 T€ geleistet. Diese waren bzw. sind notwendig, um die Kaufpreise für die in die Gesellschaft eingebrachten Arztpraxen und die Anlaufkosten zu finanzieren.

Unter Einbeziehung der Vorjahresergebnisse verfügt die Gesellschaft derzeit über ein Eigenkapital von - T€ (Vj. 428 T€). Daraus ergibt sich eine hohe Eigenkapitalquote von 70 v. H. Der für das Planjahr vorgesehene Erwerb eines Vertragsarztsitzes führt zu einem Kapitalabfluss von 200 T€. Die Kapitalrücklage soll in den nächsten Jahren aufgrund von Rückzahlungen an die Muttergesellschaft schrittweise reduziert werden.

8. Besondere Hinweise

8.1 Ansätze für Aufwendungen und Auszahlungen zur Erfüllung von Verträgen, die den Eigenbetrieb über ein Jahr hinaus zu erheblichen Aufwendungen und Auszahlungen verpflichten:

- keine -

8.2 Abschreibungen, soweit sie von den planmäßigen Abschreibungen abweichen oder eine Änderung der Abschreibungsmethode gegenüber dem Vorjahr eingetreten ist:

- keine Änderungen -

8.3 wesentliche Ansätze von Aufwendungen und Erträgen sowie Aus- und Einzahlungen:

- entfällt -

8.4 erhebliche Abweichungen gegenüber den Ansätzen des Vorjahres und den Ergebnissen des Vorjahres.

Erweiterung des Unternehmens (s.o.)

Das Unternehmen hat kein nicht betriebsnotwendiges Vermögen und keine nicht zwingend notwendige Geschäftsbereiche.



Dr. Falko Milski, MBA
Geschäftsführer

Ribnitz-Damgarten, den 30.10.2017

Bodden-Kliniken MVZ GmbH

Wirtschaftsplan 2018

nach EigVO für die

Bodden-Kliniken MVZ GmbH

Wirtschaftsplan 2018 nach EigVO für die BODDEN-KLINIKEN MVZ GmbH

Alle Währungsangaben sind in TEUR

I. Vordrucke für den Wirtschaftsplan

1. Zusammenstellung
2. Erfolgsplan
3. Finanzplan
4. Pläne für die einzelnen Bereiche
 - a) Bereichserfolgsplan
 - b) Bereichsfinanzplan
5. Investitionsübersicht
6. Übersicht über die Bereiche des Eigenbetriebes
7. Stellenübersicht
8. Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

II. Vordrucke für den Jahresabschluss 2016

9. Bilanz
10. Gewinn- und Verlustrechnung Es liegen zum Abgabezeitpunkt noch keine
11. Finanzrechnung testierten Jahresabschlußwerte
12. a) Anlagenübersicht für das Wirtschaftsjahr 2016 vor.
 - b) Forderungsübersicht (Abschnitt II)
 - c) Verbindlichkeitenübersicht

Landkreis Vorpommern-Rügen

Zusammenstellung für das Jahr 2018

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Bodden-Kliniken MVZ GmbH

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung hat

die Gesellschafterversammlung der Bodden-Kliniken MVZ GmbH

2)

durch Beschluss vom _____ den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr **2018** festgestellt:

Vorbehaltlich der Zustimmung des Gremiums!

Es betragen

1. im Erfolgsplan

- die Erträge
- die Aufwendungen
- der Jahresgewinn
- der Jahresverlust

in TEUR

905

900

5

2. im Finanzplan

- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit ³⁾
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit ⁴⁾
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit ⁵⁾
- der Saldo aus der Änderung des Finanzmittelbestandes ⁶⁾

71,0

-210,0

198,9

59,9

3. Es werden festgesetzt

- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf
- davon für Umschuldungen
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung

4. Die Stellenübersicht weist **14,74** Stellen in Vollzeitäquivalenten aus.

5. Der Stand des Eigenkapitals

- betrug zum 31.12.2016 des Vorvorjahres
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich

6. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am ⁷⁾:

/

Ribnitz-Damgarten, den 28.10.2016

Unterschrift

- 1) Nichtzutreffendes streichen
- 2) beschließendes Organ
- 3) Nummer 10 des Finanzplans
- 4) Nummer 19 des Finanzplans
- 5) Nummer 24 des Finanzplans
- 6) Nummer 25 des Finanzplans
- 7) nur, wenn Genehmigung erforderlich

Erfolgsplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Bodden-Kliniken MVZ GmbH

-in TEUR-

Bezeichnung	Ist 2016 (Vorvorjahr)	Plan 2017 (Vorjahr)	Plan 2018 (Planjahr)	Plan 2019 (1. Folgejahr)	Plan 2020 (2. Folgejahr)	Plan 2021 (3. Folgejahr)
1. Umsatzerlöse		900,0	900,0	910,4	919,8	927,3
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen						
3. Andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge		5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
5. Materialaufwand		47,0	45,0	45,0	45,0	45,0
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		17,0	15,0	15,0	15,0	15,0
6. Personalaufwand		737,0	737,0	744,4	751,8	759,3
a) Löhne und Gehälter		624,0	624,0	630,2	636,5	642,9
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		113,0	113,0	114,1	115,3	116,4
- davon für Altersversorgung		0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
7. Abschreibungen auf		66,0	66,0	66,0	66,0	66,0
a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		66,0	66,0	66,0	66,0	66,0
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
- davon nach § 254 HGB						
b) Aufwendungen aus der Zuführung Sopo Fömi + Schuldendienst						
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
- davon nach § 254 HGB						
8. Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO						
9. Konzessionsabgabe						
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen		50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
11. Erträge aus Beteiligungen						
- davon aus verbundenen Unternehmen						
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
- davon aus verbundenen Unternehmen						
13. Zinsen und ähnliche Erträge			-	-	-	-
- davon aus verbundenen Unternehmen						
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens						
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-	2,0	2,0	2,0	2,0
- davon an verbundene Unternehmen			2,0	2,0	2,0	2,0
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		5,0	5,0	8,0	10,0	10,0
17. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen						
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme						
19. Außerordentliche Erträge						
20. Außerordentliche Aufwendungen						
21. Außerordentliches Ergebnis						
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
23. Sonstige Steuern						
24. Jahresgewinn / Jahresverlust		5,0	5,0	8,0	10,0	10,0

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns ^{1,2)} oder Behandlung des Jahresverlustes ^{1,2)}

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages		a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	

Erfolgsplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Bodden-Kliniken MVZ GmbH

-in TEUR-

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2016 (Vorvorjahr)	2017 (Vorjahr)	2018 (Planjahr)	2019 (1. Folgejahr)	2020 (2. Folgejahr)	2021 (3. Folgejahr)
b) zur Einstellung in Rücklagen	5,0	b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen				
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)		c) auf neue Rechnung vorzutragen				
d) auf neue Rechnung vorzutragen						

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	Gesell-schafts- anteile in %	Betrag in TEUR
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			

¹⁾ § 11 Abs. 5 GemHVO Doppik: Bei Sondervermögen mit Sonderrechnungen sind die voraussichtlichen Jahresergebnisse in dem Ergebnishaushalt der Gemeinde zu veranschlagen.

²⁾ Mit Zahlungswirksamkeit des Verlustausgleiches bzw. der Gewinnausschüttung ist eine Veranschlagung im Finanzhaushalt der Gemeinde im Folgejahr vorzunehmen.

Finanzplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Bodden-Kliniken MVZ GmbH

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016 (Vorvorjahr)	2017 (Vorjahr)	2018 (Planjahr)	2019 (1. Folgejahr)	2020 (2. Folgejahr)	2021 (3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten		5,0	5,0	8,0	10,0	10,0
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens		66,0	66,0	66,0	66,0	66,0
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen						
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens						
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)						
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind						
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind						
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten						
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit		71,0	71,0	74,0	76,0	76,0
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens						
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen		-412,0	-210,0	-10,0	-10,0	-10,0
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens						
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen						
	davon						
	a) empfangene Ertragszuschüsse						
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter						
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen						
19	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit		-412,0	-210,0	-10,0	-10,0	-10,0
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen		1.000,0	198,9			
21	(-) Auszahlungen an die Muttergesellschaft (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)				-10,0	-10,0	-10,0
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen						
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten						
24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit		1.000,0	198,9	-10,0	-10,0	-10,0

Finanzplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Bodden-Kliniken MVZ GmbH

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016	2017	2018	2019	2020	2021
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)		659,0	59,9	54,0	56,0	56,0
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands						
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode		283,5	942,5	1.002,4	1.056,4	1.112,4
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode		942,5	1.002,4	1.056,4	1.112,4	1.168,4

Name des Betriebes/Unternehmens:

Bodden-Kliniken MVZ GmbH**Investitionsübersicht**

Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)

Kauf von 2 weiteren Praxisstätten (Gesamtkaufpreis 402 TEUR) auf insgesamt 4 Praxisstätze

	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	2018	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres - 2019	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres - 2020	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres - 2021	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme - 2022
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0,0						
davon empfangene Ertragszuschüsse	0,0						
davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0,0						
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0,0						
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0,0						
Sonstige Investitionseinzahlungen	1265,0	1066,1	198,9				
Summe Einzahlungen	1265,0	1.066,1	198,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	1284,8	1.034,8	210,0	10,0	10,0	10,0	10,0
davon Grundstücke	0,0						
davon Gebäude	464,8	464,8					
davon Maschinen	0,0						
davon Büro- und Geschäftsausstattung (402 T€ Arztprixswerte)	820,0	570,0	210,0	10,0	10,0	10,0	10,0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,0						
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,0						
Summe Auszahlungen	1284,8	1.034,8	210,0	10,0	10,0	10,0	10,0
Nachrichtlich	0,0						
veranschlagte VE	0,0						
	0,0						
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-19,8	31,3	-11,1	-10,0	-10,0	-10,0	-10,0

Name des Betriebes/Unternehmens:
BODDEN-KLINIKEN MVZ GmbH

Übersicht über Leistungsbeziehungen zwischen den Betriebsbereichen

Die Übersicht kann je nach Umfang des Betriebes bzw. der Anzahl der Bereiche in verbaler oder grafischer Form dargestellt werden. Auf die Pflichtausführungen im Vorbericht wird hingewiesen. Erfolgen dort umfangreiche Ausführungen, kann auf eine separate Darstellung hier verzichtet werden.

Die Leistungsbeziehungen der Bereiche untereinander können wie folgt abgebildet werden:

Beispiel:

	an Bereich 1	an Bereich 2	an Bereich 3	an Bereich 4	gesamt:
von Bereich 1					
von Bereich 2					
von Bereich 3					
von Bereich 4					
gesamt:					

- entfällt -

Stellenübersicht

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

BODDEN-KLINIKEN MVZ GmbH

lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr		Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres		Anzahl und Bewertung im Planjahr		Bemerkungen
1	2	3		4		5		6
Gyn. Praxis, Schillstr. 12a, 18311 Ribnitz-Damgarten								
1	Facharzt / Fachärztin	1,00	EAV	1,00	EAV	1,00	EAV	
2	Med. Fachangestellte/r	1,00	EAV	1,00	EAV	1,00	EAV	
3	Med. Fachangestellte/r	0,75	EAV	0,75	EAV	0,75	EAV	
4	Hebamme	0,25	EAV	0,25	EAV	0,25	EAV	
5	Reinigung	0,25	EAV	0,25	EAV	0,25	EAV	
		3,25		3,25		3,25		
Chir. Praxis, Schillstr. 12a, 18311 Ribnitz-Damgarten								
6	Facharzt / Fachärztin	0,50	EAV	0,50	EAV	0,50	EAV	
7	Facharzt / Fachärztin	0,50	EAV	0,50	EAV	0,50	EAV	
8	Med. Fachangestellte/r	1,00	EAV	1,00	EAV	1,00	EAV	
9	Med. Fachangestellte/r	1,00	EAV	1,00	EAV	1,00	EAV	
10	Med. Fachangestellte/r	1,00	EAV	0,50	EAV	1,00	EAV	
11	Med. Fachangestellte/r	0,50	EAV	0,75	EAV	0,50	EAV	
12	Reinigung	0,25	EAV	0,25	EAV	0,25	EAV	
		4,75		4,5		4,75		
Chir. Praxis, Ulmenallee 5, 18311 Ribnitz-Damgarten (Dörfeldt)								
13	Facharzt / Fachärztin	1,00	EAV	1,00	EAV	1,00	EAV	
14	Med. Fachangestellte/r	1,00	EAV	0,78	EAV	0,78	EAV	
15	Med. Fachangestellte/r	1,00	EAV	0,73	EAV	0,73	EAV	
16	Med. Fachangestellte/r	0,00	EAV	0,73	EAV	0,73	EAV	
17	Reinigung	0,25	EAV	0,25	EAV	0,25	EAV	
		3,25		3,49		3,49		
Chir. Praxis, Schilfgraben 3, 18356 Barth (Dr. Fred Brümmel)								
18	Facharzt / Fachärztin	1,00	EAV	0,00	EAV	1,00	EAV	
19	Med. Fachangestellte/r	1,00	EAV	0,00	EAV	1,00	EAV	
20	Med. Fachangestellte/r	1,00	EAV	0,00	EAV	1,00	EAV	
21	Reinigung	0,25	EAV	0,00	EAV	0,25	EAV	
		3,25		0		3,25		
insgesamt		14,50		11,24		14,74		

Name des Betriebes/Unternehmens:
Bodden-Kliniken MVZ GmbH

Übersicht
über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre ²⁾ und Planjahr	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren
	
in TEUR					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
veranschlagt im Planjahr 20..					
Summe					
<u>nachrichtlich</u> : Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr					
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen					

entfällt

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen.

Name des Betriebs/Unternehmens:

Bodden-Kliniken MVZ GmbH

Bilanz für das Jahr 2016

Angaben in TEUR

Für die BK MVZ GmbH liegt für das Wirtschaftsjahr 2016 noch kein testierter Jahresabschluss vor.

Aktivseite	Jahr	Vorjahr
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		
2. Geleistete Anzahlungen		
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
a) Geschäfts, Betriebs- und andere Bauten		
b) Bahnkörper und Bauten des Schienenweges		
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten		
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten		
4. Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu Nummer 1 oder 2 gehören		
5. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen ¹⁾		
6. Verteilungsanlagen ¹⁾		
7. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen		
8. Fahrzeuge für Personen- und Geschäftsverkehr		
9. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu den Nummern 5 bis 8 gehören		
10. Betriebs- und Geschäftsausstattung		
11. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen ²⁾		
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen ²⁾		
3. Beteiligungen		
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
5. Wertpapiere des Anlagevermögens		
6. Sonstige Ausleihungen		
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		
2. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen		
3. Fertige Erzeugnisse und Waren		
4. Geleistete Anzahlungen		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen ²⁾		
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
4. Forderungen an die Gemeinde und deren Sondervermögen		
5. Sonstige Vermögensgegenstände		
III. Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiroguthaben		
C. Rechnungsabgrenzungsposten		

Name des Betriebs/Unternehmens:

Bodden-Kliniken MVZ GmbH

Bilanz für das Jahr 2016

Angaben in TEUR

Passivseite			
A.	Eigenkapital		
I.	Stammkapital		
II.	Rücklagen		
1.	Allgemeine Rücklage-Kapitalrücklagen		
2.	Zweckgebundene Rücklage-Gewinnrücklage		
III.	Gewinn/Verlust		
	Gewinn/Verlust des Vorjahres		
	Verwendung für/ Ausgleich durch		
	Jahresgewinn/Jahresverlust		
B.	Sonderposten		
I.	mit Rücklagenanteil ³⁾		
II.	zum Anlagevermögen		
1.	empfangene Ertragszuschüsse		
2.	Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		
III.	Sonstige		
C.	Rückstellungen		
1.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		
2.	Steuerrückstellungen		
3.	Sonstige Rückstellungen		
D.	Verbindlichkeiten		
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
2.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
4.	Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel		
5.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		
6.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
7.	Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde und deren Sondervermögen		
8.	Sonstige Verbindlichkeiten		
	davon		
a)	mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
b)	aus Steuern		
c)	im Rahmen der sozialen Sicherheit		
E.	Rechnungsabgrenzungsposten		

¹⁾ Anlagen der Energie- und Wasserversorgung

²⁾ Die Begriffsbestimmung des § 15 AktG findet sinngemäß Anwendung

³⁾ Die Vorschriften, nach denen der Sonderposten gebildet wurde, sind im Anhang anzugeben.

Name des Betriebs/Unternehmens:

Bodden-Kliniken MVZ GmbH

Für die BK MVZ GmbH liegt für das Wirtschaftsjahr 2016 noch kein testierter Jahresabschluss vor.

Gewinn- und Verlustrechnung

Jahr 2016

Angaben in TEUR

1.	Umsatzerlöse		_____
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen		_____
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen		_____
4.	Sonstige betriebliche Erträge		_____
5.	Materialaufwand		
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	_____	
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	_____	_____
6.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	_____	
	b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	_____	_____
	davon für Altersversorgung	
7.	Abschreibungen		
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	_____	
	davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	
	davon nach § 254 HGB	
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	_____	_____
	davon nach § 253 Abs. 3 HGB	
	davon nach § 254 HGB	
8.	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO		_____
9.	Konzessionsabgabe		_____
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen		_____
11.	Erträge aus Beteiligungen		_____
	davon aus verbundenen Unternehmen	
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		_____
	davon aus verbundenen Unternehmen	

Name des Betriebs/Unternehmens:

Bodden-Kliniken MVZ GmbH

Für die BK MVZ GmbH liegt für das Wirtschaftsjahr 2016 noch kein testierter Jahresabschluß vor.

Gewinn- und Verlustrechnung

Jahr 2016

Angaben in TEUR

13.	Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen	_____
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		_____
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen	_____
16.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		_____
17.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		_____
18.	Aufwendungen aus Verlustübernahme		_____
19.	Außerordentliche Erträge		_____
20.	Außerordentliche Aufwendungen		_____
21.	Außerordentliches Ergebnis		_____
22.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		_____
23.	Sonstige Steuern		_____
24.	Jahresgewinn/Jahresverlust		=====

Name des Betriebs/Unternehmens:

Bodden-Kliniken MVZ GmbH

Für die BK MVZ GmbH liegt für das Wirtschaftsjahr 2016 noch kein testierter Jahresabschluß vor.

Finanzrechnung

Wirtschaftsjahr: 2016

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ergebnis des	Wirtschaftsjahr
		Vorjahres	Wirtschaftsjahr
		Vorjahr	Wirtschaftsjahr
1	Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisanteile von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten nach interner Leistungsverrechnung		
2	Abschreibungen (+)/ Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens		
3	Auflösung (-)/ Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen		
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)		
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva		
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen		
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva		
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten		
10	Summe Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit		
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens		
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen		
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens		
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen		
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen		
	davon		
	a) empfangene Ertragszuschüsse		
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen		
19	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit		
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen		
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde		
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen		
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten		
24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit		
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)		
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands		
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode		
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode		

Name des Betriebs/Unternehmens:
Bodden-Kliniken MVZ GmbH

Für die BK MVZ GmbH liegt für das Wirtschaftsjahr 2016 noch kein testierter Jahresabschluss vor.

Anlagenübersicht

Angaben in TEUR
Wirtschaftsjahr: 2016

Posten	Bezeichnung	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen, Wertberichtigungen				Restbuchwerte		Wertminderung durch unterlassene Instandhaltung, Altlasten, sonstiges		
		Stand zum 31.12. Vorjahr ¹⁾	Zugänge im Jahr	Abgänge im Jahr	Umbuchungen im Jahr	Stand zum 31.12. Wirtschaftsjahr	Zuschreibungen im Jahr	Abschreibungen im Jahr	Umbuchungen im Jahr	Aufgelaufene Abschreibungen zum 31.12. Vorjahr	Aufgelaufene Abschreibungen auf Abgänge		Abschreibungen zum 31.12. Wirtschaftsjahr	Restbuchwerte am Ende des Jahres
I	Immaterielle Vermögensgegenstände													
1.	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten													
2.	Geleistete Anzahlungen													
	Summe immaterielle Vermögensgegenstände													
II	Sachanlagen													
1.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte													
a)	Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten													
b)	Baukörper und Bauten des Schienenweges													
2.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten													
3.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten													
4.	Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu der Nummer 1 oder 2 gehören													
5.	Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen ²⁾													
6.	Verteilungsanlagen ²⁾													
7.	Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen													
8.	Fahrzeuge für Personen- und													
9.	Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu den Nummern 5 bis 8 gehören													
10.	Betriebs- und Geschäftsausstattung													
11.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau													
	Summe Sachanlagen													
III	Finanzanlagen													
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen													
2.	Ausleihungen an verbundene Unternehmen													
3.	Beteiligungen													
4.	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht													
5.	Wertpapiere des Anlagevermögens													
6.	Sonstige Ausleihungen													
	Summe Finanzanlagen													
	Summe Anlagevermögen													
	Summe Sonderposten³⁾													

¹⁾ Einschließlich aller aufgelauener Zu- und Abgänge sowie Umbuchungen.

²⁾ Anlagen der Energie- und Wasserversorgung

³⁾ Korrespondierend zur Entwicklung des Anlagevermögens ist die Entwicklung der Sonderposten mit in die Anlagenübersicht aufzunehmen.

Name des Betriebs/Unternehmens:

Bodden-Kliniken MVZ GmbH

Forderungsübersicht

Wirtschaftsjahr 2016

Für die BK MVZ GmbH liegt für das Wirtschaftsjahr 2016 noch kein testierter Jahresabschluß vor.

Ifd. Nr.		Bilanzwert	Bilanzwert	vorgenommene Wertberichtigun- gen	Forderungen zum Ende des Wirtschaftsjahres		
		zum Ende des Vorjahres	zum Ende des Wirtschafts- jahres	für das Wirtschaftsjahr	davon mit einer Restlaufzeit		
					bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren
in TEUR							
1	Forderungen aus Liefere- rungen und Leistungen						
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen						
	b) privatrechtliche Forderungen						
2	Forderungen gegen verbundene Unternehmen						
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen						
	b) privatrechtliche Forderungen						
3	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen						
	b) privatrechtliche Forderungen						
4	Forderungen gegen die Gemeinde und deren Sondervermögen						
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen						
	b) privatrechtliche Forderungen						
5	Sonstige Vermögensgegenstände						
	Summe Forderungen						

Bodden-Kliniken MVZ GmbH
 Sandhufe 2
 18311 Ribnitz-Damgarten

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
 vom 01. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2015**

Vorjahres-
 zahlen

	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
1. Umsatzerlöse	440.501,46		384.856,82
2. sonstige betriebliche Erträge	<u>1.981,93</u>		<u>2.758,41</u>
		442.483,39	387.615,23
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebs- stoffe und für bezogene Waren	14.546,30		14.404,92
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>8.491,64</u>		<u>8.086,73</u>
		23.037,94	22.491,65
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	291.568,57		262.730,65
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>46.709,07</u>		<u>44.553,04</u>
- davon für Altersversorgung: EUR 294,72 (i. V. EUR 294,72)		338.277,64	307.283,69
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen		31.272,81	31.962,05
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		29.173,24	36.882,13
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1.540,92	676,88
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>1.494,30</u>	<u>1.494,30</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		20.768,38	-11.821,71
10. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		20.768,38	-11.821,71
11. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-17.993,45	0,00
12. Einstellungen in Gewinnrücklagen		<u>2.774,93</u>	<u>0,00</u>
13. Bilanzgewinn/Bilanzverlust		<u><u>0,00</u></u>	<u><u>-11.821,71</u></u>

Bruttoanlagepiegel zum 31.12.2015

Bilanzposten	Entwicklung der Anschaffungswerte				Entwicklung der Abschreibungen				Restbuchwerte		
	Stand am 01.01.2015 €	Zugang €	Abgang €	Stand am 31.12.2015 €	Stand am 01.01.2015 €	Abschrei- bungen €	Entnahme für Abgänge €	Stand am 31.12.2015 €	Stand am 31.12.2014 €	Stand am 31.12.2015 €	Stand am 31.12.2014 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	135,00	0,00	0,00	135,00	133,00	0,00	0,00	133,00	2,00	2,00	2,00
2. Geschäfts- oder Firmenwert	331.328,24	0,00	0,00	331.328,24	27.610,24	22.089,00	0,00	49.699,24	281.629,00	303.718,00	303.718,00
	331.463,24	0,00	0,00	331.463,24	27.743,24	22.089,00	0,00	49.832,24	281.631,00	303.720,00	303.720,00
II. Sachanlagen											
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	31.546,80	6.940,81	424,79	38.062,82	12.144,80	9.183,81	421,79	20.906,82	17.156,00	19.402,00	19.402,00
	363.010,04	6.940,81	424,79	369.526,06	39.888,04	31.272,81	421,79	70.739,06	298.787,00	323.122,00	323.122,00

Lagebericht zum Geschäftsjahr 2015

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell

Seit vielen Jahren wird im Rahmen der Weiterentwicklung des deutschen Gesundheitswesens die Forderung erhoben, die ambulante und stationäre Versorgung besser zu verzahnen. Die strikte Sektorentrennung war bisher eine der Ursachen für Ineffizienz und Kostensteigerungen innerhalb des Versorgungssystems.

Darauf hat der Gesetzgeber mit dem GKV-Modernisierungsgesetz reagiert und ab 01.01.2004 die Möglichkeit geschaffen, „Medizinische Versorgungszentren“ – kurz „MVZ“ genannt – zu gründen. Träger eines MVZ können u. a. Krankenhäuser sein.

Für stationäre Einrichtungen, wie die Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH, besteht der Vorteil, dass sie mit einem MVZ unmittelbar im ambulanten vertragsärztlichen Wirkungsbereich tätig werden. Die Patienten erhalten damit – ähnlich dem poliklinischen System in der ehemaligen DDR – sämtliche Behandlungsleistungen „aus einer Hand“.

Gerade im ländlichen Raum wird es in den nächsten Jahren zu einem dringlichen Erfordernis, nach Wegen zu suchen, welche die umfassende medizinische Versorgung der Bevölkerung auch künftig sicherstellen. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass nicht mehr für alle Arztsitze, die meist altersbedingt aufgegeben werden, die Nachbesetzung gesichert ist. Insofern wird es darum gehen, dass die ambulanten und die stationären Bereiche enger „zusammenrücken“ müssen, um diese Aufgabe gemeinsam zu lösen.

Ein entscheidender Vorteil ist dabei der variable Einsatz der Ärzte/Ärztinnen und die übergreifende Nutzung der Infrastruktur sowohl im stationären, als auch im ambulanten Sektor.

Die Anzahl der MVZ steigt in Deutschland kontinuierlich an. Gleichzeitig wächst der Anteil der MVZ, an denen ein Krankenhaus als Träger beteiligt ist. Inzwischen gibt es in Deutschland 2.156 MVZ, davon 910 mit Beteiligung von Krankenhäusern. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es 49 Einrichtungen, davon 25 in Krankenhaus-Trägerschaft (Daten der Kassenärztlichen Bundesvereinigung - Stand 31.12.2015).

Die Bodden-Kliniken MVZ GmbH, Ribnitz-Damgarten (im folgenden kurz „MVZ-GmbH“ genannt) wurde am 04.02.2013 notariell gegründet.

Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 28.03.2013. Alleiniger Gesellschafter ist die Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH. Deren Geschäftsführer, Herr Dr. Falko Milski, Rostock, ist gleichzeitig auch Geschäftsführer der MVZ-GmbH.

Mit der Bescheinigung des Finanzamtes Rostock vom 9.05.2015 wurde die im Gesellschaftsvertrag festgelegte Gemeinnützigkeit bestätigt. Damit dient die Gesellschaft – genauso wie die Muttergesellschaft – ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten mildtätigen Zwecken im Sinne §§ 51 ff AO und gehört zu den in § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG bezeichneten Körperschaften.

Der Gesellschaft wurde mit Beschluss des Zulassungsausschusses für Ärzte Mecklenburg-Vorpommern vom 07.08.2013 zur vertragsärztlichen Versorgung ab 01.10.2013 in den Fachrichtungen Chirurgie und Frauenheilkunde/Geburtshilfe zugelassen.

Bezüglich der genannten Strukturen haben sich im Berichtsjahr keine Änderungen ergeben.

2. Ziele und Strategien

Im Hinblick auf die o. g. strukturellen Entwicklungen zur weiteren Absicherung der wohnortnahen ambulanten und stationären Versorgung der Bevölkerung und auf die Sicherstellung der eigenen stationären Leistungen haben die Bodden-Kliniken großes Interesse am Erwerb von Vertragsarztsitzen. Dies betrifft jedoch nur die Fachrichtungen, welche auch zum vollstationären Behandlungsspektrum des Krankenhauses passen.

Die Auswahl erfolgt insbesondere nach den folgenden strategischen Kriterien:

- a) Die Fachrichtung des zu übernehmenden Vertragsarztsitzes wird auch im Krankenhaus der Bodden-Kliniken vorgehalten. Dadurch entstehen Synergieeffekte bzgl. der stationären Versorgung in den Bodden-Kliniken (vor- und nachstationäre Behandlung, Personalgestellung, gemeinsame Nutzung der Infrastruktur).

- b) Angemessenheit des Praxis- bzw. Immobilienkaufpreises, insbesondere die Situation der Infrastruktur (u. a. Zustand der Räumlichkeiten und der technischen Ausstattung, notwendiger Investitionsbedarf, Laufzeit von Dienstleistungs-/Mietverträgen).
- c) Höhe des Jahresergebnisses
- d) Der jetzige Vertragsarzt/die jetzige Vertragsärztin ist noch mindestens ein Jahr selbst tätig, um einen fließenden personellen Übergang zu gewährleisten und genügend Zeit zu haben, eine Nachbesetzungsauswahl vorzunehmen.
- e) Strategische Bewertung bzgl. der künftigen Entwicklung der jeweiligen – in das MVZ zu integrierenden – Facharztdisziplin.

Nach einer abschließenden Klärung der Zulassungsbedingungen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern erfolgt anschließend die Auswahl und Bewertung der zu übernehmenden Vertragsarztsitze. Die Ergebnisse werden gemeinsam mit einem Beschlusssentwurf an die zuständigen Gremien zur Entscheidung weitergeleitet.

II. Wirtschaftsbericht

1. Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind im Sozialgesetzbuch Teil V (SGB V) § 95 geregelt. Gemäß Abs. 1 sind medizinische Versorgungszentren ärztlich geleitete Einrichtungen, in denen Ärzte als Angestellte oder Vertragsärzte tätig sind.

Die Gründung ist nur in der Rechtsform einer Personengesellschaft, einer eingetragenen Genossenschaft, einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) oder in einer öffentlich-rechtlichen Rechtsform möglich.

Die Zulassung eines medizinischen Versorgungszentrums bewirkt, dass das MVZ zur Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung berechtigt, aber auch verpflichtet ist.

Die zum Gründungszeitpunkt des Unternehmens noch bestandene Pflicht, fachübergreifende Vertragsarztsitze vorzuhalten, ist inzwischen weggefallen. Wenn das Fachgebiet entsprechend der Analyse des Versorgungsbedarfs für Neuzulassungen „frei“ ist (z. B. Allgemeinmedizin), besteht für das MVZ die Möglichkeit der freien Besetzungsauswahl. Ist das Fachgebiet für

Neuzulassungen „gesperrt“ (z. B. Chirurgie), dann können nur Ärzte/Ärztinnen angestellt werden, die ihren bisherigen Vertragsarztsitz in das MVZ einbringen.

Zur Durchführung der ambulanten Behandlung von Patienten ist es notwendig, entsprechende räumliche und medizintechnische Voraussetzungen an einem Ort zu schaffen. Dies kann im Rahmen der Übernahme der bisherigen Praxen oder eines Umzugs in andere bestehende oder neu zu errichtende Einheiten erfolgen.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gestalten sich oftmals schwierig. Aufgrund der häufig vorhandenen Konkurrenzsituation im Hinblick auf den Praxiserwerb ist der MVZ-Träger zunächst mit Kaufpreisen belastet, welche sich nur im Zusammenhang mit den klinischen Synergieeffekten sinnvoll darstellen lassen. Handelt es sich beim Käufer um ein Krankenhaus, ist die Erwartungshaltung groß, einen eventuellen Investitionsstau zügig abzubauen. Je nach regionaler Lage des MVZ kommt ggf. ein Personalbesetzungsproblem hinzu, welches sich nur durch eine überdurchschnittliche Vergütung lösen lässt. Dies alles führt dazu, dass sich gerade in der Übernahmephase keine Kostenrefinanzierung mit den Honoraren, welche über die Kassenärztliche Vereinigung gezahlt werden, erzielen lässt.

2. Geschäftsverlauf

a) Leistungen

In der Praxis für Frauenheilkunde erbringt die zuvor selbständig tätige Frauenärztin stetig etwa das gleiche Leistungsvolumen wie vor der MVZ-Gründung. Etwas komplizierter stellt sich die Situation in der chirurgischen Praxis dar. Hier war das Leistungsvolumen immer wieder durch eine instabile ärztliche Besetzung beeinflusst, so auch im Berichtsjahr. Durch die sehr gute Einarbeitung der neu eingestellten Ärztin konnte dies jedoch weitestgehend kompensiert werden. Die angestrebte Fortführung der bis zur MVZ-Gründung erfolgten ambulanten Versorgung von Patienten im Rahmen der Unfallversicherung (sog. „D-Arzt“) kann nicht fortgeführt werden, da die Ausnahmegenehmigung in Bezug auf die räumlichen Anforderungen der Praxis nicht weiter gelten. Die dadurch entgehenden Leistungen und Erlöse werden jedoch überwiegend durch die D-Arzt-Sprechstunde in der Muttergesellschaft erbracht.

b) Personal

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr eine Fachärztin und einen Facharzt sowie eine OP-Schwester (alle jeweils in Teilzeit) eingestellt. Die Personalausstattung nach Vollkräften ist gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben und besteht aus zwei ärztlichen Vollkräften, 5,5 Vollkräften als Medizinische Fachangestellte und eine Reinigungskraft als sog. „Minijob“.

Allerdings war im Berichtsjahr bei einem Arzt eine sechsmonatige Fortbildung mit vollständigem Ausfall in der chirurgischen Praxis erforderlich. Die organisierte Vertretungsregelung konnte diesen Wegfall nur teilweise kompensieren.

Diese Personalausstattung soll in absehbarer Zeit nicht geändert werden.

Die für das Berichtsjahr geplante deutliche Vergütungsanpassung bei allen medizinischen Fachangestellten wurde umgesetzt. Insbesondere dadurch sind die Personalkosten um 10 v. H. auf 338,3 T€ gestiegen.

c) Investitionen und deren Finanzierung

Nachdem sich die Geschäftsführung in Abstimmung mit dem Personal, insbesondere der angestellten Ärzte, im Gründungsjahr 2013 zunächst einen Überblick über die kurzfristig notwendigen Investitionen verschafft und diese realisiert hat, werden im Berichtsjahr und zukünftig wichtige Einzelinvestitionen, vordringlich im Bereich der Medizintechnik, realisiert.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen i. H. v. 6,9 T€ (im Vorjahr 3,5 T€) getätigt.

Soweit möglich, werden die günstigen Konditionen des Einkaufsverbundes, an dem die Muttergesellschaft Bodden-Kliniken beteiligt ist, genutzt.

d) Maßnahmen zum Umweltschutz

Das neu erworbene bzw. errichtete Anlagevermögen und die eingesetzten Verbrauchsmittel entsprechen den festgelegten gesetzlichen Kriterien und den Anforderungen des Umweltschutzes. Gleiches gilt für die vom Unternehmen durchgeführte umweltgerechte Abfallbeseitigung.

3. Lage

Ausgewählte Positionen stellen sich für das Unternehmen wie folgt dar:

	2015	2014
- Anlagevermögen	298,8 T€	323,1 T€
- Eigenkapital	427,8 T€	407,0 T€
- liquide Mittel	271,2 T€	205,6 T€
- Umsatzerlöse	442,5 T€	387,6 T€

a) Ertragslage

Die Ertragslage wird im Wesentlichen von den erbrachten ambulanten vertragsärztlichen Leistungen bestimmt. Die Grundlage dafür bilden die bundesweit geltenden Gebührenordnungen (insbesondere der Einheitliche Bewertungsmaßstab, kurz „EBM“).

Das sich aus dem EBM und dem Honorarverteilungsmaßstab der Kassenärztlichen Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern ergebende Honorar wird am Anfang des fünften Folgemonats nach der jeweiligen Quartalabrechnung ausgezahlt. Für das Berichtsjahr liegen alle vier Honorarbescheide vor.

Die deutlich gestiegenen Erträge für die Behandlung von Patienten, die im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung über die kassenärztliche Vereinigung abgerechnet werden, haben im Wesentlichen dazu geführt, dass die Gesellschaft die Ertragslage deutlich verbessern konnte. Nach dem leicht negativen Jahresergebnis i. H. v. 12 T€ im Vorjahr wurde ein Jahresüberschuss von 20,8 T€ erzielt.

b) Vermögens- und Finanzlage

Die langfristig gebundenen Vermögenswerte sind vollständig durch Eigenkapital und die längerfristige Kapitalrücklage, welche durch die Muttergesellschaft eingezahlt wurde, finanziert. Die Finanzierung der laufenden Aufwendungen konnte durch die erzielten Erlöse realisiert werden.

Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens war jederzeit gegeben.

Der stichtagsbezogene Finanzmittelbestand beträgt zum Jahresabschluss 271,2 T€ (Vorjahr 205,6 T€). Davon entfallen 148 T€ auf ein Anlagekonto, welches gleichzeitig als Sicherheit für eine Bankbürgschaft dient. Die Bürgschaft ist eine Bedingung der Kassenärztlichen Vereinigung für die Leistung von monatlichen Abschlagszahlungen auf die Honorar-Quartalsabrechnungen.

Der Cash flow-aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt 72,5 T€ (Vorjahr 30,6 T€), aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit -6,9 T€ (Vorjahr -4,3 T€).

III. Nachtragsbericht

Es bestehen keine Vorgänge, die eine deutlich andere Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erfordert hätten.

IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die weitere Entwicklung der Gesellschaft unterliegt zunächst grundsätzlich den externen Rahmenbedingungen, welche sich aus der weiteren Gesundheitspolitik auf Bundes- und Landesebene, sowie aus der Honorarentwicklung im vertragsärztlichen Bereich und deren Verteilung über die Kassenärztliche Vereinigung ergeben. So wurde die Einführung des einheitlichen Bewertungsmaßstabs für Fachärzte (sog. „Fachärzte-EBM“) durch den Bewertungsausschuss auf den 01.07.2017 verschoben.

Der neue, zum 01.01.2016 in Kraft getretene, Honorarverteilungsmaßstab der Kassenärztlichen Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern wird sich aufgrund erhöhter Regelleistungsvolumina und Fallwerte positiv auf die Erlöse im laufenden Jahr und darüber hinaus auswirken.

Die wichtigste Säule der Geschäftstätigkeit stellt jedoch die Personalbesetzung dar. Nach der seit MVZ-Gründung bestehenden Instabilität im ärztlichen Bereich der Chirurgie, ist es eines

der Hauptziele der Geschäftsführung, hier Kontinuität zu erreichen. Dazu wird eine Neueinstellung zum 01.10.2016 beitragen, mit der ein fließender Übergang nach dem altersbedingten Ausscheiden eines angestellten Arztes zum 01.01.2017 sichergestellt werden kann.

Die Personalkosten werden sich aufgrund der im Berichtsjahr erfolgten deutlichen Anpassung künftig moderater entwickeln.

Im Sachkostenbereich hat sich der inzwischen teilweise vollzogene Wechsel von Lieferanten (Nutzung der Mitgliedschaft der Muttergesellschaft in einer bundesweit tätigen Einkaufsgemeinschaft) bereits im Berichtsjahr positiv ausgewirkt. Diese Strategie soll auch für die künftige Anschaffung von Medizintechnik umgesetzt werden. Inwieweit die im Berichtsjahr verschobene kostenintensive Erneuerung von Röntgentechnik (ca. 20 T€) im laufenden bzw. Folgejahr 2016 vorgenommen werden muss, hängt von der Laufzeit der jetzigen Geräte ab und ist damit derzeit nicht genau einzuschätzen.

Im Hinblick auf die Erbringung der für den Geschäftsbetrieb notwendigen Dienstleistungen (Personalabrechnung, Buchhaltung, Technik, EDV, Reinigung etc.) erfolgt eine schrittweise auszubauende Inanspruchnahme der Ressourcen der Muttergesellschaft. Dadurch bleiben die Kosten für diese Bereiche überschaubar.

Entwicklungsbeeinträchtigende oder Bestandsgefährdende Tatsachen bestanden im Berichtsjahr nicht und werden für das laufende Geschäftsjahr 2016 nicht erwartet.

Unregelmäßigkeiten oder Verstöße gegen gesellschaftsvertragliche Bestimmungen gab es nicht.

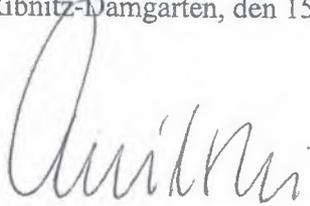
Die Liquidität der Gesellschaft wird auch im Geschäftsjahr 2016 gewährleistet sein.

Die Geschäftsführung strebt für das Jahr 2016 und 2017 ein leicht positives Ergebnis an.

Es laufen derzeit sehr positive Gespräche zur Erweiterung des MVZ um zwei Vertragsarztsitze im Jahr 2017. Damit wird die Strategie zur breiteren Aufstellung des Unternehmens mit dem Ziel des Ausbaus der Synergieeffekte in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Muttergesellschaft schrittweise umgesetzt.

Einschränkend ist jedoch anzumerken, dass insbesondere aufgrund von Gesetzesänderungen im Rahmen des Gesundheitssystems bzw. aufgrund von Änderungen der Abrechnungsgrundlagen im vertragsärztlichen Bereich die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen können.

Ribnitz-Damgarten, den 15. Mai 2016



Dr. Falko Milski, MBA

Geschäftsführer

Bodden-Kliniken MVZ GmbH
Sandhufe 2
18311 Ribnitz-Damgarten

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An die Bodden-Kliniken MVZ GmbH, Ribnitz-Damgarten:

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der **Bodden-Kliniken MVZ GmbH, Ribnitz-Damgarten, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2015** geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses und Lageberichtes nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Anlage 5
Blatt 2

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung weiter einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht hin.

Kiel, 30. Juni 2016



Baltic Audit GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Kaden

Wirtschaftsprüfer

Bericht

zum Wirtschaftsplan 2018

für die Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (VVR)

Im Jahr 2018 plant die Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH mit einem Jahresergebnis von +0,9 T€. Diese Planung ist ebenso wie die für die Folgejahre an den Anforderungen aus dem HaSiKo ausgerichtet und enthält in den sonstigen Umsatzerlösen einen Betriebskostenzuschuss laut öffentlichem Dienstleistungsauftrag (öDA) von 650 T€ im Jahr 2018 absinkend auf Null im Jahr 2020 ff.

Soweit zum Planungszeitpunkt bereits quantifizierbar wurden folgende Risiken für die Ertragslage des Unternehmens in den Planjahren berücksichtigt:

- Die Absenkung der Zuschüsse laut Ausgleichsverordnung M-V um jährlich 2% wurde für 2018 fortgeschrieben. Die Folgeregelung ist unbekannt, die zugrunde liegenden Regularien sollen neu definiert werden
→ Annahme: bis 2021 wurde die jährliche Reduzierung um 2% übernommen.
- Die Ergebnisse der Lohntarifverhandlungen greifen bis Ende 2017. Mögliche Tarifsteigerungen ab 2018 sind derzeit noch nicht bekannt.
→ Annahmen:
 - In 2018 müssen die höheren Personalaufwendungen aufgrund einer Tarifsteigerung durch Fahrplan- und Dienstopoptimierungen egalisiert werden. Wirksam wird lediglich die Auszahlung der regulären tariflichen Vergütung zu 100% laut Anerkennungs- und Überleitungstarifvertrag (ab 2018), die sich in höheren Personalaufwendungen niederschlägt.
 - Für 2019 sind 1% Tarifsteigerung berücksichtigt, für 2020 und 2021 jeweils 0,5%.
- Änderung der Schülerbeförderungssatzung: Ab Schuljahr 2016/2017 entstanden durch den Wegfall der anteiligen Erstattung der Aufwendungen für den Schulweg zur örtlich unzuständigen Schule durch den Landkreis hohe Einnahmenverluste für das Unternehmen aufgrund der Inanspruchnahme alternativer Beförderungsmöglichkeiten durch die betreffenden Schüler
→ Annahme: Es wird davon ausgegangen, dass der Landkreis ab Februar 2018 die anteiligen Erstattungen wieder vornimmt (Zuschuss bis max. 50 €/Monat) und somit eine Ertragsverbesserung für die VVR eintritt. Effekte aus einer möglichen Novelle des Schulgesetzes M-V ab Schuljahr 2019/2020 bleiben dagegen unberücksichtigt.

Die Investition in das Vertriebssystem der VVR, die in 2016 begonnen und in 2017 erfolgreich fortgesetzt wurde, soll in 2018 abgeschlossen werden. Sie ist im Planjahr noch mit 666 T€ enthalten. Die erforderlichen Investitionen in den Fuhrpark nehmen in 2018 mit 2.330 T€ den größten Umfang ein.

Die Prognose für die Umsatzerlöse im Planungszeitraum 2018 - 2021 sieht eine Reduzierung um 706 T€ vor. Folgende Entwicklungen wurden hierbei berücksichtigt:

- Die Umsatzerlöse Verkehr steigen über den gesamten Zeitraum um 469 T€. Dieser Zuwachs resultiert
 - aus einer Tarifierpassung für Zeitfahrausweise im Jahr 2019 (+2,5%)
 - aus einer Tarifierpassung auf das gesamte Fahrscheinsortiment im Jahr 2021 (+3,0%)
 - sowie aus einer Steigerung der Einnahmen im Schülerverkehr ab Februar 2018 aufgrund der angenommenen Änderung der Schülerbeförderungssatzung (+300 T€).
- Die Ausgleichszahlungen und Zuschüsse, die im Planjahr 3,7 Mio € betragen, sinken um 435 T€ auf 3,3 Mio € in 2021.
 - Der wesentliche Faktor für diesen Rückgang ist die zeitliche Begrenzung der „Vereinbarung über die Beteiligung der Hansestadt Stralsund an den Kosten im straßengebundenen öffentlichen Personenahverkehr (ÖPNV) für den Stadtverkehr in der Hansestadt“ bis Mai 2019. Eine Nachfolgeregelung muss neu verhandelt werden.
 - Der im Rahmen einer Gesamtverkehrserhebung zur Ermittlung des prozentualen Anteils schwerbehinderter Menschen an den Beförderungsfällen ermittelte Wert i.H.v. 8,72% wurde durch das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung M-V auch für 2018 anerkannt und im Planjahr entsprechend eingestellt. Es wird davon ausgegangen, dass die in 2019 anstehende Zählung diesen Prozentsatz bestätigt. Deshalb wurde er bei der Planung der Ausgleichszahlungen für die kostenlose Beförderung schwerbehinderter Menschen nach SGB IX in den Folgejahren fortgeschrieben und an die Entwicklung der Fahrgeldeinnahmen gekoppelt.
 - Die jährliche Reduzierung der Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr um 2% wurde in allen Jahren angesetzt und bewirkt einen Rückgang von 147 T€.
- Die Sonstigen Umsatzerlöse weisen die höchste Ertragseinbuße auf und sinken im Planungszeitraum um 740 T€.
 - Der Betriebskostenzuschuss des Landkreises laut öDA wird jährlich abgesenkt und beträgt in 2018 noch 650 T€, ab 2020 ist kein Zuschuss mehr vorgesehen.

- Die Ausgleichszahlungen laut § 10b FAG wurden in allen Planjahren mit 0,18 € je Fahrplankilometer berechnet und stellen mit 2,2 Mio € eine wesentliche Ertragsposition dar. Vorsorglich wurde eine Absenkung um 90 T€ geplant.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verzeichnen von 2018 bis 2021 einen Rückgang von 183 T€. Hierbei wirken mehrere Faktoren:

- Die Erträge aus der Auflösung von SoPos sind im Planungszeitraum rückläufig (-173 T€). Die Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse wurde an Hand der bereits bestehenden Sonderposten und unter Berücksichtigung zukünftiger Zuschüsse über die Nutzungsdauer der damit angeschafften Anlagegüter ermittelt. Allerdings gehen mit der Reduzierung der Fördermittel des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Busbeschaffung auch sinkende Erträge aus der Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse einher, so dass sich für die Folgejahre in dieser Position eine deutliche Ertragslücke für die VVR ergibt.
- Weitere maßgebliche Bestandteile der sonstigen Erträge sind u.a. die Einnahmen aus Schadenersatzleistungen, Mineralölsteuererstattung und dem Verkauf von Anlagegütern. In diesen Positionen wurden konstante Werte für den Planungszeitraum angenommen.

Auf der Kostenseite wird im Planungszeitraum insgesamt von einem Rückgang in Höhe von -234 T€ (-1,0%) ausgegangen. Die wesentlichen Einsparungen resultieren aus dabei aus dem Bereich der Personalkosten (-150 T€) und den Abschreibungen (-79 T€). Die Materialaufwendungen verbleiben relativ konstant (-12,5 T€).

Bei der Planung der Kostenposition Materialaufwand mit den Bereichen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Bezogene Leistungen sind verschiedene Entwicklungen berücksichtigt worden:

- Den größten Anteil im Kostenblock RHB nehmen mit fast 70% die Kosten für die Betankung des Fuhrparks ein. Durch Fahrplanoptimierungen und notwendige Reduzierungen des Fahrplanangebots auf die im Nahverkehrsplan vorgegebenen Mindestbedienstandards wird für 2018 von einem leicht reduzierten Bedarf ausgegangen.
- Ab 2019 wurde ein grundsätzlicher Preisanstieg von 0,5% p.a. unterstellt.

Die Planung der Personalkosten erfolgte auf Basis des Anerkennungs- und Überleitungstarifvertrags zur Harmonisierung der Arbeitsbedingungen in den Nahverkehrsbetrieben des Landkreises Vorpommern-Rügen (Laufzeit bis 31.12.2018) und des Interessenausgleichs. Der aktuelle Tarifabschluss mit der Gewerkschaft verdi schließt

lediglich die Jahre 2016 und 2017 ein, so dass für den Planungszeitraum ab 2018 keine verbindlichen Informationen zur Verfügung stehen.

Die Personalkosten sind mit einem Anteil von 51% die absolut größte Kostenposition an den gesamten Aufwendungen des Unternehmens und werden im Planjahr 11,7 Mio. € betragen. Im Anerkennungs- und Überleitungstarifvertrag ist geregelt, dass ab 2018 die Auszahlung der regulären tariflichen Vergütung zu 100% erfolgt, woraus ein Anstieg ggü. dem Vorjahr (80% Auszahlung) resultiert. Anstehende Tarifsteigerungen können im Planjahr durch Fahrplanoptimierungen und notwendige Reduzierungen des Fahrplanangebots auf die im Nahverkehrsplan vorgegebenen Mindestbedienstandards egalisiert werden. Für die Folgejahre wurde allerdings eine Tarifsteigerung in Anwendung gebracht (für 2019 +1%, für 2020 und 2021 jeweils 0,5%).

Fusions-Synergien wurden bereits soweit möglich gehoben und altersbedingt ausscheidende Mitarbeiter nicht mehr adäquat ersetzt. Für 2019 wurde eine Reduzierung der Personalaufwendungen um 100 T€ angesetzt, da ab diesem Zeitpunkt nur mit einer Geschäftsführer-Stelle geplant wird. Im Planungszeitraum insgesamt wird eine Personalkostenreduzierung um 150 T€ ausgewiesen.

Die Abschreibungen werden auf Basis des vorhandenen Anlagevermögens unter Berücksichtigung der Investitionen im Planungszeitraum und der Nutzungsdauer der Anlagen ermittelt. Demnach sind die Abschreibungen von 2018 bis 2021 wie bereits dargelegt rückläufig (-79 T€).

Die Entwicklung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen verläuft im Planungszeitraum relativ konstant, wobei insgesamt ein leichter Anstieg erwartet wird (+8 T€). Die größte Einzelposition innerhalb dieser Kosten sind die Aufwendungen für Kfz-Versicherungen mit einem Wert von 345 T€ im Jahr 2018. Dies entspricht einem Anteil von 24% der sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Bei der Umstellung auf Mindestbedienung werden p.a. 5 T€ weniger Kosten anfallen. Ab 2019 wurde ein jährlicher Preisanstieg von 0,5% p.a. eingestellt.

Der Zinsaufwand berechnet sich anhand der derzeit bestehenden Darlehen, für die Zins- und Tilgungspläne vorliegen, unter Hinzurechnung der für den Planungszeitraum neu aufzunehmenden Darlehen für die Busbeschaffung und andere Investitionen. Auf Grund der Förderrichtlinie des Landes M-V für die Busbeschaffung vom 19. Dezember 2012 haben sich die Zuschüsse insgesamt verringert. Für das Jahr 2018 ist die Neubeschaffung von zehn Fahrzeugen geplant. Im Hinblick auf Altersstruktur und Laufleistung des Fuhrparks sind jährliche Beschaffungsmaßnahmen in dieser Größenordnung dringend notwendig und entsprechend vorgesehen. Im Planjahr wurden hierfür finanzielle Aufwendungen in Höhe von

2.330 T€ angesetzt, allerdings sind nur 600 T€ Fördermittel in Aussicht gestellt. Unter Anrechnung dieser Förderung sind im Jahr 2018 deshalb Darlehen in Höhe von 1.730 T€ zur Finanzierung der Busbeschaffung aufzunehmen. Zu dem genannten Darlehen kommt weiterer Fremdkapitalbedarf in Höhe von 443 T€ für das Vertriebssystem der VVR hinzu. Der Rest der für 2018 verbleibenden Investitionssumme von 666 T€ wird mit Fördermitteln bezuschusst (33 T€) und über Eigenmittel abgesichert (190 T€). Weitere Investitionen 2018, u.a. in die Waschanlage und den Bremsenprüfstand in Bergen sowie einen Fahrradanhänger, belaufen sich auf 214 T€ und werden ausschließlich über Eigenmittel finanziert. Aufgrund der bisherigen langjährigen Nutzung wird in den Folgejahren auch in die Erneuerung der Waschanlage in Grimmen und in den Bremsenprüfstand in Ribnitz-Damgarten investiert werden müssen.

Die Liquidität der VVR ist im Zeitraum von 2018 bis 2021 stark rückläufig und wird im Jahr 2021 unter den Planungsprämissen nur noch 385 T€ betragen.

Die Investitionen belaufen sich in den Planjahren insgesamt auf 10.860 T€. Wie bereits dargestellt liegt der Schwerpunkt hierbei auf der jährlichen Beschaffung von 10 Neufahrzeugen (Größenordnung jeweils 2.100 bis 2.370 T€ p.a.) als Ersatz für 10 auszusondernde Fahrzeuge. Bei der Finanzierung dieser Vorhaben wird von jährlichen Zuwendungen aus GVFG-Mitteln des Landes ausgegangen. Neben diesen Investitionszuschüssen sind von 2018 bis 2021 auch 914 T€ Eigenmittel, davon 400 T€ aus dem Verkauf der ersetzten Fahrzeuge, vorgesehen. Der restliche Finanzbedarf i.H.v. 7.513 T€ soll über Darlehen fremdfinanziert werden.

Fazit:

Durch die schrittweise Reduzierung des Betriebskostenzuschusses bzw. die vollständige Einstellung der Zahlung ab 2020 entsteht eine enorme Ertragslücke für die VVR, die weder durch Kostenreduzierungen noch durch die Generierung anderer Erträge geschlossen werden kann. Hinzu kommen sinkende Ausgleichszahlungen und Zuschüsse, die ebenfalls seit Jahren durch das Unternehmen kompensiert werden müssen. Im Zeitraum 2009-2016 sind folgende Mindererträge für die VVR entstanden:

▪ Ausgleichszahlungen nach AusgIVO M-V	-423 T€
▪ FAG-Mittel	-258 T€
▪ Ausgleichszahlungen nach SGB IX <i>ab Fusion</i>	-171 T€

Darüber hinaus entstand durch die Änderung der Förderrichtlinie für Fahrzeuge und deren Ausstattung ein erhöhter Kreditbedarf, da p.a. ca. 500...600 T€ weniger Fördermittel zur Verfügung stehen. Die Förderung für Fahrradanhänger wurde in 2011 letztmalig gewährt.

Aus beiden Sachverhalten resultieren wiederum weniger Erträge aus der Auflösung von gewährten Fördermitteln (-173 T€ in den Planjahren 2018-2021) und eine höhere Belastung der Liquidität. Die dennoch bestehende Notwendigkeit der kontinuierlichen Erneuerung der Busflotte wurde bereits dargelegt.

Überdies wurde die Ertragslage der VVR durch die Änderung der Schülerbeförderungssatzung ab Schuljahr 2016/2017 erheblich belastet. Diese nicht vorhersehbaren Verluste tragen maßgeblich zur negativen Ergebnisentwicklung bei.

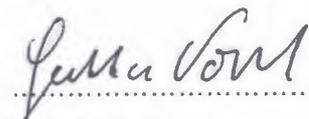
Vor diesem Hintergrund treten bereits erreichte Fusionseffekte nicht in Erscheinung, die Rendite erzielter Synergien und umgesetzter Maßnahmen wird durch die vorgenannten anhaltenden Minderungen der Erlöse geschluckt.

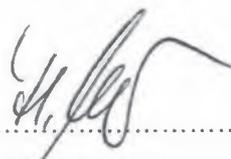
Mit der Hansestadt Stralsund sollten in 2018 Verhandlungen zur Fortführung der Beteiligung an den Kosten im straßengebundenen ÖPNV aufgenommen werden.

Ein positives Jahresergebnis oder zumindest \pm Null ist bei der dargelegten Minimierung der Zuschüsse dennoch nicht realisierbar.

Die vorliegende Mittelfristplanung lässt erkennen, dass die Finanzierung gemäß öDA (Betriebskostenzuschuss des Landkreises Vorpommern-Rügen) zur Erfüllung der Vorgaben aus dem Nahverkehrsplan nicht ausreicht. Sowohl das Jahresergebnis als auch die Liquidität des Unternehmens weisen im Planungszeitraum eine erhebliche rückläufige Entwicklung aus, wodurch die VVR in eine wirtschaftliche Schieflage gerät. Eine Überprüfung und Anpassung des HaSiKo, aus der die jährliche Reduzierung des Betriebskostenzuschusses bis auf Null ab dem Jahr 2020 resultiert, ist daher zwingend erforderlich.

Grimmen, den 16. Oktober 2017


.....
Jutta Vollert
Kaufmännische Geschäftsführerin


.....
Hubertus Wegener
Technischer Geschäftsführer

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾
Landkreis Vorpommern-Rügen

Zusammenstellung für das Jahr 2018

für

Name des Betriebes/Unternehmens:
Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (VVR)

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung hat
die Gesellschafterversammlung ²⁾

durch Beschluss vom _____ den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr 2018 festgestellt:

Es betragen

	in TEUR
1. im Erfolgsplan	
- die Erträge	23.154,0
- die Aufwendungen	23.153,1
- der Jahresgewinn	0,9
- der Jahresverlust	0,0
2. im Finanzplan	
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit ³⁾	1.727,8
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit ⁴⁾	-2.477,0
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit ⁵⁾	488,3
- der Saldo aus der Änderung des Finanzmittelbestandes ⁶⁾	-260,9
3. Es werden festgesetzt	
- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	2.173,0
- davon für Umschuldungen	
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	2.280,0
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung	1.000,0
4. Die Stellenübersicht weist	300,8 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus
5. Der Stand des Eigenkapitals	
- betrug zum 31.12. des Vorjahres	4.045,7
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich	4.045,7
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich	4.046,6

6. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am ⁷⁾: _____

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

Grimmen, 16.10.2017

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen

²⁾ beschließendes Organ

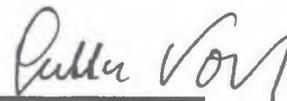
³⁾ Nummer 10 des Finanzplans

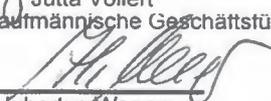
⁴⁾ Nummer 19 des Finanzplans

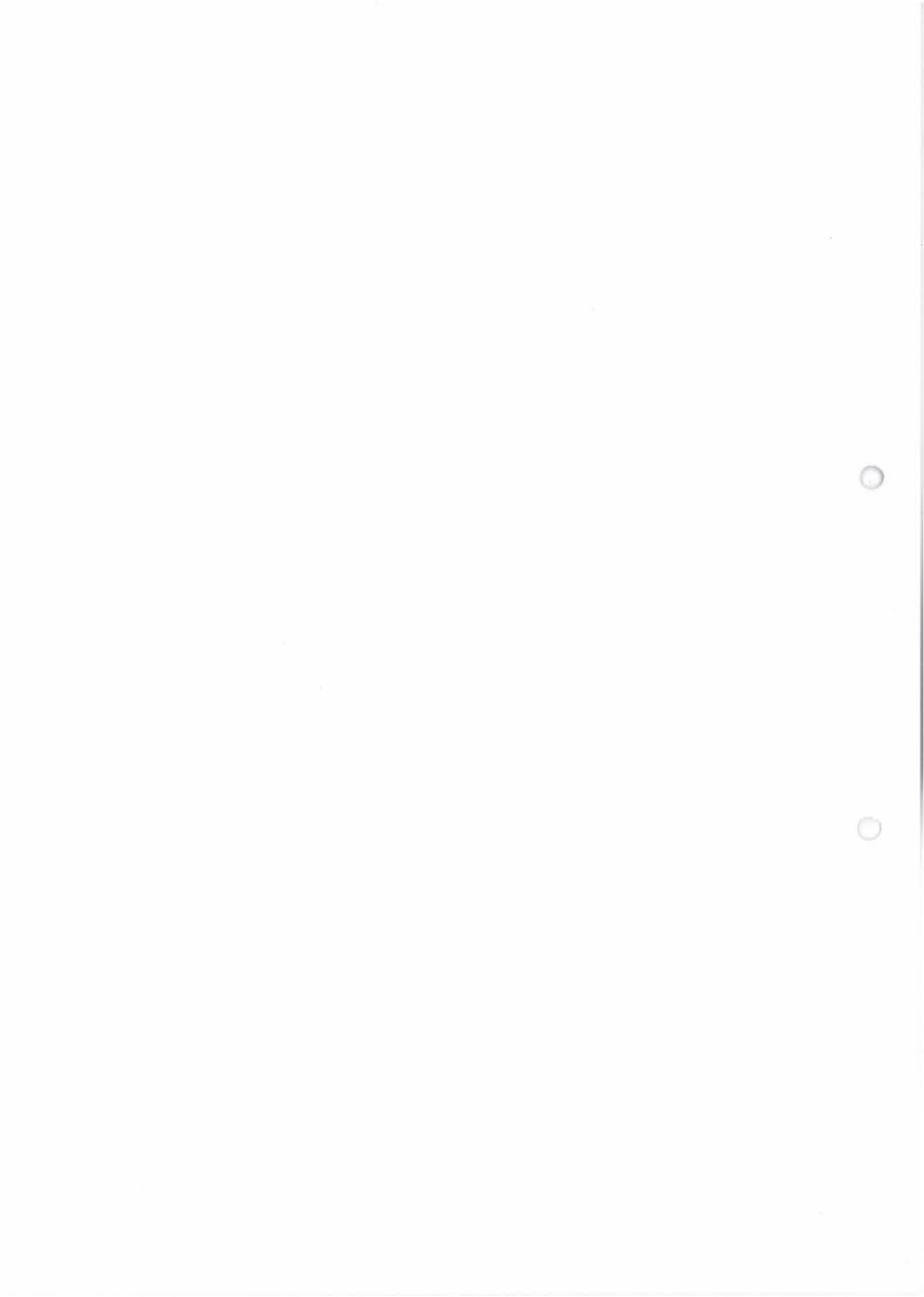
⁵⁾ Nummer 25 des Finanzplans

⁶⁾ Nummer 26 des Finanzplans

⁷⁾ nur, wenn Genehmigung erforderlich


Jutta Vollert
Kaufmännische Geschäftsführerin


Hubertus Wegener
Technischer Geschäftsführer



Erfolgsplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (VVR)

-in TEUR-

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1. Umsatzerlöse	21.219,8	21.888,0	21.361,0	20.758,9	20.320,0	20.655,4
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen						
3. Andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	2.359,8	2.018,0	1.793,0	1.769,6	1.728,4	1.609,7
5. Materialaufwand	6.501,7	6.925,0	6.560,0	6.532,5	6.514,9	6.547,5
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3.649,3	4.003,0	3.740,0	3.708,5	3.676,7	3.695,1
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.852,4	2.922,0	2.820,0	2.824,0	2.838,2	2.852,4
6. Personalaufwand	11.478,5	11.670,0	11.732,0	11.596,8	11.524,1	11.581,8
a) Löhne und Gehälter	9.257,0	9.383,0	9.374,0	9.266,0	9.207,9	9.254,0
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.221,5	2.287,0	2.358,0	2.330,8	2.316,2	2.327,8
- davon für Altersversorgung	435,2	375,0	375,0	370,0	365,0	360,0
7. Abschreibungen auf	3.577,2	3.383,0	3.211,0	3.256,6	3.287,6	3.131,9
a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.577,2	3.383,0	3.211,0	3.256,6	3.287,6	3.131,9
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
- davon nach § 254 HGB						
b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten						
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
- davon nach § 254 HGB						
8. Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO						
9. Konzessionsabgabe						
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.738,0	1.665,0	1.420,0	1.414,0	1.421,1	1.428,2
11. Erträge aus Beteiligungen						
- davon aus verbundenen Unternehmen						
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
- davon aus verbundenen Unternehmen						
13. Zinsen und ähnliche Erträge	0,3					
- davon aus verbundenen Unternehmen						
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens						

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2016 (Vorvorjahr)	2017 (Vorjahr)	2018 (Planjahr)	2019 (1. Folgejahr)	2020 (2. Folgejahr)	2021 (3. Folgejahr)
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon an verbundene Unternehmen	218,0	230,0	202,0	220,0	232,0	236,0
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	66,5	33,0	29,0	-491,4	-931,3	-660,3
17. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen						
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme						
19. Außerordentliche Erträge						
20. Außerordentliche Aufwendungen						
21. Außerordentliches Ergebnis						
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	13,9	7,0	4,5	4,5	4,5	4,5
23. Sonstige Steuern	23,7	26,0	23,6	23,6	23,6	23,6
24. Jahresgewinn / Jahresverlust	28,9	0,0	0,9	-519,5	-959,4	-688,4

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns^{1, 2)} oder Behandlung des Jahresverlustes^{1, 2)}

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages		a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
b) zur Einstellung in Rücklagen		b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)		c) auf neue Rechnung vorzutragen	-0,9
d) auf neue Rechnung vorzutragen			

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	Gesell- schafts- anteile in %	Betrag in TEUR
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			

¹⁾ § 11 Abs. 5 GemHVO Doppik: Bei Sondervermögen mit Sonderrechnungen sind die voraussichtlichen Jahresergebnisse in dem Ergebnishaushalt der Gemeinde zu veranschlagen.

²⁾ Mit Zahlungswirksamkeit des Verlustausgleiches bzw. der Gewinnausschüttung ist eine Veranschlagung im Finanzhaushalt der Gemeinde im Folgejahr vorzunehmen.

Finanzplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (VVR)

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016	2017	2018	2019	2020	2021
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	28,9	0,0	0,9	-519,5	-959,4	-688,4
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	3.577,2	3.383,0	3.211,0	3.256,6	3.287,6	3.131,9
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-1.665,2	-1.514,0	-1.384,1	-1.372,6	-1.331,4	-1.212,7
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-103,1	-50,0	-100,0	-100,0	-100,0	-100,0
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)						
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	503,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	24,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-37,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten						
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	2.328,7	1.819,0	1.727,8	1.264,5	896,8	1.130,8
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	151,6	50,0	100,0	100,0	100,0	100,0
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-2.954,3	-3.613,0	-3.210,0	-2.760,0	-2.360,0	-2.530,0
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens						
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	1.085,4	920,0	633,0	600,0	600,0	600,0
	davon						
	a) empfangene Ertragszuschüsse						
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter						
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen						
19	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-1.717,3	-2.643,0	-2.477,0	-2.060,0	-1.660,0	-1.830,0
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen	1.887,2	2.478,0	2.173,0	1.990,0	1.580,0	1.770,0
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	-1.640,4	-1.634,6	-1.684,7	-1.824,8	-1.821,7	-1.875,1
24	Einzahlung Betriebskostenzuschuss aus ÖDA	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
25	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	246,8	843,4	488,3	165,2	-241,7	-105,1
26	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	858,2	19,4	-260,9	-630,3	-1.004,9	-804,3

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016	2017	2018	2019	2020	2021
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
27	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands (Finanzmittel OB Barth)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
28	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	2.208,2	3.066,4	3.085,8	2.824,9	2.194,6	1.189,7
29	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	3.066,4	3.085,8	2.824,9	2.194,6	1.189,7	385,4

Name des Betriebes/Unternehmens:

Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (VVR)**Investitionsübersicht**

Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)								
Beschreibung der Maßnahme: Kauf von Omnibussen mit Fahrtzielanzeigen, PKW, Fahrradanhänger, Waschanlagen, Bremsenprüfstände und EDV-Soft- und Hardware								
Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme	in TEUR	
							Planungsdaten des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres
				633,0	600,0	600,0		
Einzahlungen und Auszahlungen								
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen								
davon empfangene Ertragszuschüsse								
davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter								
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	400,0		100,0		100,0			
Finanzanlagevermögens								
Sonstige Investitionseinzahlungen	8.027,0		2.477,0		1.660,0		1.830,0	
davon Kredite	7.513,0		2.173,0		1.580,0		1.770,0	
davon Eigenmittel	514,0		304,0		80,0		60,0	
Summe Einzahlungen	10.860,0		3.210,0		2.360,0		2.530,0	
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	10.860,0		3.210,0		2.360,0		2.530,0	
davon Grundstücke	0,0							
davon Gebäude	0,0							
davon Maschinen	9.224,0		2.346,0		2.196,0		2.386,0	
davon Büro- und Geschäftsausstattung	1.636,0		864,0		164,0		144,0	
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen								
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,0		0,0		0,0		0,0	
Summe Auszahlungen	10.860,0		3.210,0		2.360,0		2.530,0	
Nachrichtlich veranschlagte VE								
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0		0,0		0,0		0,0	

Name des Betriebes/Unternehmens:

Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (VVR)

- ENTFÄLLT -

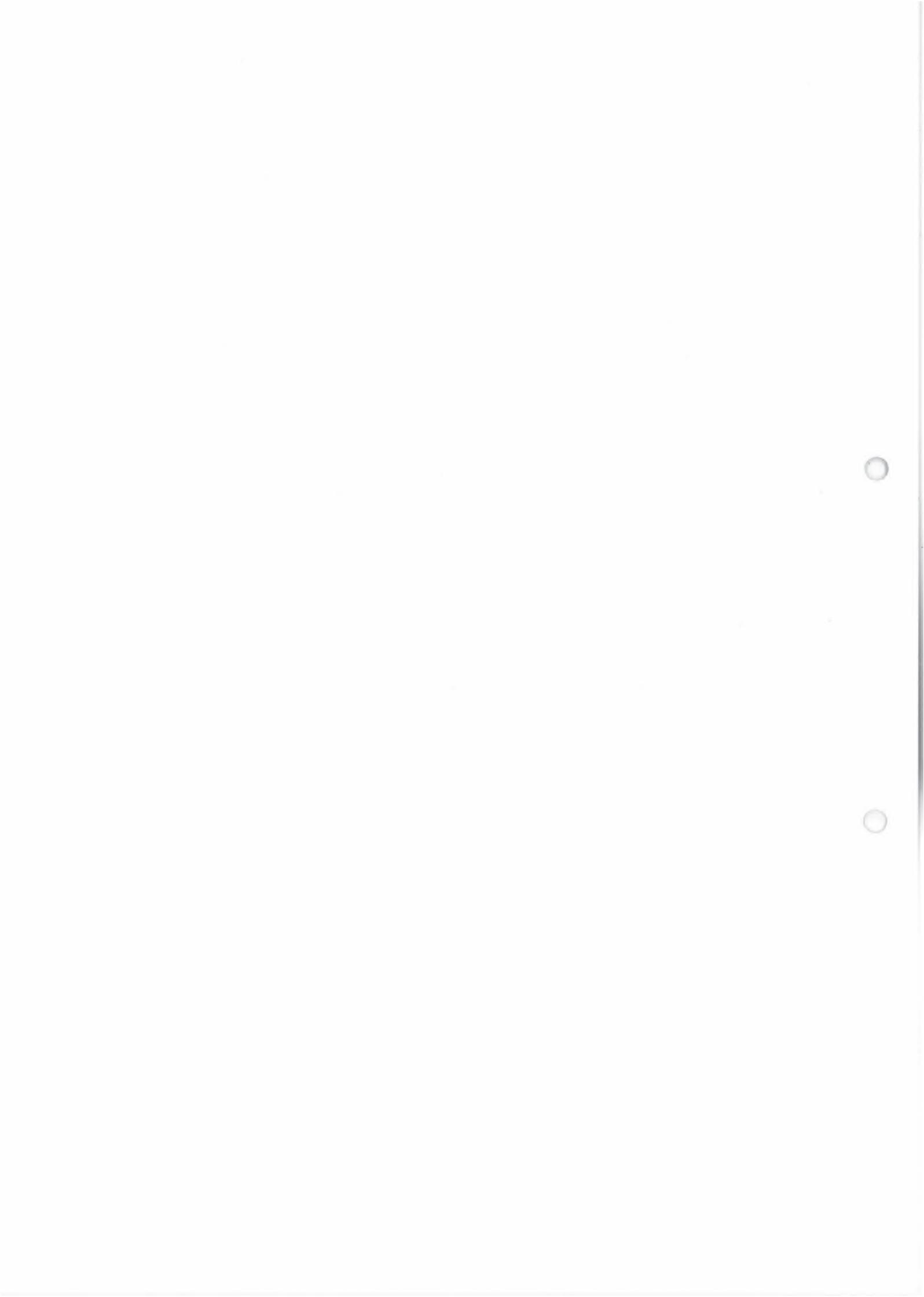
Übersicht über Leistungsbeziehungen zwischen den Betriebsbereichen

Die Übersicht kann je nach Umfang des Betriebes bzw. der Anzahl der Bereiche in verbaler oder grafischer Form dargestellt werden. Auf die Pflichtausführungen im Vorbericht wird hingewiesen. Erfolgen dort umfangreiche Ausführungen, kann auf eine separate Darstellung hier verzichtet werden.

Die Leistungsbeziehungen der Bereiche untereinander können wie folgt abgebildet werden:

Beispiel:

	an Bereich 1	an Bereich 2	an Bereich 3	an Bereich 4	gesamt:
von Bereich 1					
von Bereich 2					
von Bereich 3					
von Bereich 4					
gesamt:					



Stellenübersicht

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (VVR)

Ifd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Tatsächliche Besetzung am 30.06. Vorjahr 2016			Anzahl und Bewertung im Ifd. Haushaltsjahr 2017			Anzahl und Bewertung im Planjahr 2018			Bemerkungen
		Anzahl Personen	Anzahl VZÄ	TV-N MV Entgeltgruppe	Anzahl Personen	Anzahl VZÄ	TV-N MV Entgeltgruppe	Anzahl Personen	Anzahl VZÄ	TV-N MV Entgeltgruppe	
1	Geschäftsführung	2	2,0	AT	2	2,0	AT	2	2,0	AT	
2	Sekretariat	2	2,0	5/6	1	1,0	5/6	1	1,0	6	
3	Kaufm. Leiter	1	1,0	AT	1	1,0	AT	1	1,0	AT	
4	Controlling	1	1,0	AT	1	1,0	AT	1	1,0	AT	
5	Marketing	1	1,0	7	3	2,9	7	3	3,5	7	
6	Personalwesen	2	2,0	8/9	2	2,0	6/8	2	2,0	6/9	
7	Buchhaltung	8	8,0	5/6/7/8	8	7,5	5/6/7/8	7	6,0	6/7/8	
8	Betriebsleiter	3	3,0	AT	3	3,0	AT	3	3,0	AT	
9	Verkehrsmeister	1	1,0	8	1	1,0	8	2	1,5	8/9	
10	Einsatzleitung	10	10,0	6/7	11	11,0	6/7	14	12,0	6/7	
11	Verwaltung Verkehr	3	2,2	5	3	3,0	5	1	1,0	6	
12	Fahr-/Dienstplanung	4	4,0	7/8	4	4,0	7/8/9	4	4,0	7/8/9	
13	KOM-Fahrer	241	230,4	4/5/6	248	237,3	4/5/6	241	230,7	4/5/6	
14	Werkstatteleiter/-meister	3	3,0	8/11	3	3,0	8/11	3	3,0	8/11	
15	MA Werkstatt/Mechatroniker	19	19,0	5/6	18	18,0	5/6	18,5	18,5	5/6	
16	Fahrzeugservice/ Haltestellenwart/ Objektverantw.	3	2,2	3	3	2,2	3	2	4,0	3	
17	MA Reinigung	5	3,4	2/3	6	3,8	2/3	6	3,6	2	
18	Auszubildende	3	3,0		1	1,0		3	3,0		
insgesamt:		312	298,2		319	304,7		314,5	300,8		



Name des Betriebes/Unternehmens:
**Verkehrsgesellschaft Vorpommern-
Rügen mbH (VVR)**

Übersicht

über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre ²⁾ und Planjahr	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren
	2019		2020	2021	2022
	in TEUR				
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
veranschlagt im Planjahr 2018		2.280,0	0,0	0,0	0,0
Summe	0,0	2.280,0	0,0	0,0	0,0
nachrichtlich: Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr					
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen	0,0				

Busbeschaffung 2019	2.280,0
davon 8x 12m-KOM	1.710,0
1x Gelenk-KOM	320,0
1x 15m-KOM	250,0

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen.



Name des Betriebs/Unternehmens:

Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (VVR)

Bilanz für das Jahr 2016

Aktivseite		Jahr	Vorjahr
A.	Anlagevermögen	21.322	21.993
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände		
1.	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	148	227
2.	Geleistete Anzahlungen		
II.	Sachanlagen		
1.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	9.051	9.725
a)	Geschäfts, Betriebs- und andere Bauten	9.051	9.725
b)	Bahnkörper und Bauten des Schienenweges		
2.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten		
3.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten		
4.	Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu Nummer 1 oder 2 gehören		
5.	Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen ¹⁾		
6.	Verteilungsanlagen ¹⁾		
7.	Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen		
8.	Fahrzeuge für Personen- und Geschäftsverkehr	10.486	10.744
9.	Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu den Nummern 5 bis 8 gehören	829	932
10.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	309	353
11.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	500	12
III.	Finanzanlagen		
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen ²⁾		
2.	Ausleihungen an verbundene Unternehmen ²⁾		
3.	Beteiligungen		
4.	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
5.	Wertpapiere des Anlagevermögens		
6.	Sonstige Ausleihungen		
B.	Umlaufvermögen	4.007	3.678
I.	Vorräte		
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	247	282
2.	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen		
3.	Fertige Erzeugnisse und Waren		
4.	Geleistete Anzahlungen		
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	210	176
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen ²⁾		
3.	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
4.	Forderungen an die Gemeinde und deren Sondervermögen		
5.	Sonstige Vermögensgegenstände	484	1.012
III.	Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiroguthaben	3.067	2.208
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	10	5
		25.339	25.676

Passivseite		Jahr	Vorjahr
A.	Eigenkapital	4.046	4.017
I.	Stammkapital	626	626
II.	Rücklagen		
1.	Allgemeine Rücklage	4.136	4.136
2.	Zweckgebundene Rücklage		
III.	Gewinn/Verlust	-745	-791
	Gewinn/Verlust des Vorjahres		
	Verwendung für/ Ausgleich durch		
	Jahresgewinn/Jahresverlust	29	46
B.	Sonderposten	10.280	10.859
I.	mit Rücklagenanteil ³⁾		
II.	zum Anlagevermögen		
1.	empfangene Ertragszuschüsse		
2.	Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		
III.	Sonstige	10.280	10.859
C.	Rückstellungen	1.886	1.862
1.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	435	463
2.	Steuerrückstellungen	8	5
3.	Sonstige Rückstellungen	1.443	1.394
D.	Verbindlichkeiten	9.064	8.887
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	8.386	8.139
2.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	466	541
4.	Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel		
5.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0
6.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
7.	Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde und deren Sondervermögen		
8.	Sonstige Verbindlichkeiten	212	207
	davon		
a)	mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
b)	aus Steuern		
c)	im Rahmen der sozialen Sicherheit		
E	Rechnungsabgrenzungsposten	63	51
		25.338	25.676

¹⁾ Anlagen der Energie- und Wasserversorgung

²⁾ Die Begriffsbestimmung des § 15 AktG findet sinngemäß Anwendung

³⁾ Die Vorschriften, nach denen der Sonderposten gebildet wurde, sind im Anhang anzugeben.

Name des Betriebs/Unternehmens:
Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (VVR)

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

1.	Umsatzerlöse		<u>21.219,8</u>
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen		<u> </u>
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen		<u> </u>
4.	Sonstige betriebliche Erträge		<u>2.359,8</u>
5.	Materialaufwand		
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	<u>3.649,3</u>	
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>2.852,4</u>	<u>6.501,7</u>
6.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	<u>9.257,0</u>	
	b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>2.221,5</u>	<u>11.478,5</u>
	davon für Altersversorgung	<u>344,3</u>	
7.	Abschreibungen		
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	<u>3.577,2</u>	
	davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	
	davon nach § 254 HGB	
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	<u> </u>	<u>3.577,2</u>
	davon nach § 253 Abs. 3 HGB	
	davon nach § 254 HGB	
8.	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EStG		<u> </u>
9.	Konzessionsabgabe		<u> </u>
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen		<u>1.738,0</u>
11.	Erträge aus Beteiligungen		<u> </u>
	davon aus verbundenen Unternehmen	
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		<u> </u>
	davon aus verbundenen Unternehmen	
13.	Zinsen und ähnliche Erträge		<u>0,3</u>
	davon aus verbundenen Unternehmen	
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		<u> </u>
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>218,0</u>
	davon an verbundene Unternehmen	
16.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>66,5</u>
17.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		<u> </u>
18.	Aufwendungen aus Verlustübernahme		<u> </u>

19.	Außerordentliche Erträge	<u>0,0</u>
20.	Außerordentliche Aufwendungen	<u> </u>
21.	Außerordentliches Ergebnis	<u>0,0</u>
22.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>13,9</u>
23.	Sonstige Steuern	<u>23,7</u>
24.	Jahresgewinn/Jahresverlust	<u>28,9</u>

Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2016

A. Grundlagen des Unternehmens

Die Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (im folgenden VVR) realisiert mit 173 eigenen Omnibussen im Landkreis Vorpommern-Rügen Personenbeförderungsdienstleistungen im öffentlichen Linienverkehr nach § 42 PBefG, im Schülerverkehr nach § 43 PBefG sowie im freigestellten Schülerverkehr. Darüber hinaus werden Leistungen im Gelegenheitsverkehr gemäß § 48 und § 49 PBefG erbracht. Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Vorpommern-Rügen.

Die Gesellschaft hat ihren Verwaltungssitz auf dem in ihrem Eigentum befindlichen Grundstück in Grimmen, Zum Rauhen Berg 1. Betriebshöfe befinden sich in Bergen, in Stralsund, in Ribnitz-Damgarten und in Barth. In Serams auf der Insel Rügen wird auf eigenem Grundstück ein zentraler ÖPNV-Umsteigepunkt betrieben. Weitere betrieblich genutzte Flächen und Räumlichkeiten sind an den ZOB's in Sassnitz und Bergen sowie in Altenkirchen angemietet. Hinzu kommen eigene Objekte, z.B. am Bahnhof in Barth, die einerseits in geringem Umfang selbstgenutzt (Toilette, Aufenthaltsraum Fahrer) oder andererseits fremdvermietet werden, z.B. in der Stralsunder Chaussee in Ribnitz-Damgarten.

Die Verkehrsdienstleistung wurde auf Basis von Liniengenehmigungen gemäß Personenbeförderungsgesetz (PBefG) § 42 durchgeführt. Die auf der Grundlage des Kreistagsbeschlusses vom 16. Dezember 2013 und des öDA zum 01. Oktober 2015 neu beantragten und erteilten Liniengenehmigungen für die Hansestadt Stralsund, den Bereich Nordvorpommern und die Inseln Rügen und Hiddensee haben eine Laufzeit von 10 Jahren. Außerdem werden Mietomnibusverkehr nach § 49 PBefG und Schienenersatzverkehr durchgeführt. In geringem Umfang wird Verkehr nach der Freistellungs-Verordnung erbracht.

B. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Branche

Die allgemeinen Rahmenbedingungen für den ÖPNV im Geschäftsjahr 2016 sind durch weitere Absenkungen von finanziellen Zuschüssen, z.B. den Ausgleichszahlungen im Ausbildungsverkehr, geprägt. Ein wesentlicher Einflussfaktor auf die Ergebnisentwicklung war im Jahr 2016 der nach wie vor niedrige Einkaufspreis für Dieselmotorkraftstoff. Da der Anteil der Dieselmotorkosten an den Kosten gesamt ca. 10% beträgt, trug die Kostenersparnis in diesem Bereich wesentlich zur Ergebnissicherung bei.

Die Prämissen für unser Unternehmen werden maßgeblich durch das strukturschwache Mecklenburg-Vorpommern gesetzt. Charakteristisch sind rückläufige Bevölkerungszahlen im ländlichen Raum, ein steigender Altersdurchschnitt und eine hohe PKW-Quote. Entgegen der verstärkten Nutzung des ÖPNV in Großstädten bleibt in ländlichen Regionen nach wie vor das Auto das Verkehrsmittel Nummer eins.

Eine Besonderheit in unserer Region ist eine stark entwickelte Touristikbranche auf der Insel Rügen und der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst. Zwischen der Entwicklung der Gästezahlen in den touristischen Orten und der Umsatzentwicklung im Jedermannbereich ist eine enge Korrelation zu beobachten. Laut aktueller Veröffentlichung des Statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommern waren im Zeitraum Januar bis Dezember 2016 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 2,0% mehr Ankünfte und 2,2% mehr Übernachtungen im Reisegebiet Rügen/Hiddensee zu verzeichnen. Damit liegt dieser Bereich unter dem Anstieg des letzten Jahres und ebenfalls unter dem Anstieg in Mecklenburg-Vorpommern (Ankünfte +2,3% / Übernachtungen +2,8%). Für das Reisegebiet Fischland-Darß-Zingst werden 4,4% mehr Ankünfte und 6,0% mehr Übernachtungen ausgewiesen. Auch die Hansestadt Stralsund liegt mit 4,2% mehr Ankünften und 4,1% mehr Übernachtungen über dem Vorjahr. Diese Steigerung spiegelt sich auch in der stabilen Umsatzentwicklung im Jedermannbereich der VVR wider.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufs

2.1. Umsatzentwicklung des Unternehmens

Die VVR beförderte im Geschäftsjahr 2016 im Linienverkehr 12,0 Mio. Personen. Das entspricht einem Rückgang von 0,2 Mio. Personen bzw. 2,0% im Vergleich zum Vorjahr. Trotz einer generellen Stabilisierung der Fahrgastzahlen im sogenannten Jedermann-Bereich konnten die hohen Einbußen im Bereich der Schülerbeförderung nicht egalisiert werden. In Korrelation mit den sinkenden Fahrgastzahlen musste das Unternehmen eine Reduzierung der Umsatzerlöse Verkehr um -167 T€ verzeichnen.

Folgende Aufstellung verdeutlicht die Entwicklung der Umsätze im Vergleich zum Vorjahr:

	<u>Ist 2016</u>	<u>Δ zum VJ</u>
Umsatzerlöse gesamt	21.220 T€	3.045 T€
<i>dav. Umsatzerlöse Verkehr</i>	13.992 T€	-167 T€
<i>dav. Ausgleichszahlungen/Zuschüsse</i>	6.777 T€	3.104 T€
<i>dav. sonst. Umsatzerlöse</i>	451 T€	108 T€

Die Umsatzerlöse erhöhten sich im Wesentlichen durch die Umgliederungen durch das BilRUG (3.411 T€).

Die Umsatzerlöse Verkehr entwickelten sich wie folgt:

<i>in T€</i>	<u>Δ p.a.</u>
Fahrgelderlöse, EBE	+100
Schülerverkehr	-339
Freigestellter Verkehr (Schüler/sonst.)	+10
GLV/SEV/Fahrzeugüberlassung	+26
Werbeeinnahmen	+36
	<u>Σ -167</u>

Stark rückläufig sind die Erlöse im Schülerverkehr (-339 T€). Der deutliche Rückgang steht in Zusammenhang mit der seit dem Schuljahr 2016/2017 geänderten Schülerbeförderungssatzung

des Landkreises Vorpommern-Rügen. Mit dem Wegfall der Zuzahlungen des Landkreises für den Schulweg zur örtlich unzuständigen Schule sind ab September 2016 monatlich erhebliche Ertragseinbußen zu verzeichnen, da eine Vielzahl von Schülern alternative Beförderungsmöglichkeiten nutzt.

Die Ausgleichszahlungen nach § 45a PBefG sind in Mecklenburg-Vorpommern mit der Verordnung über die Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr vom 08. November 2012 geregelt worden. Die darin festgeschriebene Verfahrensweise führt zu einer jährlichen Reduzierung um 2%, das entspricht für 2016 einem Rückgang von 53 T€ gegenüber 2015.

Der ebenfalls hohe Rückgang bei den Erstattungsleistungen nach SGB IX (-156 T€) resultiert aus dem geänderten, erstmals einheitlich im Unternehmen angewandten Prozentsatz für die Schwerbehindertenquote. Der innerjährlich eingebuchte Vorschuss für 2015 basierte noch auf dem 2014 geltenden Prozentsatz von 8,3%, die Schlussrechnung 2015 wurde auf Basis von 8,0% erstellt. Im Jahr 2016 dagegen wurde die innerjährliche Vorschussberechnung anhand des 2015 geltenden Prozentsatzes von nur 7,47 % vorgenommen, woraus im Vergleich zum Vorjahr geringere Ausgleichszahlungen resultieren.

Die Umsatzerlöse Werkstatt sind gegenüber dem Vorjahr um 15 T€ rückläufig, was im Wesentlichen auf niedrigere Erlöse aus dem Dieserverkauf an Dritte (-28 T€) zurückzuführen ist. Die Erlöse aus dem Materialverkauf an Dritte sind um 13 T€ angestiegen und resultieren aus der Beschaffung von Ersatzteilen für den Fuhrpark der eingesetzten Subunternehmer.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Geschäftsjahr 2016 um 3.550 T€ niedriger ausgefallen als in 2015. Ursächlich hierfür sind die Umgliederungen gemäß BilRUG in Höhe von 3.411 T€. Ohne diese Umgliederungen wären die sonstigen betrieblichen Erträge um 139 T€ zurückgegangen. Ursache hierfür sind geringere Schadenersatzleistungen (-77 T€), und niedrigere Erträge aus der Auflösung von SoPos (-68 T€). Gemindert werden diese Verluste durch höhere Erträge aus dem Abgang von AV (+112 T€).

Im Berichtsjahr 2016 konnte ein Jahresüberschuss in Höhe von 29 T€ erzielt werden. Der Wirtschaftsplan 2016 sah ein ausgeglichenes Ergebnis vor.

2.2. Finanzierung des Unternehmens

Neben den erzielten Erlösen erfolgt eine Finanzierung des Unternehmens im Wesentlichen über die Ausgleichszahlungen und Zuschüsse der öffentlichen Gebietskörperschaften. Die Ausgleichszahlungen nach § 45a PBefG, die Erstattungen nach § 148 SGB IX und der Kommunale Finanzausgleich § 10b FAG betragen im Geschäftsjahr 2016 insgesamt 5.688 T€.

Entsprechend öDA zwischen dem Landkreis Vorpommern-Rügen und der VVR war für das Jahr 2016 ein Betriebskostenzuschuss i.H.v. 1.100 T€ vereinbart, der um zu zahlende Sanktionen gemindert wurde. Ergebniswirksam wurden somit 1.088,75 T€.

2.3. Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen

Um den im Nahverkehrsplan festgeschriebenen Qualitätsstandards für die Durchführung des ÖPNV gerecht zu werden, wurden im Geschäftsjahr 2016 neun neue Fahrzeuge inklusive Matrix-Anzeigen (davon 2 Gelenk-, 4 Maxi- und 3 Solobusse) sowie zwei Fahrradanhänger angeschafft.

Die Finanzierung dieser Investitionen erfolgte unter Berücksichtigung ausgereicherter Fördermittel über Kreditaufnahme. Das gesamte Investitionsvolumen im Bereich Fuhrpark betrug 2.209 T€. Für die Vereinheitlichung des rechnergestützten Betriebsleit- und Vertriebssystems wurden in 2016 anteilig 500 T€ investiert. Insgesamt ist für dieses Projekt, das bis Mitte 2018 realisiert werden soll, ein Investitionsvolumen von 3 Mio. € veranschlagt. Der Investitionsumfang im Jahr 2016 betrug insgesamt 2.947 T€.

2.4. Beschaffung

Durch die Reduzierung des Einkaufspreises für Dieselkraftstoff auf der einen und eine Verringerung der Laufleistung auf der anderen Seite konnten die Kosten in diesem Bereich insgesamt um 528 T€ reduziert werden. Bereinigt um den Anteil für Betriebsfremde ergibt sich eine Reduzierung der Kosten für Dieselkraftstoff um 500 T€ für den Eigenbedarf. Diese Position stellt einen wesentlichen Faktor bei der Sicherung des Jahresergebnisses dar.

Die Veränderungen der Preise für die anderen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe bewegten sich im prognostizierten Rahmen.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen konnten um 59 T€ reduziert werden. Mehrere Einflussfaktoren sind zu berücksichtigen:

Die Subunternehmerleistungen wurden ab 01.10.2015 ausgeschrieben. Durch die bei der Vergabe geforderte Einhaltung des Mindestlohns fallen in diesem Bereich höhere Kosten an (+113 T€).

Für die Businnenreinigung werden 62 T€ höhere Kosten ausgewiesen. Neben einem generellen Preisanstieg für diese Leistungen ist die Hauptursache die externe Vergabe für den Fuhrpark auf Rügen ab Mai 2015.

Für die Fremdinstandsetzung der Fahrzeuge (-86 T€) ist ebenso wie für die Instandsetzung von Gebäuden und BGA (-80 T€) eine Kostenreduzierung zu verzeichnen, da im Vorjahr umfangreiche einmalige Maßnahmen durchgeführt wurden.

2.5. Umweltschutz

Alle im Unternehmen eingesetzten Fahrzeuge sind nach den gesetzlich gültigen Euro-Normen ausgestattet.

2.6. Personal- und Sozialbereich

Im Jahresdurchschnitt 2016 waren im Unternehmen 317 Mitarbeiter (303,5 Vollzeitäquivalente VZÄ) beschäftigt, incl. zwei Auszubildender im Werkstattbereich.

Zum Stichtag 31. Dezember 2016 waren insgesamt 318 Mitarbeiter im Unternehmen beschäftigt (304,3 Vollzeitkräfte), davon 27 Busfahrer mit einem befristeten Arbeitsvertrag und 10 geringfügig Beschäftigte.

Bis zum 31.05.2016 befand sich eine Arbeitnehmerin aus dem Stadtverkehrsbereich in der Freizeitphase ihres Altersteilzeitvertrags nach dem Blockmodell. Weitere Altersteilzeitverträge existieren im Unternehmen nicht.

Die Anzahl der meldepflichtigen Betriebsunfälle ist 2016 auf Vorjahresniveau geblieben und lag bei 4. Anerkennung von Berufskrankheit ist nicht zu verzeichnen. Der Krankenstand im Unternehmen incl. Langzeitkranker lag 2016 bei 8%, ohne Langzeitkranke bei 5%.

Die Personalaufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 250 T€ angestiegen. Zum einen trägt die Tariferhöhung von 3,0%, die rückwirkend zum 01.01.2016 gezahlt wurde, zu diesem Anstieg bei. Zum anderen ist die Entwicklung der Rückstellungen im Rahmen des Jahresabschlusses als Ursache zu nennen: 80 T€ höhere Zuführungen wurden in 2016 im Vergleich zu 2015 notwendig.

2.7. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Öffentlicher Dienstleistungsauftrag über Personenverkehrsdienste (öDA)

Ab 01.10.2015 kam der öDA über Personenverkehrsdienste im Landkreis Vorpommern-Rügen zur Anwendung. Die Laufzeit des öDA ist auf 10 Jahre festgelegt. Darin sind die Leistungsbeziehungen zwischen VVR und Landkreis aufgrund der Direktvergabe der Straßen-Verkehrsleistungen im Landkreis Vorpommern-Rügen an die VVR als internen Betreiber geregelt. Für das Jahr 2016 waren laut öDA maximal 1.100 T€ als Ausgleichszahlung für das Verkehrsunternehmen vorgesehen. Sanktionen aufgrund von Verspätungen oder ausgefallener Fahrten reduzierten die Zahlung auf 1.089 T€.

Die Endabrechnung für das Jahr 2016 erfolgt zum 31.05.2017.

Evaluierungsphase Stadtverkehr Stralsund

Die Evaluierungsphase für den Stadtverkehr Stralsund begann mit der Laufzeit des Interimsvertrags ab 01.01.2015 und endete am 31.12.2016. Mit Fahrplanwechsel und Inkrafttreten des „Öffentlichen Dienstleistungsauftrages für die VVR“ seit dem 01.10.2015 wurde die Variante der „optimalen verkehrlichen Erschließung“ in der Hansestadt Stralsund angeboten.

Die Bewertungsphase der Evaluierung wurde vom 31.05.2016 auf den 31.08.2016 verlängert, eine diesbezügliche Information an den Kreistag erfolgte am 11.07.2016 durch den Vorsitzenden der VVR-Gesellschafterversammlung. Auf Grundlage des Berichts der VVR zur Auswertung der Evaluierung erfolgte auf dem Kreistag am 19.12.2016 die Entscheidung über die Bedienung in der Hansestadt Stralsund ab Mai 2017.

Fahrpreis- und Tarifstrukturänderung

Tariferhöhungen wurden in 2016 nicht vorgenommen.

Die Firma ETC Transport Consultants GmbH, Berlin wurde durch die VVR beauftragt, die „Einführung eines Gemeinschaftstarifs für den ÖPNV im Landkreis Vorpommern-Rügen“ zu begleiten. Als zu präferierendes Modell stellte sich im Rahmen der Untersuchungen der Relationstarif heraus. Ergiebigkeitsprüfungen und notwendige Anpassungen wurden vorgenommen, so dass gemäß Zeitschiene zum 01.01.2017 die Einführung eines einheitlichen Tarifs in der VVR erfolgte. Zur Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV wurden im Geschäftsjahr 2016 regional wirksame Projekte optimiert und erweitert. Die seit 2013 praktizierte Anerkennung von Kurkarten der Ostseebäder Baabe, Sellin und Göhren zur kostenfreien Nutzung der Busse der VVR innerhalb der Tarifwaben Baabe/Sellin/Göhren/Lobbe/Klein Zicker wurde um die Gemeinden Gager, Middelhagen und Thiessow (während des Sommerfahrplans der VVR) erweitert, so dass in dieser Zeit für Kurkartenbesitzer der genannten Orte das bestehende Fahrplanangebot der VVR auf dem gesamten

Mönchgut kostenfrei genutzt werden kann. Nachfrage und Nutzung dieses Angebotes sind seit der Einführung enorm gestiegen.

Die Kooperation mit dem Theater Vorpommern-Rügen, welche in 2015 initiiert wurde, um den Kulturinteressierten in ländlichen Regionen einmal pro Monat eine unkomplizierte Möglichkeit zum Theaterbesuch in Stralsund anzubieten, wurde in 2016 fortgeführt. Ein günstiges KombiTicket (bestehend aus Eintritt und Pauschalpreis für die Anreise mit der VVR) ermöglicht nach vorheriger Anmeldung die An- und Rückfahrt auf 5 Fahrtstrecken im Bediengebiet der VVR.

Außerdem wurde während der Sommerferien in Mecklenburg-Vorpommern ein Shuttle-Bus zwischen Hafen Sassnitz und dem Nationalparkzentrum Königstuhl installiert, der Gästen die bequeme Erreichbarkeit beider Orte in einer dichten Taktfolge ermöglicht.

Attraktive Kombitickets mit touristischen Einrichtungen, zum Beispiel das „VogelparkTicket“, das „KönigsstuhlTicket“ oder das „KreideküstenTicket“ erfreuten sich 2016 zunehmender Akzeptanz.

Interne Revision

Auch im Jahr 2016 hat die Firma 67rockwell Consulting GmbH einen Internal Audit durchgeführt. Thema der zweiten Prüfung nach 2015 war die Aufbau- und Ablauforganisation im Unternehmen. Ein Zeitplan zur Abarbeitung der aufgezeigten Schwerpunkte wurde aus dem Prüfungsbericht abgeleitet und wird im Laufe des Jahres 2017 entsprechend bearbeitet.

3. Darstellung der Lage

3.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2016 wurden bedarfsgerechte Anpassungen der ÖPNV-Leistung vorgenommen, woraus sowohl streckenbezogene Zusatzleistungen als auch Minderleistungen resultieren. Vor allem im Bediengebiet Rügen erfolgte eine Reduzierung des Fahrplanangebots bei Fahrten ohne nennenswerte Nachfrage. In Umsetzung des öDA während der Evaluierungsphase wurde 2016 in der Hansestadt Stralsund die Variante der "optimalen verkehrlichen Erschließung" umgesetzt.

Die Umsatzerlöse Verkehr reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 167 T€.

3.2. Finanzlage

Die Finanzlage ist durch die Mittelbeschaffung für Investitionen gekennzeichnet. Neben der Finanzierung über Zuschüsse waren auch Kreditaufnahmen von 1.887 T€ notwendig. Da Kredite i.H.v. 1.640 T€ planmäßig getilgt wurden, erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 247 T€.

Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme beträgt 16,0%, bei Hinzurechnung der Sonderposten aus Investitionszuschüssen sogar 56,6%.

3.3. Vermögenslage

Die Entwicklung der Vermögenslage des Unternehmens war auch im Geschäftsjahr 2016 durch eine Leistungsoptimierung gekennzeichnet.

Das Investitionsvolumen betrug 2.947 T€, davon entfielen 2.209 T€ auf den Fuhrpark. Per Stichtag 31. Dezember 2016 sind 173 eigene Fahrzeuge im Linien- und Schülerverkehr im Einsatz,

davon 18 Gelenkbusse, 16 Maxi-Busse (15 Meter), 126 Solobusse (12 Meter), 3 Midi-Busse (8-10 Meter) und 10 Sprinter.

Abschreibungen wurden in Höhe von 3.577 T€ vorgenommen.

Das Barvermögen der Gesellschaft stieg 2016 um 858 T€ auf 3.067 T€ an.

C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Risiko- und Chancenbericht

Als Personenbeförderungsunternehmen im Nahverkehr wirken zunächst externe Risiken auf die Ertrags- und Vermögenslage der Gesellschaft. Dies sind zum einen die demografische Entwicklung im Landkreis Vorpommern-Rügen und die Entwicklung der Gästezahlen im touristischen Bereich. Zum anderen ist die Entwicklung der gesetzlichen Rahmenbedingungen zu nennen, die die finanzielle Ausstattung und Ertragslage des Unternehmens mitbestimmt. Hierunter fallen die Entwicklung der Ausgleichzahlungen und die Regelungen zur Schülerbeförderung im Landkreis Vorpommern-Rügen. Durch die ab Schuljahr 2016/2017 erfolgte Streichung der freiwilligen Zuschüsse des Landkreises Vorpommern-Rügen für die Schülerbeförderung zur örtlich unzuständigen Schule zeigten sich bereits erhebliche negative Einflüsse auf die Ertragslage der VVR. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Am 19.12.2016 beschloss der Kreistag Vorpommern-Rügen die Einführung und Anwendung eines Gemeinschaftstarifs in der VVR auf der Grundlage

- der Einteilung des Bedienebietes in Tarifzonen
- der Allgemeinen Beförderungsbedingungen und Tarifbestimmungen und
- einer Fahrpreisanpassung/-erhöhung

ab dem 01.01.2017. Dementsprechend wurde mit dem Jahreswechsel die Einführung des neuen Tarifmodells durch die VVR vorgenommen. Die Umsetzung erfolgte nahezu problemlos, kleinere Nachjustierungen sind in Arbeit.

Die Effekte im Hinblick auf die Tarifeinnahmen sind abzuwarten. Moderate Preisanpassungen wurden vorgenommen, da zeitgleich eine Anpassung der heterogenen Tarifstrukturen (unterschiedliche Rabattierung der Zeitkarten) erfolgte.

Risiken hinsichtlich der Preisentwicklung für den Bezug von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen bleiben existent. Insbesondere die Entwicklung der derzeit sehr preiswerten Beschaffung von Dieselmotorkraftstoff ist unsicher.

Interne Risiken sind vor allem die Sicherung der Liquidität, die Gewährleistung eines technisch einwandfreien Fuhrparks und die Vorhaltung von qualifiziertem und motiviertem Personal. Angesichts der Altersstruktur im Fahrerbereich ist vor allem dem letztgenannten Punkt mit geeigneten Maßnahmen entgegen zu treten.

Zur Risikoerkennung werden verschiedene Controlling-Instrumente genutzt, um so Fehlentwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen und diesen gegensteuern zu können. Neben der monatlichen Betrachtung der Fahrgeldeinnahmen sind das Plan-Ist-Analysen im Rahmen des Monatsabschlusses, Liquiditätsauswertungen oder detaillierte Analysen nach Bedarf, wobei das Control-

ling-Tool „kosal Enterprise“ der Firma HKS Informatik GmbH verwendet wird. Die Linienerfolgsrechnung als wichtiges Steuerungsinstrument soll ebenfalls über kosal initiiert werden. Für das Risikomanagement wird „Ready4risk“ (ebenfalls von HKS Informatik) Mitte 2017 im Unternehmen installiert.

Chancen für die Entwicklung der Gesellschaft werden in der begrenzten Erhöhung der Fahrgastzahlen durch gezielte, auf die touristischen Besucher abgestimmten Produkte und Marketingmaßnahmen gesehen. Nach wie vor in der Warteschleife liegt die Einführung des „Fahrpreislosen ÖPNV“ für den Bereich Fischland-Darß-Zingst.

2. Prognosebericht

Im Jahr 2017 wird laut Wirtschaftsplan ein Jahresergebnis von \pm Null erreicht. Vor den aufgezeigten Risiken werden die Jahre 2017 ff. eine große Herausforderung, auch bedingt durch die festgelegte Deckelung des Ausgleichsbetrages laut öDA an die VVR (ab dem Jahr 2017 abschmelzend, von 900 T€ auf Null in 2020). Davon unberührt bleiben die Mittel für den freigestellten Schülerverkehr i.H.v. derzeit 700,9 T€, die vom Landkreis als Träger der Schülerbeförderung gewährt werden. Für die Zeit vom Sommerfahrplan 2017 bis zum Fahrplanwechsel im Mai 2019 erfolgt in der Hansestadt Stralsund die Bedienung in der „optimalen verkehrlichen Erschließung“. Laut Kreistagsbeschluss vom 19.12.2016 wird der VVR das prognostizierte höhere Defizit gegenüber der Variante „Mindestbedienung“ (ca. 300 T€) ausgeglichen.

Laut Tarifvertrag stehen neue Verhandlungen für die Entgeltzahlung ab 2018 an, die ab diesem Zeitpunkt zu 100% zu übernehmen sind. Da die Personalkosten den größten Kostenblock im Unternehmen bilden, hat das Ergebnis dieser Verhandlungen einen wesentlichen Einfluss auf die wirtschaftliche Situation der VVR.

Im Bereich des Fuhrparks ist 2017 die Neuanschaffung von zehn Fahrzeugen vorgesehen. Die hierfür erforderlichen Investitionskosten in Höhe von 2.280 T€ werden anteilig (600 T€) über Fördermittel finanziert. Um den Anforderungen an die Qualitätsstandards laut Nahverkehrsplan gerecht zu werden, ist eine jährliche Neuanschaffung in dieser Größenordnung notwendig, aufgrund der entstehenden Finanzierungslücke durch rückläufige Investitionszuschüsse des Landes sind diese finanziellen Aufwendungen durch die VVR aber nur sehr schwer realisierbar.

Des Weiteren ist die Investition in das Vertriebssystem der VVR, die in 2016 begonnen wurde, mit 1.118 T€ in 2017 enthalten und stellt neben der erforderlichen Investition in den Fuhrpark das umfangreichste Projekt für die kommenden Monate dar.

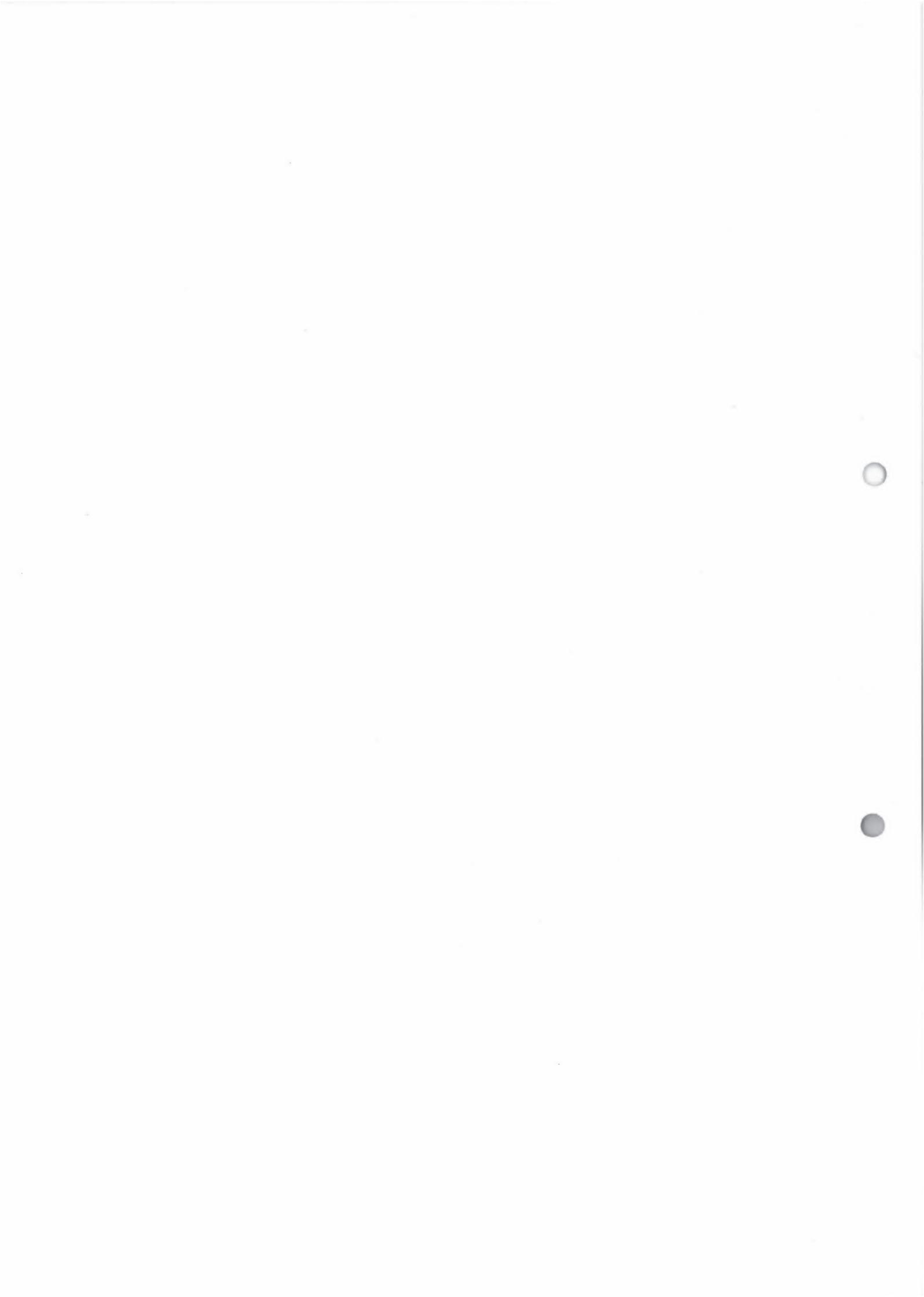
Kostenintensiv wird in den Folgejahren die Instandhaltung der technischen Anlagen auf den Betriebshöfen, die mittlerweile 20 Jahre in Betrieb sind. Deshalb sind für 2017 Investitionen i.H.v. 180 T€ eingeplant (z.B. für den Bremsenprüfstand in Stralsund), die aus Eigenmitteln zu finanzieren sind. Aufgrund der bisherigen langjährigen Nutzung wird in den Folgejahren in die Erneuerung der Waschanlagen und in die Bremsenprüfstände auf den anderen Betriebshöfen investiert werden müssen.

Perspektivisch steht die Fortschreibung des Nahverkehrsplans für den Landkreis Vorpommern-Rügen an. Ebenso wird die Evaluierung in der Hansestadt Stralsund weiterhin Thema sein.

Grimmen, den 20. April 2017

Jutta Vollert
Kaufmännische Geschäftsführerin

Hubertus Wegener
Technischer Geschäftsführer



Monatsabschlusses, Liquiditätsauswertungen oder detaillierte Analysen nach Bedarf. Die Linienerfolgsrechnung als wichtiges Steuerungsinstrument soll ebenfalls über initiiert werden. Für das Risikomanagement wird eine IT-Lösung Mitte 2017 im Unternehmen installiert.

- Chancen für die Entwicklung der Gesellschaft werden in der begrenzten Erhöhung der Fahrgastzahlen durch gezielte, auf die touristischen Besucher abgestimmte Produkte und Marketingmaßnahmen gesehen. Nach wie vor in der Warteschleife liegt die Einführung des „Fahrpreislosen ÖPNV“ für den Bereich Fischland-Darß-Zingst.
9. Anschließend stellt die Geschäftsführung im Prognosebericht die Entwicklung für das Geschäftsjahr 2017 dar:
- Die Geschäftsführung geht für das Geschäftsjahr 2017 von einem ausgeglichenen Jahresergebnis aus. Herausforderungen bilden in der Zukunft hierbei die festgesetzte Deckelung des Ausgleichsbetrages laut öDA an die VVR, die Verhandlungen über die Entgeltzahlungen ab 2018 und die Finanzierung der erforderlichen Investitionen und Instandhaltungen.
10. Die **Beurteilung der Lage der Gesellschaft**, insbesondere die Beurteilung des Fortbestandes und der wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des Unternehmens, ist plausibel und folgerichtig abgeleitet. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

II. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

11. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 21. April 2017 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (VVR), Grimmen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grund-

sätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

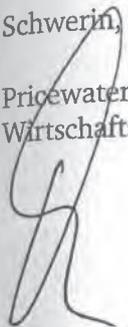
F. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (VVR), Grimmen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 und des Lageberichts für dieses Geschäftsjahr erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Der von uns erteilte Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B. unter "Wiedergabe des Bestätigungsvermerks" enthalten.

Schwerin, den 21. April 2017

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

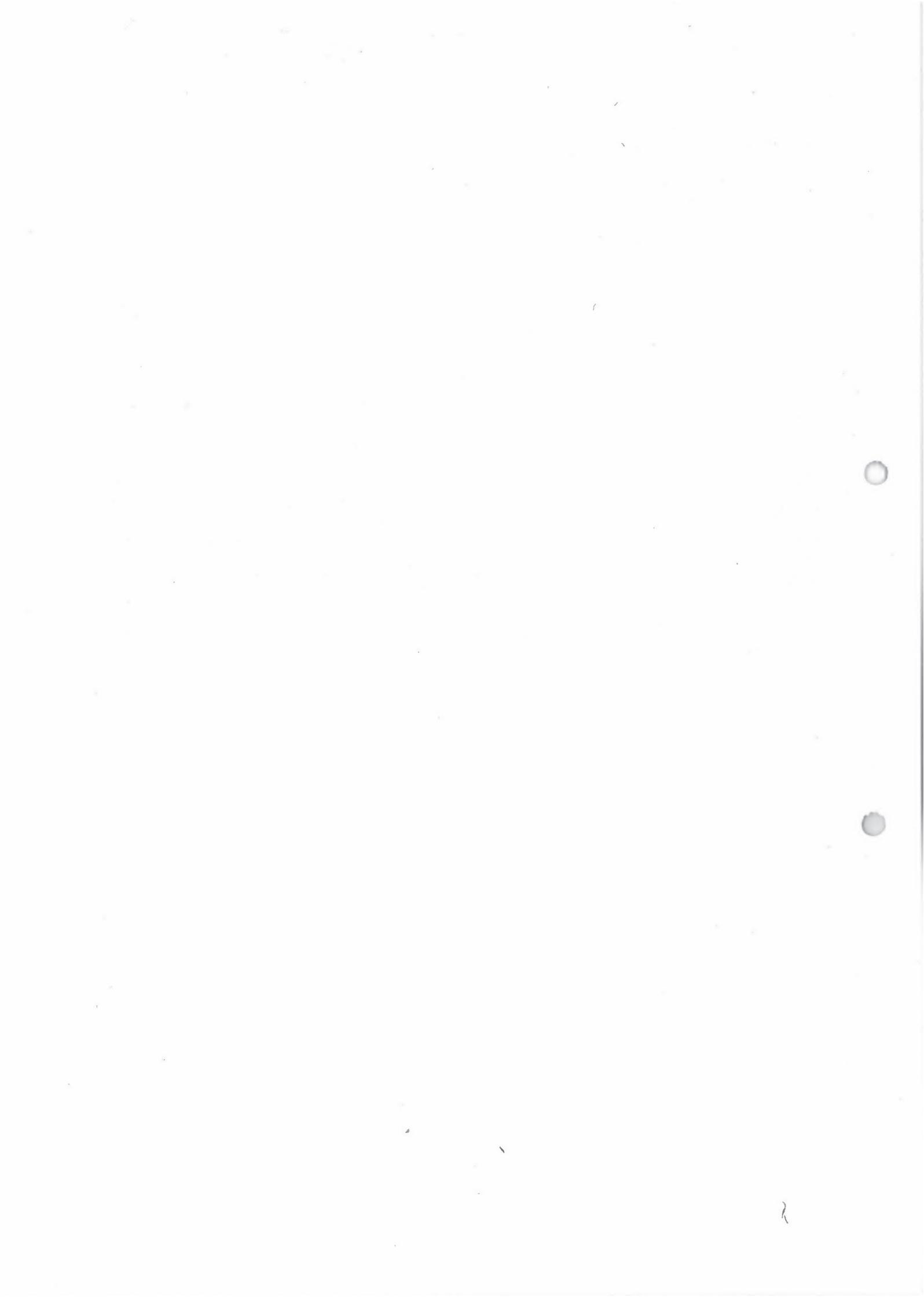


Dirk Burschel
Wirtschaftsprüfer



ppa. Dr. Annekathrin Richter
Wirtschaftsprüferin





Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH

Geschäftsführung

Barth, 30.08.2017

Wirtschaftsplan 2018

Jan Hufnagel
Geschäftsführer

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Jan Hufnagel', written in a cursive style.

Inhaltsverzeichnis

- 1. Vorbericht**
- 2. Zusammenstellung**
- 3. Erfolgsplan ***
- 4. Finanzplan ***
- 5. Investitionsübersicht**
- 6. Stellenübersicht**
- 7. Übersicht über die aus den Verpflichtungsermächtigungen
in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden
Auszahlungen (entfällt)**
- 8. Anlagenübersicht**

Wirtschaftsplan 2018

Vorbericht

Mit dem Ostseeflughafen Stralsund-Barth verfügt der Landkreis Vorpommern-Rügen über einen modernen Verkehrslandeplatz für die Allgemeine Luftfahrt. Es werden gewerbliche und nichtgewerbliche Flüge nach Sicht- wie auch Instrumentenflugregeln am Tage wie auch nachts unter fast allen Wetterbedingungen abgefertigt.

Somit besitzt der Ostseeflughafen eine große infrastrukturelle Bedeutung für die Region. Gerade Geschäftskunden als potentielle Investoren für die regionale Wirtschaft benötigen eine gewisse Planungssicherheit, welche gerade durch den Instrumentenflugbetrieb gegeben ist.

Der Flughafen erzielt stabile Einnahmen durch die Verpachtung von nicht für den Flugbetrieb notwendigen Flächen.

Trotz Verluste ist der Betrieb ohne Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter weiterhin gesichert.

Erfolgsplan

Der Erfolgsplan weist für das Planjahr 2018 einen Verlust von 45,1 T€ aus, der durch die Entnahme aus der Rücklage kompensiert wird.

Dies ist durch ein negatives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit bedingt.

So werden im Jahr 2018 beide Angestellte der Cafeteria ausscheiden. Die Stellen sollen neu besetzt werden. Neue Mitarbeiter werden sich zum derzeitigen Gehaltsniveau mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht finden. Daher wurden die zu erwarteten Gehälter bereits eingeplant.

Im Geschäftsjahr 2016 wurde ein positives Ergebnis von 12.387€ erzielt.

Dieses Ergebnis konnte allerdings nur erreicht werden, da während der Bauphase der dritten Solaranlage eine einmalige Pachtzahlung von 44 T€ erfolgte. Ebenfalls einmalig wurde für die bautechnisch bedingte Außerbetriebnahme des Flugfunkpeilers 15 T€ erlöst.

Durch eine Anpassung der Entgeltordnung ist eine Erhöhung der Erträge durch den Flugbetrieb geplant, die Verluste sollen dadurch verringert werden.

Da die Gesellschaft über ein buchmäßiges Eigenkapital von ca. 1,5 Mio. € verfügt, geht von diesem Verlust keine akute Bestandsgefährdung aus.

Es ist durch die Geschäftsführung keine Bezuschussung geplant.

Finanzplan

Der Finanzmittelbestand wird sich im Planjahr zum Ende der Periode im Vergleich zum Vorjahr um etwa 19 T€ verringern.

Investitionsplan

In 2018 sind zurzeit keine größeren Investitionen geplant.

Die Ersatzbeschaffung eines Kleintransporters für den Feuerwehr-und Rettungsdienst ist 2017 erfolgt.

Private Investoren für die Sanierung oder Neubau der Flugzeughalle werden weiterhin gesucht.

Durch gesetzliche Neuregelung der Taktung der Flugfunkfrequenzen verlieren die alten Funkstationen ihre Zulassung zum Ende 2017 und müssen Anfang 2018 dringend ersetzt werden.

Stellenübersicht

Im Jahr 2017 wurde eine sozialpflichtige Stelle auf Mindestlohnbasis geschaffen. Tätigkeitsbereich ist eine Unterstützung der Vollzeitstelle im Kantinenbereich sowie als Reinigungskraft.

Beide Arbeitsverhältnisse werden nach jetzigem Kenntnisstand im Herbst 2018 altersbedingt enden und sollen neu besetzt werden.

Eigenkapital

Das Eigenkapital betrug am Ende des Jahres 2016 1.491 T€ und wird sich zum Ende des Wirtschaftsjahres auf 1.467 T€ leicht verringern

Es gibt keine freiwilligen, nicht durch einen öffentlichen Zweck erforderlichen Aufwendungen des Unternehmens.

Die Gesellschaft besitzt kein nichtbetriebsnotwendiges Vermögen und keine nichtbetriebsnotwendigen Geschäftsbereiche.

Das Budget der Werbemaßnahmen dient der Pflege der Homepage, der Herstellung von Flyern, schalten von Werbeanzeigen. Dies hilft einer besseren Vermarktung, gerade auf Messen und luftfahrtbezogenen Veranstaltungen.

Die Gesellschaft besitzt kein nicht betriebsnotwendiges Vermögen, nicht betriebsnotwendige Geschäftsbereiche existieren nicht.

Die Entlohnung der Mitarbeiter erfolgt in Anlehnung Tarifvertrag öffentlicher Dienst. Für einen Flugleiter zahlt das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung M-V einen Lohnkostenzuschuß.

Er nimmt als Beauftragter für Luftaufsicht des Landes auch hoheitliche Aufgaben wahr. Sonderdienstverträge mit Vereinbarungen über eine Erfolgsbeteiligung wurden nicht abgeschlossen.

Die Geschäftsanteile der Gesellschaft sind wie folgt verteilt:

Landkreis Vorpommern-Rügen	37,5 %
Hansestadt Stralsund	37,5 %
Stadt Barth	25,0 %

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 30.060 €.

Es gilt der Gesellschaftervertrag in der Fassung vom 25. September 2002.

Die existenzbedrohenden Risiken aus der Vergangenheit sind mit der Realisierung der III. Ausbaustufe und der Fertigstellung und Inbetriebnahme des dritten Solarparks Mitte 2017 reduziert.

Die Gesellschafter und Geschäftsführung sind ständig und intensiv um die Ansiedlung von Gewerbe bemüht. Dies soll die Ertragssituation verbessern und Arbeitsplätze schaffen.

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾

Zusammenstellung für das Jahr

2018

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

2)

Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung hat

durch Beschluss vom _____ den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr 2018 festgestellt:

Es betragen

1. im Erfolgsplan

in TEUR

- die Erträge	551,8
- die Aufwendungen	596,9
- der Jahresgewinn	0,0
- der Jahresverlust	45,1

2. im Finanzplan

- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit ³⁾	18,2
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit ⁴⁾	-13,0
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit ⁵⁾	-26,4
- der Saldo aus der Änderung des Finanzmittelbestandes ⁶⁾	-21,2

3. Es werden festgesetzt

- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	0,0
- davon für Umschuldungen	0,0
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0,0
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung	75,0

4. Die Stellenübersicht weist 6 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus

5. Der Stand des Eigenkapitals

- betrug zum 31.12. des Vorjahres	1.491,0
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich	1.512,4
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich	1.467,3

6. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am⁷⁾:

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters: Barth, den

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen

²⁾ beschließendes Organ

³⁾ Nummer 10 des Finanzplans

⁴⁾ Nummer 19 des Finanzplans

⁵⁾ Nummer 24 des Finanzplans

⁶⁾ Nummer 25 des Finanzplans

Erfolgsplan						
für						
Name des Betriebes/Unternehmens:						
Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH						
-in TEUR-						
Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1. Umsatzerlöse	486,0	410,0	426,0	435,0	435,0	435,0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen						
3. Andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	14,4	100,0	10,0	10,0	10,0	10,0
5. Materialaufwand	11,8	10,0	7,0	8,0	8,0	8,0
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	7,9	10,0	7,0	8,0	8,0	8,0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	3,9					
6. Personalaufwand	290,6	285,0	300,0	310,0	310,0	310,0
a) Löhne und Gehälter	242,0	243,0	250,0	258,0	258,0	258,0
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	48,6	47,0	50,0	52,0	52,0	52,0
- davon für Altersversorgung	0,9					
7. Abschreibungen auf	172,3	166,5	179,1	178,1	164,2	158,8
a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen						
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	172,3	166,5	179,1	178,1	164,2	158,8
- davon nach § 254 HGB						
b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten						
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
- davon nach § 254 HGB						
8. Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO	115,4	111,8	115,8	115,2	107,7	107,7
9. Konzessionsabgabe						
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	122,0	130,0	105,0	115,0	120,0	125,0
11. Erträge aus Beteiligungen						
- davon aus verbundenen Unternehmen						
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
- davon aus verbundenen Unternehmen						
13. Zinsen und ähnliche Erträge						
- davon aus verbundenen Unternehmen						
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens						

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2016 (Vorvorjahr)	2017 (Vorjahr)	2018 (Planjahr)	2019 (Folgejahr)	2020 (2. Folgejahr)	2021 (3. Folgejahr)
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6,1	8,0	5,2	4,5	3,8	3,1
- davon an verbundene Unternehmen						
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13,0	22,3	-44,5	-55,4	-53,3	-52,2
17. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen						
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme						
19. Außerordentliche Erträge						
20. Außerordentliche Aufwendungen						
21. Außerordentliches Ergebnis						
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
23. Sonstige Steuern	0,7	0,9	0,6	0,7	0,7	0,7
24. Jahresgewinn / Jahresverlust	12,3	21,4	-45,1	-56,1	-54,0	-52,9
vorgesehene						
Behandlung des Jahresgewinns^{1, 2)}		oder	Behandlung des Jahresverlustes^{1, 2)}			
	Verwendung	Betrag in TEUR		Verwendung		Betrag in TEUR
a)	zur Tilgung des Verlustvortrages			a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag		
b)	zur Einstellung in Rücklagen			b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen		
c)	zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)			c) auf neue Rechnung vorzutragen		
d)	auf neue Rechnung vorzutragen					
Für Unternehmen in Privatrechtsform:						
bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:						
	Gesellschafter	Gesellschaftsanteile in %	Betrag in TEUR			
1.	Hansstadt Stralsund	37,5%				
2.	Landkreis Nordvorpommern	37,5%				
3.	Stadt Barth	25,0%				
4.						
5.						
6.						
1) § 11 Abs. 5 GemHVO Doppik: Bei Sondervermögen mit Sonderrechnungen sind die voraussichtlichen Jahresergebnisse in dem Ergebnishaushalt der Gemeinde zu veranschlagen.						
2) Mit Zahlungswirksamkeit des Verlustausgleiches bzw. der Gewinnausschüttung ist eine Veranschlagung im Finanzhaushalt der Gemeinde im Folgejahr vorzunehmen.						

Finanzplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016	2017	2018	2019	2020	2021
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	12,3	21,4	-45,1	-56,1	-54,0	-52,9
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	172,3	166,5	179,1	178,1	164,2	158,8
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-115,4	-111,8	-115,8	-115,2	-107,7	-107,7
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)	0	0	0	0	0	0
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	8,1					
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	-12,9	0	0	0	0	0
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-27,5					
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten	0	0	0	0	0	0
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	36,9	76,1	18,2	6,8	2,5	-1,8
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-0,2	-5,0	-13,0	-5,0	-5,0	-5,0
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen (LFI Mittel)	0	0	0	0	0	0
	davon						
	a) empfangene Ertragszuschüsse	0	0	0	0	0	0
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0	0	0	0	0	0
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
19	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-0,2	-5,0	-13,0	-5,0	-5,0	-5,0
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0	0	0	0	0
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	0	0	0	0	0	0
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen (Kredite)	0	0	0	0	0	0
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	-25,1	-25,1	-26,4	-27,0	-27,7	-28,4
24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierg.	-25,1	-25,1	-26,4	-27,0	-27,7	-28,4
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	11,6	46,0	-21,2	-25,2	-30,2	-35,2

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016	2017	2018	2019	2020	2021
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	0	0	0	0	0	0
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	169,7	181,3	227,3	206,1	180,9	150,7
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	181,3	227,3	206,1	180,9	150,7	115,5

Das Vorjahr (2016) wurde am aktuellen Kenntnisstand angepasst.

Name des Betriebes/Unternehmens:

Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH**Investitionsübersicht Plan 2018**

Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)

Beschreibung der Maßnahme: Anschaffung neuer Funkgeräte und Ersatzinvestition in Computertechnik

	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	in TEUR			Planungsdaten des weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
				Planungsdaten des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres	
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
davon empfangene Ertragszuschüsse	0	0	0	0	0	0	0
davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Summe Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	28	0	13	5	5	5	0
davon Grundstücke	0	0	0	0	0	0	0
davon Gebäude	0	0	0	0	0	0	0
davon Maschinen	0	0	0	0	0	0	0
davon Büro- und Geschäftsausstattung einschl. Außenanlagen	28	0	13	5	5	5	0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Summe Auszahlungen	28	0	13	5	5	5	0
Nachrichtlich	0	0	0	0	0	0	0
veranschlagte VE	0	0	0	0	0	0	0
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-28	0	-13	-5	-5	-5	0

Stellenübersicht

für das Jahr 2018

Name des Betriebes/Unternehmens:

Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH

		2017	IST 2017	2018	2018
lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr	Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres	Anzahl und Bewertung im Planjahr	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
1	Geschäftsführer	1,0 lt. Vertrag	1,0 lt. Vertrag	1,0 lt. Vertrag	
2	Luftaufsichtspersonal	2,0 lt. Vertrag	2,0 lt. Vertrag	2,0 lt. Vertrag	
3	Handwerk/Feuerwehr/ Tankdienst	2,0 lt. Vertrag	2,0 lt. Vertrag	2,0 lt. Vertrag	
4	Kantinenpersonal	1,0 lt. Vertrag	1,0 lt. Vertrag	1,0 lt. Vertrag	
5	Verwaltung / Retten u. Beraen / Abfertiauna	2 geringfügig Beschäftiate	2 geringfügig Beschäftiate	2 geringfügig Beschäftiate	
insgesamt		6,0	6,0	6,0	

Name des Betriebs/Unternehmens:
Ostseeflughafen Stralsund - Barth GmbH

Anlagenübersicht 2018

Posten	Bezeichnung	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen, Wertberichtigungen				Restbuchwerte			Kennzahlen		Wertminderung durch unterlassene Instand-				
		Stand zum 31.12. Vorjahr ¹⁾	Zugänge im Jahr	Abgänge im Jahr	Umbuchungen im Jahr	Stand zum 31.12. Wirtschaftsjahr	Umbuchungen im Jahr	Zuschreibungen im Jahr	Aufgelaufene Abschreibungen zum 31.12. Vorjahr	Aufgelaufene Abschreibungen auf Abgänge	Abschreibungen zum 31.12. Wirtschaftsjahr	Restbuchwerte am Ende des Jahres	Restbuchwerte am Ende des Jahres	Durchschnittlicher Abschreibungssatz		Durchschnittlicher Restbuchwert			
		Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr			
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände																		
1.	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	15,0	0,0	0,0	0,0	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,3	0,0	0,0	10,1	4,9	8,2	22,0	72,1	
2.	Geleistete Anzahlungen																		
Summe immaterielle Vermögensgegenstände		15,0	0,0	0,0	0,0	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,3	0,0	0,0	10,1	4,9	8,2			
1.2	Sachanlagen																		
a)	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	1.291,1	0,0	0,0	0,0	1.291,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	371,9	919,2	919,2	0,0	247,2	
b)	Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	7.058,3	0,0	0,0	0,0	7.058,3	0,0	102,9	0,0	4.874,6	0,0	102,9	0,0	4.977,5	2.080,8	2.183,7	1,5	42,7	
	Bahnkörper und Bauten des Schienenweges																		
2.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten																		
3.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten																		
4.	Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu der Nummer 1 oder 2 gehören																		
5.	Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen ²⁾																		
6.	Verteilungsanlagen ²⁾																		
7.	Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen																		
8.	Fahrzeuge für Personen- und Geschäftsverkehr																		
9.	Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu den Nummern 5 bis 8 gehören																		
10.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	857,4	13,0	0,0	0,0	870,4	0,0	72,9	0,0	547,3	0,0	72,9	0,0	620,2	250,2	310,1	8,4	45,7	
11.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau																		
Summe Sachanlagen		9.206,8	13,0	0,0	0,0	9.219,8	0,0	175,8	0,0	5.793,8	0,0	175,8	0,0	5.969,6	3.250,2	3.413,0			
1.3	Finanzanlagen																		
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen ³⁾																		
2.	Ausleihungen an verbundene Unternehmen ³⁾																		
3.	Beteiligungen																		
4.	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht																		
5.	Wertpapiere des Anlagevermögens																		
6.	Sonstige Ausleihungen																		
Summe Finanzanlagen		0,0																	
Summe Anlagevermögen		9.221,8	13,0	0,0	0,0	9.234,8	0,0	179,1	0,0	5.800,6	0,0	179,1	0,0	5.979,7	3.255,1	3.421,2			
Summe Sonderposten 4)		6.549,8	0,0	0,0	0,0	6.549,8	0,0	115,8	0,0	4.500,2	0,0	115,8	0,0	4.616,0	1.933,8	2.049,6			

¹ Einschließlich aller aufgelaufener Zu- und Abgänge sowie Umbuchungen.

² Anlagen der Energie- und Wasserversorgung

³ Die Begriffsbestimmung des § 15 AktG findet sinngemäß Anwendung

⁴ Korrespondierend zur Entwicklung des Anlagevermögens ist die Entwicklung der Sonderposten mit in die Anlagenübersicht aufgenommen

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Ich habe den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH, Barth, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Durch § 13 KPG wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft i. S. v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Meine Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von mir durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft abzugeben.

Ich habe meine Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 KPG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse habe ich darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Ich bin der Auffassung, dass meine Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für meine Beurteilung bildet.

Meine Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft geben nach meiner Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.“

Rostock, den 8. August 2017



Jörg Ketelsen

Wirtschaftsprüfer



Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH, Barth

Bilanz zum 31. Dezember 2016

AKTIVA

	31.12.2016 €	31.12.2016 €	31.12.2015 €
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Lizenzen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		3,00	3,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.205.759,02		3.308.610,02
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	367.411,50	3.573.170,52	436.721,00
		3.573.173,52	3.745.331,02
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	62.647,36		2.356,12
2. Sonstige Vermögensgegenstände	80.077,23	142.724,59	150.563,44
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		181.323,31	152.919,56
		324.047,90	169.753,08
C. Rechnungsabgrenzungsposten		7.482,46	10.657,30
		3.904.703,88	4.078.663,96

PASSIVA

	31.12.2016 €	31.12.2016 €	31.12.2015 €
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	30.060,00		30.060,00
II. Kapitalrücklagen	1.055.528,92		1.055.528,92
III. Gewinnrücklagen	392.536,61		432.233,36
IV. Jahresüberschuss (Vorjahr Jahresfehlbetrag)	12.387,16	1.490.512,69	-39.696,75
		2.164.977,09	1.478.125,53
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse			
			2.280.405,93
C. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	273,43		376,21
2. Sonstige Rückstellungen	24.100,00	24.373,43	36.902,83
			37.279,04
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	182.826,81		207.892,68
2. Erhaltene Anzahlungen	2.588,30		5.416,80
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	32.594,61		7.492,55
4. Sonstige Verbindlichkeiten	6.830,95		62.051,53
(davon gegenüber Gesellschaftern € 0,00; Vorjahr T€ 58)			
(davon aus Steuern € 6.255,25; Vorjahr T€ 2)			
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 483,96; Vorjahr T€ 1)			
		224.840,67	282.853,56
		3.904.703,88	4.078.663,96

Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH, Barth

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016

	2016 €	2016 €	2015 €
1. Umsatzerlöse		486.012,64	426.626,57
2. Sonstige betriebliche Erträge davon Auflösung von Sonderposten für Investitions- zuschüsse € 115.428,74; Vorjahr T€ 115		129.965,31	123.375,44
3. Materialaufwand		615.977,95	550.002,01
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	11.874,83		10.807,13
4. Personalaufwand		11.874,83	10.807,13
a) Löhne und Gehälter	241.958,58		239.108,20
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	48.626,03		45.693,79
5. Abschreibungen		290.584,61	284.801,99
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	172.328,56		173.261,08
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		172.328,56	173.261,08
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1,72	7,80
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		6.087,19	5.573,82
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag		-0,37	2,06
10. Ergebnis nach Steuern		13.096,84	-38.806,75
11. Sonstige Steuern		709,68	890,00
12. Jahresüberschuss (Vorjahr Jahresfehlbetrag)		12.387,16	-39.696,75

Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH

**Lagebericht der Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH, Barth,
für das Geschäftsjahr vom 01.01.2016 bis 31.12.2016**

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH mit Sitz in Barth ist in der künftigen Entwicklung weitgehend von der Wirtschaftslage und der Entwicklung der Region Ostmecklenburg, Vorpommern-Rügen abhängig.

Die nächsten Flughäfen und Flugplätze befinden sich Richtung Westen in Rostock-Laage, in Richtung Osten der Flugplatz Gütin auf der Insel Rügen, der Flughafen Heringsdorf auf Usedom. Der Ostseeflughafen Barth, die Flughäfen Rostock-Laage sowie Heringsdorf können tags wie auch nachts, bei einfachen wie auch schwierigen Wetterbedingungen angefliegen werden. Aufgrund der räumlichen Distanz ergibt sich keine direkte Wettbewerbssituation untereinander.

Die wirtschaftliche Lage in der Region ist sehr stark vom Tourismus abhängig und ist seit Jahren sehr stabil. Der Ostseeflughafen Barth ist daher ein wichtiger Bestandteil der Infrastruktur und hat für die Region eine große Bedeutung. Gleichwohl ist der Flugbetrieb dauerdefizitär.

Mit der Fertigstellung der stufenweise erfolgten Modernisierung genügt der Ostseeflughafen nun den Bedingungen für einen reibungslosen Betrieb. Damit verfügt der Landkreis Vorpommern-Rügen mit dem Wirtschaftszentrum Stralsund über einen attraktiven und leistungsfähigen Flughafen.

Überwiegende Nutzer des Ostseeflughafens sind Piloten der Allgemeinen Luftfahrt im gewerblichen wie im nichtgewerblichen Verkehr, welche den Platz individuell anfliegen.

Am Platz ist ein Fallschirmsportverein ansässig. Hier werden auch Fallschirmsprünge für Gäste angeboten, welche vor allem von Touristen angenommen werden. Dieser Verein hat für die Mitglieder aus der näheren Umgebung aber auch für die aus dem fernen Umland eine wichtige soziale Bedeutung.

Eine wichtige Rolle spielt der Flughafen aber auch für die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben, wie die Nutzung durch Landes- und Bundespolizeihubschrauber und durch die Deutsche Luftwaffe. Diese sind für die Erfüllung ihrer Einsatzaufgaben auf die sichere Versorgung mit Kraftstoffen angewiesen. Des Weiteren kann durch die Nutzung von Ambulanceflugzeugen und Rettungshubschraubern die Qualität der medizinischen Versorgung von Notfallpatienten in der Region erhöht werden.

Außerdem ist der Ostseeflughafen Drehpunkt der Pilotenausbildung der Private-Training-Network, einer hundertprozentigen Tochter der LUFTHANSA. Hier werden zukünftige Verkehrspiloten bei fast allen Wetterbedingungen ausgebildet.

Die Statistik 2016 weist gegenüber 2015 eine weitere Erhöhung der Gesamtzahl der Flugbewegungen wie auch der beförderten Gäste auf. So wurden in 2016 31.173 Passagiere (Vorjahr 23.759) gezählt, die Flugbewegungen erhöhten sich im gleichen Zeitraum von 8.573 auf 13.462 um 57%. Dies ist aber durch eine deutliche Zunahme des o.g. gewerblichen Schulbetriebes geschuldet.

In diesem Zusammenhang konnten auch die Kraftstoffverkäufe deutlich von 87.000l in 2015 auf 108.000l in 2016 gesteigert werden.

Erwartungsgemäß wirken sich die Impulse, welche die abgeschlossene Modernisierung des Flughafens mit sich gebracht hat, auf die gesamte Geschäftstätigkeit aus. Theoretisch könnte der Flughafen auch gelegentlich für Passagierrotationen mit größeren Flugzeugen im Urlauberverkehr genutzt werden. Voraussetzung ist aber der Bedarf, die Kooperation der regionalen Hotels, Sicherstellung Feuerwehr und Rettungsdienst, sowie Passagier- und Gepäckabfertigung.

Die Geschäftsführung ist permanent bestrebt, die Einnahmesituation zu stabilisieren und verbessern. Ende 2016 wurde die dritte Ausbaustufe des Solarparks fertiggestellt. Somit sind auf einer Fläche von 63 ha Solarmodule verbaut, es wird in Spitze 50 MW elektrischer Strom ins Netz eingespeist. Durch die langfristige Verpachtung dieser Flächen an die Betreiber der Solarparks konnte die langjährige angespannte finanzielle Lage der Gesellschaft langsam deeskaliert werden.

Der Jahresabschluss 2015 wies noch einen Fehlbetrag von -40.000 € aus, erstmals wurde 2016 ein Jahresüberschuss von 12.000 € erzielt. Der Wirtschaftsplan 2016 wies einen Jahresfehlbetrag von -14.900,00 € aus. Veränderungen gegenüber dem Vorjahr und dem Wirtschaftsplan ergaben sich aus höheren Pachteinnahmen durch die Solarparks. Außerdem erfolgte eine einmalige Zahlung für den notwendigen Rückbau des Sichtflugpeilers in Höhe von 15.000 €, die ertragsmäßig vereinnahmt wurden.

In 2016 erfolgte mit der Bestätigung des Verwendungsnachweises eine Zahlung von T€ 93 durch das Landesförderinstitut, die restliche Auszahlung in Höhe von T€ 40 ist im Jahr 2017 zu erwarten.

Es erfolgte im Jahr 2016 kein Verlustausgleich durch die Gesellschafter, dieser war im Wirtschaftsplan 2016 wie auch in 2017 nicht mehr vorgesehen.

Bedingt durch die erzielten Umsatzerlöse und die sonstigen betrieblichen Erträge war die Liquidität der Gesellschaft permanent gesichert.

B. Ertragslage

Die Ertragslage im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr geht zahlenmäßig aus der nachstehenden Übersicht hervor:

	2016			2015		Veränderung
	T€	%		T€	%	T€
Umsatzerlöse	486	79		427	78	59
Sonstige Erlöse	130	21		123	22	7
	616	100		550	100	66
Materialaufwand	12	2		11	2	1
Personalaufwand	291	47		285	52	6
Abschreibungen	172	28		173	31	-1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	122	20		114	21	8
Sonstige Steuern	1	0		1	0	0
	598	97		584	106	14
Betriebsergebnis	18	3		-34	-6	52
Finanzergebnis	-6	-1		-6	-1	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	12	2		-40	-7	52

Die o.a. Übersicht weist aus, dass gegenüber dem für das Vorjahr ausgewiesenen Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ -40 im Berichtsjahr ein Jahresüberschuss in Höhe von T€ 12 zu verzeichnen ist.

Die Umsatzerlöse bestehen im Wesentlichen aus der Verpachtung von Grundstücksflächen zum Betrieb von Photovoltaikanlagen (T€ 376), Landegebühren (T€ 29) und Erlöse aus dem Betrieb der Cafeteria (T€ 18).

C. Finanzlage

Die Finanzlage stellt sich nach der in Anlehnung an DRS 21 (Deutscher Rechnungslegungsstandard Nr. 21) erstellten Kapitalflussrechnung wie folgt dar:

	2016	2015
	T€	T€
Laufende Geschäftstätigkeit		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	12	-40
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	172	172
Veränderung der Rückstellungen	-13	13
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	-115	-115
Veränderung der Forderungen und Abgrenzung	13	-5
Veränderung der Verbindlichkeiten u.a. Passiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	-33	-5
	36	20
Investitionstätigkeit		
Auszahlungen für Investitionen ins Anlagevermögen	0	-36
	0	-36
Finanzierungstätigkeit		
Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-25	-24
	-25	-24
Liquiditätsveränderung gesamt	11	-40
Finanzmittelbestand zu Beginn der Periode	170	210
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	181	170

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit resultiert aus dem Jahresüberschuss in Verbindung mit der Minderung der Rückstellungen, der Minderung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie der hohen Abschreibungen ein positiver Einfluss von T€ 36. Der Saldo der Verbindlichkeiten gegenüber von Kreditinstituten hat sich infolge der Kredittilgung um T€ -25 verringert, was die Liquiditätsentwicklung entsprechend belastet hat. Zusammenfassend ist der Bestand an liquiden Mitteln damit um T€ 11 gestiegen.

Zur weiteren Sicherung der Liquidität besteht eine Kontokorrentkreditlinie bei der Sparkasse Vorpommern über 75.000,00 €.

Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

D. Vermögenslage

Bei der Darstellung der Vermögenslage erfolgt die Untergliederung in Vermögens- und Kapitalstruktur.

	2016		2015		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
a) Vermögensstruktur					
Immaterielle Anlagen	0	0,0	0	0,0	0
Sachanlagen	3.573	91,5	3.745	91,8	-172
Langfristig gebundenes Vermögen	3.573	91,5	3.745	91,8	-172
Forderungen	143	3,7	153	3,8	-10
Flüssige Mittel	181	4,6	170	4,2	11
Rechnungsabgrenzung	8	0,2	11	0,3	-3
Kurzfristig gebundenes Vermögen	332	8,5	334	8,2	-2
Gesamtvermögen	3.905	100,0	4.079	100,0	-174

Das Gesamtvermögen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ -174. Dabei verringerte sich das Anlagevermögen um T€ 172 im Wesentlichen bedingt durch die Abschreibungen. Bei den Investitionen von T€ 0,2 handelt es sich um geringwertige Wirtschaftsgüter.

	2016		2015		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
b) Kapitalstruktur					
Eigenkapital	1.491	38,2	1.478	36,2	13
SoPo für Investitionszuschüsse	2.165	55,4	2.280	55,9	-115
Eigenmittel	3.656	93,6	3.758	92,1	-102
Kurzfristige und langfristige Verbindlichkeiten und					
Rückstellungen	249	6,4	321	7,9	-72
Fremdkapital	249	6,4	321	7,9	-72
Gesamtkapital	3.905	100,0	4.079	100,0	-174

Auch das Gesamtkapital verringerte sich um T€ -174, ursächlich dafür im Wesentlichen der Rückgang des Sonderpostens für Investitionszuschüsse mit T€ -116 und die Minderung der Verbindlichkeit gegenüber Gesellschaftern von T€ -58 durch Verrechnung der ausgezahlten Fördermittel.

E. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Ablauf des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

F. Chancen und Risikobericht

Die existenzbedrohenden Risiken, über die bis einschließlich 31.12.2012 berichtet worden ist, ergaben sich aus der Tatsache, dass das eigentliche Kerngeschäft, der Flugbetrieb der Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH, mit operativen Verlusten von jährlich ca. 290.000 € verbunden war. Diese wurden jährlich satzungsgemäß ausgeglichen.

Mit der Umsetzung der Grundstückpachtverträge ergibt sich jährlich über die Vertragslaufzeit ein Pachtzins von ca. 321.000 €. Somit wird die Gesellschaft insgesamt weiter ein positives Betriebsergebnis erzielen.

In Kombination der jährlich zu erwartenden Betriebsergebnisse mit dem buchmäßigen Eigenkapital von ca. T€ 1.478, welches die Gesellschaft verfügt, ist keine Bestandsgefährdung zu erkennen.

Dennoch ist die Stabilität der Flugbetriebszahlen stark von volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig. Mögliche Turbulenzen an den Märkten und die damit verbundenen Kostensteigerungen würden einen direkten Einfluss auf die Anzahl der Flüge haben, somit möglicherweise Verluste durch den Rückgang der Entgelte generieren.

Technische Risiken im Rahmen des Flugbetriebs wird mit einem ausgearbeiteten und erprobten Alarmplan, der der Flugbetriebsordnung entspricht, begegnet. Dieser Alarmplan liegt zur Einsichtnahme aus.

Zur Chancensituation wird auch auf die diesbezüglichen Ausführungen unter Abschnitt A verwiesen.

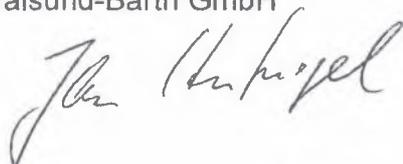
G. Prognosebericht

Für das Folgejahr wird auch mit Hinblick auf das positive Betriebsergebnis aus 2016 und der positiven Entwicklung aus der Verpachtung der Flächen für die Solarparks ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet. Im Wirtschaftsplan 2017 ist somit kein Betriebskostenzuschuss der Gesellschafter vorgesehen. Ziel der Geschäftsführung ist es daher, unter den derzeit global immer schwerer werdenden Bedingungen regelmäßig ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erzielen.

Barth, 14. Juni 2017

Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH

Jan Hufnagel
Geschäftsführer





Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH
Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2018

1. Allgemeine Erläuterungen

Die strategische und operative Ausrichtung der Gesellschaft in den vier Handlungsfeldern Regionales Standortmarketing, gerichtet an Investoren und Fachkräfte, Investorenakquise und Ansiedlungsberatung, Bestandspflege und -entwicklung sowie Projektentwicklung und -management bleiben für das Jahr 2018 bestehen. Standortvermarktung, Fachkräftesicherung und Zuzugsmarketing, Investorenwerbung sowie Beratung und Begleitung von Unternehmen bei Ansiedlungs- und Entwicklungsprozessen bleiben zentrale Aufgabenschwerpunkte. Etablierte Regionalveranstaltungen wie der Immobilienstag oder die Regionalproduktmesse, Informations- und Netzwerkveranstaltungen für regionale Unternehmen und Gemeinschaftsmessen in Zusammenarbeit mit regionalen Betrieben werden weiterhin organisiert und durchgeführt. Im Geschäftsfeld Projektentwicklung und -management werden die bewilligten Projekte umgesetzt. Zusätzliche neue Projekte werden nur noch gezielt entwickelt bzw. beantragt, da die personellen Ressourcen im laufenden Geschäft weitgehend gebunden sind. Auf Basis einer kürzlich abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung ist eine Aufgabenteilung zwischen der WFG Vorpommern und der Förder- und Entwicklungsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH erfolgt, sodass Doppel- oder Parallelaktivitäten im Kreisgebiet Vorpommern-Greifswald vermieden werden.

In der Gesellschaft sind einschließlich des Geschäftsführers neun Mitarbeiter beschäftigt. Mit dieser Personalausstattung wird auch für 2018 geplant.

Die gesellschaftsrechtlichen Regelungen im GmbH-Vertrag sowie die laufenden Sponsoring- und Finanzierungsvereinbarungen garantieren den gesicherten Geschäftsbetrieb für das Wirtschaftsjahr. Aufgrund der Finanzierungsverpflichtungen innerhalb jahresübergreifender EU-Projekte ist zwar ein geplanter Verlust i.H.v. 29,5 TEUR vorgesehen, dieser wird durch den Gewinn im Geschäftsjahr 2017 ausgeglichen.

Es gibt keine Bereiche und daher auch keine Bereichsplanungen. Rechtsstreitigkeiten oder klärungsbedürftige rechtliche Aspekte sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Planes nicht bekannt.

2. Erfolgsplan

Die verstärkte Arbeit in (EU-)Projekten hat zur Folge, dass teilweise Vorfinanzierungen erfolgen müssen und Fördermittelrückerstattungen erst im Projektverlauf ausgezahlt werden. Das Jahr 2017 wird mit einem Gewinn geplant, um den anstehenden Verlust im Planjahr auszugleichen. Daher wird nicht mehr wie in den Vorjahren mit neutralen Jahresergebnissen geplant. Dies gilt ebenso für die Folgejahre.

Außerdem wurde zur Vorfinanzierung der EU-Projekte ein Kredit i.H.v. 165 TEUR aufgenommen, der im September 2017 ausgezahlt wurde. Die Rückzahlung erfolgt in Abhängigkeit der erwarteten Fördermittelauszahlungen sukzessiv bis spätestens zum 30.06.2020 (Endfälligkeit). Da die Kreditierungskosten (Zinsen, Verwaltungsaufwand) im Rahmen der EU-Projekte förderfähig sind, ist im Erfolgsplan lediglich der 15%-ige Eigenanteil aufwandsseitig ausgewiesen.



2.1 Entwicklung der Erträge:

Die Grundfinanzierung durch die Gesellschafter, bestehend aus dem Sponsoringbeitrag der Sparkasse Vorpommern und den Gesellschafterzuschüssen der Landkreise Vorpommern-Rügen und Vorpommern-Greifswald sowie der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und der Hansestadt Stralsund, belaufen sich unverändert auf insgesamt 512 TEUR.

Das Ende 2017 förderseitig auslaufende Projekt „Fachkräftesicherung“ (SEM-Förderung) wird in 2018 ohne Förderung fortgeführt. In diesem, in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebauten Teilgeschäftsbereich werden durch Sponsoring, Messebeteiligungen und Kooperationsprojekte Erlöse in Höhe von 42 TEUR erwartet. Das Projekt „WILMAR“ im Programm Land(auf)Schwung wird zur Jahresmitte beendet; hier werden noch 35 TEUR Einnahmen erzielt. Aus den laufenden EU-Projekten „South Coast Baltic“, „JOHANN“, „ELMAR“, „Fish Markets“ und „InnoAquaTech“ (alle im EU South Baltic Programm) sind insgesamt rund 426 TEUR an Fördermittel-Erlösen geplant. Alle bewilligten EU-Projekte werden über das gesamte Jahr und darüber hinaus fortgeführt.

Weitere sonstige Erlöse im Gesamtumfang von 14 TEUR sind durch Gemeinschaftsmessen- und Vermarktungsprojekte sowie Medienpartnerschaften geplant. Schließlich werden noch zusätzliche Erlöse über bestehende Sponsoringvereinbarungen mit Unternehmenspartnern für Veranstaltungsaktivitäten (z.B. Immobilienstag, Regionalproduktmesse) i.H.v. 20 TEUR generiert. Allen Planansätzen liegen vertraglich gesicherte Vereinbarungen sowie Erfahrungswerte der Vorjahre zugrunde. Entgelte oder Gebühren werden nicht erhoben.

Für 2019 ist die Planung ohne WILMAR angesetzt. In 2020 enden dann erste EU-Projekte, in 2021 werden alle laufenden Projekte abgeschlossen sein. Entsprechend verringern sich Erträge und Aufwand in den Folgejahren schrittweise.

Entwicklung der Erträge

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
Umsatzerlöse	721,3	944,0	1049,0	839,0	668,0	618,0
sonstige betriebliche Erträge ^{*)}	14,7	12,5	13,5	13,5	13,5	13,5

^{*)} Sonstige betriebliche Erträge werden gem. BilRUG gesondert ausgewiesen. Erfasst sind hier Sachbezüge, Auflösungen aus Sonderposten und Zinsen. Im Budgetplan sind zusätzlich 0,5 TEUR Erträge aus Wertpapieren enthalten; im Finanzplan ist dieser Posten gesondert unter Nr. 12 dargestellt, da die Vordrucke gem. EigBetrVO sich nicht verändert haben.

2.2 Entwicklung der Aufwendungen

Größte Aufwandsposten stellen die Personalkosten und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen dar. Im Verlauf des Geschäftsjahres werden wie in den Vorjahren auch weitere Projekte und Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden, die zum Zeitpunkt der Planerstellung noch nicht konkret bestimmbar und somit ertrags- und aufwandsseitig auch nicht erfasst sind.

Die Planansätze für laufende Kosten wie Mieten, Kfz- und Reisekosten, Büroausgaben usw., beruhen auf den Vorjahresaufwendungen. Durch Mehrpersonal und -aufgaben entstehen teilweise Kostensteigerungen bei den Overheadkosten (Miete, Kfz- und Reisekosten, Büro- und Verbrauchsmaterial). Einzelne Kostenblöcke stellen sich wie folgt dar.



Personalkosten:

- Der Personalkostenaufwand liegt bei 492 TEUR.
- Das Beraterteam besteht wie im Vorjahr aus drei, das Marketingteam aus zwei Mitarbeiter/innen. Eine befristet eingestellte Mitarbeiterin ist über das Programm Land(auf)Schwung noch bis Juni 2018 gefördert, danach entfällt die Stelle. Im Oktober 2017 wurde eine Projektmanagerin für EU-Projekte befristet bis 3/2020 zusätzlich eingestellt.
- Die Personalkostenvorschau enthält eine jährliche Gehaltssteigerung um 1,5% pauschal.
- Aufwendungen für Altersteilzeit entstehen nicht.

Entwicklung Personalkostenaufwand

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
Personalaufwand	436,4	444,0	492,0	476,0	464,1	428,4
a) Löhne und Gehälter	367,9	373,5	409,5	400,0	390,0	360,0
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	68,5	70,5	82,5	76,0	74,1	68,4

Sonstige betriebliche Aufwendungen:

- Die Aufwendungen für Werbe- und Projektkosten für Messen, Broschüren / Informationsmaterial, PR / Anzeigen sowie Projekte allgemein orientieren sich an dem verbleibenden Budgetrahmen, der sich ergibt nach Abzug der Personal-, Overhead- und sonstigen Kosten im Sinne bewilligter und verpflichtender Projekte.
- Außer den Personalkosten sind alle Kosten der EU-Projekte aufwandsseitig in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen inkludiert für die Folgejahre in grob geplanten Jahrescheiben berücksichtigt.
- Aufwendungen für freiwillige, nicht durch den öffentlichen Zweck Wirtschaftsförderung abgedeckte Maßnahmen sind nicht geplant.

Entwicklung sonstige betrieblichen Aufwendungen

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
Sonstige betriebl. Aufwendungen	283,6	466,5	589,5	360,0	205,0	190,0

- Für das Planjahr sind keine abschreibungsrelevanten Neubeschaffungen geplant. Bei Bedarf wird es lediglich kleinere Neubeschaffungen im Bereich GWG im Umfang von je 3 TEUR p.a. geben. Der Abschreibungsaufwand orientiert deshalb am aktuellen Anlagevermögen und wird - auch für die Folgejahre - auf 10 TEUR angesetzt.
- Änderungen der linearen Abschreibungsmethode sind nicht geplant.
- Alle weiteren Einzelpositionen verändern sich nur marginal.

3. Finanzplan

Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit resultiert (in der Planung) aus den Gewinnen bzw. Verlusten sowie den Abschreibungen. Dadurch wird sich der Finanzmittelbestand am Ende des Wirtschaftsjahres leicht verschlechtern, in den Folgejahren aber wieder wachsen.



Entwicklung des Finanzplans

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	3	33	-29,5	5	2,4	3,1
Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-264,5	45,5	-19,5	15	12,4	13,1
Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-2	-3	-3	-3	-3	-3
Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	143,5	186,5	164	176	185,4	195,5

Außer der Neubeschaffung von GWG i.H.v. 3 TEUR sind keine Investitionen und Beschaffungen sowie Finanzierungstätigkeiten - weder für das Plan- noch für die Folgejahre - geplant. Für zwei Fahrzeuge bestehen Leasingverträge.

Die Liquiditätssicherung erfolgt neben der Kreditaufnahme (vgl. Kap. 2.) außerdem über die Eigenkapitalausstattung und das Kassenguthaben.

Auf Grundlage entsprechender Gesellschafterbeschlüsse sind liquide Mittel in Höhe des Stammkapitals in einem Geldmarktfonds angelegt.

4. Investitionsübersicht

Im Wirtschaftsjahr 2018 sind keine Neubeschaffungen geplant. Gegebenenfalls notwendige Ersatzbeschaffungen werden bei Bedarf als geringwertige Wirtschaftsgüter durchgeführt und sind mit 3 TEUR veranschlagt. Das Anlagevermögen wird dadurch nicht verändert.

5. Stellenübersicht

Wie im Vorjahr sind neun Stellen einschl. der Geschäftsführung geplant. Zusätzlich werden ein bis zwei studentische Mitarbeiter beschäftigt, die bei der Personalkostenkalkulation berücksichtigt sind.

6. Entwicklung des Eigenkapitals

Der für das Wirtschaftsjahr geplante Verlust ist durch den für 2017 vorgesehenen Gewinn gedeckt. Das Eigenkapital wird sich zum Bilanzstichtag damit kaum verändern. Für die Folgejahre sind positive Betriebsergebnisse geplant, die sich aber ebenfalls nur in geringem Maße auf die Eigenkapitalentwicklung auswirken.

Rücklagen werden nicht geplant. Rückstellungen erfolgen im üblichen, gesetzlich vorgeschriebenen Umfang. Erhöhungen des Stammkapitals sind ebenfalls nicht geplant.

7. Wesentliche Verträge

Alle bestehenden Verträge liegen unter 5% des Gesamtaufwandes. Die bestehenden Miet- und Dienstleistungsverträge sind mit üblichen kurzfristigen Kündigungsfristen versehen, so dass es keine längerfristigen Bindungen oder Verpflichtungen gibt.



8. Darstellung der Finanz- und Leistungsbeziehungen zu den kommunalen
Gesellschaftern

Zu den einzelnen Gesellschaftern bestehen über die aktuelle, zwischen den Gesellschaftern abgeschlossene Finanzierungsvereinbarung und der Sponsoringvereinbarung zwischen der Sparkasse Vorpommern und der WFG Vorpommern hinausgehend keine gesonderten Finanz- oder Leistungsbeziehungen.

Greifswald, 13.10.2017

Rolf Kammann
Geschäftsführer

Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH
Wirtschaftsplan / Budget 2018

Stand: 13.10.2017

	JA 2016	Plan 2017 (1. Änderung)	Plan V-Ist 2017	Plan 2018
Umsatzerlöse				
Zuschüsse Gesellschafter	250.000 €	250.000 €	250.000 €	250.000 €
Sponsoring Sparkasse Vorpommern	262.000 €	262.000 €	262.000 €	262.000 €
Projekt Fachkräftesicherung	25.000 €	52.000 €	63.500 €	42.000 €
Projekt WILMAR (Land(auf)Schwung Vorpommern-Rügen)	59.350 €	79.000 €	79.000 €	35.000 €
Projekt ELMAR	27.200 €	38.500 €	32.500 €	147.500 €
Projekt Fischmärkte	12.743 €	38.500 €	24.500 €	45.500 €
Projekt South Coast Baltic	12.750 €	94.500 €	110.000 €	131.000 €
Projekt JOHANN	0 €	82.000 €	35.500 €	102.000 €
Erlöse 19% Ust sonstiges	48.179 €	32.500 €	17.000 €	14.000 €
Erlöse 19% Ust Veranstaltungen (teilw. Sponsoring)	24.040 €	15.000 €	27.000 €	20.000 €
Summe Umsatzerlöse		944.000 €	901.000 €	1.049.000 €
Zinsen & sonstige betriebliche Erträge	15.670 €	13.000 €	13.500 €	14.000 €
Summe Erträge geamt	736.932 €	957.000 €	914.500 €	1.063.000 €
Aufwendungen				
Personal (incl. Sachbezüge, Direktversicherung)	436.432 €	444.000 €	471.000 €	492.000 €
Raumkosten	19.386 €	21.000 €	19.500 €	21.000 €
Betriebliche Steuern	0 €	500 €	500 €	500 €
Versicherungen / Beiträge	3.233 €	4.500 €	3.500 €	3.500 €
KFZ	18.729 €	18.500 €	19.000 €	17.500 €
Werbe- / Reisekosten	165.474 €	345.000 €	294.000 €	470.000 €
Abschreibungen	12.511 €	12.500 €	10.000 €	10.000 €
Reparaturen / Instandhaltung	3.972 €	3.500 €	3.500 €	3.500 €
sonstige Kosten	68.475 €	71.500 €	64.500 €	71.500 €
Forderungsverluste	3.237 €	0 €	0 €	0 €
sonstige Aufwendungen	2.416 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €
Zinsaufwand	0 €	500 €	500 €	500 €
sonstige Steuern	543 €	500 €	500 €	500 €
Summe Aufwendungen	734.408 €	924.000 €	888.500 €	1.092.500 €
Gesamtergebnis (Jahresüberschuss / -verlust)	2.524 €	33.000 €	26.000 €	-29.500 €

Landkreis Vorpommern-Rügen

Zusammenstellung für das Jahr 2018

für

Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der EigVO MV i.V.m. § 64 Abs. 1 der KV MV hat die Gesellschafterversammlung

2)

durch Beschluss vom 27.10.2017 den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr 2018 festgestellt:

Es betragen

1. im Erfolgsplan

- die Erträge
- die Aufwendungen
- der Jahresgewinn
- der Jahresverlust

in TEUR

<u>1.063,0</u>
<u>1.092,5</u>
<u>0,0</u>
<u>-29,5</u>

2. im Finanzplan

- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit ³⁾
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit ⁴⁾
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit ⁵⁾
- der Saldo aus der Änderung des Finanzmittelbestandes ⁶⁾

<u>-19,5</u>
<u>-3,0</u>
<u>0,0</u>
<u>-22,5</u>

3. Es werden festgesetzt

- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf
- davon für Umschuldungen
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung

<u>0,0</u>
<u>0,0</u>
<u>0,0</u>
<u>200,0</u>

4. Die Stellenübersicht weist 9 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus

5. Der Stand des Eigenkapitals

- betrug zum 31.12. des Vorjahres
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich

<u>83,0</u>
<u>116,0</u>
<u>86,5</u>

6. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am ⁷⁾:

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

Greifswald, 27.10.2017



²⁾ beschließendes Organ

³⁾ Nummer 10 des Finanzplans

⁴⁾ Nummer 19 des Finanzplans

⁵⁾ Nummer 24 des Finanzplans

⁶⁾ Nummer 25 des Finanzplans

⁷⁾ nur, wenn Genehmigung erforderlich

Erfolgsplan

für

Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH

-in TEUR-

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2016 (Vorvorjahr)	2017 (Vorjahr)	2018 (Planjahr)	2019 (1. Folgejahr)	2020 (2. Folgejahr)	2021 (3. Folgejahr)
1. Umsatzerlöse	721,3	944,0	1049,0	839,0	668,0	618,0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Sonstige betriebliche Erträge	14,7	12,5	13,5	13,5	13,5	13,5
5. Materialaufwand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6. Personalaufwand	436,4	444,0	492,0	476,0	464,1	428,4
a) Löhne und Gehälter	367,9	373,5	409,5	400,0	390,0	360,0
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	68,5	70,5	82,5	76,0	74,1	68,4
- davon für Altersversorgung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
7. Abschreibungen auf	12,5	12,5	10,0	10,0	10,0	10,0
a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	12,5	12,5	10,0	10,0	10,0	10,0
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8. Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EiqVO	0,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9. Konzessionsabgabe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	283,6	466,5	589,5	360,0	205,0	190,0
11. Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13. Zinsen und ähnliche Erträge	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	2,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,5	0,5	1,5	0,0	0,0
- davon an verbundene Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3,1	33,5	-29,0	5,5	2,9	3,6
17. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19. Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
20. Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
21. Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
23. Sonstige Steuern	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
24. Jahresgewinn / Jahresverlust	2,5	33,0	-29,5	5,0	2,4	3,1

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns oder Behandlung des Jahresverlustes

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages		a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
b) zur Einstellung in Rücklagen		b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)		c) auf neue Rechnung vorzutragen	29,5
d) auf neue Rechnung vorzutragen			

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

Gesellschafter	Gesellschaftsanteile in %	Betrag in TEUR

Finanzplan

für

Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2016 (Vorvorjahr)	2017 (Vorjahr)	2018 (Planjahr)	2019 (1. Folgejahr)	2020 (2. Folgejahr)	2021 (3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	3	33	-29,5	5,0	2,4	3,1
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	12,5	12,5	10	10	10	10
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)	0	0	0	0	0	0
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-49	0	0	0	0	0
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	0	0	0	0	0	0
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-231	0	0	0	0	0
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten	0	0	0	0	0	0
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-264,5	45,5	-19,5	15,0	12,4	13,1
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-2	-3	-3	-3	-3	-3
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
	davon empfangene Ertragszuschüsse a)	0	0	0	0	0	0
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0	0	0	0	0	0
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
19	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-2	-3	-3	-3	-3	-3
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0	0	0	0	0
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	0	0	0	0	0	0
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen	0	0	0	0	0	0
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	0	0	0	0	0	0
24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	-266,5	42,5	-22,5	12,0	9,4	10,1
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	0	0	0	0	0	0
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	410	144	186,5	164,0	176,0	185,4
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	143,5	186,5	164,0	176,0	185,4	195,5

Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH

Investitionsübersicht									
Maßnahmenbezeichnung	entfällt	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme	
		in TEUR							
Beschreibung der Maßnahme: bei Bedarf Ersatzbeschaffungen von GWG (Büroeinrichtung, Computer, Bildschirme, Drucker, Kopierer)									
Einzahlungen und Auszahlungen									
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen		0	0	0	0	0	0	0	0
davon empfangene Ertragszuschüsse		0	0	0	0	0	0	0	0
davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens		0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens		0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionseinzahlungen		0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Einzahlungen		0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen		12	0	3	3	3	3	0	0
davon Grundstücke		0	0	0	0	0	0	0	0
davon Gebäude		0	0	0	0	0	0	0	0
davon Maschinen		0	0	0	0	0	0	0	0
davon Büro- und Geschäftsausstattung		12	0	3	3	3	3	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen		0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionsauszahlungen		0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Auszahlungen		12	0	3	3	3	3	0	0
Nachrichtlich veranschlagte VE		0	0	0	0	0	0	0	0
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		-12	0	-3	-3	-3	-3	0	0

Fehlanzeige!!!

Übersicht

über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre ²⁾ und Planjahr	davon	davon	davon	davon
		zahlungswirksam im 1. Folgejahr	zahlungswirksam im 2. Folgejahr	zahlungswirksam im 3. Folgejahr	zahlungswirksam in weiteren Folgejahren
				
in TEUR					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
veranschlagt im Planjahr 20..					
Summe					
nachrichtlich: Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr					
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen					

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen.

Stellenübersicht

für

Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH

lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr	Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres	Anzahl und Bewertung im Planjahr	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
1. Arbeitnehmer (nicht vorübergehend beschäftigt)¹⁾					
1	Geschäftsführer	1	1	1	kein TVöD; alle Mitarbeiter sind Angestellte
2	Berater	3	3	3	
3	Marketing / PR-Referenten	2	2	2	
4	Büroleitung / Assistenz	1	1	1	
5	Projektmanager	2	2	2	
insgesamt		9	9	9	

¹⁾ Als vorübergehend beschäftigte gelten Arbeitnehmer, deren Dienstleistung auf insgesamt höchstens sechs Monate im Jahr begrenzt ist.

Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH
Greifswald

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

I. Grundlagen des Unternehmens

Die 2001 gegründete Gesellschaft verfolgte ursprünglich vorrangig das Ziel, Investoren für den Standort Vorpommern zu interessieren, Ansiedlungen zu generieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Hierzu wurde eine Standortmarketing- und Beratungskompetenz für Unternehmensinvestitionen aufgebaut. Ab 2009 wurden unter neuer Geschäftsführung und nach Beitritt weiterer kommunaler Gesellschafter die Geschäftsbereiche Bestandspflege und -entwicklung sowie Projektentwicklung und -management aufgebaut. Die vorhandenen Kernkompetenzen wurden somit auch für einheimische Unternehmen und die Region nutzbar gemacht. Die Geschäftsfeldentwicklung ging einher mit einer kontinuierlicher Qualifizierung und Professionalisierung des Personals und einer Erschließung weiterer Finanzierungsquellen zur Stärkung der Schlagkraft der Gesellschaft.

Die Steuerung des Unternehmens erfolgt über ein internes Controlling anhand der aktuellen betriebswirtschaftlichen Auswertungen sowie mithilfe der Verwendung von Plan-Ist-Vergleichen und kurzfristigen Liquiditätsplanungen. Neben diesen betriebswirtschaftlichen Instrumenten kommen außerdem Kundenmanagementsysteme sowie qualitative und quantitative Zielsysteme zur Erfolgskontrolle zum Einsatz.

II. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Nachfolgende Geschäftsfelder der Gesellschaft wurden im Berichtsjahr bearbeitet. In der Investorenakquise und der Ansiedlungsberatung konnten mehrere Ansiedlungen generiert (z.B. AKKU SYS Akkumulator und Batterietechnik Nord in Süderholz (Pommerndreieck), Herbrand Pharma-Chemicals GmbH in Murchin bei Anklam und die Deutsche Bogenn GmbH in Sassnitz-Mukran) sowie Betriebseröffnungen wie bei der Interact Tele Service AG und der Tele Team Call-Center und Service GmbH, (beide in Stralsund) verzeichnet werden. Akquisen und Direktansprachen, der Besuch von Messen und Branchenveranstaltungen dienten hier dazu, potentielle Investoren zu akquirieren und zu einem unternehmerischen Engagement in Vorpommern zu motivieren.

Auch im Geschäftsfeld Bestandspflege und -entwicklung wurden mehrere regionale Unternehmen erfolgreich in ihrer Entwicklung unterstützt. So nahm die Schiffswerft Horn ihre neue Halle in Wolgast in Betrieb, die Masson-Wawer Fiberglasmöbel GmbH in Lüdershagen, die Schimps & Söhne GmbH in Greifswald, die MIS Vorpommern GmbH in Miltzow oder die Bio am Sund GmbH investierten in neue Produktionshallen oder -technik. Neben diesen unmittelbaren Unternehmensbetreuungen wurden insgesamt 17 Veranstaltungen zwecks Knowhow-Vermittlung, zur Stärkung der regionalen Kooperationen und zur Netzwerkbildung durchgeführt. Dabei haben sich die Unternehmerforen Schiff- und Metallbau und Ernährungswirtschaft etabliert. Neu hinzugekommen ist das Unternehmerforum Life Sciences und Gesundheitswirtschaft. Ebenfalls wurde erstmals eine Regionalproduktemesse Vor-

pommern im Pommerschen Landesmuseum in Greifswald organisiert und durchgeführt, während der Immobilientag Vorpommern zum zweiten Male stattfand. 1.400 Teilnehmer konnten insgesamt verzeichnet werden. Zahlreiche regionale Betriebe wurden bei der Fachkräftesicherung unterstützt, indem Jobmessen besucht und Werbekampagnen organisiert wurden.

Insgesamt betreute die WFG Vorpommern über 300 Unternehmensvorgänge, führte darüber hinaus viele weitere Beratungsgespräche durch und besuchte 42 regionale Betriebe.

Das Geschäftsfeld regionales Standortmarketing war durch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit in Form von Pressemitteilungen, redaktionellen Beiträgen und Anzeigenschaltungen geprägt. Das Investorenmarketing und die Unternehmenskommunikation wurden durch Printprodukte, bewegte Bilder und Veranstaltungsmarketing unterstützt. Darüber hinaus wurde ein neues Messesystem für die gemeinschaftlichen Investorenmessen umgesetzt. Die Fachkräftekampagne beinhaltete u.a. die Gestaltung und Verteilung des „anbord“ Fachkräftemagazins sowie eine intensive Messetätigkeit.

Im Geschäftsfeld Projektentwicklung und -management wurden insgesamt sieben eingereichte Projektanträge bewilligt bzw. begonnen. Komplett umgesetzt wurden die Projekte „Standortmarketing für die Region Vorpommern-Rügen“, „Fachkräftesicherung und -akquisition für Vorpommern“ und „ELMAR-Seed“. Der Projektstart erfolgte für „South Coast Baltic“ und „Fish Markets“.

In zwei Gesellschafterversammlungen wurden insgesamt zehn Beschlüsse, davon einer im Umlaufverfahren, gefasst und Abstimmungen über Ausrichtung und Aufgaben der Gesellschaft getroffen. Die im Jahre 2015 beschlossene strategische Neuausrichtung wurde konsequent umgesetzt.

In seinen zwei Sitzungen befasste sich der Beirat der Gesellschaft mit der strategischen Ausrichtung und den Tätigkeiten der WFG Vorpommern. Er sprach Empfehlungen an die Geschäftsführung und an die Gesellschafter aus. Auf einer Sitzung fand zudem ein intensiver Gedankenaustausch mit dem Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region und zur strategischen Ausrichtung der Gesellschaft statt.

Im Personalbereich fanden mehrere Veränderungen statt. Die bis zur Jahresmitte vakante Beraterstelle wurde wiederbesetzt. Für das Projekt „Standortmarketing für die Region Vorpommern-Rügen“ wurde eine befristete Stelle besetzt. Insgesamt waren neun Stellen (inkl. Geschäftsführer) nicht nur vorübergehend besetzt.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass die Gesellschaft strategisch und operativ gut aufgestellt ist, über gute personelle Kompetenzen verfügt und ihre Aufgaben kompetent erfüllt hat. Es ist über die vergangenen Jahre gelungen, zusätzlich zu den Gesellschafterzuschüssen bzw. Sponsoringbeiträgen projektbezogene Einnahmen und Erlöse zu erzielen, die zu kostendeckenden Aktivitäten führten und die Ergebnisse und Erfolge der Gesellschaft verbesserten.

III. Geschäftsergebnis

Ertragslage

Unter Anwendung der Änderungen in der Definition der Umsatzerlöse auf das Vorjahr stiegen die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr von 686 TEUR auf 721 TEUR. Hinzu kommen sonstige betriebliche Erlöse im Umfang von 16 TEUR. Die Zusammensetzung resultierte im Wesentlichen aus Zuwendungen und Sponsoringbeiträgen der Gesellschafter (512 TEUR) und Erträgen aus (EU-)Projekten (137 TEUR). Die restlichen Erlöse wurden aus Kostenbeteiligungen und Sponsoringbeiträgen von Dritten bei Projekten, Teilnahmen an Veranstaltungen, der Verrechnung von Sachbezügen und der Verwendung von Gegenständen generiert.

Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 361 TEUR auf 436 TEUR, der Personalkostenanteil lag damit bei rund 60,5 %. Der Anstieg liegt in der Wieder- bzw. Neubesetzung von Stellen begründet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich ggü. dem Vorjahr (335 TEUR) auf 284 TEUR vermindert. Zurückzuführen ist dies auf verminderte Aufwendungen im Bereich Marketing, verursacht durch geringere Erlöse aus EU- und sonstigen Finanzierungsquellen als im Vorjahr.

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Gewinn in Höhe von 2,5 TEUR (im Vorjahr 11 TEUR als Fehlbetrag) abgeschlossen. Die Geschäftsführung wird der Gesellschafterversammlung vorschlagen, den Jahresgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Vermögenslage

Das Anlagevermögen der Gesellschaft setzt sich aus den immateriellen Vermögensgegenständen, den Sachanlagen und aus den Finanzanlagen zusammen und hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht um 12 TEUR auf 102 TEUR (Vorjahr 114 TEUR) verringert. Während sich das Sachanlagevermögen abschreibungsbedingt sowohl bei den immateriellen Vermögensgegenständen als auch den Sachanlagen verringerte, sind die Finanzanlagen annähernd konstant geblieben.

Das Umlaufvermögen (ohne liquide Mittel) ist durch einen Anstieg der Forderungen gekennzeichnet, die sich vorrangig aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie gegenüber dem Finanzamt darstellen. Von den insgesamt 75 TEUR Forderungen entfallen 20 TEUR auf eine Umsatzsteuerrückforderung gegenüber dem Finanzamt aus dem Vorjahr.

Der Bestand an liquiden Mitteln als Guthaben auf den Geschäftskonten hat sich ggü. dem Vorjahr deutlich verringert (144 TEUR ggü. 410 TEUR). Ursächlich ist die Ausnahmesituation im Vorjahr, als, bedingt durch EU-Projekte, eine im Dezember an die WFG ausgezahlte Fördermittelrückzahlung nicht mehr an die Projektpartner ausgezahlt werden konnte.

Im Bereich der Passiva ist das gezeichnete Kapital mit 75 TEUR unverändert geblieben. Der Gewinnvortrag hat sich wegen des Fehlbetrages aus dem Vorjahr auf 8

TEUR verringert. Die Rückstellungen liegen mit 22 TEUR im fast identischen Bereich wie im Vorjahr. Die Verbindlichkeiten im Gesamtvolumen von 76 TEUR beruhen auf erhaltenen Anzahlungen (45 TEUR) und auf Lohn und Gehaltsverbindlichkeiten.

Finanzlage

Der Cash flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug mit -265 TEUR um 584 TEUR weniger als im Vorjahr. Dies ist jedoch überwiegend auf die Besonderheiten des Vorjahres (Abrechnung von EU-Fördermitteln) zurückzuführen.

Die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit nachkommen.

Gesamtaussage der Geschäftsführung zur wirtschaftlichen Lage

Das Geschäftsjahr 2016 verlief erfolgreich. Gegenüber der ursprünglichen Planung konnten sowohl die operativen als auch die betriebswirtschaftlichen Ziele übertroffen werden. Gegenüber dem Plan mit 576 TEUR konnte der Gesamtertrag auf 737 TEUR gesteigert werden.

Die verbesserte Ertragslage ermöglichte es, mehr Personal zu beschäftigen und mehr wirtschaftsfördernde Aktivitäten umzusetzen. Dies führte ausgabeseitig zu höheren Personalkosten (Plan: 387 TEUR, Ist: 436 TEUR) und zu höheren Werbekosten (Plan: 88 TEUR, Ist: 165 TEUR).

Bei einem Gewinn in Höhe von 2,5 TEUR wurde das angestrebte Ziel eines ausgeglichenen Ergebnisses erreicht.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die Gesellschaft verfügt über ein intensiv angewandtes und indikatorengestütztes Kundenmanagementprogramm (KWIS), welches insbesondere die Beratungsaktivitäten und -erfolge (Fallzahlen, ausgelöste Investitionen, geschaffene Arbeitsplätze u.a.) ausführlich dokumentiert. Auch für die nicht unternehmenbezogenen Aufgaben werden Indikatoren für die Zielerreichung definiert, z.B. im Marketing oder in der Projektentwicklung. Hieran knüpfen mitarbeiterbezogene Zielvereinbarungen an, die zur Zielerreichung motivieren sollen, gleichzeitig aber auch Evaluationsmöglichkeiten schaffen.

IV. Prognose, Chancen und Risiken

Die in den letzten Jahren gelungene Professionalisierung der Aufgabenerfüllung wird stringent fortgesetzt. In den vergangenen Jahren ist es erfolgreich gelungen, neben den Zuschüssen und dem Sponsoring der Gesellschafter zusätzliche Ertragsmöglichkeiten zu erschließen und zu nutzen. Insbesondere für Aktivitäten im Bereich Fachkräftesicherung und Veranstaltungsorganisationen konnten kostendeckende Erträge erwirtschaftet und die Ertragslage kontinuierlich verbessert werden. Da der Bedarf an unternehmensunterstützenden Maßnahmen für die Fachkräftesuche konti-

nuierlich wächst, wird davon ausgegangen, dass dieser Bereich sich auch weiterhin positiv entwickelt.

Im Geschäftsbereich Projektentwicklung und -management werden sich die bewilligten Projekte in den nächsten drei Geschäftsjahren ebenfalls positiv auf die Ertragsentwicklung auswirken. Diese Handlungsfelder sind daher auch darüber hinausgehend von strategischer Bedeutung. Mittelfristig wird es darauf ankommen, auch danach neue Projekte zu entwickeln und zu beantragen.

Vor diesem Hintergrund fußt der Wirtschaftsplan 2017 auf der Annahme einer stabilen Grundfinanzierung durch die Gesellschafter und wachsender Erträge und sieht einen Gesamtertrag von ca. 1 MioEUR vor.

Veränderungen der Gesellschafterstruktur und der Finanzausstattung durch die Gesellschafter fanden im Berichtsjahr nicht statt und sind auch zukünftig nicht absehbar oder geplant. Die in den Vorjahren aufgeworfene Frage nach der zukünftigen Struktur der Wirtschaftsförderung im Landkreis Vorpommern-Greifswald wurde dahingehend geklärt, dass der Kreistag sich 2016 entschlossen hat, weiterhin mit zwei Wirtschaftsfördergesellschaften zu arbeiten. Zurzeit laufen Gespräche mit der neuen Geschäftsführung der FEG zur neuen Aufgabenabgrenzung bzw. -aufteilung zwischen den beiden Gesellschaften. Ein Austritt des Landkreises Vorpommern-Greifswald aus der WFG Vorpommern ist nicht mehr geplant.

Die Finanzierung der Gesellschaft ist über die Grundfinanzierung der Gesellschafter und laufende Aktivitäten für das Wirtschaftsjahr 2017 auf unbestimmte Zeit gesichert. Auch für das Betriebsjahr 2017 wird mit einem ausgeglichenen Haushalt geplant. Das Budget erhöht sich aufgrund der bewilligten und inzwischen auch gestarteten Projekte erheblich auf ca. 1 MioEUR. Die Gesellschaft ist weiterhin bestrebt, zusätzliche Finanzierungsquellen zu erschließen, um die Schlagkraft zu stärken. Der Sponsorenpool Fachkräftesicherung wird dazu stetig ausgebaut und etablierte Veranstaltungsformate fortgeführt und weiterentwickelt.

Als Risiken werden grundsätzlich die Reduzierung der Gesellschafterzuschüsse bzw. des Sponsorings, das Ausbleiben von Projektgenehmigungen und der Wegfall von unternehmensfinanzierten Teilleistungen durch Veranstaltungsgebühren oder Sponsoringbeiträgen für Maßnahmen gesehen. Jedoch sind derzeit keine Anzeichen erkennbar, dass diese Risiken kurz- und mittelfristig eintreten. Vorbeugend wird kontinuierlich daran gearbeitet, unternehmensorientierte Unterstützungsmöglichkeiten weiter qualifiziert anzubieten und stabile Beziehungen zu Geschäftspartnern und Unternehmen der Region zu pflegen.

Greifswald, den 26. April 2017

Rolf Kammann
Geschäftsführer



Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Durch § 13 Abs. 3 KPG M-V wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 Abs. 3 KPG M-V unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.



Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

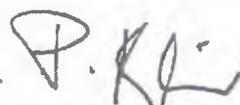
Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft geben nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen. Die Gesellschaft wird auch zukünftig auf Zuwendungen der Gesellschafter angewiesen sein.

Rostock, 26. April 2017



COMMERCIAL TREUHAND
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft


(Dipl.-Kfm. Norbert Klamt)
Wirtschaftsprüfer

ppa. 
(Dipl.-Kffr. Pamela Blüher)
Wirtschaftsprüferin

Brutto-Anlagenspiegel zum 31.12.2016

Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH
Greifswald

	Anschaffungs- Herstellungskosten 01.01.2016 EUR	Zugänge Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	kumulierte Abschreibungen 31.12.2016 EUR	Abschreibungen Zuschreibungen vom 01.01.2016 bis 31.12.2016 EUR	Buchwert 31.12.2016 EUR	Buchwert 31.12.2015 EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	52.165,12			33.077,12	7.195,00	19.088,00	26.283,00
	52.165,12			33.077,12	7.195,00	19.088,00	26.283,00
II. Sachanlagen							
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	49.741,49	1.555,52 174,76-		41.594,25	5.315,52	9.528,00	13.288,00
	49.741,49	1.555,52 174,76-		41.594,25	5.315,52	9.528,00	13.288,00
III. Finanzanlagen							
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	74.455,86			1.270,00	794,76	73.185,86	73.980,62
	74.455,86			1.270,00	794,76	73.185,86	73.980,62
	176.362,47	1.555,52 174,76-		75.941,37	13.305,28	101.801,86	113.551,62

BILANZ
zum
31. Dezember 2016

Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH Wirtschaftsförderung, Greifswald

AKTIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		19.088,00	26.283,00
II. Sachanlagen			
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		9.528,00	13.288,00
III. Finanzanlagen			
1. Wertpapiere des Anlagevermögens		73.185,86	73.980,62
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	52.895,67		2.600,50
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>21.778,21</u>	74.673,88	26.661,35
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			
		144.015,98	410.008,22
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
		3.154,25	831,59

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

vom

01.01.2016 bis 31.12.2016

Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH Wirtschaftsförderung, Greifswald

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. sonstige betriebliche Erträge			
a) ordentliche betriebliche Erträge			
aa) sonstige ordentliche Erträge	732.798,52		685.754,34
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.732,25		174,92
c) Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	858,96		858,96
d) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>512,15</u>	736.901,88	14.649,80
2. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	367.901,32		306.044,44
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>68.530,60</u>	436.431,92	55.133,88
3. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		12.510,52	14.481,48
4. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen			
aa) Raumkosten	19.386,02		19.127,72

ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	3.233,04		2.318,97
ac) Reparaturen und Instandhaltungen	3.971,99		3.266,88
ad) Fahrzeugkosten	18.729,29		14.952,25
ae) Werbe- und Reisekosten	165.473,55		187.282,09
af) verschiedene betriebliche Kosten	68.444,76		68.016,55
 b) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	 0,00		 5,00
 c) Verluste aus Wertminderungen oder aus dem Abgang von Gegenständen des Umlaufver- mögens und Einstellungen in die Wertberichtigung zu Forderungen	 3.237,39		 0,00
 d) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	 <u>1.093,51</u>	283.569,55	40.110,78
 5. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1.191,07	430,97
 6. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		2.514,03	0,00
 7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>0,00</u>	<u>1.791,00</u>
 8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		3.066,93	-10.662,05
 9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	247,63		34,93
 10. sonstige Steuern	<u>295,01</u>	542,64	140,00
 11. Jahresüberschuss		<u>2.524,29</u>	<u>-10.836,98</u>